

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Doinjashvili, Giorgi

Thesis

Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien : vergleichende Fallstudie

Provided in Cooperation with:

ZBW OAS

Reference: Doinjashvili, Giorgi (2018). Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien : vergleichende Fallstudie. Bamberg : University of Bamberg Press.
urn:nbn:de:bvb:473-opus4-532915.

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/11159/3119>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

Giorgi Doinjashvili

Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien

Vergleichende Fallstudie



University
of Bamberg
Press

29 Bamberger Geographische Schriften

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

herausgegeben vom Institut für Geographie
Andreas Dix, Daniel Göler, Marc Redepenning, Gerhard Schellmann

Schriftleitung: Astrid Jahreiß

Heft 29

Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien

Vergleichende Fallstudie

Giorgi Doinjashvili

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Diese Arbeit hat der Fakultät Geistes-und Kulturwissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als Dissertation vorgelegen.
Gutachter: Professor Dr. Daniel Göler
Gutachter: Professor Dr. Giorgi Khubua
Tag der mündlichen Prüfung: 25.01.2017

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Publikationsserver (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universität Bamberg erreichbar. Das Werk – ausgenommen Cover, Zitate und Abbildungen – steht unter der CC-Lizenz CC-BY.



Lizenzvertrag: Creative Commons Namensnennung 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Herstellung und Druck: docupoint, Magdeburg
Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press, Larissa Günther
Umschlaggrafik: © Giorgi Doinjashvili

© University of Bamberg Press Bamberg 2018
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 0344-6557
ISBN: 978-3-86309-621-2 (Druckausgabe)
eISBN: 978-3-86309-622-9 (Online-Ausgabe)
URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus4-532915
DOI: <http://dx.doi.org/10.20378/irbo-53291>

Danksagung

Bei der Arbeit zu vorliegender Dissertation hatte ich zahlreiche Hilfen, die hier bei weitem nicht vollständig genannt werden können. Einige möchte ich jedoch explizit erwähnen. Ganz besonders danke ich den vielen Personen, die mich bei der empirischen Arbeit vor Ort unterstützt haben und ohne deren Hilfe die Bearbeitung des Themas so nicht möglich gewesen wäre. Ich danke ihnen für ihr großes Engagement beim Vermitteln von Kontakten, beim Zugang zu Informationen und für die überwältigende Gastfreundschaft sowie Hilfe im Alltag.

Zu würdigen sind zudem alle Interviewpartner, sowie die Personen in den lokalen Administrationen und in staatlichen Behörden, die mir Kontakte vermittelt oder Informationen zugänglich gemacht haben. In gleicher Weise spreche ich meinen Dank allen Personen aus, die mir in Diskussionen im Rahmen von Konferenzen und Kolloquien sowie in persönlichen Gesprächen theoretische und methodische Hinweise gegeben haben.

Auch möchte ich Herrn Prof. Dr. Giorgi Khubua für die Zweitbegutachtung dieser Arbeit danken. Ganz ausdrücklich bedanke ich mich bei Herrn Prof. Dr. Daniel Göler, der mir erst die Möglichkeit zur Promotion geboten hat. Besonders möchte ich hier auf die intensive und hilfreiche Betreuung verweisen. Die Anregungen und Hinweise zur richtigen Zeit haben mich in meiner Arbeit stets unterstützt.

Persönlicher Dank gilt nicht zuletzt meinen Eltern und allen anderen, die mich auf meinem Weg ermutigt und mir zur Seite gestanden haben.

Bamberg 28.08.2016

Giorgi Doinjashvili

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	V
Kartenverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XII
I. Einleitung	1
I.1 Einführung in das Arbeitsthema	1
I.2 Relevanz des Themas und Stand der Forschung	2
I.3 Fragestellung.....	6
I.4 Die Methodik.....	8
II. Konzepte, Begriffe und Inhalte der Entwicklungspolitik	12
II.1 Die vier Dekaden der Entwicklungspolitik.....	14
II.2 Rechtliche Basis und Definitionsversuche der Entwicklungspolitik.....	16
II.3 Geographische Entwicklungsforschung.....	18
II.3.1 Entwicklungspolitik innerhalb der Geographie	18
II.3.2 Der multidimensionale Ansatz der geographischen Entwicklungsforschung	20
II.3.2.1 Die ökonomische Dimension.....	23
II.3.2.2 Die ökologische Dimension	26
II.3.2.3 Die politisch-institutionelle Dimension	29
II.3.2.4 Die gesellschaftliche Dimension.....	32
II.4 Vorteile und Grenzen des konzeptionellen Ansatzes	35
II.5 Zusammenfassung	37
III. Die Entwicklungspolitik der EU	39
III.1 Geschichte und rechtliche Basis.....	39
III.2 Handlungsformen und Akteure	40
III.3 Ziele und Instrumente	42
III.4 Die Nachbarschaftspolitik	43
III.5 Östliche Partnerschaft	46
III.6 Zusammenfassung.....	48
IV. Südkaukasus	50
IV.1 Wichtigste regionale Akteure und geopolitische Interessen	50

IV.2 EU-Interessen im Kaukasus	55
IV.2.1 Bilaterale Beziehungen zu Armenien	59
IV.2.2 Bilaterale Beziehungen zu Georgien	66
IV.3 EU-Entwicklungspolitik in den Regionen	71
IV.3.1 Die politisch-institutionelle Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen	71
IV.3.2 Die ökonomische Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen	75
IV.3.3 Die sozio-kulturelle Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen	78
IV.3.4 Die ökologische Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen	81
IV.3.5 Einschätzung der EU	83
IV.4 Zusammenfassung	91
V. Regionale Entwicklung – Empirische Untersuchung	93
V.1 EU-Politik der regionalen Entwicklung in Armenien und Georgien	93
V.1.1 Armenien – Die Region Lori	95
V.1.2 Georgien – Die Region Samzke-Dschawachetien	101
V.2 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – politisch-institutionelle Dimension	107
V.2.1 Lori	109
A. Fallstudie: Lejan	114
B. Fallstudie: Vanadzor	118
V.2.2 Samtskhe-Dschawachetien	124
A. Fallstudie: Akhaltsikhe	128
B. Fallstudie: Gorelovka	134
V.2.3 Zwischenergebnis	136
V.3 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – ökonomische Dimension ...	138
V.3.1 Identifizierung neuer ökonomischer Möglichkeiten in den Regionen	141
V.3.2 Wiederaufbau und Entwicklung der Infrastruktur – Untersuchung in Lori	145

V.3.3 Wiederaufbau und Entwicklung der Infrastruktur – empirische Untersuchung in Samzkhe-Dschawakhetien.....	151
V.3.4 Weitere Strategien zur Förderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten – empirische Untersuchung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien	156
A. Marktentwicklungsförderung	157
B. Förderung von Wertschöpfungsketten (WSK).....	162
C. Förderungsobergrenzen bei öffentlichen Dienstleistungen.....	166
D. Subventionen und Armutsminderung.....	172
V.3.5 Zwischenergebnis.....	174
V.4 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – sozio-kulturelle Dimension	176
V.4.1 Lori.....	180
A. Fallstudie: Gender	182
B. Fallstudie: Bildung	186
C. Fallstudie: Bürgerpartizipation	189
V.4.2 Samzkhe-Dschawakhetien	191
A. Fallstudie: Gender	192
B. Fallstudie: Bildung	196
C. Fallstudie: Bürgerpartizipation	199
V.4.3 Kulturelle Entwicklung	201
A. Fallstudie: Akhalzikhe	203
B. Fallstudie: Pambak.....	204
C. Fallstudie: Grenzübergreifendes Projekt	206
V.4.4 Zwischenergebnis.....	210
V.5 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – ökologische Dimension	211
V.5.1 Lori und Samzkhe-Dschawakhetien	215
A. Fallstudie: Abfallmanagement in Lori	217
B. Fallstudie: Javakheti National Park	221
C. Fallstudie: Grenzübergreifendes Projekt	224
D. Fallstudie: nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus.....	228

V.5.2 Zwischenergebnis	231
VI. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen	234
VI.1 Untersuchungsergebnisse und Handlungsansätze.....	234
VI.2 Vorschläge zu systemischen Mängeln.....	241
VI.3 Fazit und Forschungsperspektiven	245
VII. Literatur	247
VII.1 Internetquellen.....	255
VII.2 Anhang	272
Anhang I. Lori Region.....	272
Anhang II. Samzkhe-Dschawakhetien Region	273
Anhang III. EU-Unterstützung nach Land, 1992 bis 2003.....	274
Anhang IV. Das Budget des nationalen Richtprogramms für Armenien 2011-2013	274
Anhang V. Das Budget des nationalen Richtprogramms für Georgien 2011-2013.....	275
Anhang VI. Freedom House „Landes Bericht Armenien 2014“	275
Anhang VII. Freedom House „Landes Bericht Georgien 2014“	276
Anhang VIII. Wirtschaftswachstum in Georgien	277
Anhang IX. Wirtschaftswachstum in Armenien.....	277
Anhang X. Sustainable Society Index 2015, Ranking	278
Anhang XI. Deutschsprachige Version des Fragebogens	278

Diagrammverzeichnis

Diagramm 1: Einschätzung der politischen Situation in Lejan.....	116
Diagramm 2: Einschätzung der politischen Situation in Vanazor.....	121
Diagramm 3. Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Lori.....	182
Diagramm 4. Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Samzkhe-Dschawakhetien	193
Diagramm 5. Einschätzung der ökologischen Situation in den Regionen.....	217

Kartenverzeichnis

Karte 1: Lori Provinz.....	96
Karte 2: Samzkhe-Dschawachetien	102
Karte 3: Grenzübergang Gogavan zwischen Georgien und Armenien.....	149
Karte 4: Straße Khertvisi-Vardzia	153
Karte 5: Bavra Grenzübergang zwischen Georgien und Armenien	155
Karte 6: Javakheti National Park.....	223

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AKP	afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AP	Aktionsplan
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AöE	Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BTC	Baku-Tbilisi-Ceyhan-Leitung
BTI	Bertelsman Transformationindex
CAUCULT	Caucasus Cultural Initiatives Network
CIB	Comprehensive Institution Building Programme
CSS	Center of Social Sciens
CSTO	Collective Security Treaty Organisation
DAAD	deutscher Akademischer Austausch Dienst
DAC	Development Assistance Committee
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Agreements
DG	Directory General
DGRELEX	The Directorate General for the External Relations
EAPs	Economic Partnership Agreements
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECHO	Humanitarian Aid Departement of the European Commission
EC	European Commission
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EJNP	Establishment Of Javakheti National Park in Georgia

EIDMR	Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPARD	European Neighbourhood Programme for Agriculture and Rural Development
ENPI	Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
EuropeAid	Directorate-General for International Cooperation and Development
EPI	Environmental Performance Index
Ew.	Einwohner
EWG	Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FLEG	European Neighborhood and Partnership Instrument East Countries Forest Law Enforcement and Governance Program
GASP	gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GEL	Der Lari, die Währung Georgiens
Geostate	National Statistic office of Georgia
GHHK	Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
GOF	Global Opportunities Fund
HDI	Human Development Index
Hrsg.	Herausgegeben
IMF	International Monetary Fund
KUM	kleinen und mittleren Unternehmen
LKW	Lastkraftwagen
LSP	Landesstrategiepapier
MFA	Ministry of Foreign Affairs of Georgia
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
MSFZ	Müllsammelfahrzeugen

NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBE	National Bureau of Enforcement
NBIBM	Enhancement of Border management capabilities an Ninotsminda-Bavra BCP between Georgia and Armenia
NGO	non-governmental organization
NIF	Nachbarschaftsinvestitionsfaszilität
NIP	National Indicative Programme
NRM	nachhaltiges Ressourcenmanagement
NSS	National Statistical Service
ODIHR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE
OECD	The Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PKW	Personenkraftwagen
RRM	Rapiden Reaktionsmechanismus
SK	Südkaukasus
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TRACECA	Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien“-Projekt
UN	United Nations
UNCTAD	The United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNRIC	United Nations Regional Information Centre
USAID	The United States Agency for International Development
WTO	World Trade Organisation
WWF	World Wide Fund for Nature

I. Einleitung

I.1 Einführung in das Arbeitsthema

“There is general agreement about what aid has not done, but so far there is no consensus on what the solution is.” (MESQUITA 2009, S. 247)

Die innerstaatlichen Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union (EU), die durch die ökonomischen, politischen, sozialen oder ökologischen Probleme verursacht sind, beinhalten offensichtliche Sicherheitsrisiken nicht nur für einzelne EU-Staaten wie Deutschland, sondern für das gesamte internationale System. Diese Konflikte sind Ausgangspunkte für Drogen- Waffen- und Menschenhandel, Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration. Aus diesem Grund ist die Verbesserung der innerstaatlichen Situation in den Nachbarländern die wichtigste Herausforderung für den EU-Außenhandel. Dabei war und bleibt das bedeutendste Instrument der europäischen Außenpolitik die Entwicklungszusammenarbeit (oder Entwicklungspolitik). Andere außenpolitischen Instrumente, wie z. B. die militärische Intervention in die innerstaatliche Situation der Nachbarländer, sind nicht möglich, da die Union über keine gemeinsamen Streitkräfte verfügt. Außerdem herrscht in der Organisation der Konsens, dass die Situation in den Nachbarstaaten nur durch Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann.

In dieser Situation überrascht es nicht, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten rund 60 Prozent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erbringen. Pro Jahr wenden sie ca. 50 Milliarden Euro dafür auf.¹ Obwohl die Entwicklungshilfe der EU weltweit den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat, will sie die finanziellen Mittel in den kommenden Jahren noch weiter aufstocken, um das von der UN angestrebte Ziel von 0,7 Prozent zu erreichen.² Rechtsgrundlage dieser Politik bildet der Lissabon-Vertrag (2009), welcher als Hauptziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit die Bekämpfung und auf lange Sicht die Beseitigung der Armut vorsieht. Durch die intensive Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen (vor allem durch die Förderung bestimmter Projekte und Programme), strebt die EU in den Zielländern an, eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung

¹ Die Bundesregierung (2013): Die Europäische Entwicklungszusammenarbeit. Auf: https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Europa/EUPolitikfelder/entwicklungspolitik/_node.html abgerufen am 16.06.2016.

² EuroAktiv.de (2014): Das 0,7-Prozent-Ziel in Europa. Auf: <http://www.euractiv.de/section/entwicklungspolitik/news/ubersicht-das-0-7-prozent-ziel-in-europa/> abgerufen am 16.06.2016.

zu schaffen, die harmonische schrittweise Eingliederung dieser Staaten in die Weltwirtschaft zu ermöglichen und die Armut zu bekämpfen. Weitere Ziele sind die Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates zu garantieren sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verbessern (Lissabon-Vertrag 2009, Art. 208 bis 211 AEUV).

Ist aber die EU-Entwicklungspolitik wirksam? Kann sie die anvisierten Ziele erreichen? Die modernen Geistes- und Sozialwissenschaften geben auf diese Fragen eine eindeutige Antwort. Nach ihrem Dafürhalten ist weder die EU-Entwicklungszusammenarbeit im Speziellen noch die Entwicklungspolitik im Allgemeinen wirksam. *“Over the past several decades, foreign aid has not lived up to its presumed goal of lifting people out of poverty, ignorance, illness, inequality, and overall misery”* (MESQUITA 2009, S. 247). *„Auch die beharrlichen Verteidiger (...) sind weitgehend einig, dass sie (Entwicklungspolitik) keine Zukunft haben wird, wenn sie nur die Praxis der Vergangenheit fortsetzt“* (NUSCHELER 2005, S. 14).

Direkte Kritik an der EU-Entwicklungspolitik ist keinesfalls neu und wurde von einer Vielzahl von Entwicklungsforschern geäußert (so kritisieren sie z.B. die unterschiedlichen Aspekte der europäischen Entwicklungspolitik: COX/KONING 1997; HILLEBRAND/MAIHOOLD 1999; GREENIDGE 1999; KAPPEL 1999; BECK/CONZELMANN 2003; WERTHER-PIETSCH 2003; SCHMIDT 2005; GAEDTKE, 2009; etc.). Nach Jahrzehnten der theoretischen Debatten und empirischen Untersuchungen sind diese Wissenschaftler der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik die vorgegebenen Ziele nicht erreicht hat. Die moderne Entwicklungsforschung gibt ihrerseits aber keine eindeutige Antwort auf die Frage: Warum war bzw. ist diese Politik nicht wirksam?

Doch die Antwort auf diese Frage ist von sehr großer wissenschaftlicher Relevanz. Sie gibt die Möglichkeit, viele Aspekte der jahrelangen entwicklungspolitischen Debatten zu klären. Außerdem hat sie auch eine rein praktische Bedeutung, weil eine wirksame bzw. effektive Entwicklungspolitik das Leben von Millionen Menschen weltweit verbessern bzw. bis hin zu Fluchtursachen bekämpfen kann.

1.2 Relevanz des Themas und Stand der Forschung

Entwicklungspolitische Themen sind in den vergangenen Jahren nicht nur vermehrt in den Massenmedien und in der Öffentlichkeit diskutiert worden, sondern in immer stärkerem Maße auch zu einem Feld des wissenschaftlichen Interesses geworden (BRAND/GOLTZ 2003, Vorwort). Im ersten Jahrzehnt des

neuen Jahrtausends sind dabei mehrere Untersuchungen³ zur Entwicklungspolitik durchgeführt worden. Mithilfe empirischer Fallstudien (in Lateinamerika, dem Nahen Osten, Zentralasien etc.) sollten sie die Wirksamkeit dieser Politik auf verschiedene Dimensionen der Entwicklung auswerten und die Ursachen für das offensichtliche Scheitern dieser Politik finden (DOUCOULIAGOS/PALDAM 2005, S. 15).

Die Vertreter der klassischen Entwicklungstheorien, Modernisierungs- und Dependenztheorien fanden dazu unterschiedliche Gründe. So behaupteten die Modernisierungstheoretiker, dass die Verwirklichung eines Kapitalismusmodells durch die Entwicklungspolitik nach Art westlicher Zivilisation nicht vollständig durchgesetzt wurde, weshalb die wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht gelungen sei (siehe in SATZINGER/SCHWEFEL 1982, S. 318; NOHLEN/NUSCHELER 1982, S. 36; SCHÜHLER 1968, S. 37; SAMIR 1992 S. 95; NOHLEN/NUSCHELER 1982, S. 50; KORTEN 1992, S. 61 ff.). Die Dependenztheoretiker sahen die Ursachen für das Scheitern der bisherigen Entwicklungspolitik in dem kapitalistischen System und den merkantilistischen Interessen der Geberländer (siehe in: NOHLEN/NUSCHELER 1982, S. 32 ff.; NOHLEN 1980, S. 83; BOHNET 1982, S. 309; BOECKH 1982, S. 146; GONZALEZ: 1965, S. 41 ff.; SENGHAAS 1982, S. 359 ff.).

Es sind viele theoretische Schulen, die sich mit der Problematik der Entwicklungspolitik beschäftigen und eine eigene Erklärung für das Scheitern dieser Politik bieten. Die politische Ökonomie sieht das Hauptproblem der Entwicklungspolitik in den egoistischen Machtinteressen der führenden Eliten, sowohl in den Geber- als auch in den Empfängerländern der Entwicklungshilfe (MESQUITA 2009, S. 246 ff.). Die Post-Development-Kritik (siehe in ZIAI 2004, S. 8 ff.) formuliert zudem eine fundamentale Kritik an dem Projekt, dem Konstrukt und nicht zuletzt an dem Begriff der „Entwicklung“. Laut Vertretern des Post-Development-Ansatzes, wie z.B. Gustavo Esteva, ist der Begriff „Entwicklung“, wie er im entwicklungstheoretischen Kontext verwendet wird, gänzlich zu hinterfragen. Denn indem die Industrieländer sich als „entwickelt“ und die restlichen zwei Drittel der Welt als „unterentwickelt“ definieren, werde erst legitimiert, dass der „entwickelte“ Teil der Menschheit in das Leben der „Unterentwickelten“ eingreifen dürfe. Dadurch seien die Industrieländer in der Lage gewesen, ihre Kontrolle über die restliche Welt auszubreiten (ZIAI 2012, S. 133 ff.). Sämtliche Theorien sehen somit die Gründe für die Misserfolge der

³ Alleine im Jahr 2005 wurden 100 empirische Studien über die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik durchgeführt (siehe in DOUCOULIAGOS/PALDAM 2005: The Aid Effectiveness Literature. The Sad Result of 40 Years of Research. Working Paper 15, Aarhus).

Entwicklungspolitik in unterschiedlichen Aspekten und bieten verschiedene Strategien für die Verbesserung dieser Politik an.

Unter den zahlreichen Strategien gab es auch einige, die ganze Dekaden bestimmt haben. In den entwicklungspolitischen Debatten haben eine besondere Rolle die wachstumspolitischen und armutsorientierten Strategien gespielt, ebenso wie die Strategien, die auf Strukturanpassung und Nachhaltigkeit ausgerichtet waren (RAUCH 2009, S. 63 ff.). Trotz der unterschiedlichen Ziele und Maßnahmen, haben alle ein gemeinsames Merkmal gehabt. Die Strategien orientierten sich sehr stark auf eine einzelne Dimension des menschlichen Lebens, während andere kaum oder fast gar nicht beachtet wurden (BRAND/GOLTZ 2003, S. 8). Daher überrascht es nicht, dass Ulrich MENZELS These vom „Scheitern der großen Theorien“ (MENZEL 1992, S. 51) als Leitmotiv der ganzen Fachliteratur zu Grunde liegt (BRAND/GOLTZ, 2003, S. 8. Siehe auch: NUSCHELER, 2005, S. 214 ff.; ZAPOTOCZKY/GRUBER 1997, S. 21).

Es wurde dabei völlig richtig behauptet: *„Die Erfahrungspraxis der Entwicklungspolitik hat gezeigt, dass die eindimensionale Strategie, die sich nur auf einen einzigen Faktor der Massenarmut fokussiert, zum Scheitern verurteilt ist. Weder Wachstum, noch direkte Armutsorientierung an der Basis, noch Selbsthilfe, noch eine Deregulierung der Märkte, noch verbesserte Institutionen allein (...) können das Problem der Massenarmut lösen“* (RAUCH 2009, S. 83). Der gemeinsame Mangel bisheriger Entwicklungsstrategien bestand also darin, dass sie davon ausgegangen sind, den Schlüsselfaktor, d.h. die entscheidende Interventions-ebene gefunden zu haben. Meistens wurde stets ein eindimensionaler Ansatz durch einen anderen eindimensionalen Ansatz abgelöst, was zum Scheitern der Entwicklungspolitik führte.

Die Entwicklungsforscher NUSCHELER (2005) und RAUCH (2009) sind der Meinung, dass die nachhaltige Entwicklung erst dann erreicht werden kann, wenn die Entwicklungspolitik soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität und ökologisches Gleichgewicht zu schaffen vermag (NUSCHELER 2005, S. 76). Da die gesellschaftliche Entwicklung ein multidimensionaler Prozess ist, benötigt ihre Beeinflussung ebenfalls eine multidimensionale Perspektive (RAUCH 2009, S. 122). Eine Interventionsstrategie muss die ökologischen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Größenordnungen der Menschen in den ärmeren Ländern verbessern.

Eine Strategie, die nicht nur die lokale, regionale, staatliche und internationale einbezieht, sondern auch eine multidimensionale Perspektive bietet, wurde 2009 von THEO RAUCH präsentiert. In seinem Buch „Entwicklungspolitik“ (2009) stellt RAUCH einen multidimensionalen Mehr-Ebenen-Ansatz vor (siehe Kapitel II.2.2). Dieser bildet den konzeptionellen Rahmen für die

entwicklungspolitischen Strategien und Instrumente, welche für die wirksame Nutzung der Entwicklungspolitik eingesetzt und benutzt werden können. Der multidimensionale Ansatz hat einen wesentlichen Vorteil. Er kann auch zur Überprüfung einer bestimmten Entwicklungspolitik benutzt werden. Der Ansatz bietet konkrete Strategien, durch welche die Entwicklungspolitik erfolgreich geplant und durchgeführt werden kann. Es ist also möglich zu überprüfen, ob eine bestimmte Entwicklungspolitik (z.B. die EU-Entwicklungspolitik), Maßnahmen und Instrumente eingesetzt hat, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen.

Eine vollständige Analyse der Entwicklungspolitik aller internationalen Organisationen oder nationalen Staaten auf allen Ebenen mithilfe des multidimensionalen Mehr-Ebenen-Ansatzes in den Zügen des begrenzten Umfangs der vorliegenden Arbeit ist natürlich nicht möglich. Die zeitliche und inhaltliche Einschränkung begrenzt das Ziel dieser Studie. Deswegen wurde der Fokus der vorliegenden Analyse auf den größten „Geber“ der Entwicklungshilfe, die Europäische Union, gerichtet. Da die EU heutzutage über die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe zahlt und ihre Politik dennoch nicht als effektiv betrachtet wird, ist es sehr wichtig, die EU-Entwicklungspolitik zu analysieren. Es ist also notwendig, sowohl Misserfolge und Schwächen als auch die Stärke dieser Politik zu identifizieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung zu machen. Die Analyse konzentriert sich dazu auf zwei besonders relevanten Zielorte der EU-Entwicklungspolitik: die Regionen Samzke-Dschawakhetien oder Samtskhe-Javakheti in Georgien und Lori in Armenien (mehr über die Regionen siehe Kapitel V.1.1 und V.1.2). Dabei gibt es einige wichtige Gründe, die diese Regionen als Untersuchungsziele besonders hervorheben.

Die zwei Regionen wurden ausgewählt, weil sie in Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand ähnliche Grundbedingungen in allen vier Größenordnungen des menschlichen Lebens (soziale, politische, wirtschaftliche, ökologische) haben (siehe Kapitel V.1). Wichtig ist hier auch, dass dem multidimensionalen Ansatz die Intervention auf regionaler Ebene entscheidend ist (FIEGE/RAUCH 2012, S. 50 f.).

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat auch der Südkaukasus (in dem beide Regionen liegen) und dessen Regionalentwicklung für die EU an Bedeutung gewonnen. Heute spricht man über eine Umorientierung der EU-Entwicklungszusammenarbeit von Süden nach Osten. Die Gründe sind offensichtlich: Von einer Destabilisierung dieser Regionen gingen unmittelbare Sicherheitsrisiken für die EU aus (NUSCHELER 2005, S. 527). Deswegen bietet die EU den Ländern in dieser Region wirtschaftliche und humanitäre Hilfe an. „Regional develop-

ment“ ist das wichtigste Ziel der EU-Entwicklungspolitik in den östlichen Nachbarländern.⁴

Der Ausarbeitung liegt die These zugrunde, dass trotz einiger Erfolge bei bestimmten Projekten sowie dem generell positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Dimension die bisherige Entwicklungspolitik der EU in Lori und Samzke-Dschawakhetien vor allem in der politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Größenordnungen nicht wirksam war. Dementsprechend gelang es der EU nicht, eine nachhaltige Entwicklung in den Zielregionen zu schaffen. Trotzdem kann bei bestimmten Verbesserungen die Entwicklungspolitik effektiver eingesetzt werden. Der EU-Entwicklungspolitik soll dafür die Nachhaltigkeit, ausreichende Finanzierung und dimensionsübergreifende Perspektive erhalten.

Die sehr hohe von der EU ausgegebene Hilfe für die Entwicklung der beiden Regionen, die jeweils fast die gleiche Summe beträgt und ähnliche Ziele hat (siehe Kapitel IV.3), und die trotz dieser Tatsache weiterhin schwierige Situation in Lori und Samzke-Dschawakhetien, machen vergleichende Fallstudien in der Region besonders interessant. Außerdem gibt es einen weiteren wichtigen Grund, weshalb die Entwicklungspolitik in diese beiden Regionen theoretisch erforscht werden muss. Trotz der Tatsache, dass die Entwicklungspolitik bereits seit mehr als 20 Jahren dorthin fließt, wurde bisher fast keine Forschung im georgischen, armenischen oder deutschsprachigen Raum durchgeführt, um festzustellen, wie effektiv die EU-Politik in diesem Bereich in der Realität ist.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, anhand der Fallstudien in den Regionen Samzke-Dschawakhetien und Lori die EU-Entwicklungspolitik mithilfe des multidimensionalen Ansatzes zu untersuchen. Diese Untersuchungsstrategie kann später in jedem Zielland der EU-Entwicklungspolitik (auf allen Ebenen) angewendet werden. Die Dissertation liefert also einen Beitrag zur praktischen Unterfütterung der theoretischen Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik und versucht, diese Politik durch empirische Fallstudien zu bewerten.

I.3 Fragestellung

Die Studie will einen Beitrag dazu leisten, die angeführten Wissenslücken zu schließen. Es sollen Antworten auf weitere erkenntnisleitende Fragen geliefert

⁴ European Commission (EC) (2014): Georgia, Priority areas. Auf: http://ec.europa.eu/euro paid/where/neighbourhood/country-cooperation/georgia/georgia_en.htm abgerufen am 16.06.2016

werden: Warum war bzw. ist die EU-Entwicklungspolitik in Samzkhe-Dschawakhetien (Georgien) und Lori (Armenien) Regionen nicht wirksam? Wie lässt sich die Politik effektiver gestalten? Um diese Fragen zu beantworten, wurden folgende Schritte unternommen: die Arbeitsdefinitionen für die Begriffe „Entwicklung“, „Wirksamkeit“ und „Entwicklungspolitik“ gefunden, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der EU-Entwicklungspolitik analysiert, die Ziele, Instrumente und Akteure der Politik Samzkhe-Dschawakhetien und Lori ermittelt, und der Verlauf der EU-Entwicklungspolitik und ihrer Schwerpunkte in beiden Regionen verdeutlicht. Schließlich wurden passende Strategien für die Auswertung der EU-Entwicklungszusammenarbeit Samzkhe-Dschawakhetien und Lori gefunden. Durch die Strategien wurde diese Politik analysiert, die Stärken und Schwächen der EU-Entwicklungspolitik in den Regionen identifiziert und konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Politik erarbeitet.

Methodisch ist die Arbeit wie folgt angelegt: In einem ersten Schritt soll eine Arbeitsdefinition für die Begriffe „Entwicklung“, „Wirksamkeit“, „Entwicklungspolitik“, „geographische Entwicklungsforschung“ und „multidimensionaler Ansatz“ operationalisiert werden. Es wird vor allem versucht festzustellen, wie die Entwicklungspolitik entstanden ist, wie sie heutzutage verstanden wird und welche Ziele sie durch welche Maßnahmen erreichen will. Ohne diese Analyse der Begriffe ist es nicht möglich, im Weiteren die gesamte Problematik der Ausarbeitung zu verstehen.

Das wichtigste Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Auswertung der EU-Entwicklungspolitik in den zwei Zielregionen. Deswegen wird in einem weiteren Schritt die Methode für die Auswertung dieser Politik bestimmt. Für die Auswertung der EU-Entwicklungspolitik wird in dieser Arbeit der „multidimensionale Mehr-Ebenen-Ansatz“ von Theo RAUCH (2009) benutzt. Es wird verdeutlicht, wie der Ansatz innerhalb der Geographie entstanden ist, welche Strategien er zur erfolgreichen Durchführung der Entwicklungspolitik in verschiedenen Dimensionen bietet und warum er die beste Möglichkeit zur Untersuchung der EU-Entwicklungspolitik darstellt.

In einem weiteren Schritt werden die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der EU-Entwicklungspolitik analysiert. Die Betrachtung der wichtigsten Verträge und Berichte der Europäischen Union (wie zum Beispiel Vertrag von Maastricht, Vertrag von Lissabon⁵) sowie bilaterale Abkommen und unterschiedliche Dokumente, welche die rechtlichen Grund-

⁵ EC (2012): EU-Verträge. Auf: http://europa.eu/about-eu/basic-information/decision-making/treaties/index_de.htm abgerufen am 16.06.2016

lagen der Entwicklungspolitik der EU darstellen, müssen die Möglichkeit geben, festzustellen, welche Rolle die Förderung der Nachbarstaaten und deren Regionen in der EU-Entwicklungspolitik spielen.

Darauf aufbauend sollen die EU-Interessen (sowie die Interessen anderer Akteure) und die Entwicklungspolitik in Samzke-Dschawakhetien und Lori untersucht werden. Es wird versucht, die Antwort auf weitere Fragen zu finden: Welche Projekte wurden in Samzke-Dschawakhetien und Lori in Zusammenarbeit mit Europa in den vergangenen Jahren durchgeführt? Welche Ziele stellten die EU-Entwicklungsprojekte für die Regionen auf? Wie unterschiedlich oder wie gleich war die EU-Politik? Wie sehen die offiziellen Folgen der EU-Entwicklungspolitik aus?

Ausgangspunkt ist hier die Aufnahme von Armenien und Georgien in die Nachbarschaftspolitik der EU im Jahre 2004, wodurch die Voraussetzungen für eine besonders intensive Zusammenarbeit mit der EU geschaffen wurden. Die Antwort auf diese Fragen bietet die Möglichkeit, die EU-Politik zu systematisieren und mithilfe eines bestimmten theoretischen Ansatzes ihren Einfluss auf die zwei Regionen zu analysieren.

Im weiteren Kapitel werden die Ergebnisse der eigener empirischen Untersuchung vorgestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die EU-Entwicklungspolitik zur Verbesserung der politisch-institutionellen, ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Größenordnungen in den zwei besonders relevanten Zielregionen leistete. Die Auswertung der EU-Entwicklungspolitik durch den multidimensionalen Ansatz wird die Möglichkeit geben festzustellen, wie wirksam diese Politik auf alle vier Dimensionen des menschlichen Lebens der zwei Regionen in der Realität ist und wo ihre Schwächen bzw. ihre Stärken liegen.

I.4 Die Methodik

Kernelemente der eingesetzten Forschungsmethoden sind vor allem Beobachtungen, quantitative Befragungen und qualitative Interviews. Diese sind heutzutage fester Bestandteil der geographischen Entwicklungsforschung und werden in den vorgelegten Fallstudien die Gewinnung tieferer Erkenntnisse zu dem Forschungsthema ermöglichen. Es wird dadurch auch möglich festzustellen, ob die bisherige EU-Entwicklungspolitik in den beiden untersuchten Regionen den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes entspricht und wo ihre Stärken bzw. Schwächen liegen.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die beiden Zielregionen für die empirischen Untersuchungen ein sehr schweres Umfeld darstellen. Das betrifft vor allem die qualitativen Interviews und die quantitative Befragung. Sowohl Samzke-Dschawakhetien als auch Lori waren ein Teil der Sowjetunion und sind von sowjetischer Vergangenheit sehr stark geprägt. In der Sowjetzeit war jede kritische Meinungsäußerung gegen das eigene Land (eigene Region, Stadt oder Dorf) verboten und könnte zu Strafmaßnahmen (Verhaftung, Verfolgung, etc.) führen. In der postsowjetische Zeit wird auch die freie Meinungsäußerung meistens nur wenig (wenn überhaupt) toleriert. Deswegen sind die Bewohner der Regionen zurückhaltend und nehmen ungerne an Befragungen oder Interviews teil.⁶ Die Situation erschwert noch die Tatsache, dass nur wenige Bewohner genügend Kenntnisse über die Europäische Union haben. Die Meisten wissen über die EU und ihre Entwicklungspolitik so gut wie gar nichts. Dementsprechend war es notwendig, vor der Befragung oder dem Interview den Befragten ganz genau zu erklären, welches Ziel die Befragung bzw. das Interview hat.

Die teilnehmende Beobachtung als Methode hat offensichtliche Vorteile. Durch die Beobachtungen gelingt es, die tatsächliche Situation zum Zeitpunkt der Untersuchung zu erfassen. So wird es z.B. möglich zu untersuchen, wie von der EU geförderte Autobahnen in der Realität aussehen. Es kann auch komplexe soziale und politische Interaktionen wie z.B. wie die lokale Interaktion der Gemeinde Lejan beobachtet werden, welche rückwirkend allerdings nur schwer verbalisierbar ist. Selbstverständlich hat auch diese Methode bestimmte Nachteile. So können solche Beobachtungen niemals absolut objektiv sein. Vieles wird vom subjektiven Verständnis des Verfassers geprägt. Um dies zu vermeiden wird aber versucht, bei den teilnehmenden Beobachtungen in den zwei Zielregionen nicht tendenziell zu werden und maximal neutral zu bleiben. Dafür wurden ein bestimmter Beobachtungsplan sowie die Organisation des Beobachtungsprozesses vorbereitet. Im Vorfeld wurde Ort, Zeit und Objekt der Beobachtung bestimmt. Vor allem wurde der konkrete Einfluss der Europäischen Union auf die politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Situation in den Zielregionen beobachtet. Diese Beobachtungen werden gleichzeitig protokolliert und in Bezug auf die Forschungshypothese bzw. im Hinblick auf die Untersuchung der eingesetzten Theorien interpretiert.

⁶ Nur die persönliche Bekanntschaft mit den einigen Bewohnern der Regionen und deren Unterstützung hat es möglich gemacht, die Interviews und Befragungen überhaupt durchzuführen.

Die quantitativen Befragungen (2014-2015) der lokalen Bevölkerung wurden in vier - zwei ländlichen und zwei städtischen Gemeinden - besonders relevanten Zielorten (Lejan, Vanazor, Akhalkalaki und Gogasheni) durchgeführt. Die Orte sind von den EU-Projekten am meisten betroffen und eignen sich daher besonders für die Befragungen. Während des Forschungsaufenthaltes in den ländlichen Gemeinden (das sind in der Realität kleine Dörfer mit 200 bis 500 Einwohnern) wird versucht, die Vertreter jedes zehnten Haushaltes zu befragen. In den städtischen Gemeinden wurde dabei versucht, Vertreter der verschiedenen Alters- und Berufskategorien (Studenten, Rentner, Arbeiter und Arbeitslose) zu befragen. Dadurch soll ein maximal breites Spektrum an Meinungen gewonnen werden.

Jeder Befragte erhielt dazu die gleichen anonymisierten Fragebögen. Die Fragen betreffen den Einfluss der europäischen Entwicklungspolitik in allen vier Dimensionen auf die genannten Regionen und haben vordefinierte Antwortkategorien zur Auswahl. Die Befragten konnten also anonym ihre Meinung zur Entwicklungspolitik der EU in ihrer eigenen Region äußern. Auch diese Methode hat bestimmte Vor- und Nachteile. So besteht das Hauptproblem im Verständnis der vorgelegten Fragen. Die Tatsache, dass jeder Befragte die gleichen Fragebögen bekommt, stellt nicht sicher, dass jeder diese auch gleich interpretiert. Bei den Fragen ging es um bestimmte EU-Maßnahmen, deren Bedeutung und Ziele einfachen Bürgern nicht ganz klar sind. Deswegen wurde versucht, die Fragen maximal einfach zu formulieren und jedem Befragten auf Nachfrage die notwendige Erklärung zu bieten.

In den zwei ausgewählten Untersuchungsregionen hat diese Methode einen weiteren offensichtlichen Mangel. Man muss damit rechnen, dass in quantitativen Befragungen (dies betrifft auch die qualitativen Interviews) nur ein geringer Anteil der lokalen Bevölkerung teilnehmen wird. Die Ursache dafür ist das Misstrauen an jeder Art von Befragungen (sowie Interviews), was durch die sowjetische Vergangenheit verursacht ist. Die Ergebnisse der Befragungen werden deswegen nur im Kontext der Beobachtungen, qualitativen Interviews, Feldbegehungen und Analysen sekundärer Quellen betrachtet.

Trotz der kleinen Stichprobenumfänge im quantitativen Teil sind die Vorteile dieser Art der Befragung aber auch offensichtlich. Es konnte z.B. lokale Bevölkerung einbezogen werden. Die Antworten wurden wegen der anonymisierten Fragebögen ehrlicher und spiegeln die persönliche Meinung besser wieder als bei den Interviews. Es wurde die Meinung der lokalen Gesellschaft zu jedem strategischen Aspekt der Untersuchung gewonnen. Die Tatsache, dass die Befragung anonym durchgeführt wurde und es dabei um die EU-Entwicklungs-

politik und nicht um die eigene Regierung ging, ermöglichte, ehrlichere Antworten.

Das qualitative Interview wurde ebenfalls als Untersuchungsmethode eingesetzt. Während der Untersuchungen wurde mit unterschiedlichen Experten in den Zielregionen Interviews durchgeführt. Als Interviewpartner wurden Personen ausgewählt, die zu bestimmten EU-Projekten z.B. wegen eigener Teilnahme oder Betroffenheit spezifische Informationen oder aber bestimmte regional-spezifische Kenntnisse zur aktuellen Situation haben. Bei den Interviews wurden den Experten die Fragen vorgelegt, auf die sie in freier Rede antworten können. Durch den Interviewleitfaden wurde versucht, ein themenfokussiertes Gespräch in Gang zu bringen ohne enge Antwortkategorien vorzugeben, wie das bei strukturierten Fragebögen der Fall ist. Das Gespräch wurde bei Bedarf flexibel angepasst und dadurch die Möglichkeit zur Vertiefung bestimmter Fragen gegeben. Die Befragten konnten sich freier äußern als bei stark vorgegebenen Fragen.

Bei Interviews besteht stets die Gefahr, den Einzelmeinungen zu große Bedeutung beizumessen. Um dies zu vermeiden, wurden die interviewten Personen sorgfältig ausgewählt. Diese müssen also einen privilegierten Zugang zu Informationen über die Situation in der Region haben. Außerdem sind die qualitativen Interviews nur ein Teil des breiten Spektrums eingesetzter Methoden. Die Meinungen der Interviewpartner werden auch nur im Kontext anderer eingesetzter Methoden betrachtet.

Alle zum Einsatz ausgewählten Methoden haben Vor- und Nachteile. Sie beeinflussten das Ergebnis der Analyse in unterschiedlichem Maße. Die Methoden ergänzten einander jedoch. Durch die Kombination die Möglichkeit gegeben, in einem schwierigen Umfeld für empirische Untersuchungen, die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu analysieren.

II. Konzepte, Begriffe und Inhalte der Entwicklungspolitik

Die weitere Untersuchung der Problematik der Entwicklungspolitik benötigt in erster Linie eine Definition der Begriffe Entwicklung, Wirksamkeit und Entwicklungspolitik, denn in den entwicklungspolitischen Debatten wird sehr oft nicht nur über den richtigen Weg der Entwicklungspolitik diskutiert, sondern auch über das Ziel von Entwicklung (FIEGE/RAUCH 2012, S. 45). Ohne die Debatten wiederzugeben, wird in der Ausarbeitung vorgeschlagen, den entwicklungsstrategischen Erörterungen folgende Definition von „Entwicklung“ zugrunde zu legen:

„Entwicklung, als Orientierungskategorie für entwicklungspolitisches Handeln wird hier verstanden als Prozess der Zunahme der gesellschaftlichen Fähigkeit zu kontextgerechten und selbstbestimmten Lösungen von Problemen bzw. zur vorausschauenden Vermeidung zukünftiger Probleme, wobei insbesondere die Befriedigung universell anerkannter (materieller und immaterieller) Grundbedürfnisse als Maßstab bei der Problemidentifikation zu berücksichtigen ist“ (RAUCH 2009, S. 35).

Die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik wird in der Ausarbeitung als Grad der Zielerreichung auf der Outcome-Ebene definiert: z.B. die Verbesserung der Gesundheitssituation der Zielgruppe um X% (gemessen am Rückgang der Krankheitsfälle); im weiteren Sinne auch auf der Impact-Ebene: die Veränderung der Lebensbedingungen der Zielgruppe als Folge des Projektes (hier werden alle, d.h. positive und negative Folgen, berücksichtigt). Die Definition wird selbst von der EU benutzt, um die Effektivität eigener Projekte zu messen (FAUST/NEUBERT 2010, S. 41).

Der Begriff „Entwicklungspolitik“ oder „Entwicklungszusammenarbeit“ ist auch einer der Vielschichtigen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Allgemein ist er schon lange bekannt und wird fast täglich in den Massenmedien, von Politikern oder dem einfachen Bürger verwendet. Wie ist die Entwicklungspolitik entstanden? Was ist die rechtliche Basis dieser Politik? Was genau bedeutet der Begriff? Welche Ziele muss sie erreichen und mit welchen Maßnahmen? Das sind die zentralen Fragen, über die in den letzten Jahrzehnten, sowohl in der Wissenschaft, als auch in den Massenmedien heftig diskutiert wurde, auf die es aber bis heute keine eindeutige Antwort gibt.

Der Beginn von Entwicklungspolitik wird zumeist mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang gebracht. Genau genommen beginnt die Entwicklungspolitik mit dem legendären Point-Four-Program des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman. Seine Antrittsrede vom 20. Januar 1949, mit der er die Gründung der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) ankündigte, gilt als Gründungsdokument der modernen Entwicklungspolitik.

Truman erklärte im Zusammenhang mit der NATO, dass künftig die entwickelten Industrienationen den unterentwickelten Ländern helfen müssten, sich selbst zu helfen (TRUMAN 1949, S. 1 ff.). Im Laufe der Zeit veränderten sich die Schwerpunkte der Entwicklungspolitik, aber das Konzept ist fast unverändert geblieben. Es gibt jedoch auch die Meinung, dass die Entwicklungspolitik weitaus älter ist. So haben manche Historiker/innen die Entwicklungspolitik als Produkt des *„Spätkolonialismus und der Krise der großen Kolonialreiche Englands und Frankreichs in den 1930er-Jahren“* beschrieben (ECKERT/WIRZ 2002, S. 377).

Einen Entwicklungsauftrag verband auch bereits der Völkerbund mit der Übertragung der ehemaligen osmanischen und deutschen Kolonien an Mandatsmächte (MARX 2004, S. 158). Im Versailler Friedensvertrag von 1919 war schon zu lesen, dass die *„Vormundschaft über die unterentwickelten Völker“* mit der *„heiligen Aufgabe der Zivilisation“* und mit der Sorge um das *„Wohlergehen und die Entwicklung [dieser] Völker“* verbunden sei (OSTERHAMMEL 1995, S. 41). Ende der 1920er Jahre haben auch Großbritannien und Frankreich eine Entwicklungspolitik für ihre Kolonien und Mandatsgebiete entworfen. So verabschiedete 1929 das Londoner Parlament den *“Colonial Development Act”*, der vorsah, jährlich 1.000.000 Pfund für Infrastruktur, Gesundheit, Ausbildung und Agrarentwicklung zur Verfügung zu stellen (MORGAN 1980, S. 12).

Nach Sieberg war die Gründung des *“Fabian Colonial Bureau”* 1940, das in enger Kooperation mit der Labour Party Entwicklungskonzepte erarbeitete, eine weitere Etappe britischkolonialer Entwicklungspolitik (SIEBERG 1985, S. 4). Die französischkoloniale Entwicklungspolitik begann im April 1921 mit Planungen des damaligen Kolonialministers, des Sozialisten Albert Sarraut. Im Jahr 1931 wurden, aufbauend auf die Vorschläge Sarrauts, Programme für öffentliche Arbeiten in den französischen Kolonien entworfen und durch staatliche Anleihen gefördert (WILDER 2005, S. 6).

Die oben genannten, kolonialen, britischen und französischen Entwicklungsprojekte dienten als Grundlage für die künftige Entwicklungspolitik. Hier war auch der sogenannte koloniale Humanismus vertreten, dessen Verfechter erklärtermaßen die Kultur und Wünsche der Betroffenen vor Ort mit einbeziehen wollten.

Der Begriff Entwicklungspolitik war also schon lange vor Trumans Rede bekannt und es wurden unterschiedliche Entwicklungsprojekte von den Kolonialmächten seit Anfang des 20. Jahrhunderts in eigenen Kolonien durchgeführt. Die Kernphase der global verbreiteten Entwicklungspolitik wird jedoch mit Trumans Point-Four-Program verbunden. Häufig werden von den Fachexperten vier Dekaden der Entwicklungspolitik unterschieden, die den Zeitraum 1960-2000 umfassen.

Die Jahre 1950-1960 werden dabei als eine Art Vorstufe der „modernen“ Entwicklungspolitik beschrieben, als eine Zeit der expliziten außenpolitischen Instrumentalisierung von Entwicklungsbemühungen im Rahmen der Blockbildung. Als zentrales entwicklungspolitisches Ziel dieser Phase wird die Eindämmung (*containment*) der Ausbreitung des Kommunismus genannt. Entwicklungspolitik war durch den Ost-West-Konflikt motiviert und sollte dazu beitragen, der wachsenden Attraktivität des Marxismus/Leninismus entgegenzuwirken (MENZEL 2005, S. 99).

II.1 Die vier Dekaden der Entwicklungspolitik

Die erste entwicklungspolitische Dekade 1960-1970 wird als Streben zur globalen ökonomischen Modernisierung beschrieben (GILMAN 2003, S. 11 ff.). Das Ziel der Entwicklungspolitik dieser Dekade war es, die wirtschaftsschwachen Entwicklungsländer mit Hilfe der Industrieländer möglichst schnell auf einen vergleichbaren Stand zu bringen. Als Ursache für die Armut in den Entwicklungsländern wurde die Unterentwicklung der Industrie angesehen. Der einzige Weg für die Entwicklungsländer war also die Industrialisierung nach westlichem Vorbild. Ulrich Menzel redet in diesem Zusammenhang vom *trickle-down*-Effekt, dem „Durchsickern“ eingeflossener Mittel „von oben nach unten“ bis hin zu den einzelnen Bedürftigen (MENZEL 2005, S. 100). Um die Entwicklungspolitik auf eine neue multilaterale Ebene zu bringen, wurden in dieser Dekade wichtige entwicklungspolitische Institutionen (USAID, Peace Corps, Allianz für den Fortschritt, Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD, BMZ in Deutschland, UNCTAD, UNDP u.a.) gegründet (MENZEL 2006, S. 3).

Die zweite entwicklungspolitische Dekade von 1970 bis 1980 gilt als Zeit der Revision. Die Strategie der ersten Dekaden hatte keine positiven Ergebnisse mit sich gebracht: die Modernisierung der Industrien in den armen Ländern war nicht gelungen, von den Finanzmitteln der Entwicklungspolitik hatten lediglich nur die Eliten profitiert, in manchen Regionen war die Armut sogar angestiegen und eine nachholende Demokratisierung war ausgeblieben (MENZEL 2006, S. 4). Demzufolge wurde von dem neuen Präsidenten der Weltbank Robert McNamara ein neues Konzept der internen Umverteilung initiiert. Agrarreformen, Grundbedürfnis-, Beschäftigungs- und Armutsorientierung, der Einsatz angepasster Technologien und die Ausweitung sowie Umwidmung von Finanzhilfen sollten die Produktivität der ärmeren Bevölkerungsschichten steigern. „Umverteilung mit Wachstum“ lautete die neue, angebotsorientierte Devise (a.a.O.). Die Sicherung von Grundbedürfnissen, war also das Hauptziel dieser Dekade.

Das offensichtliche Scheitern der Weltbankstrategie, die sich nur auf die kurzfristige Befriedigung von Grundbedürfnissen und auf die Armutsbekämpfung konzentrierte und keinen dauerhaften positiven Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in Entwicklungsländern gehabt hatte, führte zur Ausarbeitung einer neuen Strategie (NUSCHELER 2005, S. 80 f.). In der dritten entwicklungspolitischen Dekade von 1980 bis 1990 orientierte sich die Entwicklungspolitik auf Strukturanpassung, Deregulierung und Privatisierung. Das neue Motto lautete „Entwicklung durch Außenhandel“ (MENZEL 2006, S. 5). Am 11. Februar 1980 legte eine internationale Nord-Süd-Kommission, unter dem Vorsitz des bundesdeutschen Altkanzlers Willy Brandt, der UN eine im Auftrag der Weltbank entstandene Studie mit dem Titel *„Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“* vor.⁷ Der „Brandt-Bericht“ war die Vision einer neuen Wirtschaftsordnung und entwicklungspolitischen Strategie, in der die Entwicklungsländer mit Unterstützung der Industrienationen als Partner auftreten sollten (BÜSCHLL 2012, S. 5).

Die vierte Dekade der Entwicklungspolitik von 1990 bis 2000 gilt als die Zeit des Strebens nach Nachhaltigkeit im Gefolge des „Brundtland-Berichts“ (BÜSCHLL 2012, S. 7). Entscheidend war die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992, bei der die sogenannte Agenda 21 aufgestellt wurde. Schlagworte waren – neben „Nachhaltigkeit“ – auch „Hilfe zur Selbsthilfe“, Ressourcenverbrauch und Eigenständigkeit. Getragen war die Agenda nach wie vor von dem prinzipiellen Optimismus, dass es für die Gesellschaften Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sinnvolle Entwicklungswege nach dem Vorbild und den Maßstäben der Industrienationen geben könnte (a.a.O. S. 8). Am 8. September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die „Millenniums-Erklärung“, einen grundlegenden Katalog für die Zielsetzungen aller UN-Mitgliedstaaten. Hierin waren unter anderem auch die Armutsbeseitigung, die sogenannte gute Regierungsführung (*Good Governance*), und der Schutz der gemeinsamen Umwelt enthalten.

Die Zeit nach 2000 (mit Bezug auf die Entwicklungspolitik) wird als Periode der kontroversen Debatten bezeichnet. Die Vertreter der unterschiedlichen Denkschulen bieten verschiedene entwicklungsorientierte Projekte und streiten darüber, warum die extreme Massenarmut in den Entwicklungsländern weiterbesteht. Weitgehend einig aber sind sich fast alle Entwicklungsforscher darin, dass die Armutsprobleme ungelöst bleiben und oft wird über *„eine Renaissance des Themas Armutsminderung“* gesprochen (RAUCH 2009, S. 78). Es wurden

⁷ KLEIN, MARTIN (2011): Brundtland-Bericht. Auf: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/brundtland-bericht.html> abgerufen am 16.06.2016

mehrere Armutsminderungsstrategien entwickelt, aber trotz der Tatsache, dass fast alle Wissenschaftler, die sich mit der Entwicklungspolitik beschäftigen, sich auf die gleiche rechtliche Basis beziehen und ähnliche Begriffsdefinitionen geben, ist bis heute nicht klar, wessen Strategie in der neuen Dekade dominant sein wird.

II.2 Rechtliche Basis und Definitionsversuche der Entwicklungspolitik

Als rechtliche Grundlage der heutigen Entwicklungspolitik dient die sogenannte „UN Erklärung zum Recht auf Entwicklung“⁸ (1986), in dem das Recht auf Entwicklung als ein „unveräußerliches Menschenrecht“ definiert ist. Selbst der Begriff der „Entwicklung“ wurde von der UN als *„umfassender wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozess“* definiert, *„der die ständige Steigerung des Wohls der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer aktiven, freien und sinnvollen Teilhabe am Entwicklungsprozess und an der gerechten Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile zum Ziel hat“* (UNRIC 2012, Erklärung über das Recht auf Entwicklung). Von den UN-Mitgliedstaaten wird auch betont, dass *„alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, an einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen“* (UNRIC 2012, Artikel 1). Der Mensch wird dabei von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als das zentrale Subjekt betrachtet und jede Entwicklungspolitik soll ihn zum Hauptträger und Nutznießer der Entwicklung machen (UNRIC 2012, Artikel 2).

Die rechtliche Basis der modernen Entwicklungspolitik wurde also schon lange festgelegt und wurde nicht in Frage gestellt. Die Staaten haben sich mit der „UN Erklärung zum Recht auf Entwicklung“ selbst verpflichtet diese Politik umzusetzen. Leider ist es nicht so eindeutig, was die Entwicklungspolitik selbst bedeutet und wie sie definiert werden soll. Unter vielen Definitionsversuchen⁹ gibt es einige sehr interessante, die die moderne entwicklungspolitische

⁸ United Nations Regional Information Centre (UNRIC) (2012): Erklärung über das Recht auf Entwicklung. Auf: http://www.unric.org/html/german/resolutions/A_RES_41_128.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁹ Zahlreiche Theorien und Experten geben unterschiedliche Definitionen für den Begriff „Entwicklungspolitik“ und bis heute ist nicht klar, was er eigentlich bedeutet. (Siehe in HENNINGS WERNER (2009): Entwicklungsforschung. Fünf Theorien über Entwicklung. S. 52. Frankfurt/New York)

Strategie sehr gut charakterisieren und für die Definition des Begriffs (zumindest in westlichen Ländern) oft verwendet werden.

Eine der bekanntesten Definitionen des Begriffes bietet Dieter NOHLEN (2000) in seinem „Lexikon Dritte Welt“. Er definiert die Entwicklungspolitik folgendermaßen:

„Unter Entwicklungspolitik ist die Summe aller Mittel und Maßnahmen zu verstehen, die von Entwicklungsländern und Industrieländern eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, d.h. die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern“ (NOHLEN 2000, S. 224).

Die Entwicklungspolitik entspricht demzufolge der Gesamtheit aller Maßnahmen der entwickelten Länder, die die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen in Entwicklungsländern zum Ziel haben.

In der entwicklungspolitischen Debatte wurde auch von Uwe HOLTZ eine wichtige Zielsetzung der modernen Entwicklungspolitik entwickelt. Der Wissenschaftler betonte, dass *„die Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen“* stehe und man von ihr *„wichtige Beiträge zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und politischer Probleme“* erwarte (HOLTZ 1997, S. 7). Nach Uwe HOLTZ ist Entwicklungspolitik die Summe der *„von (den) Industrieländern ins Werk gesetzte(n) politische(n) Handlungen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben“* (a.a.O. S. 16).

Eine weitere bekannte Definition bietet THEO RAUCH. Er versteht unter „Entwicklungszusammenarbeit“ *„eine mit dem Ressourcentransfer verknüpfte internationale Kooperation zwischen reichen und ärmeren Partnern mit dem Ziel einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den ärmeren Partnerländern“* (RAUCH 2009, S. 12).

Die erwähnten Autoren konzentrieren sich auf die Ziele der Entwicklungspolitik, wobei die konkreten Maßnahmen (finanzielle Unterstützung, Hilfe bei dem Aufbau der Infrastruktur etc.) oft weniger beachtet werden. Abhängig von der konkreten Situation können die Maßnahmen unterschiedlich sein, aber die allgemeinen Ziele sind fast immer gleich. Dieses Verständnis von Entwicklungspolitik findet sich in der gesamten Fachliteratur. Auch dort wird die Ansicht geteilt, dass die Entwicklungspolitik eine *„gezielte Hilfe für die Länder der Dritten Welt zur Verbesserung ihrer Wirtschaft und des sozialen Fortschritts“* sein muss (KAISER/WAGNER 1991, S. 9).

Die wichtigsten Ziele der Entwicklungspolitik formuliert Franz NUSCHELER (NUSCHELER 2005, S. 76). Er bietet vier Zieldimensionen für eine nachhaltige Entwicklung:

1. Soziale Gerechtigkeit – armutsmindernde Rahmenbedingungen und sozialer Ausgleich.
2. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – armutsorientiertes Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit.
3. Politische Stabilität – Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung.
4. Ökologisches Gleichgewicht – Bewahren der natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage.

Eine äquivalente Kategorisierung der Ziele der Entwicklungspolitik findet man auch bei Holtz der behauptet, dass

„neben den traditionellen Aufgaben wie Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und Gesundheit, Umweltschutz und Eindämmung des Bevölkerungswachstums, die Entwicklungspolitik zur Lösung anderer dringlicher Aufgaben beitragen soll: so zur Bekämpfung von Fluchtursachen, Konflikten sowie Not- und Katastrophensituationen, zur Unterstützung beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft“ (Holtz 1997, S. 14).

Der Zielkatalog kann, abhängig von dem jeweiligen Autor, unterschiedlich aussehen, aber allgemeingültig ist, dass *„die Entwicklungspolitik weit mehr als einfache Entwicklungshilfe“* ist (NUSCHELER 2005, S. 76). Sie dient nicht nur der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Hunger, Durst, Schlaf etc. oder der Armutsbekämpfung, sondern wenn das Ziel der Entwicklungspolitik die Verbesserung aller Dimensionen des menschlichen Lebens ist, kann diese Politik effektiv sein.

II.3 Geographische Entwicklungsforschung

II.3.1 Entwicklungspolitik innerhalb der Geographie

Warum aber die geographische Entwicklungsforschung? Welche Strategie bietet sie zur Auswertung der Entwicklungspolitik? Was bedeutet überhaupt geographische Entwicklungsforschung? Das sind die Fragen, die in erster Linie beantwortet sein müssen, um im Weiteren die Problematik der Wirksamkeit von Entwicklungspolitik zu klären. Wichtig ist hier zu betonen, dass die Entwicklungsthematik nie ein Betätigungsfeld einer einzelnen wissenschaftlichen Disziplin war oder sein kann. Nur ein fachübergreifender Austausch sowie spezifische Fachkompetenzen der unterschiedlichen Disziplinen ermöglichen die empirische und theoretische Erfassung der Problematik von Entwicklungspolitik (SCHOLZ 2006, S. 22 ff.).

Es steht außer Frage, dass die Ursachen für die existierende Probleme in den Entwicklungsländern nur verstanden werden kann und geeignete Maßnahmen nur dann ergriffen werden können, wenn auf unterster Ebene erworbene originäre Einsichten und Erfahrungen bezüglich der lokalregional spezifischen Tatsachen und Strukturen berücksichtigt werden und mögliche Handlungsstrategien analysiert werden. Einen fachspezifischen Beitrag zur Problemlösung zu liefern ist in der modernen Wissenschaft ohne Geographie unvorstellbar (SCHOLZ 2004, S. 14 ff.).

Geographie gehört heute zum festen Bestandteil der entwicklungspolitischen Forschung, Ausbildung und Arbeit. Die geographische Entwicklungsforschung beschäftigt sich heutzutage mit der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sowie mit den Faktoren, die diesen Prozess beeinflussen. Sie nutzt auch aktiv eine multidimensionale Perspektive, welche alle Maßstabsebenen – von “lokal” bis “global” – miteinbezieht. Die Stärke der geographischen Entwicklungsforschung liegt auch in der Berücksichtigung der Mensch-Umwelt-Beziehungen, gleichermaßen aber auch in der räumlichen Verteilung und Verknüpfung der Einflussfaktoren von Entwicklungsprozessen. Von besonderem Interesse für die Disziplin ist die Forschung zu lokalen Strategien und Transformationsprozessen als Antwort auf den globalen Wandel und dessen Herausforderungen (MÜLLER-MAHN/VERNE 2010, 30 ff.). Geographie wurde aber nicht immer als Bestandteil der entwicklungspolitischen Forschung betrachtet.

Für die wissenschaftliche Disziplin, die in früheren Jahrhunderten zur Erkundung der Erde, zur Erforschung von Handelswaren und -wegen, von agrarischen und mineralischen Rohstoffquellen und zur Diskussion der kolonialen Frage beigetragen hat, sollte die Beschäftigung mit den Entwicklungsländern nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich eine selbstverständliche Herausforderung darstellen. Dieser Beitrag der Geographie fand aber bis Mitte der 1970er Jahre kaum statt. Die Geographie wurde von den Nachbardisziplinen nur als Schulfach, als Lieferant der Karten und Atlanten betrachtet. Da die Diskussion zur Entwicklungsthematik sich bis Ende der 70er Jahre ausschließlich mit den ökonomischen und politischen Aspekten der Entwicklungsländer beschäftigte, wurde sie nur von Vertretern entsprechender Nachbardisziplinen geführt (SCHOLZ 2004, S. 18 f.). Die Geographie und ihr Angebot wurden daher nicht erkannt oder kaum ernsthaft in Betracht gezogen.

Die geographischen Arbeiten nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten eigenständige Konzepte, welche auf modernisierungstheoretischen Axiomen basierten. Diese wurden viel (auch zu Recht) kritisiert und von den Nachbardisziplinen nicht wahrgenommen. Seit dem Geographentag in Kiel 1969, nach

der fundamentalen fachinternen Kritik der geographischen Entwicklungsforschung, wurde die Situation verändert. Diese Kritik leitete eine generelle Beteiligung der Geographie in der entwicklungspolitischen Diskussion ein. Erste empirische geographische Studien, die fachextern wahrgenommen wurden und sich mit der Problematik der Entwicklungsländer beschäftigten, sind in den 1970er Jahren erschienen. Seit dieser Zeit begannen die Nachbardisziplinen die Geographie wahrzunehmen (LOSSAU 2012, S. 123 ff.).

Den Geographen, die sich mit dem Thema Entwicklungspolitik beschäftigten, ist damals klar geworden, dass *„die bloße Lieferung lokalen, regionalen Fachwissens keine condition sine qua non für Entwicklungsforschung per se darstellt“* (SCHOLZ 2004, S. 22). Von der Geographie erworbenes Fachwissen ergab nur dann einen Sinn für die Nachbarfächer und die Entwicklungspolitik, wenn es in erkenntnistheoretischem Zusammenhang ausbreitete und zielorientiert in die theoretischen Konzepte zur Erklärung von Unterentwicklung und ihrer Überwindung eingebracht werden konnte. Dieses Wissen sollte auch gesellschaftlich und politisch relevant sein, um anderen wissenschaftlichen Disziplinen nützlich zu sein.

Seit den 1980er Jahren ist die Geographie wesentlicher Bestandteil der modernen Entwicklungsforschung. Innerhalb der Disziplin wurden mehrere Konzepte und Strategien zur Erklärung der Massenarmut entwickelt (z. B. Ländliche Regionalentwicklung, SCHOLZ 2004, S. 207; Conceptual Approaches to Vulnerability BOHLE 2001, S. 14 ff. etc.). Die Veröffentlichungen der Geographen (z. B. DÖRFLER et al. 2003; NUHN 2001; STERNBERG 2002; RAUCH 2009) lieferten einen bedeutsamen Beitrag zur theoretischen Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik.

Die geographische Entwicklungsforschung ist also eine Forschungsrichtung innerhalb der Geographie, welche sich mit dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und räumlichen Strukturen, Prozessen und Funktionen beschäftigt. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zu der modernen Entwicklungsforschung und liefert Erkenntnisse für Entwicklungsplanung und Entwicklungszusammenarbeit.

II.3.2 Der multidimensionale Ansatz der geographischen Entwicklungsforschung

Es wurde bereits erwähnt, dass zur Auswertung der Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten mehrere unterschiedliche Versuche gemacht und zahlreiche Strategien für die erfolgreiche Durchführung dieser Politik entworfen wurden. Diese Strategien neigten aber zu eindimensionalen Ansätzen. Je komplexer die

Problemzusammenhänge sind, desto faszinierender erscheint der Versuch, den einen Schlüsselfaktor zu identifizieren, mit dessen Hilfe der Durchbruch, der Take-off aus Armut und Not hin zu nachhaltiger Entwicklung gelingen könnte. Manche sahen diesen Schlüsselfaktor im Wirtschaftswachstum, andere in gerechterer Verteilung. Manche vertrauten allein auf sich selbst. Öfters wurde auch eine monokausal argumentierende entwicklungspolitische Modewelle durch die nächste abgelöst (FIEGE/RAUCH 2012, S. 45).

Die eindimensionalen Strategien waren nicht effektiv und es wurde klar, dass nachhaltige Entwicklung auf diese Weise nicht erreicht werden konnte. Man brauchte also eine multidimensionale Perspektive. Diese hat Theo RAUCH 2009 gegeben. Dessen multidimensionaler Ansatz bietet nicht nur konkrete Ziele und Strategien für die erfolgreiche Durchführung der Entwicklungspolitik, sondern kann auch zur Überprüfung der bisherigen Entwicklungspolitik benutzt werden.

Der Ansatz ist Resultat der langjährigen Erfahrungen und Kritiken in der Entwicklungsforschung und behauptet nicht, dass alle ehemaligen eindimensionalen Ansätze, Strategien und Instrumente schlecht seien. Wegen der Einflussfaktoren war deren Wirkung begrenzt, aber sie haben auch einen wichtigen Faktor erkannt und dadurch einen notwendigen, nicht aber hinreichenden Lösungsbeitrag geleistet. Sie haben einfach die Relevanz der anderen Faktoren negiert oder ignoriert. So ist das Wachstum unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Länder, reicht aber nicht zur Beseitigung von Armut. Auch Selbsthilfe ist unverzichtbar, doch mit Selbsthilfe allein lassen sich die meisten Probleme nicht lösen. Dasselbe gilt für Mikrokredite, Governance oder Wertschöpfungsketten. Probleme haben meist multifaktorielle Ursachen (RAUCH 2009, S. 19). Also erfordert ihre Lösung eine multifaktorielle Strategie, eine Synthese der unterschiedlichen Strategien, welche die ökonomische, die ökologische, die politisch-institutionelle und die gesellschaftliche (soziokulturelle) Dimension des Problems und deren interdependente Zusammenhänge berücksichtigt.

Die menschliche Alltagserfahrung macht bereits klar, dass der Streit darüber, ob nun Ökonomie oder Ökologie wichtiger sei, ob es auf Macht, auf Institutionen oder auf der kulturellen Sphäre zuzuordnende Faktoren wie Werte, Habitus oder Wahrnehmung ankommt, müßig ist. Nach Rauch widerspricht die Alltagserfahrung dem Bestreben, einer dieser Perspektiven auf das menschliche Leben Priorität gegenüber anderen einzuräumen. Es ist offensichtlich, wie stark diese Faktoren miteinander verwoben sind. Preise, Regeln, Werte bestimmen über unseren Umgang mit der Natur. Macht beeinflusst Märkte, Regeln und Wahrnehmung. Eine Degradierung von Ökosystemen beeinflusst Verfügbarkeit

und Preise von Ressourcen, verändert Machtverhältnisse und Werthaltungen (FIEGE/RAUCH 2012, S. 49). Es ist also unverzichtbar, dass man eine multidimensionale Perspektive braucht, um alle diese Faktoren zu berücksichtigen und sie zu beeinflussen.

Der multidimensionale Ansatz konzentriert sich nicht nur auf unterschiedliche Größenordnungen, sondern auch auf die vier wichtigsten Maßstabsebenen: (siehe RAUCH 2009, S. 132 f.): Auf der Makroebene (oder globalen Ebene) geht es um ökonomische Globalisierungsprozesse, globale Umweltabkommen, Umweltgerechtigkeit etc. Auf nationaler Ebene geht es vor allem darum, neben der Verbesserung demokratischer Kontrolle und Rechtssicherheit, verbesserte Anreiz- und Kontrollsysteme für produktive Aktivitäten, für nachhaltige Ressourcennutzung und für dezentrale Regierungen bzw. Verwaltungen zu schaffen. Auf regionaler Ebene gilt es, durch kontextgerechte Lösungen die erweiterten Handlungsspielräume auch für die Masse der ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsgruppen nutzbar zu machen. Auf lokaler Ebene bedarf es einer Befähigung und einer Stärkung der gemeinsamen Interessenvertretungsinstanz der Ärmern zur effektiven Nutzung der erweiterten Handlungsspielräume.

In der Ausarbeitung wird dabei nur die Interventionsstrategie auf der regionalen Ebenen betrachtet, weil nur auf der Ebene die Identifizierung der kontextgerechten Problemlösungen und realen Entwicklungsmöglichkeiten möglich ist. Ohne die Schaffung kontextgerechter ökonomischer Möglichkeiten, standortgerechter bzw. nachhaltiger Ressourcennutzungstechniken und öffentlicher Dienstleistungen, bürgernaher dezentraler staatlicher Organe oder ohne Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und bei der Gestaltung von Dienstleistungen ist eine nachhaltige Entwicklung nicht vorstellbar. Dies kann aber nur auf regionaler Ebene gestaltet werden. Dementsprechend ist die Ebene entscheidend für die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik.

Der multidimensionale Ansatz ist aber keine völlig neue, alternative Strategie der Entwicklungspolitik, sondern eine überfällige Synthese schon bekannter, teilweise erfolgreicher, aber für sich genommen nicht zur Problemlösung führender Konzepte. Im Mittelpunkt des Ansatzes stehen die vier Dimensionen (politisch-institutionelle; ökonomische; gesellschaftliche; ökologische) des menschlichen Lebens. Durch bestimmte Interventionsstrategien versucht der Ansatz diese zu verbessern. Der multidimensionale Ansatz bietet also eine Synthese der entwicklungspolitischen Strategien und Instrumente, welche für die wirksame Durchführung der Entwicklungspolitik eingesetzt und genutzt werden können.

Logischerweise kann der multidimensionale Ansatz auch zur Auswertung der bisherigen Entwicklungspolitik dienen. Dafür ist es notwendig zu überprüfen, ob der Entwicklungsgeber die gleiche Synthese von Strategien bei der Durchführung der Entwicklungspolitik benutzt hat und falls nicht, welche Größenordnung von ihm wenig oder gar nicht beachtet wurde, welche Strategie er noch nutzen sollte und was bei den eingesetzten Strategien fehlt. Für die Analyse der EU-Entwicklungspolitik in Armenien und Georgien wird versucht, die Entwicklungsstrategien der EU mit dem multidimensionalen Ansatz gegebener Strategien zu vergleichen. Es ist aber notwendig festzustellen, welche Synthese der Interventionsstrategien den Ansatz für die Entwicklung aller Dimensionen innerhalb der Regionen bietet.

II.3.2.1 Die ökonomische Dimension

Die ökonomische Dimension ist eine der wichtigsten für die Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklung. Die meisten Interventionsstrategien der Entwicklungspolitik waren auf diese Größenordnung gerichtet und versuchten sie zu verbessern. Sie haben aber die Armut nicht wesentlich verringert. Für das ärmste Fünftel der Menschheit gibt es keine hinreichenden Möglichkeiten, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen (RAUCH 2009, S. 203). Die Notwendigkeit einer neuen Armutsminderungsstrategie steht also nicht in Frage.

Mit dem Ziel, die Situation in der ökonomischen Dimension zu verbessern, wurde mit dem multidimensionalen Ansatz eine Synthese der unterschiedlichen Strategien erarbeitet. Dieser nimmt die bisherige Erfahrung der ökonomischen Armutsminderungsstrategien in Anspruch und versucht mittels geeigneter Maßnahmen neue kontextgerechte Lösungen für das Problem zu finden. Entscheidend bei der ökonomischen Größenordnung ist dabei die regionale Ebene. Nur auf dieser Ebene besteht die Möglichkeit, kontextgerechte ökonomische Perspektiven unter Berücksichtigung naturräumlicher, soziokultureller und institutioneller Bedingungen zu identifizieren und zu fördern, sowie für Wirtschaftsaktivitäten erforderliche ökonomische Dienstleistungssysteme aufzubauen. Ohne diese ist die wirtschaftliche Entwicklung auf allen anderen Ebenen kaum vorstellbar (RAUCH 2009, S. 151).

Nach diesem Ansatz (vgl. FIEGE/RAUCH 2012, S. 44 ff.) wurde auf der regionalen Ebene das Ziel vorgestellt, neue ökonomische Möglichkeiten unter den Bedingungen der Globalisierung für regionale zu identifizieren und deren Nutzung zu erleichtern. Um diese Ziele zu erreichen, wurden mittels diesen Ansatzes bestimmte Interventionsstrategie geboten, welche in drei strategischen Grundorientierungen zusammengefasst werden können: der Ansatz

der armuts- und Livelihood- orientierten regionalen Wirtschaftsförderung, der stärker wachstumsorientierte Ansatz der regionalen systemischen Wettbewerbsfähigkeit und der Wertschöpfungskettenansatz.¹⁰

Ziel der Armuts- und Livelihood-orientierten regionalen Wirtschaftsförderungsstrategien ist es nach Rauch (vgl. RAUCH 2009, S. 174), ökonomische Möglichkeiten insbesondere für arme Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und zu schaffen. Ausgangspunkt und Anwendungsbereich der Strategien sind informelle, marginalisierte ländliche oder städtische Kleinproduzenten, die ihren Lebensunterhalt meist durch eine Kombination aus Subsistenproduktion, Erwirtschaftung vermarktbarer Überschüsse, Lohnarbeit und Arbeitsmigration bestreiten.

Um die ökonomischen Möglichkeiten für arme Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, bietet der multidimensionale Ansatz eine bestimmte Methodik. Eine in dem Ansatz gegebene und vor allem in armen und peripheren ländlichen Regionen praktizierte Methode umfasst folgende zehn Schritte (siehe RAUCH 2009, S. 182): Analyse der Livelihood-Systeme wichtiger Zielgruppen; regionale Analyse der wirtschaftlichen Aktivitäten; vorläufige Identifizierung und Einengung von näher zu betrachtenden wirtschaftlichen Möglichkeiten; ökonomische Potenzialanalyse-Triangulierung (Nachfragepotenzial, natürliches Ressourcenpotenzial, Arbeitskräftepotenzial und deren Verknüpfung); Identifizierung zielgruppen-, gender-, und standortspezifischer wirtschaftlicher Möglichkeiten; Identifizierung angepasster Technologien für die Potenzialektoren; Information/Partizipation/Entscheidung der möglichen Zielgruppen; Identifizierung von Förder- bzw. Dienstleistungsbedarf; Identifizierung der Dienstleister und Marktpartner; Identifizierung des Organisationsbedarfs auf Zielgruppen.

Diese Methodik setzt bei den Menschen, deren Problemen und Potenzialen und bei der Analyse übergreifender regionaler Systemzusammenhänge gleichzeitig an. Beide Perspektiven werden miteinander verknüpft, um nicht nur Möglichkeiten für die ganze Region, sondern für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Region zu identifizieren. Kern dieser Analyse ist also die ökonomische Potenzialanalyse (Potenziale werden dabei verstanden als vorhandene, aber ungenutzte Ressourcen bzw. Nachfrage). Sie dient dem ökonomischen Zweck, bessere Einkommens- und Ernährungsmöglichkeiten zu identifizieren. Nach dem Ansatz (siehe FIEGE/RAUCH 2012, S. 46 ff.) kann sie sich aber

¹⁰ Mehr zu dem Wertschöpfungskettenansatz siehe in GEREFFI/KORZENIEWICZ 1994; FLEURY/FLEURY 2001; DICKEN et. al. 2002; HATAKOY 2003; STAMM 2004.

methodisch nicht auf eine rein ökonomische Perspektive beschränken, weil das Ziel eine nachhaltige Armutsminderung ist. Das erfordert eine entsprechend nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und eine sozial akzeptable Nutzung menschlicher Arbeitskraft. Bei der Analyse sind folglich Ökosystem-Zusammenhänge sowie soziale und kulturelle Zusammenhänge zu berücksichtigen.

Bei der Potenzialanalyse geht es nur um Information und nicht um bestimmte Förderungsmaßnahmen. Es soll auch betont sein, dass diese Art von Analyse oft nicht wertneutral ist. Je nachdem, wessen Potenziale man mit welcher Perspektive analysiert, gelangt man zu einer eher wachstums- oder eher armutsorientierten Wirtschaftsförderungsstrategie. Will man sowohl armutsorientiert vorgehen, als auch Wachstumschancen wahrnehmen, will man sowohl von den Problemen und Potenzialen der Menschen als auch von den Anforderungen der Märkte ausgehen, dann erfordert dies einen Methoden-Pluralismus. Diesen Methoden-Pluralismus bietet der multidimensionale Ansatz, der sich gleichermaßen an Einkommensmöglichkeiten für die Ärmere als auch an der Nutzung regionaler Wachstumschancen orientiert (RAUCH 2009, S. 179).

Neben der Identifizierung der ökonomischen Möglichkeiten bietet der multidimensionale Ansatz bestimmte Förderungsstrategien, welche zur Nutzung dieser Möglichkeiten eingesetzt werden können (siehe RAUCH 2009, S. 179 f.). Fehlende Infrastruktur, schlecht funktionierende Märkte, unzureichende ökonomische Dienstleistungen und ineffiziente Vermarktungskanäle sind die Faktoren, die die erfolgreiche Nutzung identifizierter ökonomischer Möglichkeiten beschränken oder völlig verhindern. In vielen Fällen ist der Weg zur Nutzung neuer Möglichkeiten auch mit Lernkosten, Unsicherheiten oder auch mit Störmanövern (Dumpingstrategien) von bisher marktbeherrschenden Akteuren verbunden. Dementsprechend fördern die vom multidimensionalen Ansatz gebotenen Strategien folgende Maßnahmen (siehe in RAUCH 2009, S. 136 ff.):

1. Verbesserung der regionalen Infrastruktur (insbesondere der Transportinfrastruktur, – Bau von Straßen und Bahnlinien).
2. Marktentwicklungsförderung (insbesondere die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen) – also der Tätigkeit einer zunehmenden Anzahl von Akteuren, beispielsweise als Händler, Transportunternehmer, Betreiber einer Mühle oder Reparaturwerkstatt in ländlichen Regionen. Förderung der notwendigen Infrastruktur für die neuen Markttorte durch den Bau sicherer Übernachtungsplätze, etc. Übernahme einer Maklerrolle bei der Anbahnung von Marktbeziehungen mit externen, überregionalen Abnehmern).

3. Breitenwirksamer Zugang zu Dienstleistungen durch Förderungsobergrenzen (Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis).
4. Subventionen – diese müssen aber bestimmte armutsrelevante Wirtschaftsaktivitäten bzw. Technologien gegen subventionierte Konkurrenz schützen (Anti-Dumping oder kompensatorische Subventionen). Die temporären Risiken und Lernkosten bei der Erprobung von Neuerungen müssen auch abgedeckt werden (Test- und Erziehungssubventionen). Armen Konsumenten muss gesicherter Zugang zu Grundnahrungsmitteln geschaffen werden. Die Subventionen müssen vor allem nachhaltig sein und eine explizit formulierte entwicklungspolitische Zielsetzung haben.
5. Förderung der Wertschöpfungsketten – die Förderung muss Wettbewerbsfähigkeit der Region im Rahmen einer globalisierten Ökonomie stärken und eine unternehmensübergreifende Beziehung zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickeln. Dabei spielt die Schaffung fördernder administrativer Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Entwicklung von Wirtschaftsbetrieben eine entscheidende Rolle. Die Bereitstellung einer funktional fähigen ökonomischen Infrastruktur, Standort-Marketing und die Verbesserung der Wohnqualität des Standortes sind weitere wichtige Ziele dieser Strategie. Ohne Förderung von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen und Bereitstellung von Foren für den Dialog zwischen allen relevanten Akteuren, kann die Strategie nicht effektiv sein.
6. Verbesserung regionaler ökonomischer Dienstleistungssysteme (siehe Kapitel II.3.2.3).

Die gebotenen Strategien sollen je nach Bedarf eingesetzt werden und die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowohl des ganzen Staates als auch von bestimmten Regionen ermöglichen. Allein die Identifizierung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und deren Förderung kann aber die Massenarmut in der Region nicht reduzieren bzw. beenden. Man braucht dafür Interventionsstrategien in anderen Dimensionen.

II.3.2.2 Die ökologische Dimension

Die langfristige Sicherung der Überlebensgrundlagen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung und Armutsbekämpfung in den Ländern der Dritten Welt. Es steht außer Frage, dass Umwelt und Entwicklung untrennbar zusammengehören (LOOSE 2004, S. 2). Wie schon beschrieben, ist für die Armutsbekämpfung wirtschaftliches Wachstum erforderlich. Dieses Wachstum

darf aber nicht dem „alten“ Modell der Industrieländer folgen: Wachstum unter Inkaufnahme von schweren Umweltschäden kann heute keine Option mehr sein. Es sollte umgekehrt argumentiert werden:

„Umweltschutz trägt zur Armutsbekämpfung bei. Eine erfolgreiche globale Entwicklungspolitik soll eine erfolgreiche globale Umweltpolitik voraussetzen. Beide Seiten der Medaille sollten zu sich gegenseitig verstärkenden Strategien verknüpft werden“ (a.a.O.).

Der nachhaltigen Entwicklung kann also nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen und wirtschaftlichen (sowie politischen und sozialen) Zielen erreicht werden. Nur auf diese Weise kann die ökologische, ökonomische, soziale und politische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft sichergestellt und verbessert werden.

In den armen Ländern sind eine Verknappung und Qualitätsbeeinträchtigung überlebenswichtiger Ressourcen, eine Verschlechterung der natürlichen Existenzgrundlagen, eine Störung der Regenerations- und Entwicklungsfähigkeit von Ökosystemen sowie zunehmende Konflikte um den Zugang zu den sich verknappenden Ressourcen sichtbar (RAUCH 2009, S. 205). Diese ökologischen Probleme stören die nachhaltige Entwicklung und sind der Grund dafür, dass trotz der kontextgerechten Strategien der Entwicklungspolitik in der wirtschaftlichen (oder einer anderen) Größenordnung die Massenarmut weiter besteht.

Für die Planung und das Management von umweltorientierten Entwicklungsprogrammen besonders relevant sind in diesem Zusammenhang die administrativpolitischen Regionen. Entscheidend für die Rolle der regionalen Ebene in der Umweltpolitik sind drei Aspekte (siehe in RAUCH 2009, S. 241):

1. Die Region ist einerseits nahe genug an den realen Bedingungen vor Ort und sie umfasst andererseits ein hinreichend breites Spektrum ähnlicher Standorte, um für einen bestimmten Typus von Umweltproblemen zu kontextgerechten Lösungsansätzen zu gelangen.
2. Die Region ist meist die geeignete Umsetzungsebene für das Management von Dienstleistungssystemen (solche Systeme benötigen eine bestimmte Mindestreichweite, um rentabel zu sein).
3. Verwaltungsregionen beschränken sich meist nicht auf einzelne ökonomische Problemzonen. Sie umfassen in der Regel auch „Zentrale Orte“ – die Städte. Regionale Planungen haben also eine standort- und sektorübergreifende Perspektive.

Es wurde betont, dass nachhaltiges Ressourcenmanagement (NRM) aus verschiedenen Gründen nur funktioniert, wenn es in einen weiteren regionalen

Rahmen eingebettet ist. Dieser soll über die gefährdete und zu schützende Öko-Zone hinausreichen. NRM braucht auch eine externe fachliche und materielle Unterstützung durch staatliche oder private Dienstleister (wie Forschung, Beratung, subventionierte Inputs, Planungsunterstützung), die meist in regionalen städtischen Zentren angesiedelt sind. Zudem sind die Probleme in dichtbesiedelten, stark degradierten Ökosystem-Zonen oft auch bei verbesserten Techniken nicht im Rahmen dieser Zonen auf nachhaltige Weise zu lösen. Die Problemstandorte müssen vielmehr entlastet werden. Im Rahmen einer erweiterten regionalen Perspektive müssen Existenzmöglichkeiten in Ausweichregionen und in nicht von den gefährdeten Ressourcen abhängigen Wirtschaftszweigen geschaffen werden (FIEGE/RAUCH 2012, S. 61).

Um die ökologischen Probleme auf der regionalen Ebene zu lösen und nachhaltige Entwicklung zu schaffen, bietet der multidimensionale Ansatz (siehe RAUCH 2009, S. 223) eine Mischung unterschiedlicher Strategien. Diese versuchen einerseits, standortgerechte nachhaltige Ressourcennutzungstechniken zu identifizieren und andererseits öffentliche Dienstleistungen für die Planung und Durchführung nachhaltiger Ressourcennutzung bereitzustellen. Im Falle einer Übernutzung regionaler Ökosystemfördern ist die Unterstützung bei der Suche nach Entlastungsmöglichkeiten.

Die erfolgreiche entwicklungspolitische Strategie für die Lösung ökologischer Probleme auf der regionalen Ebene muss aus weiteren Komponenten bestehen (siehe RAUCH 2009, S. 240 ff.):

1. Identifizierung kontextgerechter Lösungen (damit sind technische oder institutionelle Verfahren gemeint, die den jeweiligen naturräumlichen Standortbedingungen und den spezifischen Potenzialen und Constraints der verschiedenen Nutzergruppen entsprechen sowie deren Erfahrungen, deren kulturelle Regeln im Umgang mit der Natur und gegebenenfalls logistische Hürden in deren Arbeitsabläufen berücksichtigen).
2. Bereitstellung von Dienstleistungen für die nachhaltige Ressourcennutzung (die Ressourcennutzer in den armen Regionen benötigen die Dienstleistungen, um überhaupt zu nachhaltiger Nutzung in der Lage zu sein. Nachhaltige Nutzungspraktiken unter veränderten natürlichen und ökologischen Bedingungen erfordern oft neues Wissen durch Forschung und Beratung. Zu ihrer Anwendung sind Produktionsmittel bzw. Inputs wie Subventionen nötig).
3. Entlastung degradierter Regionen durch eine standort- und sektorübergreifende Perspektive (folgende weitere Entlastungsmaßnahmen sind nötig: Bereitstellung von Portable Skills, d.h. Fähigkeiten, die abwande-

rungswilligen Bevölkerungsgruppen bei der Arbeitsplatzsuche in ihren Zielregionen von Nutzen sein können. Unterstützung bei der Urbarmachung von Ausweichstandorten. Förderung nichtlandwirtschaftlicher bzw. nichtnaturgebundener Einkommensquellen und die Unterstützung von Maßnahmen der Geburtenkontrolle dort, wo tatsächlich die Tragfähigkeit ausgeschöpft ist).

Die hier angestellten strategischen Überlegungen machen deutlich, warum es nicht sinnvoll ist, auf einen einzigen Schlüsselfaktor, seien es angemessene Preise für Umweltgüter, Anreizsysteme, funktionsfähige Gemeinwesen oder Umwelttechniken zu setzen. Nur der komplementäre Einsatz aller Strategieelemente, unterstützt von einer starken Umwelt-Lobby gegen Wirtschaftsinteressen, kann eine nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen bewirken.

Die Entwicklungspolitik muss also die Umweltprobleme ernst nehmen und eine Mischung der Interventionsstrategien nutzen, um diese zu vermeiden. Die angepassten ökologischen Entwicklungsstrategien in den Regionen können aber nicht angewandt werden, wenn die bürgernahen dezentralen staatlichen Organe, die Regional- bzw. Kommunalregierungen nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben (vor allem die Funktionen der dezentralen Entwicklungsplanung und der Bereitstellung von Dienstleistungen) zu bewältigen. Um die ökonomische Entwicklung und nachhaltiges Ressourcenmanagement zu erreichen, sind also geeignete Interventionsstrategien in der politischen Dimension notwendig.

II.3.2.3 Die politisch-institutionelle Dimension

Für die Umsetzung der oben genannten ökonomischen und ökologischen Strategien spielt die Qualität der Regierungsführung der staatlichen und internationalen Institutionen eine maßgebliche Rolle. Bei den bisherigen Betrachtungen blieben aber die Interessen und die Machtverhältnisse, die einer armutsorientierten Wirtschaftsentwicklung auf Grundlage einer nachhaltigen Ressourcennutzung entgegenstehen, weitgehend unberücksichtigt. Es ist also eine Frage des politischen Willens, eine der Veränderung von Machtverhältnissen, aber auch eine Frage nach den Umsetzungskapazitäten für all die anspruchsvollen Strategievorschläge.

Die Politiker und Wissenschaftler, die sich mit dem Thema Entwicklungspolitik beschäftigen, sehen unterschiedliche Gründe für das Scheitern der bisherigen Entwicklungspolitik, aber in einem sind sie sich alle einig: Der Staat, die Institutionen sind ein wichtiger Teil des Problems. Schlechte Regierungsführung ist einer der problemverursachenden Faktoren für Armut und Umweltdegradation (RAUCH 2009, S. 257).

So ist es auch keine Überraschung, dass viele Fachleute und Entwicklungspolitiker in Good Governance den Schlüssel zur Problemlösung sehen, weil fast alle bisherigen Lösungskonzepte letztendlich mit dem politischen Willen und der Fähigkeiten sowohl der Entwicklungsgeber als auch der Entwicklungsempfänger verbunden sind. Schlechte Regierungsführung, gekennzeichnet durch die weite Verbreitung von Korruption und Nepotismus, mangelnde Rechtssicherheit, destruktive Anreizsysteme und ein wenig leistungsfähiger öffentlicher Dienst etc. sind die Probleme, die man in erster Linie lösen muss, um die schon erwähnten Strategien umsetzen zu können (FIEGE/RAUCH 2012, S. 65).

Es gibt unterschiedliche strategische Ansätze, die das Problem der schlechten Regierungsführung zu lösen versuchen und dazu unterschiedliche Wege bieten. Diese lassen sich drei generellen Kategorien zuordnen (siehe RAUCH 2009, S. 267): 1. Strategien zur Veränderung der Machtverhältnisse. 2. Strategien zur Verbesserung institutioneller Regulierungen. 3. Strategien zur Verbesserung der Leistungskapazität von Organisationen und Individuen.

Bei diesen Ansätzen geht es nicht um eine Orientierung an westlichen Demokratiemodellen, sondern um politisch-institutionelle Rahmenbedingungen, die für alle Menschen die erforderlichen Handlungsspielräume und geeignete Anreizsysteme für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen schaffen. Das Ziel kann aber nur mit Hilfe dieser Ansätze nicht erreicht werden, weil *„bessere Fähigkeiten wenig helfen, wo Wille und Anreiz fehlen, diese einzusetzen. Bessere Regelwerke und Anreizsysteme kommen nicht zustande, wenn sie den Interessen der Mächtigen widersprechen, und sie werden nicht wirksam, wenn die Kapazitäten unzureichend sind. Aber auch eine Veränderung der Machtverhältnisse allein führt nicht zum Erfolg, wenn es an Fähigkeiten und effektiven Institutionen fehlt“* (RAUCH 2009, S. 268). Eine effektive entwicklungspolitische Strategie muss also alle diese Faktoren gleichzeitig und gleichmäßig beeinflussen.

Die regionale Ebene ist bei der politisch-institutionellen Dimension auch deshalb entscheidend, weil für die Entwicklung dieser Größenordnung sowohl eine Stärkung der Kapazitäten staatlicher Organisationen als auch eine Verbesserung des Systems öffentlicher und privater Dienstleistungen notwendig ist. Dies ist aber nicht möglich, ohne eine Dezentralisierung der staatlichen Organe und eine Organisation der Bürger bzw. Nutzer (FIEGE/RAUCH 2012, S. 65). Die Mehrzahl der Bürger muss also den verlässlichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen haben und benötigt bürgernahe dezentrale staatliche Organe, um in den kommunalen Entscheidungen über die Verwendung knapper öffentlicher Ressourcen und über die Flächennutzung teilzunehmen sowie

eigene Interessen zu schützen. All das kann nur durch Dezentralisierung erreicht werden.

Die Dezentralisierung wurde hier verstanden als *„ein Transfer von Macht, Verantwortung und Ressourcen für die Planung, die Finanzierung und das Management der Durchführung öffentlicher Aufgaben von der Zentralregierung an untergeordnete, dezentral angesiedelte Behörden der Zentralregierung, halbautonome öffentliche Einrichtungen, sektorale oder regionale Entwicklungsgesellschaften, autonome regionale oder lokale Gebietskörperschaften und Nicht-Regierungsorganisationen“* (RONDINELLI 1989, S. 57).

Die politisch-institutionelle Entwicklung auf regionaler (sowie damit verbundener staatlicher) Ebene braucht also eine Strategie, welche die dezentralen staatlichen Organe (Regionalregierung) in die Lage versetzt und dahingehend steuert, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Nur wenn die dezentralen Regierungsorganisationen in der Lage sind, ihre Aufgaben effektiv wahrzunehmen, ist eine regionale und gesamtstaatliche politisch-institutionelle Entwicklung möglich. Der multidimensionale Ansatz bietet konkrete Strategien um das oben genannte Ziel zu erreichen (siehe FIEGE/RAUCH 2012, S. 270 ff.). Eine Strategie ist die Förderung dezentraler Entwicklungsplanung (verstanden als konstruktiver, strategischer und durchführungsorientierter Entscheidungsprozess über die Erfüllung staatlicher Aufgaben auf lokaler Ebene). Die Förderung dezentraler Entwicklungsplanung ist also das entscheidende Instrument, um zu situationsgerechteren Problemlösungen zu gelangen, und um der Tendenz zur Dominanz weniger mächtiger Partikularinteressen beim Kampf um die Verwendung knapper Ressourcen entgegenzuwirken. Im Laufe des Planungsprozesses müssen alle wichtigen Akteure beteiligt sein. Die Planung soll zielorientiert, d.h. wirkungsorientiert sein und auf einer Analyse der relevanten Bedingungen basieren. Die geeignetsten Mittel und Wege zur Zielerreichung müssen gefunden werden. Eine weitere Strategie ist die Förderung dezentraler Dienstleistungssysteme. Dies ist die Kernaufgabe dezentraler Regierungsführung. Hierzu gehören soziale Dienstleistungen wie Schul- und Gesundheitswesen, Wasserversorgung aber auch Straßenreinigung und Müllabfuhr, die Erstellung und Erhaltung öffentlicher Infrastruktur wie Straßen und Erholungsflächen sowie ökonomische Dienstleistungen, wie die Bereitstellung von Gewerbeflächen, Forschungs- und Beratungseinrichtungen oder auch Finanzdienstleistungen (a.a.O.).

Zur effektiven Förderung der oben genannten Leistungen erfordert der Ansatz im ersten Schritt die Diagnose des existierenden Dienstleistungssystems mithilfe einer Service-Systems-Matrix, in der die im Rahmen der Dienstleistungsbereitstellung erforderlichen Teilaufgaben und die dafür derzeit

zuständigen Träger einander gegenübergestellt werden. Des Weiteren soll die Dienstleistungsbedarfsanalyse durchgeführt werden (mit Entwicklungsprogrammen, neuen Technologien, innovativen Lösungskonzepten ist meist ein veränderter bzw. erweiterter Bedarf an Dienstleistungen verbunden. Diesen gilt es konkret in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht zu identifizieren). Darauf aufbauend ist nach dem multidimensionalen Ansatz die Stärken/Schwächenanalyse der vorhandenen Dienstleister im Hinblick auf die neuen Aufgaben notwendig. Eine Identifizierung weiterer möglicher Bereitsteller oder neuer Service-Systems-Modelle soll auch durchgeführt werden, um die Dienstleistungssysteme effektiv zu fördern. Schließlich soll die Detailplanung der Aufgabenverteilung zwischen den Akteuren des neuen Dienstleistungssystems gemacht werden.¹¹

Allein die Erstellung der effektiven dezentralen Entwicklungssysteme reicht aber nicht aus für die nachhaltige Entwicklung in den Regionen, weil eine extern gesetzte Konditionalität für die Bereitstellung von Entwicklungspolitik-Mitteln nicht garantieren kann, dass staatliche Leistungen in angepasster Form bei den Armen und Benachteiligten ankommen. Hierzu müssen die Bewohner, die intendierten Nutznießer der Leistungen selbst gestärkt werden. Damit ist die gesellschaftliche Dimension angesprochen.

II.3.2.4 Die gesellschaftliche Dimension

Die gesellschaftliche Situation ist in vielen armen Ländern gekennzeichnet durch eine sozioökonomische Fragmentierung, einhergehend mit einem normativen Vakuum: Die alten Werte der dörflichen Gemeinschaften gelten nicht mehr als verbindlich, wurden aber angesichts unvollständiger Marktintegration auch nicht durch allseits akzeptierte „moderne“, an der Logik von Märkten und staatlichen Institutionen orientierte Werte ersetzt. Dieses Bild ist zu ergänzen durch das fortbestehende System klientelistischen Abhängigkeiten, welche tendenziell einer Stärkung der Interessenvertretungsmacht benachteiligter Gruppen im Wege stehen und die politisch-institutionelle, ökologische und ökonomische Entwicklung verhindert (ELWERT 1985, S. 85 ff.).

¹¹ Bei diesen Schritten handelt es sich stets nicht nur um eine Analyse, sondern auch um einen Aushandlungsprozess über Verantwortlichkeiten und Lastenverteilung im Spannungsfeld zwischen den verantwortlichen politischen Entscheidungsträgern (Gemeinderat), den Dienstleistern und den Nutzern. Mehr zu den Strategien siehe RAUCH 2009, S. 269-309.

Die Erfahrungspraxis der Entwicklungspolitik zeigt, dass ohne den Aufbau einer lokalen Zivilgesellschaft keine verbesserte Regierungsführung und keine nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung erreichbar ist (RAUCH 2012, S. 65). Hier deuten sich bereits enge Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und anderen Größenordnungen an: Ohne eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, allein durch politische, ökonomische oder ökologische Entwicklung, wird es wohl zu keiner dauerhaften Verbesserung der Regierungsführung, zu keiner effektiven Ressourcennutzung und zu keiner besseren Nutzung der ökonomischen Möglichkeiten kommen (FIEGE/RAUCH 2012, S. 67). Es ist also die Verbesserung der bestehenden Situation in der gesellschaftlichen Dimension notwendig.

All jene Merkmale von Gesellschaften, die die Handlungsspielräume und Handlungsstrategien ihrer Mitglieder beeinflussen, wurden in der Ausarbeitung der gesellschaftlichen Dimension von Entwicklung zugeordnet. Hierzu gehören Normen, Werte, Verhaltens- und Wahrnehmungsmuster, Lern- und Problemlösungsfähigkeiten sowie die Relationen zwischen den Mitgliedern (wie etwa Kooperation, Macht und Abhängigkeit). In der hier definierten Form beinhaltet der Begriff „gesellschaftlich“ auch jene Aspekte, die häufig der Kategorie „sozio-kulturell“ zugeordnet werden (RAUCH 2009, S. 311 f.).

Die Verbesserung der Situation benötigt bei der gesellschaftlichen Dimension auch eine Interventionsstrategie auf allen Ebenen (vgl. FIEGE/RAUCH 2012, S. 70). Die wirklichen Veränderungen für die Mehrzahl der Menschen an der Basis, in den Stadtvierteln der Armen, in den Dörfern aber können nur von unten, d.h. von denen kommen, die unter mangelnder Wasser- und Gesundheitsversorgung, unter miserablen Bedingungen in den Schulen, unter mangelndem Zugang zu natürlichen Ressourcen, Krediten, Informationen und unter schlechten Vermarktungsbedingungen leiden. Nur durch ihren aktiven Beitrag zur Problemlösung erwerben diese die Kompetenz, im Rahmen lokaler Demokratie und marktwirtschaftlicher Aushandlungsprozesse ihre Interessen effektiver zu vertreten. Deshalb sind die regionalen und lokalen Ebenen für die gesellschaftlichen Interventionsstrategien entscheidend.

Um die Entwicklung gesellschaftlicher Größenordnung auf regionaler Ebene voranzutreiben, fördert der multidimensionale Ansatz die Institutionalisierung geeigneter Beteiligungsverfahren, damit allen Bürgern die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Interessen wirksam zu vertreten. Es soll, auch bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und der Gestaltung von Dienstleistungen, zielgruppen- und gendergerecht vorgegangen werden. Das Ziel ist also der Aufbau einer lokal verankerten und inklusiven, d.h. alle Bevölkerungsgruppen repräsentierenden, Zivilgesellschaft. Sonst ist es nicht möglich, dass verbesserte Rahmen-

bedingungen und Armutsminderungsprogramme armen Bevölkerungsgruppen wirklich zugutekommen. Um die Ziele zu erreichen, bietet der multidimensionale Ansatz konkrete Interventionsstrategien (siehe RAUCH 2009, S. 323-361):

1. Förderung der flächendeckenden und inklusiven Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und die Gestaltung von Dienstleistungen (dabei kann es nicht um den Import von ambitionierten, oft nicht nur für die personell und transportmäßig schlecht ausgestatteten Kommunen, sondern auch für die partizipierende Bevölkerung aufwendigen Partizipationsmodelle und -instrumente gehen, wichtiger ist die Identifizierung von kontextgerechten, d.h. kulturell, politisch, an die geographischen Bedingungen und den jeweiligen Entscheidungsgegenstand angepassten Partizipationsformen).
2. Förderung von zielgruppen- und genderorientierten Dienstleistungen, Budgets, Gesetzen, Verwaltungsverfahren (Dienstleistungen müssen zielgruppen- und gendergerecht gestaltet werden, damit arme und benachteiligte Gruppen erreicht und damit sie akzeptiert und in wirksamer Weise eingesetzt werden. Zielgruppenorientierung kann ein Mittel sein, um im Sinne von Inklusivität alle intendierten Adressaten zu erreichen oder um exklusiv nur bestimmte, nach Bedürftigkeit oder nach Potenzial ausgewählte Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Sie kann aber auch dazu dienen, durch adressatenspezifische Ansprache eine höhere Akzeptanz und Wirkung zu erzielen. Dabei ist stets nach Geschlechtern zu differenzieren, um den spezifischen Bedürfnissen, Problemen und Potenzialen von Frauen und Männern im Sinne des Gleichberechtigungsprinzips gerecht zu werden. Dies muss nicht notwendigerweise zu einer – soziokulturell oft heiklen – Förderung der Angleichung der Geschlechterrollen führen, wohl aber zu einer Stärkung der Interessenvertretungsmacht der Frauen zur Gewährleistung der Erfüllung ihrer Bedürfnisse).

Die verbesserte Regierungsführung, sowie ein fairerer Markt und Ressourcenzugang ist nicht realisierbar, wenn die Menschen nicht in die Lage versetzt werden, sich zur Vertretung ihrer Interessen zu organisieren. Die damit verbundene große Organisationsentwicklungsaufgabe ist als wichtiger Bestandteil jeder Förderung von Dienstleistungen, von Management natürlicher Ressourcen und von Marktzugang zu sehen. Diese Aufgabe kann nicht vom Staat übernommen werden, will man eine unabhängige Zivilgesellschaft und nicht verstärkten parteipolitischen Klientelismus begünstigen. Hierin liegt eine wichtige Aufgabe internationaler Zusammenarbeit. Das internationale Programm muss die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung fördern, um die nachhaltige Entwicklung armer Ländern zu erreichen.

II.4 Vorteile und Grenzen des konzeptionellen Ansatzes

An der Stelle bietet sich auch die Gelegenheit, den zur Anwendung gebrachten Ansatz zu reflektieren und seine Stärken bzw. Schwächen herauszuarbeiten. Wie gesehen, bietet der multidimensionale Mehr-Ebenen-Ansatz die Strategien und Maßnahmen zur Maximierung der Wirkung der jeweiligen Entwicklungspolitik. Dementsprechend ist es naheliegend, den Ansatz zur Auswertung der bisherigen EU-Entwicklungspolitik einzusetzen. In den vorliegenden Fallstudien wird versucht festzustellen, inwieweit die Strategien und Maßnahmen dieser Politik in den zwei Untersuchungsregionen den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes entsprechen. In diesem Zusammenhang scheint der theoretisch gut begründete und gleichzeitig stark auf die Empirik orientierte Ansatz der einfachste Weg zur Untersuchung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in ihrer gesamten Komplexität zu sein.

Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Anwendung der Theorie nur dann einen Sinn ergibt, wenn dadurch vertiefte Erkenntnisse über das Thema gewonnen werden können. Die Theorie hilft sozusagen, die Welt besser zu verstehen. In der vorliegenden Arbeit bedeutet dies, dass der Ansatz zum besseren Verständnis der Entwicklungspolitik in ihrer ganzen Vielschichtigkeit beizutragen soll. Die theoretische Rahmung der Interventionsstrategien in den vier Dimensionen wird die empirische Untersuchung der EU-Entwicklungspolitik erleichtern und soll quasi als konzeptionelle Vorlage zur Erarbeitung und Etablierung der jeweiligen Untersuchungsschritte dienen. Es ist nicht notwendig, einen neuen theoretischen Rahmen zu erstellen: man muss lediglich dem Ansatz schrittweise folgen.

Die Eignung des multidimensionalen Ansatzes für empirische Untersuchungen steht also außer Frage, zumal er mit dieser Perspektive die Gesamtheit an Schlüsselfaktoren in komplexen Problemzusammenhängen der Entwicklungspolitik erschließen lässt. Der Ansatz versucht nicht, eine einfache Lösung zu finden. Im Unterschied zu den klassischen Entwicklungstheorien bietet er eine sowohl multidimensionale als auch eine Dimension übergreifende Synthese der konkreten Strategien, welche auf alle Aspekte des menschlichen Lebens ausgelegt sind. In allen vier Dimensionen werden ein Problemaufriss, eine theoretische Einordnung und ein Überblick über relevante Interventionsstrategien und Instrumente gegeben. Es werden also konkrete Schritte geplant, durch die die wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Situation im jeweiligen Zielort verbessert werden soll. Dabei liegt der Fokus auf der theoriegeleiteten Praxis, d.h. auf der Umsetzbarkeit und der Wirksamkeit von Strategien und Instrumenten unter verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen. Summa summarum ist

der stark auf die Praxis bezogene und ein breites Spektrum an Strategien abdeckender Ansatz für die empirische Untersuchung gut geeignet.

Es muss aber auch betont werden, dass jede „theoretische Brille“ auch Nachteile hat. Der multidimensionale Ansatz ist dabei keine Ausnahme. Vor allem aufgrund seiner Komplexität bleibt die Frage nach der realen Umsetzbarkeit der von dem Konzept gebotenen Strategien fraglich. Durch den Ansatz sollen alle Größenordnungen gleichzeitig beeinflusst werden. Dabei fördert er auf allen Ebenen eine verstärkte Professionalisierung der Entwicklungspolitik sowie eine erhebliche Zunahme an Investitionen in diesem Bereich, wobei nicht nur die finanziellen Mittel gemeint sind, sondern u.a. auch die Variablen wie Zeit und Humankapital. Wie dies aber erreicht werden soll und ob dies überhaupt möglich ist, wird dabei nicht ganz klar. Anders formuliert: Der Ansatz beschäftigt sich nicht mit der Realität, in der die Entwicklungsförderer nicht bereit sind, noch mehr in diesem Bereich zu investieren, sondern mit einer idealen Welt, in der die Entwicklungsförderer keine eigenen Interessen verfolgen und bereitwillig mehr Entwicklungshilfe leisten.

Zudem besteht die Gefahr, dass der eine oder andere Aspekt in dem breiten Spektrum an Interventionsstrategien weniger beachtet wird. Der Ansatz fordert eine angemessene Durchsetzung der gegebenen Strategien. Dabei besteht jedoch das Risiko, dass bei der Vielzahl an Ebenen und Dimensionen bestimmte Strategien dann über- bzw. unterschätzt werden. Bei der Untersuchung der bisherigen Entwicklungspolitik sollte also ganz vorsichtig und professionell analysiert werden, welche Interventionsstrategien tatsächlich eingesetzt werden sollen, welche Aspekte mehr beachtet werden müssen und was nicht so große Bedeutung im jeweiligen konkreten Fall hat.

Ein weiteres Problem der durchgeführten Untersuchungen in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien ist die Frage der Reichweite solcher Fallstudien. Es muss klar festgelegt werden, dass die Methoden und Ergebnisse der Untersuchungen in diesen zwei Regionen nicht direkt auf andere räumliche und zeitliche Kontexte übertragen werden können. Dieses Problem aller empirischen Feldforschung bleibt auch in der vorliegenden Arbeit bestehen. Daher ist eine solche Projizierung der Methoden und Ergebnisse auf andere Kontexte nicht das Ziel der Untersuchung. Stattdessen sollen die Grundkonzepte zur weiteren Untersuchung der Entwicklungspolitik und zu deren Verbesserung geschaffen werden. Es soll also statt direkt übertragbarer Ergebnisse eine Perspektive geschaffen werden, die zwar an sich transportierbar ist, aber darüber hinaus fallweise empirisch fundiert werden muss.

II.5 Zusammenfassung

In den modernen Geistes- und Sozialwissenschaften gibt es verschiedene Definitionen des Begriffes „Entwicklungspolitik“. Umstritten bleibt auch die Frage, wann sie entstanden ist und welche konkreten Ziele die Entwicklungspolitik erreichen soll, vor allem auch auf welche Weise. Der Zielkatalog der Entwicklungspolitik kann, abhängig von dem jeweiligen Wissenschaftler, unterschiedlich aussehen. Allgemeingültig ist, dass die Entwicklungspolitik weit mehr als einfache Entwicklungshilfe ist. Sie dient nicht nur zur Befriedigung der Grundbedürfnisse oder zur Armutsbekämpfung, sondern sie muss alle Dimensionen gesellschaftlichen Lebens beinhalten. Nur wenn das Ziel der Entwicklungspolitik die Verbesserung aller Dimensionen des menschlichen Lebens ist, kann sie auch wirksam sein.

Die tatsächlich effektive Strategie zur Durchführung der Entwicklungspolitik wurde innerhalb der wissenschaftlichen Disziplin entwickelt, die heute zum festen Bestandteil der entwicklungspolitischen Forschung gehört. Der Fokus der modernen geographischen Entwicklungsforschung liegt im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Aus- und Weiterbildung auf verschiedenen Ebenen in Entwicklungsländern.

Die geographische Entwicklungsforschung ist also eine Forschungsrichtung innerhalb der Geographie, welche sich mit dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und räumlichen Strukturen, Prozessen und Funktionen beschäftigt. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur modernen Entwicklungsforschung und liefert Erkenntnisse für Entwicklungsplanung und Entwicklungszusammenarbeit. Geographische Entwicklungsforschung hat einen wesentlichen Vorteil. Im Unterschied zu anderen Strategien der Entwicklungspolitik, welche nicht zum Erfolg geführt haben, wurde innerhalb der Geographie der multidimensionale Ansatz entwickelt. Dieser ist eine Synthese unterschiedlicher Strategien, welche die ökonomische, die ökologische, die politisch-institutionelle und die gesellschaftliche Dimension des Problems und deren interdependente Zusammenhänge berücksichtigt.

Entscheidend für die nachhaltige Entwicklung gemäß dem multidimensionalen Ansatz ist die regionale Ebene. Nur auf dieser Ebene besteht die Möglichkeit, kontextgerechte ökonomische Möglichkeiten zu identifizieren und sie zu fördern, sowie für Wirtschaftsaktivitäten erforderliche ökonomische Dienstleistungssysteme aufzubauen und standortgerechte nachhaltige Techniken zur Nutzung von Ressourcen zu identifizieren bzw. zu fördern.

Der multidimensionale Ansatz bietet also eine Synthese von Interventionsstrategien, welche für die wirksame Durchführung der Entwicklungspolitik

eingesetzt werden können. Inwieweit passt aber die EU-Entwicklungspolitik zu dem vorgegebenen Weg dieses Ansatzes? Beinhaltet sie auch diese Interventionsstrategien? Um diese Fragen zu beantworten, ist es in erster Linie notwendig festzustellen, wie die EU-Entwicklungspolitik entstanden ist und wie sie sich entwickelt hat. Außerdem muss untersucht werden, auf welche rechtliche Basis sich die Politik stützt und welche Ziele bzw. Maßnahmen von der EU für die effektive Durchführung der Entwicklungspolitik vorgesehen sind.

III. Entwicklungspolitik der EU

III.1 Geschichte und rechtliche Basis

Die Beziehungen Europas und der Dritten Welt sind in ihren Ursprüngen die von Kolonialmächten und ihren Kolonien. Selbst die Geburtsstunde der europäischen Entwicklungspolitik 1957 mit den Römischen Verträgen war noch von diesem Verhältnis geprägt (HOLZ 2003, S. 2). Die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) haben in den Römischen Verträgen auf Drängen Frankreichs besondere Beziehungen zu dessen Kolonien und Überseegebieten vereinbart. Nach dem Beitritt Großbritanniens 1973 dehnte die EG die engen Beziehungen auf die im Commonwealth zusammengeschlossenen ehemaligen britischen Kolonien aus.¹²

Neben der Herstellung von Sonderbeziehungen zu den ehemaligen Kolonien Frankreichs, Belgiens und später Großbritanniens stellte die EU-Entwicklungspolitik die Antwort auf die Frage nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung dar. Wegen der starken Unterentwicklung der Dritten Welt in den siebziger Jahren musste die Europäische Gemeinschaft deutlich mehr Finanzmittel zur Unterstützung der armen Länder bereitstellen. Die Anzahl der von der EG unterstützten Länder erhöhte sich innerhalb von 25 Jahren von 46 (1975) auf 77 (2000), womit gegenwärtig 638 Mio. Menschen direkt von den Maßnahmen der EZ profitieren (BpB 2002, Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik).

Heute ist die Entwicklungspolitik der Europäischen Union von dem Ziel geprägt, gleichberechtigte Partner zu sein, die ihre Beziehungen auf den Prinzipien von Hilfe und Handel gründen. Schon seit über 30 Jahren praktiziert Europa eine Politik der Partnerschaft in der Entwicklungshilfe. In den 78 AKP-Staaten (Asiatischer, karibischer und pazifischer Raum) wurden unterschiedliche Entwicklungsprojekte durchgeführt. Außerdem hat die EU Abkommen über eine Zusammenarbeit und Finanzhilfen mit den Staaten des Maghreb (Algerien, Marokko, Tunesien), des Maschrik (Jordanien, Ägypten, Libanon, Syrien), den ASEAN-Ländern (Brunei, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam), den Andenpaktstaaten (Bolivien, Ecuador, Peru, Venezuela, Kolumbien) und den osteuropäischen Ländern (Ukraine, Belarus, Georgien, Armenien, etc.) geschlossen (HOLZ 2003, S. 2).

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft besteht also bereits seit 1957. Sie gründet sich auf die Römischen Verträge (Artikel 131 bis 135 bzw.

¹² Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2002): Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik. Auf: <http://www.bpb.de/apuz/26925/aktuelle-aspekte-der-eu-entwicklungspolitik?p=all> abgerufen am 16.06.2016

heute Artikel 182 bis 188 des EU-Vertrages von Lissabon). Dies ermöglichte die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete. Die Ziele dieser Angliederung der betroffenen Länder wurden in den Römischen Verträgen folgendermaßen beschrieben:

1. Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete.
2. Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten Gemeinschaft (HOLZ 2003, S. 3).

Als eigenständiger Politikbereich wurde aber das „Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit“ erstmals in dem Vertrag über die Europäische Union von 1993 (Titel 20, Artikel 177 bis 181) beschrieben. Die heutige rechtliche Grundlage bildet der im Jahre 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag (siehe Lissabon-Vertrag 2009, Art. 208 bis 211 AEUV). Dieser Vertrag sieht Änderungen in den bestehenden Verträgen (EU-Vertrag und EG-Vertrag) vor. Die Europäische Union tritt laut Lissabon-Vertrag die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaft an. Hauptziel der Union ist demnach die Bekämpfung und – auf längere Sicht – die Beseitigung der Armut.

Das Fundament der Entwicklungspolitik sind auch internationale Abkommen (meist Assoziierungsabkommen nach Artikel 310 EGV), die entweder auf multilateraler Ebene zwischen der Gemeinschaft und mehreren Staaten (z.B. Lomé-Abkommen mit der APK Staaten) oder auf bilateraler Ebene zwischen der EU und einem einzelnen Staat abgeschlossen werden. Für sie gelten die Bestimmungen des Artikels 300 EGV. Artikel 308 ermöglicht darüber hinaus das „Tätigwerden der Gemeinschaft“ (finanzielle, humanitäre, technische Hilfeleistung etc.) auch außerhalb der vertraglich festgelegten Ziele (HOLZ 2003, S. 4).

In den folgenden Abschnitten werden die Handlungsformen, Ziele und Instrumente der EU-Entwicklungspolitik analysiert. Es wird also verdeutlicht wie das komplexe System der europäischen Entwicklungspolitik funktioniert und welche Instrumente die EU zur erfolgreichen Durchführung seiner Politik hat.

III.2 Handlungsformen und Akteure

Die Handlungsformen der EU in ihrer Entwicklungszusammenarbeit sind vielfältig. Konkrete Entwicklungsprojekte und -programme mit bestimmten

Ländern, Ländergruppen und Regionen werden im Rahmen der Regionalprogramme (AKP und andere) beschlossen und finanziert.¹³ Die EU unterstützt also Entwicklungsländer im Rahmen thematischer Programme. In den meisten Fällen geschieht die Unterstützung durch Zuschüsse, aber auch über zinsbegünstigte Darlehen und Investitionskapital von der Europäischen Zentralbank (GASSEN 2012, S. 2 f.).

Mit einer Reihe von Entwicklungsländern hat die EU auch dauerhafte bilaterale Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen sowie Assoziationsabkommen im Falle einer engeren Zusammenarbeit (bspw. mit den Ländern des Mittelmeerraums). Sie arbeitet mit internationalen Organisationen wie der Weltbank und den Vereinten Nationen zusammen. Dies schließt auch finanzielle Beteiligungen an gemeinsamen Vorhaben ein. Des Weiteren unterstützt die EU durch Ko-Finanzierungen sogenannte Nichtregierungsorganisationen in Projekten, die diese in Entwicklungsländern durchführen (BMZ 2013, S. 1).

Für die europäische Entwicklungspolitik gelten drei Prinzipien (siehe MEYER ZU NAPUTU 2006, S. 2). Subsidiaritätsprinzip heisst dabei, dass Entscheidungskompetenz im Prinzip auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten verbleibt. Nur wenn ein Problem auf der nationalen Ebene nicht lösbar und auf EU-Ebene eine größere Wirksamkeit zu erwarten ist, soll die EU tätig werden. Mit anderen Worten: EU-Entwicklungspolitik ersetzt nicht die nationalen Beiträge, sondern stellt lediglich eine „Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten“ dar. Gemäß dem Kohärenzprinzip soll gemeinschaftliche EU-Politik mit der Politik der jeweiligen Mitgliedstaaten abgestimmt werden. Das Regionalisierungsprinzip bedeutet, dass gegenüber unterschiedlichen Regionen durchaus unterschiedliche Politiken Anwendung finden können.

Die Europäische Union hat in den letzten zehn Jahren ein spezifisches und weitreichendes System ausgebaut, welches für die Durchführung der Entwicklungspolitik zuständig ist. An den Prozessen der Erarbeitung, Feststellung der Ziele, Durchführung, Finanzierung und der Kontrolle der EU-Entwicklungspolitik sind alle Institutionen der EU (Ministerrat, EU-Parlament, EU-Kommission etc.¹⁴) beteiligt, wodurch die Politik der Organisation in diesem Bereich maximale Wirksamkeit zu erreichen beabsichtigt.

¹³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2013): Europäische Wege der Entwicklungszusammenarbeit. Auf: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/ez_eu/eu-wege/index.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁴ Die Zuständigkeit der bestimmten EU-Institutionen siehe in Lissabon-Vertrag 2009, Art. 2008 ff.

Neben dem Ministerrat, der EU-Kommission und dem EU-Parlament existiert in der EU auch eine Vielzahl an Institutionen, die für die Entwicklungspolitik zuständig sind oder bestimmte Funktionen bei der Durchführung dieser Politik haben. Die Abteilung Amt für humanitäre Hilfe (ECHO), das Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid), die Europäische Investitionsbank (EIB), die Generaldirektion für humanitäre Hilfe und der Katastrophenschutz (GHHK), die paritätische parlamentarische Versammlung sowie EU-Delegationen usw. sind die Institutionen, die zur Erarbeitung und Durchführung der Entwicklungspolitik der EU zuständig sind (HARTMUT/JURGEN 2006, S. 256).

Jede der EU-Institutionen spielt also eine bedeutende Rolle bei der Durchführung der Entwicklungspolitik. Die Institutionen haben dabei ganz bestimmte Ziele und Instrumente, um diese Politik wirksam zu machen.

III.3 Ziele und Instrumente

Die Ziele der EU-Entwicklungspolitik werden im Lissabon-Vertrag (2009) wie folgt definiert: 1. Nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. 2. Harmonische, schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft. 3. Bekämpfung der Armut. 4. Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates. 5. Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Lissabon Vertrag 2009, Art. 2008 ff.).

Um die vorgestellten Ziele zu erreichen, hat die EU spezifische Instrumente ausgearbeitet. Für die Entwicklungshilfe besitzt die EU aber keine umfassende Gemeinschaftskompetenz. Finanzielle, humanitäre und technische Hilfsaktionen können sowohl von der EU als Gemeinschaft als auch durch die einzelnen Mitgliedstaaten initiiert und durchgeführt werden (unter Berücksichtigung des Kohärenzprinzips). Die Mitgliedstaaten und/oder die EU können auch bi- oder multilaterale entwicklungspolitisch relevante Verträge mit Drittstaaten schließen (MEYER ZU NAPUTU 2006, S. 3). Allerdings hat die EU im Bereich der Entwicklungspolitik (teilweise umfassende) Gemeinschaftskompetenzen. Diese lassen sich in drei Kategorien einteilen, nämlich die Handelspolitik (als Mittel der Entwicklungspolitik) die gemeinsame Agrarpolitik (Nahrungsmittelhilfe) und die Abkommen (a.a.O.).

Handelspolitik als Bestandteil der Entwicklungspolitik ermöglicht den Ländern, die bilaterale Abkommen (z.B. Freihandelsabkommen) mit der EU haben, einen besseren Zugang zum EU-Markt. Die Nahrungsmittelhilfen der EU schenken bedürftigen Entwicklungsländern Nahrungsmittel aus ihrer überschüssigen Produktion. Ziele sind die Bekämpfung, wenn möglich die

Verhinderung, von Hungersnöten und die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung (a.a.O.). Abkommen oder Verträge der EU mit Drittstaaten ruhen normalerweise auf zwei Säulen:

1. Die „Öffnung der Märkte“: Fast alle Produkte der Entwicklungsländer erhalten durch eine einseitige Marktöffnung zollfreien Zugang zu den EU-Staaten.
2. Die „Finanzhilfen“: Finanzhilfen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds unterstützen soziale Einrichtungen, Industrialisierung und Vorhaben zur Verbesserung der Infrastruktur. Finanzhilfen können in Form von Sachkapitalhilfen und/oder durch Projekte in technischer und/oder humanitärer Zusammenarbeit geleistet werden (HOLZ 2003, S. 5).

Für die erfolgreiche Durchführung der Entwicklungspolitik hat also die EU ganz klare Ziele gesetzt und spezifische Instrumente ausgearbeitet. Diese bestimmen die EU-Zusammenarbeit mit fast allen Ländern der Welt. In dieser Zusammenarbeit spielen die ehemaligen Kolonien, die die wichtigsten Adressaten der EU-Entwicklungsprojekte sind, eine besondere Rolle. Es gibt aber auch eine Reihe von Ländern, die in den letzten 20 Jahren noch engere Beziehungen zu der EU ausgebaut haben. Dies sind die östlichen und südlichen Nachbarländer der EU. Für diese Nachbarstaaten hat die EU ein neues Programm der „Nachbarschaftspolitik“ ausgearbeitet.

III.4 Die Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) wurde im Zusammenhang mit der EU-Erweiterungsrunde 2004 entwickelt und hat sich zum Ziel gesetzt, Wohlstand, Sicherheit, Stabilität sowie rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in den Nachbarstaaten der erweiterten EU zu fördern. Erstmals wurde sie in einer Mitteilung der EU-Kommission über das „Größere Europa“¹⁵ im März 2003 skizziert, in dem die grundsätzlichen Ideen zur Etablierung einer neuartigen Nachbarschaftspolitik der EU dargelegt wurden. Im Mai 2004 folgte ein ausführlicheres Strategiepapier über die Europäische Nachbarschaftspolitik.¹⁶ Dieses Dokument erläutert mithilfe konkreter

¹⁵ EC (2003): Europa Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁶ EC (2004): Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier. Auf: http://www.enpi-info.eu/library/sites/default/files/strategy_paper_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

Terminologie die EU-Vorschläge zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Sie richtet sich also an die unmittelbaren Nachbarn der EU im Osten (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine) und im Süden (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die palästinensischen Autonomiegebiete, Syrien, Tunesien).¹⁷

Die EU bot diesen Nachbarn eine privilegierte Beziehung an, die auf dem gegenseitigen Bekenntnis zu gemeinsamen Werten (Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung) basierte. Die ENP vertiefte auch die bestehenden politischen Beziehungen und ergänzte sie um die wirtschaftliche Integration. Die Intensität der Beziehung hing davon ab, in welchem Ausmaß diese Werte geteilt wurden.¹⁸

Die Kernelemente der Europäischen Nachbarschaftspolitik bilden heutzutage die bilateralen ENP-Aktionspläne, die gemeinsam zwischen der EU und jedem Partner vereinbart werden. Diese Pläne enthalten eine Agenda politischer und wirtschaftlicher Reformen mit kurz- und mittelfristigen Prioritäten (EC 2009, S. 2). Die Aktionspläne enthalten auch eine auf den Nachbarstaat zugeschnittene Reform- und Kooperationsagenda in verschiedenen Bereichen wie z.B. politischer Dialog und Reform (in diesem Bereich sind bspw. auch Maßnahmen zur Lösung regionaler Konflikte und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus enthalten). Handel und wirtschaftliche Reformen, sowie Energie, Verkehr, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Innovation sind auch wichtigste Bereiche der Aktionspläne (STREB 2008, S. 8).

Die Umsetzung der in den Aktionsplänen enthaltenen beiderseitigen Verpflichtungen und Ziele wird in Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern regelmäßig von den entsprechenden Unterausschüssen überwacht. Am 4. Dezember 2006 gab die Kommission den ersten regelmäßigen Bericht heraus, in dem sie über die erzielten Fortschritte sowie über Bereiche informiert, in denen weitere Fortschritte erforderlich sind (EC 2009, S. 2 f.).

Die Umsetzung der Reformen wird durch verschiedene Formen der finanziellen und technischen Hilfe aus den EG-Fonds gefördert. Dazu gehören auch Instrumente, die sich bei der Unterstützung der Reformprozesse in Mittel, Ost-

¹⁷ Auswärtiges Amt (2012): Europäische Nachbarschaftspolitik. Auf: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Nachbarschaftspolitik_node.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁸ EC (2009): Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm abgerufen am 16.06.2016

und Südosteuropa bewährt haben, aber auch neue Instrumente wie die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität und die Governance-Fazilität (EC 2009, S. 2).

Seit 2007 wird die europäische Nachbarschaftspolitik durch das neue Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) finanziert. Das ENPI ersetzt also die bisherigen Finanzierungsinstrumente. Neben den 16 Partnerländern der ENP unterstützt das ENPI die strategische Partnerschaft der EU mit Russland, das nicht an der europäischen Nachbarschaftspolitik beteiligt ist.¹⁹

Das ENPI hat im Zeitraum von 2007 bis 2013 einen Finanzrahmen von 11,2 Milliarden Euro erreicht. Des Weiteren gehen aus thematischen Programmen des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit sowie dem neuen Instrument für Demokratie und Menschenrechte weitere rund 800 Mio. Euro an die südlichen und östlichen Nachbarn der EU. Kernstück des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments sind die Länderprogramme. Auf diese entfallen rund 75 Prozent der Mittel. Weitere rund 25 Prozent werden zur Förderung von Regionalprogrammen im Osten und im Süden sowie zur Finanzierung eines Interregionalen Programms eingesetzt (BMZ 2013, S. 2).

ENPI-Mittel und bilaterale Beiträge der Mitgliedstaaten fließen derzeit auch in die 2008 geschaffene Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF), die die Wirkung des ENPI maximieren und so größtmögliche Reformimpulse in den Nachbarstaaten und -regionen geben sollte. Die EU-Kommission strebt längerfristig eine Erhöhung der finanziellen Ausstattung der ENP an. Das ENPI soll (vgl. Auswärtiges Amt 2012, S. 2) auch zur Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU eingesetzt werden.

Im Jahr 2011 hat die Europäische Union, als Antwort auf den Wandel in der Nachbarschaftsregion ihre Nachbarschaftspolitik neu ausgerichtet, um die demokratischen Transformationsprozesse der Nachbarstaaten gezielter zu unterstützen. Die Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlichte im Mai 2011 die Mitteilung „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“. Ziel des neuen Ansatzes war es, die Partner verstärkt beim Aufbau einer vertieften Demokratie zu unterstützen, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und grenzüberschreitende Verbindungen zu fördern. Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten bekräftigte zudem in

¹⁹ BMZ (2013): Europäische Nachbarschaftspolitik. Auf: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/ez_eu/eu-wege/nachbarschaftspolitik/index.html abgerufen am 16.06.2016

seiner Schlussfolgerung vom Juni 2011 das Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und einer engeren Kooperation im Bildungsbereich (a.a.O.).

Dabei soll eine verstärkte Unterstützung der EU für ihre Nachbarn künftig stärker an Bedingungen geknüpft sein. Je umfassender ein Land bei seinen internen Reformen vorankommt, desto mehr Unterstützung soll es erhalten („more for more“). Bei Ländern, in denen Reformfortschritte ausgeblieben sind, wird die EU ihre Unterstützung überprüfen (a.a.O. S. 4).

Durch die Nachbarschaftspolitik hat die EU ein ganz besonderes Instrument der Entwicklungspolitik geschaffen, mithilfe dessen die Beziehungen zu den östlichen und südlichen Nachbarländern auf eine neue gesetzliche und institutionelle Basis gestellt werden. Durch diese Politik leistet die EU beispiellose Hilfe zu ihren Nachbarländern und versucht, die wirtschaftliche sowie politische Lage dieser Länder zu verbessern. Im Rahmen der Nachbarschaftspolitik hat die EU ein weiteres Programm entwickelt, das die Beziehungen zu ihren direkten Nachbarn der östlichen Peripherien auf eine neue Grundlage stellen muss.

III.5 Östliche Partnerschaft

Die Östliche Partnerschaft wurde 2009 auf Betreiben Polens und Schwedens ins Leben gerufen. Mit der Konzentration auf die sechs osteuropäischen ENP-Länder wurde ein Äquivalent zur Mittelmeerunion geschaffen. Im Gegensatz zur Mittelmeerunion, die das Verhältnis der EU zu ihren Nachbarländern im Mittelmeerraum verbessern soll, ist die Östliche Partnerschaft politisch brisant, da die sechs einbezogenen Länder als mögliche Beitrittskandidaten gelten und das Abkommen daher indirekt die zukünftigen Außengrenzen der EU festlegt (STRIETHORST 2012, S. 1). Bei einem Gipfel in Prag am 7. Mai 2009 gründeten die EU-Mitgliedsstaaten mit sechs Ländern Osteuropas und des Südkaukasus die „Östliche Partnerschaft“ im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Partnerländer sind Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine. Der Europäische Rat hatte auf seinem Gipfel am 19./20. März 2009 die Gründung der Östlichen Partnerschaft beschlossen.²⁰

²⁰ Auswärtiges Amt (2013): Die östliche Partnerschaft. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Oestliche%20Partnerschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016

Hauptziel der Östlichen Partnerschaft ist es, die EU und deren Partnerländer unter dem Dach der europäischen Nachbarschaftspolitik politisch und wirtschaftlich einander anzunähern. Dabei geht es um die Intensivierung der Beziehungen in der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur (Auswärtiges Amt 2013, S. 2). Neben einer engeren Zusammenarbeit der Regierungen geht es auch darum, Kontakte zwischen den Menschen in der EU und den Partnerländern zu fördern.

Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft laufen auf bilateraler Ebene (also zwischen der EU und dem jeweiligen Partnerland) seit 2010 Verhandlungen über Assoziierungsabkommen, die die Beziehungen zur EU thematisch umfassend auf eine neue Grundlage stellen werden. Sie werden die bestehenden und teilweise veralteten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ersetzen. Als integraler Bestandteil der Assoziierungsabkommen wird mit den genannten Ländern (mit Ausnahme des nicht WTO-Mitglieds Aserbaidschan) auch über den Abschluss von Freihandelsabkommen verhandelt. Unterzeichnung und Ratifizierung stehen jedoch aus und sind von Fortschritten im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abhängig (Auswärtiges Amt 2013, S. 3).

Die östliche Partnerschaft basiert weitgehend auf multilateraler Kooperation, durch die auch die Kooperation der Länder untereinander gefördert wird. Vom multilateralen Ansatz erhofft sich die EU zudem einen „mobilisierenden Effekt“ auf die osteuropäischen Regierungen, d.h. wie bei der ENP gibt es Ziele, für deren Umsetzung die Länder in eine Art Wettlauf miteinander treten. Die dafür vereinbarten Reformfelder sind Demokratie und politische Stabilität, wirtschaftliche Integration, Energiesicherheit und Völkerverständigung (STRIETHORST 2012, S. 2).

Auf der multilateralen Ebene wird die Möglichkeit geschaffen, die Zusammenarbeit zwischen der EU und allen Partnerländern gleichzeitig, aber auch der Partnerländer untereinander zu verstärken. Dazu wurden vier sogenannte „Plattformen“ eingerichtet, die in unterschiedlichen Themenbereichen (Demokratie und gute Regierungsführung, Wirtschaft und Konvergenz, Energiesicherheit, zwischenmenschliche Kontakte) Projekte und Programme beraten und beschließen, an denen sich alle EU- und Partnerländer beteiligen können (vgl. Auswärtiges Amt 2013, S. 2 f.). Die Treffen der Staats- und Regierungschefs der Östlichen Partnerschaft finden alle zwei Jahre statt und bis 2013 wurden etwa 600 Mio. Euro im Rahmen der Östlichen Partnerschaft an die Partnerländer vergeben (s.o.).

Die Östliche Partnerschaft wurde auch als große Chance für den Südkaukasus, sowie ganz Osteuropa gesehen, weil sie die langfristige Einbin-

dung der Staaten in paneuropäische Projekte, Diskussionen und Prozesse bietet. Es handelt sich dabei um einen langfristigen Prozess und die Östliche Partnerschaft vermittelt den Menschen in den östlichen Ländern, dass sie der europäischen Familie angehören, wenn auch ohne Mitgliedschaft in der EU (OCHMANN 2010, S. 8). Als entwicklungspolitisches Instrument gibt die Östliche Partnerschaft den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, zu den östlichen Nachbarländern enge Beziehungen auszubauen und dadurch die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in den Zielländern zu verbessern.

III.6 Zusammenfassung

Die europäische Gemeinschaft ist mit rund 60 Mrd. € jährlich der größte Geldgeber der Entwicklungshilfe weltweit. Sie leistet zusammen mehr als die Hälfte der gesamten "Official Development Aid" und ist Haupthandelspartner der meisten Entwicklungsländer. Die wichtigsten Ziele der EU-Entwicklungspolitik sind die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die harmonische, schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft, die Bekämpfung der Armut, die Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Um diese zu erreichen, hat die EU ein spezifisches System aufgebaut, in dem alle EU-Institutionen eine bestimmte Rolle spielen und besondere Instrumente haben.

Dieses System bestimmt die EU-Zusammenarbeit mit fast allen Ländern der Welt und ermöglicht (zumindest nach Meinung der EU-Repräsentanten) die erfolgreiche Durchführung der Entwicklungspolitik. Auffällig ist hier jedoch, dass an den Prozessen der Erarbeitung, der Feststellung der Ziele, der Durchführung, der Finanzierung und der Kontrolle der EU-Entwicklungspolitik fast alle Institutionen der EU beteiligt sind.

Die Handlungsformen der EU in ihrer Entwicklungszusammenarbeit sind vielfältig. Zahlreiche Entwicklungsprojekte und -programme mit bestimmten Ländern, Ländergruppen und Regionen werden im Rahmen der Regionalprogramme beschlossen und finanziert. Eine ganz besondere Rolle spielen dabei die östlichen und südlichen Nachbarländer der EU. Diese sind heutzutage wichtigste Adressaten der EU-Entwicklungsprojekte und haben in den letzten 20 Jahren enge Beziehungen zu der EU ausgebaut. Für diese Nachbarstaaten hat Europa besondere Programme der „Nachbarschaftspolitik“ und der „Östlichen Partnerschaft“ ausgearbeitet. Als entwicklungspolitische Instrumente sollten die Programme den EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, zu den östlichen Nachbarländern enge Beziehungen auszubauen und dadurch die

wirtschaftliche, soziale und politische Situation in diesen Ländern zu verbessern.

Die EU-Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern sind aber auch durch bestimmte wirtschaftliche und politische Interessen der EU sowie durch die Aktivitäten von anderen wichtigen internationalen Akteuren bestimmt. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Interessen der EU und anderer Großmächte im Südkaukasus (welcher sowohl von der Nachbarschaftspolitik als auch von der Östlichen Partnerschaft betroffen ist), sowie die EU-Entwicklungspolitik in diesen Regionen näher zu betrachten.

IV. Südkaukasus

IV.1 Wichtigste regionale Akteure und geopolitische Interessen

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ist der Südkaukasus mit den drei unabhängigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbeidschan eine der wichtigsten geostrategischen Regionen geworden. Diese strategische Lage war der Grund dafür, dass nach der Befreiung von der sowjetischen Kontrolle fast alle internationalen Akteure ihre Politik in der Region neu gestartet haben. Der Südkaukasus ist wichtig; nicht nur als Energieexporteur, insbesondere der Öl- und Gasreserven des Kaspischen Meeres, sondern auch als potenzieller Energiekorridor von Rohstoffen aus Zentralasien, welche nach Europa geliefert werden. Die wirtschaftlichen Interessen waren aber nicht der einzige Faktor, der die Region international bedeutend machte.

Das Ende des Kalten Krieges erweckte auch alte Konflikte in der Region, bald begannen mehrere Auseinandersetzungen (Bürgerkriege in Georgien 1992-1995; Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach 1991-1993). Diese Konflikte sind bis heute nicht gelöst und beinhalten gewisse Risiken: nicht nur für die Region, sondern für die ganze Welt, insbesondere aber für Europa. Die Konfliktregionen sind Stützpunkte für Drogenhandel, Terrorismus und internationale Kriminalität und stellen dadurch eine direkte Bedrohung für alle Nachbarstaaten dar. In dieser kritischen Situation haben die externen Akteure eine ganz besondere und nicht immer positive Rolle in der Region gespielt. Sie manipulierten die einzelnen Kontrahenten und benutzten sie, um eigene Interessen durchzusetzen und mehr Einfluss zu gewinnen.

Russland hat sich in den letzten Jahren das Ziel gesetzt, im Südkaukasus seinen Einfluss wieder zu erlangen. In Bezug auf Georgien ist Russlands Politik darauf ausgerichtet die Integration des Landes in die westlichen Organisationen (NATO und EU) zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden von der Russischen Föderation in erster Linie wirtschaftliche „Sanktionen“ genutzt (HALBACH/SMOLNIK 2014, S. 2). In der georgischen prowestlichen Politik sah und sieht Russland eine Gefahr, weil sie Moskau daran hindert, seinen Einfluss auf die ehemalige sowjetische Peripherie zu festigen. Ganz besonders deswegen, weil über georgisches Territorium zentralasiatisches Öl und Gas westliche Märkte erreicht.²¹ Zurzeit ist aber der russische Einfluss (ausgenommen die separatistischen Regionen Abchasien und die ZkhinvaliRegion) in

²¹ MINASSIAN, GAİDZ (2011): Der Südkaukasus, Russland und die USA. Auf: <http://www.deutscharmenischegesellschaft.de/wp-content/uploads/2010/05/Ga%C3%AFdz-Minassian-Der-S%C3%BCdkaukasus-Russland-und-die-USA.pdf> abgerufen am 16.06.2016

Georgien sehr gering und kann die Entwicklung des Landes nicht beeinflussen (a.a.O. S. 3).

Mit Armenien hält Russland dagegen sehr gute Beziehungen. Die beiden Staaten haben im August 2010 einen erweiterten Sicherheitspakt abgeschlossen und schon seit 1997 ist Armenien Mitglied der russisch dominierten Collective Security Treaty Organization (CSTO) (MINASSIAN 2011, S. 2). Russland hat die Vereinbarung mit Armenien unterzeichnet, um so seinen Einfluss im Land selbst und in der Region zu konsolidieren und auszubauen. Russland hat dieses Abkommen auch deswegen unterzeichnet, um Aserbaidshan und der Türkei deutlich zu machen, dass ein Angriff auf Armenien nicht folgenlos bleiben wird. Darüber hinaus möchte Russland gegenüber Jerewan und Baku eine ausgewogene Rolle spielen. Schließlich hat Moskau das Sicherheitssystem Armeniens in seine Militärstruktur integriert und dadurch das Land von sich selbst vollständig abhängig gemacht (a.a.O.). Zu betonen ist an dieser Stelle auch, dass Armenien schon seit Jahren wirtschaftlich abhängig von Russland ist. Mehr als 40 Prozent der Auslandsinvestitionen kommen aus Russland, dessen (staatliche) Unternehmen strategische Wirtschaftssektoren Armeniens kontrollieren (HALBACH/SMOLNIK 2014, S. 2). Die fast vollständige Kontrolle der armenischen Wirtschaft und der Militärspektoren durch Russland lässt den Staat in der Abhängigkeit von seinem großen Nachbarn, sodass eine nachhaltige Entwicklung in der Republik ohne russische Mitbestimmung bzw. Teilnahme nicht möglich erscheint.

Bei seinen Beziehungen zu Aserbaidshan ist Russland insbesondere an den Erdöl- und Erdgasvorräten des Landes interessiert. Die aserbaidshanisch-russischen Beziehungen gelten aber als distanziert. Baku ist unzufrieden mit der russischen Unterstützung von Armenien und sucht neue „Freunde“ (vor allem in der Türkei), um ein Gleichgewicht zur russischarmenischen Allianz zu schaffen. Aserbaidshan nutzt seine Energieressourcen als einen Hebel gegenüber Russland und dem Westen. Die großen Gewinne vom Verkauf des Erdgases und Öls geben der Regierung in Baku die Möglichkeit, sich von Moskau zu distanzieren und beschränken den russischen Einfluss im Land (HALBACH/SMOLNIK 2014, S. 5).

Russlands Beziehungen zum Kaukasus sind von einigen Besonderheiten geprägt, die diese Region von anderen Teilen des postsowjetischen Raums unterscheiden. Das Land tritt hier nicht nur als benachbarte Regionalmacht auf, wie etwa gegenüber Zentralasien, sondern ragt mit seinen nordkaukasischen Teilrepubliken in die Region hinein. Russland will als Ordnungsmacht im Südkaukasus auftreten und seinen Einfluss geltend machen. Dafür bedient es sich aller verfügbaren Einflusshebel wie energiewirtschaftlicher sowie handels-,

migrations-, konflikt- und sicherheitspolitischer Instrumente. Ob diese effektiv sind und Russland die Möglichkeit geben, seine Ziele zu erreichen, ist aber soweit noch nicht klar. Sichtbar ist aber, dass die russische Politik in der Region die nachhaltige Entwicklung der südkaukasischen Staaten eher verhindert als stimuliert.

Die USA hat ihren Einfluss im Südkaukasus seit den 1990er Jahren auf Kosten Russlands und des Irans bedeutend ausgebaut. Vor allem die georgische „Rosen-Revolution“ von 2003, in der die neue Regierung von Michael Saakaschwili an die Macht gekommen ist, war in dieser Hinsicht ein Meilenstein. Sowohl Georgien als auch Aserbaidshan sind schon seit der Unabhängigkeit enge Verbündete der USA und werden von diesen militärisch aufgerüstet. Beide Staaten gehören zum sogenannten „Südlichen Korridor“, durch den bestehende und projektierte Pipelines unter Umgehung Russlands Öl und Gas aus dem kaspischen Raum nach Europa liefern.²²

Die USA versuchten, einen erneuten militärischen Konflikt in der Region zwischen Armenien und Aserbaidshan zu vermeiden, weil ein Krieg zwischen den beiden Ländern amerikanische und europäische Interessen gefährden und sich zu einer größeren Konfrontation mit Russland und dem Iran ausweiten könnten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die USA in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen darauf konzentriert, bessere Beziehungen zu Armenien aufzubauen und für eine Annäherung Jerewans an das NATO-Mitglied Türkei zu sorgen (WEISS 2012, S. 2). Armenien ist das letzte Land, mit dessen Hilfe Russland, und bis zu einem gewissen Grad auch der Iran, ihren Einfluss in der Region behalten können. Durch die besseren Beziehungen mit Armenien wollten also die USA Russland und den Iran im Kaukasus weiter isolieren und Armenien für transkaspische Pipelineprojekte gewinnen. Trotz dieser Versuche der USA bleibt aber die südkaukasische Republik fast komplett unter russischer „Kontrolle“ (weder die USA noch die NATO können richtigen Einfluss auf die politische oder wirtschaftliche Situation in Armenien gewinnen).

Die Situation in Aserbaidshan sieht anders aus. Um den russischen Druck zu vermindern, hat sich die aserbaidshanische Regierung Anfang 1998 entschieden, die von der amerikanischen Regierung politisch protegierte Baku-Tbilisi-Ceyhan-Leitung (BTC) als Hauptexportpipeline zu favorisieren. Auf Druck der amerikanischen Regierung hat auch die staatliche aserbaidshani-

²² WEISS, CLARA (2012): Wachsende Kriegsgefahr im Kaukasus. Auf: <http://www.wsws.org/de/articles/2012/06/kaukj14.html> abgerufen am 16.06.2015

sche Ölgesellschaft SOCAR die zunächst geplante Beteiligung des Irans an dem Pipeline-Konsortium abgesagt (HAASE 2003, S. 64). Der Bau der BTC-Rohrleitung wurde im Januar 2003 begonnen und ist im Mai 2005 fertiggestellt worden. Im Vollbetrieb transportiert sie täglich mehr als eine Mio. Barrel aus der Tiefseeförderung vom Kaspischen Meer, wovon ein Großteil für den europäischen Markt bestimmt ist.²³ Entlang derselben Trasse entstand eine weitere Pipeline, die Erdgas vom aserbaidischen Scha-Deniz vor Baku über Tbilisi bis ins türkische Erzurum transportiert. Dadurch ist der Südkaukasus eine der wichtigsten Zielregionen für die Außenpolitik der USA geworden.

Die US-Beziehungen zu Georgien sind seit den 1990er Jahren sehr gut. Die USA sind dem Auswärtigen Amt zufolge größter bilateraler Geber von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und zudem größter Auslandsinvestor Georgiens. Seit der „Rosenrevolution“ im November 2003 haben die USA ihr Engagement in vielen Entwicklungsbereichen nochmals verstärkt. Auch außenpolitisch setzt sich die US-Regierung für georgische Belange ein, darunter auch für einen raschen Beitritt Georgiens zur NATO. Die georgische Armee erhielt dafür die US-Unterstützung im Rahmen verschiedener Kooperations-, Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramme.²⁴ Schon im Jahr 1998 lag die Finanzhilfe der USA für Georgien bei etwa 90 Mio. US-Dollar. Georgien hat vom US-Kongress Finanzhilfen für die Lösung der Konflikte in Abchasien und Südossetien erhalten. Zwischen 1992 und 2001 hat Georgien allein – als zweitgrößter Empfänger von US-Hilfen nach Israel – fast 1 Mrd. US-Dollar durch den „Freedom Support Act“ erhalten.²⁵

Die Aktivitäten der USA im Südkaukasus sind aber nicht auf ökonomische, sicherheitspolitische und geostrategische Interessen begrenzt. Die erfolgreiche Einforderung demokratischer Wahlen, der friedliche Regierungswechsel und die Liberalisierungstendenzen in Georgien sind aus der Perspektive der USA wichtige Fortschritte. Georgien und Armenien – nicht hingegen Aserbaidschan – profitieren von dem gut ausgestatteten „Millennium Challenge Account“ des amerikanischen Außenministeriums (MAYER 2007, S. 21).

²³ Financial Times Deutschland (2003): „BP startet Bau der Baku-Ceyhan-Pipeline“. Berlin

²⁴ Focus.de (2010): Warum sind die Beziehungen zwischen USA und Georgien so eng. Auf: http://www.focus.de/politik/ausland/kaukasus/tid-11425/kaukasus-warum-sind-die-beziehungen-zwischen-usa-und-georgien-so-eng_aid_324013.html abgerufen am 16.06.2016

²⁵ USAID (2015): Georgia. Auf: www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/countries/ge/index.html abgerufen am 16.06.2015

Nicht nur für den Westen und Russland ist der Südkaukasus wegen seiner strategischen Lage und Energieressourcen so wichtig. Zwei weitere Großmächte spielen in der Region eine immer größere Rolle und äußern den Wunsch mit Staaten dort enge Beziehungen auszubauen bzw. die Länder unter eigene Kontrolle zu bringen.

Die Türkei und der Iran konnten nach dem Kalten Krieg ebenfalls ihre traditionellen Beziehungen mit den südkaukasischen Völkern wiederherstellen und haben in der Komplexität der gegenwärtigen Situation in der Region eine bedeutende Rolle gespielt.

Wegen ihrer ethnischen, sprachlichen und religiösen Verwandtschaft mit Aserbaidshan konnte die Türkei ihre traditionell engen Beziehungen zu Baku ausbauen und leistete im Krieg gegen Armenien um Berg-Karabach militärische und logistische Unterstützung für Aserbaidshan. Die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei waren aber sehr kompliziert. Die Türkei hielt eine Blockade von Armenien, bis die armenischen Streitkräfte sich aus den illegal besetzten Gebieten von Aserbaidshan zurückzogen. Auf der anderen Seite hält Armenien bis heute den Druck auf der Türkei und der internationalen Gemeinschaft und fordert die Anerkennung des armenischen Völkermords während des Ersten Weltkrieges. Außerdem betrachtet Armenien die Gebiete im Nord-Osten der Türkei als eigenen Bestandteil, der illegal von der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg an die Türkei gegeben wurde.

Als Antwort auf die türkische und westliche Strategie, welche den Einfluss des Iran in der Region beschränken sollte, hat der Iran versucht, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und dadurch ein Gleichgewicht zur westlichen Politik zu schaffen. Der Iran unterstützte die russische Politik im Südkaukasus und schuf dadurch gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Armenien. Aus Angst vor einer stärkeren aserbaidshanischen Nation, welche die territoriale Integrität des Iran in Frage stellen könnte, förderte die islamische Republik die wirtschaftliche und militärische Entwicklung von Armenien. So ist sie der größte Handelspartner und Investor für Armenien. Nach aserbaidshanischen Quellen verkauft der Iran Waffen an die armenische Armee (STEINBACH 2008, S. 88). Das hat seinerseits die Beziehungen zu Aserbaidshan verhindert und die wirtschaftliche sowie politische Zusammenarbeit beschränkt.

Ankara und Teheran verhielten sich äußerst vorsichtig in ihren Beziehungen zu Moskau, um diese nicht zu gefährden. Zusammenfassend betrachtet ist ihre Rolle im Südkaukasus im Vergleich zu Russland und den USA sehr gering. Die beiden Staaten versuchen eigene wirtschaftliche und politische Interessen zu verfolgen und bieten den kaukasischen Ländern bestimmte Hilfen. Die Türkei

unterstützt Georgien und Aserbaidshan, der Iran unterstützt Armenien (und teilweise auch Georgien). Die Politik von Ankara und Teheran ist aber wegen der geopolitischen Interessen der Großmächte in der Region begrenzt und kann die wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Situation in Armenien, Georgien und Aserbaidshan nicht wesentlich beeinflussen.

Die geostrategischen Interessen der schon erwähnten Akteure bestimmen ihre Politik im Südkaukasus. In diesem Zusammenhang ist auch die Europäische Gemeinschaft keine Ausnahme. Hinter der jahrelangen Entwicklungspolitik sind klare wirtschaftliche sowie politische Ziele sichtbar.

IV.2 EU-Interessen im Kaukasus

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre veränderten sich die Rahmenbedingungen für die Europäische Union auf fundamentale Weise. Diese Veränderung brachte sowohl Chancen als auch neue Risiken mit sich. Einerseits bekam die EU die Möglichkeit, aus dem Schatten der USA herauszutreten und immer offensiver eine eigenständige Rolle als Weltmacht für sich zu reklamieren. Andererseits stellten vor allem China, Indien und Russland machtpolitisch-ökonomische Konkurrenten der Europäischen Union dar (WAGNER 2009, S. 6).

Die Europäische Union hat die neue außenpolitische Strategie entwickelt, um für diese Auseinandersetzungen bereit zu sein. Dies erforderte unter anderem eine aktivere Rolle der EU an ihren östlichen Grenzen. Die Organisation hat entschieden, acht mittel- und osteuropäische Staaten (plus Malta und Zypern) nach Erfüllung bestimmter Kriterien in die Europäische Union aufzunehmen. Als Ergebnis dieser Entscheidung am ersten Mai 2002 traten schließlich zehn neue Staaten der Union bei. Am ersten Januar 2007 folgten mit Rumänien und Bulgarien zwei weitere, sodass die EU auf 27 Länder angewachsen ist. Am ersten Juli 2013 wurde Kroatien der 28. Mitgliedsstaat (a.a.O. S. 7).

Mit 28 Mitgliedstaaten, einer Bevölkerungszahl von mehr als 500 Mio. und einem BIP von fast 10.000 Mrd. Euro hat sich das politische, geographische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten Union auf dem europäischen Kontinent grundlegend erhöht. Um die Lage zu festigen und mit anderen globalen Akteuren konkurrieren zu können, war nach Meinung der EU-Kommission

eine aktive Zusammenarbeit mit den neuen Nachbarländern notwendig.²⁶ Der Südkaukasus spielt aber in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. Die Region ist von fundamentaler Relevanz für die EU – nicht nur aus Gründen der Energiesicherheit, welche im Sicherheitsdenken der EU zunehmend an Bedeutung gewinnt, sondern auch, weil der Südkaukasus direkte Risiken für die EU-Sicherheit und Stabilität beinhaltet.

Dies wird auch durch die neue europäische Sicherheitsstrategie bestätigt, in der betont wurde: *„Nachbarländer, die in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, schwache Staaten, in denen organisierte Kriminalität gedeiht, zerrüttete Gesellschaften oder explosionsartig wachsende Bevölkerungen in Grenzregionen sind für Europa allemal Probleme“* (SEVERIN 2006 S. 11). Der Südkaukasus zeigt demnach spezifische Kombination von Sicherheitsrisiken und Bedrohungen (ungelöste Konflikte, schwache staatliche Institutionen, weitverbreitete Korruption, organisierte Kriminalität etc.), die für die EU besonders brisant ist.

Trotz der großen wirtschaftlichen und politischen Interessen spielte aber die EU in den 1990er Jahren eine eher untergeordnete Rolle. Obwohl die EU technische Unterstützung und humanitäre Hilfe in einem nennenswerten Maß bereitstellte, war die Region aus geographischer Sicht immer weit genug entfernt, sodass von dort ausgehende Bedrohungen als nicht dringlich erachtet wurden (LYNCH 2003, S. 178). Die europäischen Aktivitäten konzentrierten sich in dieser Zeit auf die wirtschaftliche Transition. Der politische Dialog war eher rhetorischer Natur. Die EU strebte seit mehr als 15 Jahren nach einer Diversifizierung ihrer Energievorräte, um nicht abhängig von russischem Gas zu bleiben. Sie hat in diesem Zusammenhang das Kaspische Meer mit der Südkaukasus-Region als eine mögliche alternative Quelle identifiziert (GAULT 2004, S. 170 ff.). So hat im Jahr 2000 die Europäische Kommission betont, dass der Zugang zu den Energiereserven des kaspischen Beckens zu den strategischen Interessen der EU gehört.²⁷

Diese Sicht auf den Südkaukasus als Teil der ressourcenreichen kaspischen Region dominierte die 1990er Jahre, obwohl dieser bereits Ende der 1980er Jahre vor allem als Krisengebiet in Erscheinung getreten ist. Gegen Ende der 1990er Jahre traten die Probleme ungelöster Regionalkonflikte und nicht abge-

²⁶ EC (2003): Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern. S. 3. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

²⁷ EC (2003): Tacis Regional Cooperation: Strategy Paper and Indicative Programme. S. 4. Auf: http://www.developmentportal.eu/wcm/dmdocuments/acp-programming/tacis_RSP_RIP_2002_2004.pdf abgerufen am 16.06.2016

schlossener Staatsbildungsprozesse erneut prominenter hervor. Nach dem elften September 2001 verschob sich der Fokus der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU, jedoch auf sicherheitsrelevante Themen (JAWAD 2006, S. 16).²⁸

Bei der Bestimmung der EU-Strategie im Südkaukasus wurde in den unterschiedlichen EU-Institutionen eine Reihe von Debatten darüber geführt, wie die Region am besten anzugehen sei. Besonders intensiv wurde die Diskussion seit dem Inkrafttreten der sogenannten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) 1999.²⁹ Alle wichtigen EU-Institutionen haben an den Debatten teilgenommen und Strategien vorgelegt. Die Kommission förderte effektive Konfliktlösungsmaßnahmen bei der externen Unterstützung der Region. Das Europäische Parlament hat ebenfalls seit 1999 zur Entwicklung einer Strategie für den Südkaukasus aufgerufen und seit 2001 viele Ideen der Kommission aufgegriffen. Im Allgemeinen hat die Entwicklungspolitik eine sehr viel stärkere Politik gegenüber der Südkaukasus-Region angeregt. Der Rat hat dazu aufgerufen, eine erhöhte regionale Zusammenarbeit zu betonen. Während der Ratspräsidentschaft haben auch Mitgliedstaaten wie Schweden, Griechenland und Italien die Schwerpunkte ihrer Außenpolitik auf die Region verlegt (JAWAD 2006, S. 17).

2006 hat auch der Europäische Rat noch engere Beziehungen mit dem Südkaukasus gefordert und in seinem Arbeitsprogramm erklärt, dass

„die Union mit Armenien, Aserbaidshan und Georgien an der Umsetzung der ENP-Aktionspläne arbeiten wird. Der Rat möge eine Troika-Mission in den Südkaukasus erwägen, um diesem Prozess Schwungkraft zu verleihen. Er möge auch zusehen, die Rolle des EU-Sondergesandten für den Südkaukasus in Richtung seiner schließlich ständigen Präsenz in der Region zu stärken. Die Anstrengungen sollten fortgesetzt werden, die Unterstützung der EU zu gewährleisten, bei der Lösung der Regionalkonflikte im Südkaukasus zu helfen und die Grenzkontrollen in Georgien zu verstärken“ (Europäischer Rat 2005, S. 53).

Nicht alle Mitgliedstaaten waren für die aktive Teilnahme der EU an den politischen und wirtschaftlichen Prozessen in der Region. Diese Meinung

²⁸ Trotz den rein ökonomischen Interessen, war die EU schon in den 1990er, Anfang 2000er Jahren eine wichtige Geberin in der Region. Anhang III fasst die EU-Unterstützung der drei Südkaukasus-Staaten zwischen 1992 und 2003 zusammen. Siehe: Anhang III.

²⁹ EC (2010): Partnerschafts- und Kooperationsabkommen: Russland, Südkaukasus und Zentralasien. Auf: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm abgerufen am 16.06.2016

wurde mit der Behauptung begründet, dass die Konfliktbearbeitungsprozesse stagnierten und der Südkaukasus bereits von externen Akteuren überfüllt sei. Insbesondere Frankreich und Großbritannien nahmen eine kritische Position gegenüber einer stärkeren EU-Rolle in der Region ein. Die Position änderte sich sehr stark in den letzten zehn Jahren. Seitdem setzte sich Großbritannien dafür ein, dass Georgien in die ENP aufgenommen wird und befürwortete sogar einen EU-Beitritt nach der „Rosenrevolution“ (YOUNGS 2006, S. 19-227). Großbritannien hatte offensichtliches Interesse an der Region und wollte eine führende Rolle hinsichtlich des Energieressourcenexports spielen. 2002 ernannte Großbritannien seinen früheren Botschafter in Moskau, Brian Fall, zum Sondergesandten Großbritanniens für Georgien und später für die gesamte Südkaukasus-Region. Großbritannien unterstützte auch die kaukasischen Staaten bei der „Reuniting Europe“ - Haushaltslinie des „Global Opportunities Fund“ (GOF) des Foreign and Commonwealth Office (a.a.O. S. 227).

Dagegen forderten einige Mitgliedsstaaten eine starke Rolle der EU in der Region schon in den 1990er Jahren. Besonders aktive Unterstützung im Rahmen der EU-Außenpolitik bekamen die kaukasischen Staaten von Deutschland und mehreren nordischen Staaten. So hat die Bundesrepublik im April 2001 eine „Kaukasusinitiative“ im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit auf den Weg gebracht. Diese zielte auf ein besseres Verständnis der drei kaukasischen Staaten ab. Die Kaukasusinitiative umfasste fünf Bereiche: die Justizreform und die kommunale Demokratie, den Energiesektor, privatwirtschaftliche Initiativen, die Bekämpfung der Tuberkulose und den Schutz von Biosphärenreservaten (BMZ 2005, S. 13). Durch die Initiative sollte also in Armenien, Georgien und Aserbaidschan eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden. Berlin unterstützte auch die Einbindung der Südkaukasus-Staaten in die ENP, blieb aber skeptisch in Bezug auf einen EU-Beitritt dieser Länder. Bis Ende 2004 hat Deutschland Armenien 132 Mio. Euro, Aserbaidschan 155 Mio. Euro und Georgien 259 Mio. Euro zur finanziellen und technischen Unterstützung sowie als entwicklungsorientierte Nothilfe gegeben (YOUNGS 2006, S. 19 f.).

Im Dezember 2003 verabschiedete die EU eine Sicherheitsstrategie, welche die Bedeutung der Region für die EU betonte und noch stärkeres Engagement forderte. Die Strategie betonte, dass fragile Staatlichkeit eine Bedrohung für die internationale Sicherheit darstelle. Sie definiert das Scheitern von Staaten als *„ein alarmierendes Phänomen, das die globale Politikgestaltung untergräbt und die regionale Instabilität vergrößert“* und erachtet es als eine der „Hauptbedrohungen“ neben Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten und organisierter Kriminalität (Europäischer Rat 2005, S. 5). Sie erklärt außerdem, dass die EU *„nun ein stärkeres und aktiveres Interesse für*

die Probleme im Südkaukasus aufbringen“ (a.a.O. S. 8) müsse, die im Großen und Ganzen deckungsgleich mit den genannten Hauptbedrohungen seien. So wurde der Südkaukasus von der EU als direkte Bedrohung für die eigene Sicherheit erkannt und gewann daher noch mehr an Bedeutung.

Die Erweiterung der Union im Mai 2004 gab den EU-Interessen in der Region einen neuen Impuls. Die Länder des Südkaukasus rückten nicht nur näher an Europas Grenzen, sondern bekamen auch eine neue Lobby in der Union. Besonders aktiv diesbezüglich war Polen, das bereits vor dem eigenen Beitritt in die EU die Bedeutung der Entwicklung und Demokratisierung der Südkaukasus-Staaten betont hatte. Polen initiierte auch eine Strategie der „Östlichen Dimension“ zur Ergänzung der ENP, welche unter anderem die nachhaltige Entwicklung im Südkaukasus forderte (vgl. CIMOSZEWICZ 2002, S. 6 ff.). Die baltischen Staaten gehörten ebenfalls zur „Südkaukasus-Lobby“ und unterstützten den Beitritt von Armenien, Aserbaidschan und Georgien in die EU (JAWAD 2006, S. 19).

Diese Analyse der EU-Interessen im Südkaukasus zeigt deutlich, dass die den drei Ländern zuteilwerdende Aufmerksamkeit unter den 28 Mitgliedsstaaten ungleich verteilt ist und dass die verschiedenen EU-Institutionen in den vergangenen Jahren zunehmend ihr Augenmerk auf die Region gelegt haben. Sichtbar ist auch das wachsende Interesse der EU an der Region, welches durch die wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen bestimmt ist. Dies hat seinen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen der EU zu Armenien und Georgien.

IV.2.1 Bilaterale Beziehungen zu Armenien

Kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann die EU, die Beziehungen zum Südkaukasus auszubauen. So wurde bereits 1991 von der EU ein zuwendungsfinanziertes „Programm der technischen Unterstützung für die Länder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (TACIS) initiiert. Dieses zielte auf die Stärkung der Transformationsprozesse ab, hin zu Marktwirtschaft und Demokratie in den Ländern Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Von diesem Programm war auch Armenien betroffen. Dies war der Beginn der Beziehungen zwischen der EU und Armenien.³⁰

³⁰ EC (2007): Programm TACIS. Auf: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17003_de.htm abgerufen am 16.06.2016

Durch das TACIS Programm unterstützte die EU in Armenien institutionelle, rechtliche und administrative Reformen, den Privatsektor und die wirtschaftliche Entwicklung, die Adressierung gesellschaftlicher Konsequenzen der Transition, die Entwicklung infrastruktureller Netzwerke, die Förderung von Umweltschutz und den Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie die Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Das Programm wurde vom Generaldirektorat für Außenbeziehungen der Europäischen Kommission (DG RELEX) sowie vom Europe Aid-Büro für Zusammenarbeit definiert und koordiniert. Das DG RELEX war für die politische Richtung und die mehrjährige Programmfestlegung, EuropeAid für das Management des Projektzyklus und die jährlichen Programme verantwortlich (EC 2007, TACIS).

Die Hauptinstrumente von TACIS wurden durch sogenannten „ad hoc-Zuweisungen“ und mehrere Programme ergänzt, die zur Förderung regionaler Entwicklung und Zusammenarbeit oder zum Umgang mit grenzüberschreitenden Problemen vorgesehen waren. So stellte Armenien (wie auch Georgien) einen Teil des regionalpolitischen EU-Frameworks dar. 1993 wurde TACIS durch das „Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien“-Projekt (TRACECA, welches neue Transportkorridore und größere Bereiche eurasischer Märkte und des Handels förderte), sowie durch das „Zwischenstaatlicher Öl- und Gas-transport nach Europa“-Programm (das die Zusammenarbeit in Öl- und Gas-Infrastruktursystemen unterstützt) ergänzt.³¹

1994 wurde auf Initiative des Europäischen Parlaments die „Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ (EIDMR) eingerichtet, um eine rechtliche Grundlage für alle Menschenrechts- und Demokratisierungsaktivitäten der EU zu schaffen. Das Hauptziel der EIDMR war die Finanzierung von Aktivitäten, welche die Förderung der Menschenrechte, der Demokratisierung und der Krisenprävention als Ziel verfolgen und die hauptsächlich in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen durchgeführt werden. Im Gegensatz zu anderen EU-Programmen konnte die EIDMR ohne die Zustimmung der Gastgeberregierung genutzt werden. Im Jahr 2002 war Armenien eines von 29 Schwerpunktländern der EIDMR, mit weiteren Projekten in den Jahren 2003 und 2004. Dadurch hat Armeniens Zivilgesellschaft etwa zwei Mio. Euro an Unterstützung erhalten.³²

³¹ TRACECA und INOGATE. Siehe auf: <http://www.traceca-org.org/en/traceca/basic-documents/>. Siehe auch <http://www.inogate.org/> abgerufen am 16.06.2016

³² EC (2007): Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Auf: http://europa.eu/legislation_summaries/human_rights/human_rights_in_third_countries/r10110_de.htm abgerufen am 16.06.2016

1999 wurde ein weiterer Schritt in den bilateralen Beziehungen zwischen Armenien und der EU gemacht. In diesem Jahr trat das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Kraft, welches die Beziehungen mit Armenien in fast allen Bereichen regelte. Das PKA formalisierte die Beziehungen für die nächsten zehn Jahre. Innerhalb des rechtlichen Rahmens des Abkommens erfolgte auch die Programmierung und Identifizierung von TACIS-Mitteln über Länderstrategiepapiere (LSP). Diese wurden für fünf bis sieben Jahre erstellt, bestimmten die Langzeitziele der Zusammenarbeit und identifizierten die strategischen Prioritäten der Zusammenarbeit. In den LSP waren die nationalen Richtungsprogramme vorgesehen, welche für üblicherweise drei Jahre sektorale und Querschnittsthemen, spezifische Ziele und erwartete Ergebnisse festlegten.³³

Im Rahmen der PKA entstanden drei gemeinsame EU-Armenien-Institutionen (sowie EU-Georgien-Institutionen): 1. Der „Kooperationsrat“, der sich aus Mitgliedern des EU-Rates und der Europäischen Kommission einerseits und Regierungsmitgliedern Armeniens andererseits zusammensetzte und der sich einmal im Jahr auf Ministerebene traf, um die Umsetzung des Abkommens zu überwachen. 2. Das „Kooperationskomitee“, das sich aus Vertretern von Mitgliedern des Rates und von Mitgliedern der Kommission einerseits und Regierungsvertretern Armeniens andererseits zusammensetzte und das sich regelmäßig (normalerweise) auf der Ebene des gehobenen Dienstes traf, um den Kooperationsrat zu unterstützen. 3. Das „Parlamentarische Kooperationskomitee“, das sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und des Parlaments Armeniens zusammensetzte und das sich in selbst bestimmten Intervallen traf, um Sichtweisen auszutauschen.³⁴

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hat mehrere Ziele vorgestellt. Die wichtigsten davon waren die Bereitstellung eines politischen Rahmens für den politischen Dialog, die Unterstützung von demokratischer und wirtschaftlicher Transition, die Förderung von Handel und Investition, die Einrichtung eines Frameworks für die Legislative, sowie wirtschaftliche, soziale, finanzielle, wissenschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit. Das PKA umfasst auch solche Themen wie „Güterhandel“, „finanzielle

³³ EC (2010): Armenien – Europäische Gemeinschaft Länderstrategiepapier. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_armenia_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

³⁴ EC (1999): The European Union and the Republic of Armenia Partnership and Cooperation Agreement. Titel XI. Auf: http://www.ces.am/images/stories/CESPDF/pca_armenia.pdf abgerufen am 16.06.2016

Zusammenarbeit“ und „wirtschaftlichen Beziehungen“, welche die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit dem Partnerland regeln (EC 1999, Artikel 1 ff.).

Im Juli 2003 hat die EU den finnischen Diplomaten Heikki Talvitie zu ihrem Sondergesandten für den Südkaukasus ernannt. Der Sondergesandte sollte die Arbeit des hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Solana in der Region unterstützen. Das heißt, er sollte also Armenien, Aserbaidschan und Georgien bei der Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen unterstützen, Konflikten vorbeugen, die Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen fördern, sich mit nationalen Schlüsselakteuren der Nachbarregion befassen, die innerregionale Zusammenarbeit unterstützen sowie Koordination, Konsistenz und Effektivität der EU-Aktivitäten im Südkaukasus sicherstellen.³⁵

Im Unterschied zu den früheren Instrumenten der EU, welche sich überwiegend auf technische Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Transition konzentrierten, stellt der Sondergesandte deutlich ein politisches Instrument dar. Brüssel hat also entschieden, sich nicht direkt an den Verhandlungsprozessen der „eingefrorenen“ Konflikte in der Südkaukasus-Region zu beteiligen, sondern diese Aufgabe der UN-Mission und der OSZE zu überlassen.

Der Sondergesandte hat die Beziehungen zwischen Armenien und der EU deutlich intensiviert, dennoch blieb er *„von geringem Profil und instrumentell für die Glättung potenziell antagonistischer Beziehungen mit Russland, statt eine deutliche Aussage zu seiner Mission zu machen“* (KUROWSKA 2006, S. 6). Das Mandat des Sondergesandten wurde als ein Kompromiss betrachtet. So verfügte der erste Sondergesandte nicht über ein Büro in Brüssel, sondern hatte seinen Sitz in Helsinki (a.a.O. 2006, S. 6).

Nach der jüngsten Erweiterung im Mai 2004 näherte sich der Südkaukasus geographisch den Grenzen der EU an. Deswegen haben die Strategiepapiere der Europäischen Kommission zur ENP auch Armenien, Aserbaidschan und Georgien zusammen mit Weißrussland und Libyen als *„bestimmte andere Länder*

³⁵ EC (2003): Council Joint Action 2003/496/CFSP of 8 July 2003 concerning the appointment of an EU Special Representative for the South Caucasus. Auf: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/L169-8.7.2003.pdf> abgerufen am 16.06.2016

im Nahbereich der erweiterten EU³⁶ eingeschlossen. Auf Basis dieser Strategiepapiere hat der EU-Rat im Juni 2004 entschieden, die drei Staaten in die ENP einzubeziehen „und ihnen die Aussicht auf eine erheblich intensivere Partnerschaft zu eröffnen, und (...) damit eine[n] wichtigen Schritt zum Engagement der Europäischen Union im Südkaukasus“³⁷ zu vollziehen. Dies führte zum Aufbau einer noch engeren Beziehung zu Armenien sowie zu Georgien und Aserbaidschan.

Die ENP sollte ein Rahmenwerk für die EU-Beziehungen mit Armenien bereitstellen, ohne die Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen (EC 2003, Council Joint Action 2003/496/CFSP. S. 9). Die Hauptziele sollten in mehreren Schritten erreicht werden. Diese beinhalten u.a. die Entwicklung von Länderberichten und Aktionsplänen, welche zur weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen führen sollten. Die Aktionspläne stellten aber keine rechtlich bindenden Abkommen dar, so dass das PKA das Schlüssel-Rahmenwerk zur Festlegung der bilateralen Beziehungen blieb (EC 2013, S. 2).

Der Länderbericht für Armenien – wie auch für Georgien und Aserbaidschan – wurde Anfang März 2005 verabschiedet. In diesem hat die EU-Kommission die politische und wirtschaftliche Lage Armeniens, bestimmte sektorale Aspekte sowie die institutionellen Kapazitäten bewertet. In den Landesberichten für Georgien wurde das gleiche gemacht. Anhand dieser Bewertung wurde eingeschätzt, wann und wie die Beziehungen zu diesem Land vertieft werden könnten. Die Beratungen über die Aktionspläne begannen noch vor Ende 2005 (KAUFMANN 2005, S. 14).

Der ENP-Aktionsplan für Armenien wurde gemeinsam mit der armenischen Regierung ausgearbeitet und orientierte sich an den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Landes sowie an den Interessen der beiden Seiten. Dadurch wurde auch eine Agenda politischer und wirtschaftlicher Reformen und damit verbundene kurz- und mittelfristige Prioritäten (drei bis fünf Jahre) festgelegt. Der ENP-Aktionsplan für Armenien (sowie für Georgien) deckte die folgenden Bereiche ab: politischer Dialog und Reformen, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit und Entwicklung, Handelsfragen, Marktreformen und ordnungspolitische Reformen, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und

³⁶ EC (2004): Europäische Nachbarschaftspolitik Strategiepapier, Brüssel, S. 10. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

³⁷ EC (2005): Europäische Nachbarschaftspolitik – Empfehlungen für Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie für Ägypten und Libanon, Brüssel. Auf: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV:r14103> abgerufen am 16.06.2016

Inneres. Außerdem ging es um die Gebiete Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Entwicklung und um die menschliche Dimension (zwischenmenschliche Kontakte, Zivilgesellschaft, Bildung, Gesundheitswesen usw.).³⁸ Die Umsetzung des Aktionsplans erfolgt seit Ende 2006/Anfang 2007. Die Durchführung des Aktionsplans sollte innerhalb von zwei Jahren nach seiner Annahme erstmals überprüft werden und konnte auch in regelmäßigen Abständen geändert und/oder aktualisiert werden, um den Fortschritten bei der Verwirklichung der prioritären Ziele Rechnung zu tragen (EC 2009, S. 1).

In einem weiteren Schritt erarbeitete die EU-Kommission das Landesstrategiepapier, das konkrete Instrumente für die Unterstützung des Armenien-Aktionsplanes beinhaltete. Das Papier deckte für Armenien die Jahre 2007-2013 ab und forderte die Unterstützung des Landes vorwiegend aus dem neuen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI).³⁹ Das LSP betrifft also die finanzielle Unterstützung Armeniens durch die EU über den Zeitraum von 2007 bis 2013. Die Hilfe der EU über den vom LSP abgedeckten Zeitraum wird vor allem auf die Unterstützung Armeniens bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem ENP-Aktionsplan ausgerichtet werden (EC 2007, S. 9). Das LSP wurde auch in enger Abstimmung mit den armenischen Behörden ausgearbeitet und trägt den eigenen Prioritäten des Landes in vollem Umfang die Rechnung. Die Mitgliedstaaten, andere Geber und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden bei der Ausarbeitung des LSP konsultiert.

Dem LSP ist das nationale Richtprogramm beigelegt, welches den Zeitraum von fünf Jahren behandelt (EC 2007, S. 3). Während das LSP einen Überblick über die künftigen Prioritäten der EG-Hilfe gab, alle vorhandenen Instrumente und Programme umfasste und der Struktur des ENP-Aktionsplans folgte, legte das Nationale Richtprogramm detaillierter die Schwerpunkte der Maßnahmen im Rahmen der nationalen Mittelzuweisung des neuen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) dar. Das Richtprogramm sollte als Richtschnur für die Planungs- und Projektfindung über den vierjährigen Programmierungszeitraum dienen und gab neben einer begrenzten Zahl von Schwerpunktbereichen auch die zu erreichenden Ziele und Ergebnisse vor (a.a.O. S. 9).

³⁸ EC (2009): Wie funktioniert die Europäische Nachbarschaftspolitik? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/howitworks_de.htm abgerufen am 16.06.2016

³⁹ EC (2007): Armenien – Europäische Gemeinschaft Länderstrategiepapier. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_armenia_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

Im Nationalen Richtprogramm 2011-2013 wurde Armenien ein Richtbetrag von 157 Mio. EUR zugewiesen.⁴⁰ In dem neuen Nationalen Richtprogramm wurde festgestellt, dass das Hauptziel der EU-Hilfe für Armenien zwischen 2007 und 2013 die Entwicklung engerer Beziehungen war. Es wurden keine wesentlichen Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen für die bilateralen Beziehungen zwischen Armenien und der EU vorgenommen. Die EU-Kommission hat zudem aber betont, dass für eine wirksame Hilfe in der folgenden Periode die internationale Situation (vor allem die Wirtschaftskrise 2008) mitberücksichtigt werden müsse (EC 2007, S. 7).

Die Nationalen Richtprogramme sind also die wichtigsten Instrumente der EU-Unterstützung Armeniens, welche im Rahmen der Nachbarschaftspolitik geplant und gestaltet wurden. Sie sind aber nicht die einzigen Hilfsprogramme der EU. In den letzten Jahren wurden noch mehrere andere Einzelprojekte ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, eine nachhaltige Entwicklung in Armenien zu erreichen.⁴¹

Die Mitgliedstaaten der EU führen auch eigene Hilfsprogramme in Armenien durch, die sich für die gleichen Ziele einsetzen und die EU-Entwicklungspolitik im Land ergänzen. Die Bundesrepublik ist zum Beispiel nach den USA der zweitwichtigste bilaterale Geber für Armenien. Im Rahmen der Regierungsverhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit im November 2012 hat Deutschland bis zu 112,75 Mio. Euro für finanzielle Zusammenarbeit zugesagt, dazu bis zu 33,75 Mio. für Projekte der technischen Zusammenarbeit. Die laufenden Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sich auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Entwicklung und Reform des Finanzsektors, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien und des regionalen Stromaustauschs, die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und die Einrichtung von Naturschutzgebieten.⁴²

Am 7. Mai 2009 wurde Armenien in die Östliche Partnerschaft eingegliedert. Wie schon beschrieben, förderte die Östliche Partnerschaft die politische, wirt-

⁴⁰ Das Budget des nationalen Richtprogramms für Armenien 2011-2013 siehe in: Anhang IV.

⁴¹ Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2015

⁴² Auswärtiges Amt (2014): Armenien – Beziehungen zu Deutschland http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Bilateral_node.html abgerufen am 16.06.2016

schaftliche und soziale Entwicklung im Nachbarland und unterstützte zugleich politische und sozioökonomische Reformen. Nach der Eingliederung erhielt Armenien die EU-Hilfe auch durch dieses Programm. Die EU-Hilfe konzentrierte sich aber auf die Ziele der Nachbarschaftspolitik und versuchte diese durch aktive finanzielle Unterstützung zu erreichen.

Seit 2012 profitiert Armenien auch von der erhöhten finanziellen Unterstützung der EU, die gemäß dem EU-Prinzip "more for more" (mehr Unterstützung für mehr Fortschritte bei der Durchführung der Reformen) gestaltet wurde. Armenien erhält die EU-Unterstützung auch von verschiedenen regionalen Programmen (vor allem in den Bereichen Umwelt, Energie, Verkehr, Kultur und Jugend) sowie von interregionalen Programmen (Tempus, Erasmus Mundus, etc.). Neben dem ENPI-Instrument bekommt Armenien die Finanzierung im Rahmen thematischer Programme, insbesondere durch das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR), das Instrument für Stabilität, die Investitionen in Menschen und Migration&Asyl. Die EU fördert die Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Dialog und bei der Projektumsetzung. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft wird durch die EU-Programme geleistet.⁴³

Im Jahr 2013, auf dem EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius, wollte die EU mit mehreren osteuropäischen Nachbarn Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Durch Visaerleichterungen und Freihandelsabkommen sollten diese Länder stärker an die EU gebunden werden. Bis zum September galt auch die ehemalige Sowjetrepublik Armenien als Anwärter mit guten Chancen. Jerewan hat aber den EU-Vorschlag abgelehnt und äußerte den Wunsch, der von Moskau gegründeten Zollunion beizutreten. Demzufolge ist nun unklar, wie die Beziehungen der EU zu Armenien weiter gestaltet werden. Konkrete Zusammenarbeitsformate für die Zeit nach Vilnius existieren bisher nicht.⁴⁴

IV.2.2 Bilaterale Beziehungen zu Georgien

Die Beziehungen zwischen der EU und Georgien begannen 1992, als die EU Georgien als unabhängiges Land anerkannte und eine aktive Zusammenarbeit

⁴³ EC (2014): Armenien. Auf: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/armenia/armenia_en.htm abgerufen am 16.06.2016

⁴⁴ SCHÜTZ, BIRGER (2013): Armenien sagt Nein zu EU. Auf: http://german.ruvr.ru/2013_11_18/Armenien-sagt-Nein-zu-EU-1129/ abgerufen am 16.06.2016

mit der postsowjetischen Republik startete. Die humanitäre Unterstützung Georgiens war das Hauptziel von Europa in dieser Zeit. Die Hilfe wurde vom humanitären Büro der Europäischen Kommission bereitgestellt (MACFARLANE 2004, S. 134). 1993 wurden schon die drei wichtigsten Schwerpunkte der Europäischen Union für die wirtschaftliche, finanzielle, humanitäre und technische Unterstützung von Georgien bestimmt. Es wurden auch aktive Hilfsprogramme für Georgien entwickelt.⁴⁵

1994 begann die Arbeit an dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (Partnership and Cooperation Agreement - PCA) zwischen Georgien und der EU. Dieser Vertrag, der in Luxemburg am 22. April 1996 unterzeichnet wurde, bestimmte die wichtigsten Grundlagen, auf deren Basis sich die Beziehungen zwischen Georgien und der EU entwickeln sollten. Die Vereinbarung wurde von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und dem georgischen Präsidenten unterzeichnet und trat 1. Juli 1999 in Kraft (MFA 2013, EU - Georgia Relations).

Ein weiterer wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit zwischen Georgien und der EU fand am 22. Juni 1999 in Luxemburg statt. Der kaukasische Gipfel, der von der Europäischen Union für Georgien, Armenien und Aserbaidshan organisiert war, führte zu der gemeinsamen Erklärung für aktive Zusammenarbeit bei der Demokratisierung und dem Schutz der Menschenrechte mit Unterstützung der Europäischen Union (MFA 2013, EU - Georgia Relations). Im gleichen Jahr, am 12. Oktober, wurde die erste Sitzung des EU-Georgien-Kooperationsrates in Luxemburg abgehalten. Die Schlussfolgerungen des Kooperationsrates bestimmten die Hauptrichtung der Zusammenarbeit zwischen Georgien und der EU in der nächsten Zukunft.

Am 23. April 2001 wurde der EU-Georgien-Koordinierungsrat gegründet, der Vorschläge und Empfehlungen für die georgische Regierung erarbeiten und ein partnerschaftliches System der Zusammenarbeit zwischen Georgien und der EU fördern sollte. Um die Beziehungen mit Georgien weiter zu intensivieren, traf der Europäische Rat am vierten Juli 2003 die Entscheidung, einen Sondervertreter der EU nach Georgien zu schicken, der die europäisch-georgischen Beziehungen weiter entwickeln und den Umsetzungsprozess der EU-Entwicklungspolitik in diesem Land beobachten sollte (MFA 2013, EU - Georgia Relations).

⁴⁵ Ministry of Foreign Affairs of Georgia (MFA) (2013): Chronology of Basic Events in EU - Georgia Relations. Auf: http://www.mfa.gov.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=462 abgerufen am 16.06.2016

In den 1990er Jahren hat die EU Hunderte Projekte durchgeführt und insgesamt 420 Mio. US-Dollar für die Unterstützung von Georgien ausgegeben. Die Politik der Europäischen Union war in Georgien darauf ausgerichtet, Stabilität, Wirtschaftsentwicklung, Demokratisierung, Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern. Die EU leistete auch einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der regionalen Territorialkonflikte und engagierte sich in Kooperationsprojekten zur Stärkung administrativer Kapazitäten (JAWARD 2006, S. 21 ff.).

Die georgische „Rosenrevolution“ vom November 2003 lenkte die Aufmerksamkeit der EU auf das Land und nährte Hoffnungen auf Fortschritte in den Demokratisierungsprozessen. So stellte die EU nach der Revolution über den „Rapiden Reaktionsmechanismus“ (RRM) unmittelbare Unterstützung für die georgischen Präsidentschafts- und die Neuwahlen zum Parlament im Januar und März 2004 zur Verfügung. Die EU verstärkte auch ihre Position in Südossetien und Abchasien und entwickelte sich bis 2005 zu dem in beiden Konfliktzonen *„größten und am umfassendsten tätigen Geber“* (LYNCH 2006, S. 64).

Die Europäische Kommission hat auch gemeinsam mit der Weltbank auf einer internationalen Geberkonferenz im Juni 2004 beschlossen, für Georgien eine Gesamtsumme von 850 Mio. Euro im Zeitraum 2004 bis 2006 auszugeben. Dies hatte zum Ziel, den Entwicklungsprozess nach der Rosenrevolution zu unterstützen. Im Vergleich mit dem Zeitraum zwischen 2001 und 2003 verdoppelte die Europäische Kommission also ihre Unterstützung für Georgien (JAWARD 2006, S. 27).

Die Aufnahme von Georgien in der europäischen Nachbarschaftspolitik am 14. Juni 2004 markiert einen bedeutenden Fortschritt in den Beziehungen zwischen der EU und Georgien. Am 14. November 2006 wurde der ENP-Aktionsplan für Georgien angenommen. Der Aktionsplan war ein politisches Dokument, das die strategischen Ziele der Zusammenarbeit zwischen Georgien und der EU festsetzte. Er deckte einen Zeitraum von fünf Jahren ab (MFA 2013, EU - Georgia Relations).

Im ENP-Aktionsplan wurden die Kooperationsbereiche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Justizreform, Korruptionsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung und Investitionsklima vereinbart. Das Hauptziel des Aktionsplans war also *„ein immer engeres bilaterales Verhältnis, das über die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1999 hinausreicht“* (Deutscher Bundestag 2007, S. 6). Mit der Annahme des ENP-Aktionsplans verpflichteten sich Georgien und die EU zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration und zum Ausbau der politischen Zusammenarbeit.

Um die Ziele des Aktionsplans zu erreichen, hat die Europäische Union (wie auch bei den Beziehungen mit Armenien) Instrumente entwickelt, die in dem georgischen Länderstrategiepapier (LSP) formuliert sind. Das LSP regelt also die finanzielle Unterstützung Georgiens durch die EG über den Zeitraum von 2007 bis 2013. Die Hilfe der EU, über den vom LSP abgedeckten Zeitraum hinaus wird vor allem auf die Unterstützung Georgiens bei der Erfüllung seiner im ENP-Aktionsplan vereinbarten Verpflichtungen ausgerichtet werden. Die Schwerpunkte der EG-Hilfe im Rahmen des LSP lehnen sich an die vier Rubriken des Aktionsplans an. Da der ENP-Aktionsplan EU-Georgien als Blaupause für den künftigen Aufbau der Beziehung zwischen der EU und diesem Land dient, werden im LSP die Prioritäten der EG-Hilfe zugunsten Georgiens festgesetzt. Sie gelten für alle EG-Programme und Instrumente, die Georgien offen stehen werden oder könnten.⁴⁶

Wie beim armenischen, so ist auch dem georgischen LSP das nationale Richtprogramm beigelegt, welches ebenfalls einen Zeitraum von fünf Jahren abdeckt (EC 2007, S. 10). Im Rahmen des Richtprogramms werden für den Zeitraum 2007 bis 2010 insgesamt 120,4 Mio. € bereitgestellt. Diese Zuweisung konnte mit Mitteln aus einer neuen "Governance Facility" aufgestockt werden, durch die die ENP-Staaten belohnt werden sollen, die in Bezug auf Governance-Fragen die beste Leistung zeigen (a.a.O. S. 10).

Um die im LSP gesetzten Ziele zu erreichen, hat die Europäische Kommission das neue Nationale Richtprogramm für den Zeitraum 2011 bis 2013 gemeinsam mit der georgischen Regierung ausgearbeitet. Die Kommission hat festgestellt, dass die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Georgien zwischen 2007 und 2009 neue Richtlinien für die europäische Politik in diesem Land brauchen, aber die Substanz der wichtigsten Herausforderungen nicht verändert werden sollte (EC 2007, S. 5 ff.).

Die EU hat in den letzten zehn Jahren umfangreiche Entwicklungshilfe für Georgien geleistet und diese wächst jährlich. Die Nationalen Richtprogramme sind die wichtigsten Instrumente der Nachbarschaftspolitik und sollen die nachhaltige Entwicklung des Landes ermöglichen. Die Nachbarschaftspolitik ist aber nicht das einzige Programm, durch das die EU Georgien unterstützt. Durch die Östliche Partnerschaft werden die Beziehungen der EU zu Georgien auf eine neue Grundlage gestellt und in allen Bereichen ausgebaut. Die Östliche Partnerschaft fördert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im

⁴⁶ EC (2007): European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia; Country Strategy Paper 2007-2013 and National Indicative Program 2007-10. S. 4-9. Brüssel.

Nachbarland und unterstützt zugleich politische und sozioökonomische Reformen.

Seit dem 7. Mai 2009 erhält Georgien die bilaterale Hilfe der EU auch durch die Östliche Partnerschaft. Im Rahmen dieses Programms sollen die Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik verdoppelt werden. Die geleisteten Hilfen konzentrieren sich auf die Ziele der Nachbarschaftspolitik und versuchen, diese durch eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien zu erreichen.

Die EU-Zusammenarbeit mit Georgien beschränkt sich aber auch nicht nur auf Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft. Es werden Hunderte Einzelprojekte⁴⁷ und Unterstützungsprogramme durchgeführt, die zum Ziel haben, eine nachhaltige Entwicklung in Georgien zu erreichen. Diese sind in den folgenden fünf wichtigsten Bereichen thematisiert:

1. Landwirtschaft: Die EU unterstützt die Kleinbauern und den Aufbau der landwirtschaftlichen Institutionen im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsprogramms für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ENPARD). Ziel ist es, Georgien näher an die EU-Agrar-Standards zu bringen.
2. Justiz: Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte werden durch die Reform der Strafjustiz gefördert. Diese hat Priorität in der Zusammenarbeit seit 2008. Der aktuelle Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung des Lebensstandards in Strafvollzugsanstalten sowie auf der Verringerung der Anzahl von Haftstrafen für junge Menschen, die kleinere Straftaten verübt haben.
3. Regionalentwicklung: Die Unterstützung zielt darauf ab, Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Teilen des Landes zu reduzieren, das Wirtschaftswachstum in ärmeren Regionen zu stimulieren und die Verbesserung der regionalen Infrastruktur zu erreichen. Dies soll besseren Zugang zu Strom, Gas, Trinkwasser und nutzbaren Straßen für einen größeren Anteil der Bevölkerung gewährleisten.
4. Konfliktbeilegung: Umfassende Hilfe wurde von der EU seit 2008 für die Menschen geleistet, die von dem Konflikt direkt betroffen waren. Die Hilfsmaßnahmen richteten sich vor allem an die Binnenvertriebenen des

⁴⁷ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Kriegs 2008. Projekte in Abchasien und in der Chkhinvaliregion konzentrieren sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Regionen.

5. Public Finance Management: Die Verbesserung der öffentlichen Finanzverwaltung ist eine weitere langfristige Priorität der Zusammenarbeit zwischen der EU und Georgien. Das anhaltende Sektorprogramm fördert die Transparenz und Effizienz der Staatsausgaben, die Verbesserung des strategischen Haushalts und die Schaffung eines modernen Schulden-Management-Framework.⁴⁸

Im Rahmen der bilateralen Beziehungen hat die EU in den letzten Jahren mehrere Millionen Euro als Entwicklungshilfe an Georgien geleistet.⁴⁹ Durch die Nachbarschaftspolitik, die Östliche Partnerschaft, Assoziierungsabkommen und Hunderte Einzelprojekte hat Europa versucht, eine nachhaltige Entwicklung in Georgien zu erreichen. Die Beziehungen zwischen der EU und Georgien sind heutzutage intensiver als je zuvor und werden sich in der näheren Zukunft noch mehr vertiefen. Die EU unterstützt dabei Georgien sowie Armenien nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch auf regionaler Ebene durch konkrete Projekte und Programme. Um im Weiteren auswerten zu können, wie wirksam die Entwicklungspolitik in den Regionen dieser zwei Staaten war, ist es notwendig zu untersuchen, welche strategischen Ziele sich die EU auf regionaler Ebene gesetzt hat, wie sie die Ziele erreichen will und wie die Gemeinschaft die schon durchgeführte Arbeit beurteilt.

IV.3 EU-Entwicklungspolitik in den Regionen

IV.3.1 Die politisch-institutionelle Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen

Ohne Zweifel ist die Stärkung der demokratischen Institutionen, der Schutz der Menschenrechte und die allgemeine Förderung der Demokratie das „Rückgrat“ der EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzke-Dschawachetien (mehr über die Regionen siehe Kapitel V.1.1 und V.1.2). Die meisten Projekte, die von der EU oder mit Unterstützung der EU in den Regionen innerhalb der letzten zehn Jahre durchgeführt wurden, konzentrierten sich auf die Entwicklung der

⁴⁸ EC (2014): Georgia. Priorityareas. Auf: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/georgia/georgia_en.htm abgerufen am 16.06.2016

⁴⁹ Zeitraum von der Unabhängigkeit Georgiens bis zum Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Georgien (Im November 2013 unterzeichnete Georgien im Rahmen der Östlichen Partnerschaft ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Die bilateralen Beziehungen wurden damit auf eine neue Basis gestellt).

Demokratie. 35% der Finanzmittel in Georgien sowie 30-35% der Finanzmittel in Armenien, die den beiden Staaten in den letzten vier Jahren im Rahmen der ENP zur Verfügung gestellt beiden wurden, sind für die Förderung der Demokratie bestimmt.⁵⁰

Nachbarschaftspolitik sowie Östliche Partnerschaft haben sich auch zum Ziel gesetzt, demokratische Systeme, sowohl auf staatlicher Ebene, als auch in den Provinzen aufzubauen. Von der EU wurde mehrmals betont, dass die Entwicklung der EU-Beziehungen zu den Nachbarländern Fortschritte in Richtung Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte erfordert.⁵¹ Die EU-Kommission war der Meinung, dass Armenien und Georgien in den letzten zehn Jahren weitere Reformbemühungen unternommen hatten, um die Achtung der Menschenrechte und die demokratische Staatsführung zu gewährleisten, obwohl *„die Fortschritte in diesen Bereichen (in Armenien und Georgien) unbeständig (waren), da die Lage weiterhin von einem Mangel an Pluralismus in den Medien, einer schwach ausgeprägten Rechtsstaatlichkeit, gewaltsamem Vorgehen gegen friedliche Proteste und politischer Polarisierung gekennzeichnet war“* (EC 2012, S. 179). Die EU hat daher bei allen bilateralen Treffen die Regierungen beider Staaten dazu aufgerufen, die Lage in diesem Bereich zu verbessern.

Die allgemeine Position der EU-Kommission zur Situation der Demokratie in den Nachbarländern ist bekannt und lautet: *„obwohl viele Anstrengungen hin zu demokratischen Reformen von den georgischen und armenischen Regierungen gemacht wurden, bedarf es der Rechtsstaatlichkeit und guten Regierungsführung noch stärkerer Unterstützung, sowohl von der EU als auch vonseiten der Partnerländer“*.⁵² Die EU-Kommission ist also der Meinung, dass es in den letzten zehn Jahren, eine Reihe von positiven Fortschritten im Bereich der Demokratisierung des Landes und der Achtung der Menschenrechte sowohl in Georgien als auch in Armenien infolge der Nachbarschaftspolitik gab. Allerdings behauptet sie, dass sich das Tempo der Reform aufgrund außergewöhnlicher Umstände (vor allem

⁵⁰ EC (2010): Armenien – Europäische Gemeinschaft Nationales Richtprogramm 2011-2013. S. 7. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2010): Georgia – Europäische Gemeinschaft Nationales Richtprogramm 2011-2013. S. 10. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁵¹ EC (2012): Menschenrechte und Demokratie in der Welt Bericht. S. 180 Auf: http://eeas.europa.eu/human_rights/docs/2011_hr_report_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁵² EC (2011): Comprehensive Institution Building Programme 2011-2013. S. 3. Auf: http://eu-integration.gov.ge/pao/downloads/54_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

wegen des Augustkriegs von 2008 in Georgien und der Weltwirtschaftskrise 2009-2013) verlangsamt (EC 2011, S. 4).

Um die weiteren Fortschritte sowie Misserfolge bei der Durchführung der Nachbarschaftspolitik zu messen, wurden von der EU-Kommission in den letzten sechs Jahren die Fortschrittsberichte für Georgien und Armenien veröffentlicht. Diese Berichte beschreiben die aktuelle Situation in den Ländern und konzentrieren sich insbesondere auf die Bereiche Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption, Entwicklung der demokratischen Institutionen sowie Wirtschaftsentwicklung und Armutsbekämpfung.

Um eine Fortentwicklung und Festigung der Demokratie sowie den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in den Regionen zu erreichen, stehen der EU unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Konkrete Projekte und Programme werden im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik und vor allem über die Östliche Partnerschaft finanziert.⁵³ Durch das europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte unterstützt die EU die Menschenrechtsaktivisten und lokale Akteure der Zivilgesellschaft, die sich für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Region einsetzen. EIDHR stärkt auch die Rolle zivilgesellschaftlicher Netzwerke bei der Förderung der Menschenrechte und demokratischer Reformen und unterstützt Maßnahmen gegen die Todesstrafe. Außerdem wurden den Regionen Zuschüsse, aber auch zinsbegünstigte Darlehen und Investitionskapital von der Europäischen Zentralbank gewährt.

Die aktive Demokratieförderung in den Regionen (nicht nur in Georgien und Armenien, sondern auch weltweit) wird von der EU mit der These begründet, dass *„nachhaltige Entwicklung am sichersten auf der Demokratisierung der inneren Ordnungen in den Staaten beruht“* (BREDOW/JAGER 1997, S. 10). Dies wurde auch in der Erklärung des Europäischen Rates zur östlichen Partnerschaft besonders betont.⁵⁴ Somit versucht die EU durch die Förderung der Demokratisierung in den Regionen nicht nur, eigene Werte zu exportieren, sondern auch, Armut zu bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Dies ist nach Meinung der Europäischen Gemeinschaft ohne den Ausbau eines demokratischen Systems auf lokaler Ebene nicht möglich. Darüber hinaus werden die *„Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“* als übergeordnete Ziele

⁵³ BMZ (2013): Europäische Wege der Entwicklungszusammenarbeit. Auf: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/ez_eu/eu-wege/index.html abgerufen am 16.06.2015

⁵⁴ EC (2011): Comprehensive Institution Building Programme 2011-2013 Georgia. S. 3. Auf: http://eu-integration.gov.ge/pao/downloads/54_en.pdf abgerufen am 16.06.2015

der Außenbeziehungen sowohl im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als auch im Zusammenhang mit der EZ erwähnt (FAUST 2010, S. 389).

Die EU ist seit Anfang der 1990er Jahre in den georgischen und armenischen Regionen tätig, wurde aber entwicklungspolitisch erst nach der Eingliederung der beiden Staaten 2004 in die Nachbarschaftspolitik in diesem Maße aktiv. Die ersten, mit Georgien und Armenien gemeinsam erarbeiteten Aktionspläne wurden auf dem Kooperationsrat am 14. November 2006 in Brüssel formell verabschiedet. Diese ersten Aktionspläne für beide Staaten enthielten ein umfassendes Paket von Schwerpunkten. Diese Schwerpunkte wurden in dem Strategiepapier unter den sieben Hauptkapitelüberschriften dargestellt. Bei diesen gemeinsam vereinbarten Bereichen geht es vor allem um die Stärkung von demokratischen Strukturen und Rechtsstaatlichkeit sowie um die Verbesserung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.⁵⁵

Aus den Aktionsplänen wird klar, dass die EU in beiden Ländern in der politischen Größenordnung die gleichen Ziele anstrebt. Diese konzentrieren sich auf die Stärkung der demokratischen Institutionen, den Schutz der Menschenrechte und die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Oft werden die Ziele der EU-Aktionspläne für Armenien in den Aktionsplänen für Georgien einfach wiederholt. Dies bestätigt noch einmal, dass die EU-Strategie auf dieser Ebene in beiden Ländern keine wesentlichen Unterschiede beinhaltet (siehe EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Armenien; EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Georgien).

In der Zusammenarbeit mit armenischen und georgischen Behörden hat die EU-Kommission einige spezielle Maßnahmen erarbeitet. Durch diese sollte die Situation in diesem Bereich verbessert werden. Die wichtigsten Maßnahmen für die regionale Ebene in beiden Staaten war die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, einschließlich der Kapazitäten von Kommunen und die Einrichtung des öffentlichen Dienstes entsprechend europäischen Standards und Sicherstellung der Anwendung der europäischen Charta innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung, sowie die Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und Sicherstellung der Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten (siehe EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Armenien; EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Georgien).

⁵⁵ EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Armenien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016 Siehe auch: EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Georgien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

Die Aktionspläne für Georgien und Armenien umfassen noch viele weitere Ziele und Maßnahmen, die zur Stärkung und Entwicklung der Demokratie im ganzen Staat führen sollen. Das letzte nationale Richtprogramm von 2011 stellt ähnliche Ziele vor und bestätigt, dass die demokratische Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit sowie Good Governance die hauptsächlichen Schwerpunkte in Armenien und Georgien sind.⁵⁶ An dritter Stelle wurde jedoch in beiden Dokumenten der neuen Richtprogramme die regionale und ländliche Entwicklung genannt. Davon waren selbstverständlich auch Lori und Samzke-Dschawakhetien direkt betroffen. Die EU-Kommission betonte, dass *„regionale und ländliche Entwicklung besondere Bedeutung im Kontext der globalen wirtschaftlichen und finanziellen Krise (habe) und die bestehenden regionalen Unterschiede beim Zugang zu Beschäftigung und der sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen gelöst werden müssen“* (EC 2011, S. 19). Deshalb sollten auch in den armenischen und georgischen Regionen insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und der Schutz der Menschenrechte gefördert werden.

In den letzten zehn Jahren war also die Demokratieförderung sowohl im ganzen Staat als auch in einzelnen Regionen von Georgien und Armenien das Hauptziel der EU-Entwicklungspolitik. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die EU selbst oder durch bestimmte NGOs mehrere Projekte durchgeführt. Außerdem unterstützte sie die Demokratieentwicklung in den Regionen durch die sogenannte Budgethilfe. Die Demokratieförderung war aber nicht der einzige Bereich, der in den letzten Jahren Unterstützung durch die EU erfuhr. Die EU-Entwicklungspolitik deckte auch andere Dimensionen ab.

IV.3.2 Die ökonomische Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen

Die nachhaltige ökonomische Entwicklung und Armutsbekämpfung war und bleibt das wichtigste Ziel der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien. Über 40% der Finanzmittel, die 2011 bis 2013 im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik in die beiden Länder flossen, sollten die sozio-ökonomische Entwicklung gewährleisten.⁵⁷ Die meisten Projekte der Europäi-

⁵⁶ EC (2011): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁵⁷ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. S. 7. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 29.03.2016 siehe auch EC (2014): Country Progress Report 2013 – Georgia. S. 10. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

schen Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sich auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien und des regionalen Stromaustauschs, die nachhaltige Bewirtschaftung, den Ausbau von Infrastruktur und den Wiederaufbau lokaler Unternehmen. Weder die Wirtschaftsministerien noch die Ministerien für regionale Entwicklung oder die Außenministerien beider Staaten führen eine richtige Statistik über die genaue Anzahl der Projekte.⁵⁸

Die unterschiedlichen Programme und Projekte der EU sollen die wirtschaftliche Lage der Provinzen beider Staaten verbessern und dadurch die Armut bekämpfen sowie eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung erreichen. Die Östliche Partnerschaft und die ENPI sind für die Bereitstellung der technischen und finanziellen Unterstützung der Regionen die wichtigsten Instrumente der Europäischen Gemeinschaft. Es werden aber auch Zuschüsse, zinsbegünstigte Darlehen und Investitionskapital von der Europäischen Zentralbank vergeben. Von der Europäischen Zentralbank und der europäischen Investbank finanzierte Programme und ausgegebene Kredite werden auch im Rahmen der Entwicklungspolitik der EU betrachtet, weil sie von der EU-Kommission initiiert sind, die EU als Finanzgarantin für die Kredite steht und alle Programme entwicklungspolitische Ziele verfolgen.⁵⁹

Die EU-Finanzmittel werden in den Regionen zur Unterstützung von Programmen bereitgestellt, die die oben genannten Ziele erreichen wollen. Die konkreten Projekte und Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden erarbeitet und von der Regionalregierung oder unterschiedlichen NGOs durchgeführt.⁶⁰ Von der EU-Kommission wurde auch betont, dass die regionale und ländliche Entwicklung von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist. Die Probleme, die in den wirtschaftlich schlecht entwickelten Regionen entstehen, haben Einfluss sowohl auf die Staatsebene als auch auf die globale. Deswegen wurde von der EU versucht, die vorhandenen wirtschaftlichen regionalen

⁵⁸ Auswärtiges Amt (2014): Armenien. Beziehungen zu Deutschland. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Bilateral_node.html abgerufen am 16.06.2016

⁵⁹ EC (2011): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. S. 19. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁶⁰ Des Öfteren weiß aber die Zentralregierung nicht, was in den einzelnen Regionen gemacht wird. Anmerkung.

Unterschiede im Land, die eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung verhindern, zu verringern (EC 2011, S. 19).

Die Unterstützung der EU konzentriert sich auch auf die Entwicklung des menschlichen Kapitals in den Regionen, der Ausrüstung der Ausbildungs- und Lehrsysteme (mit der Absicht diese den EU-Standards anzunähern), auf die Erstellung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung der Genderbalance auf dem Arbeitsmarkt (EC 2011, S. 20). Als langfristiges Ergebnis soll die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Regionen einander angeglichen werden, durch die nachhaltige Entwicklungspolitik soll eine schnelle ökonomische Entwicklung vor allem in den ärmeren Regionen erreicht und die ökologische Situation verbessert werden.⁶¹ All das soll dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowohl in Georgien als auch in Armenien nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf internationaler Ebene vergrößert wird. Demzufolge hat sich die EU zum Ziel gesetzt, die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Südkaukasus zu erreichen.

Nach der Eingliederung von Armenien und Georgien in die Nachbarschaftspolitik 2004 wurde auch die EU-Hilfe für wirtschaftliche Entwicklung viel intensiver. Die Aktionspläne umfassten unterschiedliche Maßnahmen und Schwerpunkte, die zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung führen sollten. Bei den gemeinsam mit den lokalen Behörden vereinbarten Schwerpunkten geht es neben der Förderung der regionalen und ländlichen Entwicklung vor allem um die Armutsbekämpfung, die regionale Entwicklung und den Auf- bzw. Ausbau von Infrastruktur.

In dem Aktionsplan sind zusätzliche Maßnahmen zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung von Armenien und Georgien vorgesehen, die die oben genannten Aktionen ergänzen und im ganzen Staat sowohl die ökonomische Situation verbessern als auch die Armut bekämpfen sollen. Die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge sowie die Förderung der nachhaltigen Entwicklung sind dabei die wichtigsten Ziele (Konkreter Zielkatalog siehe EC 2011, ENP-Aktionsplan EU-Armenien, S. 13. Sowie EC 2011, ENP-Aktionsplan EU-Georgien, S. 19).

Diese und noch viele weitere Maßnahmen sollen letztendlich zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen führen. Eine ähnliche Kategorisierung der Ziele bieten auch die jüngsten nationalen

⁶¹ EC (2011): National Indicative Programme, Georgia 2011-2013. S. 19. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

Richtprogramme (2011) von Georgien und Armenien. Unter Punkt drei “Socioeconomic reform and sustainable development” im Richtprogramm Armenien findet man die konkreten Ziele, die mit Unterstützung der EU in den letzten drei Jahren erreicht werden sollten.⁶² Das nationale Richtprogramm von Georgien 2011 wiederholt diesen Punkt wie auch schon bei den Aktionsplänen fast vollständig (EC 2011, S. 8).

Die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist also sowohl in Armenien als auch in Georgien sowie explizit in deren Provinzen die Hauptpriorität der EU-Entwicklungspolitik. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden von der EU in den letzten zehn Jahren mehrere Projekte in den Regionen durchgeführt. Diese wurden mit Unterstützung der EU von den unterschiedlichen NGOs oder in Zusammenarbeit mit der lokalen Regierung gestaltet. Mit Hilfe dieser Projekte wurde versucht, die schon erwähnten Ziele zu erreichen.

IV.3.3 Die sozio-kulturelle Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen

Im Unterschied zu den politischen und ökonomischen Dimensionen gibt es keine richtige Strategie für die nachhaltige sozio-kulturelle Entwicklung von Armenien und Georgien. Diese Dimension hat keinen eigenständigen Prioritätsbereich innerhalb der EU-Entwicklungspolitik in den beiden Ländern. In den Aktionsplänen und nationalen Richtprogrammen wird sie als Teil der ökonomischen Größenordnung betrachtet. Zum Beispiel wurde die Unterstützung sozialer Reformen im nationalen Richtprogramm von Georgien 2011-2013 in den Sub-Prioritätsbereich 3.1 eingegliedert (Teil des Prioritätsbereiches 3. Nachhaltige regionale und wirtschaftliche Entwicklung).⁶³ Das Gleiche wurde auch in dem nationalen Richtprogramm Armenien 2011-2013 gemacht, wo unter Sub-Prioritätsbereich 3.3 die Entwicklung des menschlichen Kapitals einschließlich Bildung, Wissenschaft und soziale Dienste zu finden ist.⁶⁴

⁶² EC (2011): National Indicative Programme, Armenia 2011-2013. S. 19. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2015

⁶³ EC (2011): Georgien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. 17. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁶⁴ EC (2011): European Neighbourhood and Partnership Instrument. Armenia, National Indicative Programme 2011-2013. S. 20. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

Es gibt auch keine klare Statistik der Finanzmittel, die im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik zur Entwicklung der sozio-kulturellen Dimension in die beiden Länder geflossen sind. Trotzdem förderte die Europäische Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren mehrere Einzelprojekte sowohl auf der staatlichen Ebene von Armenien und Georgien als auch in den ländlichen Regionen dieser Länder. Das erwartete langfristige Ergebnis der Projekte sollte zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten und Disparitäten, zur Verbesserung des Lebensstandards, zu besserem sozialen Schutz und zur Förderung der sozialen Inklusion beitragen (EC 2011, S. 18).

Die wichtigsten Instrumente zur Förderung der sozio-kulturellen Entwicklung sind, wie bei den anderen Größenordnungen, die östliche Partnerschaft und die ENPI. Über diese Programme liefert die Europäische Gemeinschaft finanzielle und technische Unterstützung (u.a. auch nach Lori und Samzke-Dschawakhetien). Es werden in den Regionen aber auch Reformen und bestimmte Einzelprojekte über die Budgethilfe sowie über Zuschüsse und zinsbegünstigte Darlehen unterstützt. Die sozio-kulturelle Dimension ist auch von Unterstützungsprogrammen betroffen, die u.a. die Entwicklung der Bereiche Gender sowie Ausbildung und soziale Gleichheit zum Ziel haben (EC 2011, S. 19).

Fast alle EU-Finanzmittel, die für die Entwicklung der sozio-kulturellen Dimension in den Regionen bereitgestellt werden, werden zur Unterstützung von Projekten ausgegeben, die die oben genannte Ziele erreichen sollen. Ähnlich wie bei den beiden anderen Dimensionen werden die konkreten Projekte und Maßnahmen in der Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden erarbeitet und von der Regionalregierung oder unterschiedlichen NGOs durchgeführt. Die Förderung der Größenordnung ist laut der EU-Kommission eine wichtige Priorität des europäischen Außenhandels für die nächsten zehn Jahre, weil sie eine besondere Ausstrahlungskraft auf die Entwicklung anderer Bereiche hat und einen wesentlichen Eckpfeiler der künftigen europäischen Entwicklungspolitik darstellt.⁶⁵ Daher versucht die Gemeinschaft insbesondere in den Nachbarländern die sozio-kulturellen Konflikte zu bekämpfen, kulturelle Vielfalt zu fördern und die Regierungen bei sozialen Reformen zu unterstützen (EC 2011, S. 19).

Die EU-Unterstützung konzentriert sich in dieser Dimension sowohl in Georgien als auch in Armenien, insbesondere aber in deren ländlichen

⁶⁵ NRW.Europa (2010): Förderung der Medien-, Kultur-, und Kreativwirtschaft in der Europäischen Union. S. 6. Auf: http://creative.nrw.de/fileadmin/files/downloads/Publikationen/Publikation_MKKW.pdf abgerufen am 16.06.2016

Regionen, auf die Entwicklung eines besseren Sozialsystems, auf die Entwicklung des menschlichen Kapitals und auf Beschäftigungsmöglichkeiten mit Schwerpunkt auf dem Schutz von Frauen und Kindern. Im Rahmen der Zusammenarbeit sollen die beiden Staaten unterstützt werden um die “Millennium Development Goals”⁶⁶ zu erreichen, die Kinderschutzstandards durch eine effektive Umsetzung der Rechtsvorschriften zu erhöhen, das Sozialversicherungssystem zu verbessern, die Reform des Rentensystems zu beschleunigen, besseren Zugang zu sozialen Dienstleistungen für alle benachteiligten Gruppen, insbesondere für Frauen zu garantieren und die Kohärenz und Effizienz der verschiedenen Sozialschutz- und Sozialhilfesysteme zu verbessern (EC 2011, S. 18 f.).

Nach 2004 ist die EU auch in dieser Dimension relativ aktiv geworden und versucht, die von der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft vorgesehenen Ziele zu erreichen. Die Aktionspläne der Nachbarschaftspolitik sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Instrumente zur Unterstützung der sozio-kulturellen Entwicklung in den zwei Nachbarländern. Die Pläne umfassen unterschiedliche Maßnahmen und Schwerpunkte, die zur nachhaltigen sozialen und kulturellen Entwicklung beitragen sollen (siehe EC 2011, EU-Armenien. S. 5 ff; sowie EC 2011, EU-Georgien. S. 6 ff.). Diese und viele weitere Maßnahmen sollen letztendlich zur nachhaltigen sozio-kulturellen Entwicklung sowohl in armenischen als auch in georgischen Regionen führen.

Die Unterstützung der sozio-kulturellen Entwicklung wurde also von der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft geleistet. Mit den Hilfsmaßnahmen wird versucht, die Lösung von Problemen zu finden, welche durch den sozio-kulturellen Wandel entstanden sind. Die EU-Hilfe kann auch in Form eines von der EU gestalteten Regionalentwicklungsprogrammes gegeben werden. Diese Programme werden von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Partnerländer erarbeitet und aus dem EU-Budget finanziert. Um in Armenien und Georgien eine sozio-kulturelle Entwicklung zu erreichen, wurden von der EU die sogenannten Twinning-Programme sowie technische Hilfsprogramme zur Unterstützung der Provinzen entwickelt.

Die nachhaltige sozio-kulturelle Entwicklung war also ein weiteres Ziel der EU-Entwicklungspolitik sowohl in Armenien als auch in Georgien (sowie explizit in deren Provinzen). Um dieses Ziel zu erreichen, wurden von der EU

⁶⁶ United Nations Statistics Division (2014): Millennium Development Goals. Auf: <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Default.aspx> abgerufen am 16.06.2016

in den letzten zehn Jahren viele Projekte in den jeweiligen Regionen durchgeführt. Diese wurden wie in anderen Dimensionen durch die EU-Unterstützung der unterschiedlichen NGOs oder in Zusammenarbeit mit der lokalen Regierung gestaltet. So wurde versucht die oben genannten Ziele zu erreichen.

IV.3.4 Die ökologische Dimension und ihre strategischen Ziele und Maßnahmen

Die Europäische Gemeinschaft hat mehrmals betont, dass die nachhaltige ökologische Entwicklung und der Umweltschutz, insbesondere in den Nachbarländern, die wichtigste Priorität für den EU-Außenhandel ist:

“Environmental problems don’t know borders. It is in our common interest to work together with our Eastern partner countries so that our neighbourhood becomes greener,” wurde von dem EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Füle, im März 2010 betont.⁶⁷

Schon in dem Strategiepapier der EU-Nachbarschaftspolitik von 2004 wurde erwähnt, dass die Lösung von Umweltproblemen und die das Erreichen einer ökologischen Entwicklung durch die enge und aktive Zusammenarbeit mit den Nachbarländern erreicht werden müsse.

Trotz der oben genannten Tatsachen ist die nachhaltige ökologische Entwicklung von Armenien und Georgien sowie deren Provinzen wie auch die soziokulturelle Größenordnung kein eigenständiger Prioritätsbereich der EU-Entwicklungspolitik in den beiden Ländern. In den nationalen Richtprogrammen der Nachbarschaftspolitik wurde sie kaum erwähnt. Trotzdem fördert die EU sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene durch die ENPI bestimmte Projekte, die zur ökologischen Entwicklung und zum Umweltschutz beitragen sollen. Über diese Projekte liefert die Europäische Gemeinschaft finanzielle und technische Unterstützung zur Förderung der ökologischen Entwicklung. Es werden in den ländlichen Regionen die Reformen der Umweltpolitik über die Budgethilfe, über Zuschüsse und zinsbegünstigte Darlehen unterstützt.

Die ökologische Dimension in beiden Ländern wurde auch von der östlichen Partnerschaft unterstützt. Armenien und Georgien sind am 22. Oktober 2013 der Partnerschaft für Energieeffizienz und Umweltschutz in Osteuropa

⁶⁷ EU Neighbourhood Info Centre (2013): EU and the Eastern Partners: Cooperation to face the environmental challenge. Auf: http://www.enpi-info.eu/maineast.php?id=435&id_type=3&lang_id=450 abgerufen am 16.06.2016

beigetreten. Ziel des Programms ist die Förderung der Maßnahmen zur Energieeffizienz und der Emissionsminderung in den Regionen. Auf einer Geberkonferenz, die am Montag, den 21. Oktober 2013 in der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg stattfand, stellte die internationale Gebergemeinschaft weitere 60 Mio. Euro bereit, um die Ausweitung der Tätigkeiten der Partnerschaft zu ermöglichen.⁶⁸ Dieses Programm ist nach der EU-Kommission ein Teil der strategischen Antwort auf die Herausforderungen im Energiebereich und ermöglicht es den kommunalen Behörden, in konkrete Projekte zu investieren, die die besten Möglichkeiten für Energieeinsparungen bieten. Eine wichtige Komponente der E5P-Partnerschaftsinitiative ist der politische Dialog, der den Partnern ein strategisches Vorgehen bei der Suche nach praktischen Lösungen für Umweltprobleme ermöglicht (EC 2013, S. 1). Obwohl die Hauptpriorität der Partnerschaft für Energieeffizienz und Umweltschutz in Osteuropa die Verbesserung der Energieeffizienz der Partnerländer ist, leistet sie auch einen Beitrag zum Umweltschutz.

Die mangelnde strategische Zielsetzung der EU-Entwicklungspolitik in dieser Größenordnung wurde in den letzten fünf Jahren durch den Zuwachs von Einzelprojekten und Finanzmitteln teilweise kompensiert. Ähnlich wie in den anderen Dimensionen werden die konkreten Projekte in der Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden erarbeitet und von der Regionalregierung oder unterschiedlichen NGOs durchgeführt. Die Projekte streben, im Einklang mit den Zielen des EU-Vertrags von Lissabon, Art. 3, vier allgemeine Ziele an: 1. Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität. 2. Schutz der menschlichen Gesundheit. 3. Umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen. 4. Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme und insbesondere von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.⁶⁹

In ihren entwicklungspolitischen Aktionen verfolgt die EU (zumindest offiziell) auch das Prinzip, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht zulasten der Umwelt gehen darf, sondern auf die Erhaltung der Ressourcenbasis gerichtet sein muss. Laut der EU-Kommission haben die jeweiligen Staaten die Aufgabe,

⁶⁸ EC (2013): Östliche Partnerschaft: Armenien, Georgien und Republik Moldau treten Partnerschaft für Energieeffizienz und Umweltschutz in Osteuropa bei. Auf: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-985_de.htm abgerufen am 16.06.2016

⁶⁹ The European Policy Department of DNR (2014): Grundlagen der europäischen Umweltpolitik - 1.3 Prinzipien und Ziele der europäischen Umweltpolitik. Auf: <http://www.eu-koordination.de/bruessel/grundlagen-der-europaeischen-umweltpolitik?start=3> abgerufen am 16.06.2016

im Sinne einer vorsorgenden Umweltpolitik ökonomische Anreize zu schaffen und für die Einhaltung internationaler Standards zu sorgen. Die Tragfähigkeit lokaler und globaler Ökosysteme muss ebenfalls sichergestellt werden. All dies soll eine nachhaltige ökologische Entwicklung ermöglichen und Umweltprobleme in den Regionen lösen (BMZ 2007, S. 2 ff.).

In der Zusammenarbeit mit der armenischen und georgischen Regierung hat die EU in den Aktionsplänen für die Länder konkrete Ziele zur nachhaltigen Entwicklung der ökologischen Größenordnung festgelegt. Die ENP-Aktionspläne für Armenien bestimmen die Aktionspunkte z.B. die Schaffung der Voraussetzungen für eine verantwortliche Umweltpolitik und Beginn mit der Umsetzung, sowie aktive Prävention der Umweltzerstörung, Schutz der menschlichen Gesundheit und rationeller Einsatz der natürlichen Ressourcen im Einklang mit den auf dem Johannesburgener Gipfel eingegangenen Verpflichtungen (EC 2006, S. 28). Die Aktionspläne für Georgien wiederholen auch diese Maßnahmen zur Entwicklung der ökologischen Dimension unter Punkt vier „Allgemeine Ziele und Aktionen“ (a.a.O. S. 29 f.).

Die Unterstützung der ökologischen Entwicklung wurde also von der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft geleistet. Die EU-Hilfe in diesem Bereich wurde durch die Förderung bestimmter Projekte erreicht und stellt kein eigenständiges Entwicklungsprogramm dar. Die Projekte werden von der EU direkt oder über Budgethilfe finanziert und meistens von den lokalen NGOs durchgeführt. Die EU leistet auch einen aktiven Beitrag zur Erarbeitung der lokalen und staatlichen Strategien zur Umweltpolitik. Wie in den anderen Größenordnungen, wurde auch hier außer der finanziellen Unterstützung technische Unterstützung und thematische Beratung von der EU geleistet.

Zur Feststellung des realen Einflusses der oben genannten Maßnahmen auf die Situation in allen vier Dimensionen ist es notwendig, mit eigener Expertise zu untersuchen, wie die Europäische Gemeinschaft selbst ihre Arbeit in den jeweiligen Größenordnungen beurteilt und wie effektiv die EU-Projekte in den einzelnen Bereichen waren.

IV.3.5 Einschätzung der EU

Zur Auswertung der Ergebnisse der durchgeführten Projekte benutzt die EU-Kommission eine eigene Methode. Dies wurde nach der „Erklärung von Paris

über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“⁷⁰ (Pariser Erklärung, 2005) erarbeitet und umfasst bestimmte Kriterien. Zu den Erfolgskriterien von EU-Entwicklungspolitik gehören:

1. Relevanz: Grad der Übereinstimmung des Projektziels mit den anerkannten Entwicklungsbedürfnissen und Prioritäten (ein wichtiges Kriterium von Relevanz ist der angestrebte Beitrag zu anerkannten Oberzielen, z.B. Armutsbekämpfung).
2. Wirksamkeit (Effektivität): Grad der Zielerreichung auf der outcome-Ebene, z.B. Verbesserung der Gesundheitssituation der Zielgruppe um X% gemessen am Rückgang der Krankheitsfälle; im weiteren Sinne auch auf der impact-Ebene: Veränderung der Lebensbedingungen der Zielgruppe als Folge des Projektes (hier werden alle, d.h. positive und negative, Folgen berücksichtigt).
3. Effizienz: Verhältnis der eingesetzten Ressourcen zu den erbrachten Leistungen (z.B. Kosten pro Einheit sauberen Trinkwassers) bzw. Projektnutzen (Kosten der Gesundheitsverbesserung der Zielgruppe).
4. Nachhaltigkeit: Weiterführung des Projektes und Fortdauer seiner positiven Wirkungen auch nach Ende des Entwicklungszusammenarbeit-Beitrages d.h. das Projekt stiftet auch noch X Jahre nach Ende des Beitrages Nutzen (FAUST/NEUBERT 2010, S. 41).

Nach Auswertung der nach dieser Methode durchgeführten Untersuchung wurden von der EU-Kommission die sogenannten “Country Progress Reports – Armenia” und die “Country Progress Reports – Georgia” (in den letzten sechs Jahren jeweils jährlich) veröffentlicht. Diese Berichte beschreiben die aktuelle Situation im Land und konzentrieren sich insbesondere auf die Bereiche Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung der Korruption, Entwicklung der demokratischen Institutionen etc. Die Dokumente umfassen also die jährliche Auswertung der entwicklungspolitischen Arbeit der EU in Armenien und Georgien. Sie konzentrieren sich auf die Erfolge sowie die Schwächen der Entwicklungspolitik und bieten mehrere Vorschläge zur besseren Ausgestaltung weiteren Aktivitäten.⁷¹

⁷⁰ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2005): Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Auf: <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/35023537.pdf> abgerufen am 16.06.2016

⁷¹ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2014):

Politische Dimension: In den letzten Berichten der EU-Kommission von 2013 wird konstatiert, dass in Armenien und Georgien (einschließlich der Lori- und Samzke-Jawakheti-Regionen) wesentliche Fortschritte im Bereich der Demokratisierung gemacht wurden. Deswegen wurden im Zeitraum 2013 bis 2014 im Einklang mit dem Prinzip "more for more" zusätzlich 25 Mio. Euro in Armenien und 27 Mio. Euro in Georgien für diesen Bereich bereitgestellt (EC 2014, Armenia. S. 2; siehe auch EC 2014, Georgia. S. 3). Trotz dieser Tatsache war die Kommission der Meinung, dass bei der Festigung und Fortentwicklung der Demokratie, sowie beim Schutz der Menschenrechte in beiden Staaten noch einige wichtige Probleme ungelöst geblieben waren und die Regierungen der Nachbarländer die Arbeit in dieser Richtung intensivieren sollten.

Insbesondere gilt dies im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Armenien, wo noch viele Probleme vor allem bei der Justiz zu finden sind (EC 2014, Armenia, S. 2). In Georgien wurde zu diesem Bereich betont:

„Obwohl viele Anstrengungen hin zu demokratischen Reformen von der georgischen Regierung gemacht wurden, bedarf es der Rechtsstaatlichkeit und guten Regierungsführung noch stärkerer Unterstützung, sowohl von der EU als auch von der georgischen Seite“ (EC 2014, Georgia, S. 3).

Im Bereich Good Governance wurden nach den Berichten sowohl in Armenien als auch in Georgien in den letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht. So haben die Regierungen durch die EU-Unterstützung in den Regionen wichtige Reformen durchgeführt, um die Korruption zu bekämpfen. Der Einfluss der EU-Projekte auf den öffentlichen Sektor wurde ebenfalls überwiegend positiv bewertet und betont, dass dieser Bereich sich schnell entwickelt. Bezüglich der Dezentralisierung wurde festgestellt, dass die Regierungen wesentliche Schritte zur Stärkung der Rolle von lokalen Regierungen unternommen hätten (EC 2014, Armenia, S. 4 ff. Siehe auch EC 2014, Georgia, S. 7).

Fortschritte in Armenien und Georgien werden auch in den Bereichen Schutz der Menschenrechte und Wahrung der Grundfreiheiten gesehen. Als positiv wurde von der EU z.B. die Gründung einer Zwischenbehördenkommission in Armenien bewertet, welche durch die EU-Förderung die nationale Strategie zum Schutz der Menschenrechte erarbeiten und durchführen soll. Im Juli 2011 wurde auch in Georgien ein Gesetz über die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit verabschiedet, welches die Europäische Kommission als eine signifikante Verbesserung des gesetzlichen

Schutzes von Menschenrechten betrachtete. Die Kommission ist der Meinung, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Ländern infolge der Entwicklungspolitik heutzutage besser als je zuvor geschützt sind (EC 2014, Armenia, S. 9. Siehe auch EC 2014, Georgia, S. 6 ff.).

Wirtschaftliche Dimension: In den 2013 veröffentlichten Berichten “Country Progress Report 2013 – Armenia” und “Country Progress Report 2013 – Georgia” wurde versucht, die Ergebnisse der durchgeführten Arbeit auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu beurteilen. In den Berichten äußerte die Kommission die Meinung, dass mithilfe der EU-Entwicklungspolitik die gesamte Wirtschaftslage von Armenien und Georgien verbessert wurde. Durch die Unterstützung der EU haben die Länder die Implementierung der makro-ökonomischen und strukturellen Reformen fortgesetzt. Wesentliche Fortschritte wurden auch in den Bereichen Wirtschaftsmodernisierung, Armutsbekämpfung und soziale Kohäsion gemacht, was den Zielen der Aktionspläne von Armenien und Georgien entsprach (EC 2014, Armenia, S. 3-9. Siehe auch EC 2014, Georgia, S. 2 ff.).

Der Bericht von Armenien wies aber auch auf die Probleme im Land hin, deren Lösung die Unterstützung der EU erforderlich machte. So ist das Wirtschaftswachstum Armeniens 2012 von 7,3% auf 3,2% gesunken. Demzufolge sollte sich die EU-Entwicklungspolitik auf das Wachstum der Produktionsleistungsfähigkeit des armenischen Agrarsektors konzentrieren und die Abhängigkeit der armenischen Wirtschaft von der russischen Ökonomie reduzieren. Die Inflationsrate stieg von 2,8% im Jahr 2012 auf 5,8% im Jahr 2013. Ihre Bekämpfung war ein weiterer Punkt, auf den die EU ihre Aktivitäten lenken sollte (EC 2014, Armenia, S. 11). Als wichtigstes Wirtschaftsproblem von Georgien sah die Kommission das niedrige Wachstum des BIP an. 2013 verzeichnete die georgische Ökonomie im Vergleich zu 6,1% im Vorjahr eine Abnahme auf 3,1%. Das Wachstum des Budgetdefizits auf 2,8% des BIP war ebenfalls ein wichtiges Problem, das 2013 die georgische Wirtschaftsentwicklung schädigte. Diese Tatsachen, bedingt durch die innenpolitische Situation, benötigten die Aufmerksamkeit der EU (EC 2014, Georgia, S. 12).

Im “Progress Report 2013 - Armenien” wurde die durchgeführte Arbeit im Bereich der Armutsbekämpfung beurteilt und betont, dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere in kleinen Gemeinden, 2013 auf 10% gestiegen ist (2012 lag sie bei 8%). Die Kommission betonte, dass die absolute Armut, insbesondere in den ländlichen Regionen, immer noch sehr hoch ist. Um die Situation zu verbessern, wurde vorgeschlagen, neue soziale Dienstleistungssysteme zu entwickeln und das Ministerium für territoriale Verwaltung aktiver zu fördern (EC 2014, Armenia, S. 12).

In Bezug auf die Armutsbekämpfung war laut dem Bericht von 2013 die Situation in Georgien im Vergleich zu Armenien deutlich schlechter. Die Zahl der Arbeitslosen blieb trotz der EU-Unterstützung auf 16,7% der Gesamtbevölkerung, obwohl 40% der Arbeitslosen einen Hochschulabschluss besitzen und 50% die Sekundarschule abgeschlossen haben. Problematisch bleibt die Situation vor allem bei den arbeitslosen Frauen. Und dies trotz der aktiven finanziellen und technischen Unterstützung der EU im Bereich der Armutsbekämpfung. Der Bereich soll nach der EU-Kommission noch intensiver unterstützt werden, da die Arbeitslosigkeit als ein äußerst wichtiges Problem der georgischen Wirtschaft angesehen wird (EC 2014, Armenia, S. 13 f.).

Im Bereich der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung von Armenien wurde die Umsetzung einer Strategie für nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft als Fortschritt betrachtet. Diese wurde durch die finanzielle und technische Unterstützung der EU erarbeitet und später in alle Regionen Armeniens implementiert. Weitere Unterstützung der EU in diesem Bereich wurde ab 2014 im Rahmen der ENPARD geleistet (EC 2014, Armenia, S. 12). In diesem Bereich beurteilt der Fortschrittsbericht die Ergebnisse durchgeführter Arbeit in Georgien generell positiv. Als wichtigste Herausforderung, bei der die EU die georgische Regierung aktiv unterstützen soll, werden die weitere Modernisierung der Landwirtschaft und das Wachstum der landwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Georgiens durch die Implementierung von Innovationen genannt (a.a.O. S. 14).

Die Kommission betonte auch, dass es der EU durch die sektoralen Programme wie ENPARD gelungen ist, eine wesentliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation in beiden Ländern zu schaffen. Die absolute Armut wurde durch diese Programme in den ländlichen Gebieten reduziert, die Produktivität der kleinen Unternehmen (Bauern) gesteigert und die Qualität der landwirtschaftlichen Produktion an die europäischen Standards angenähert. Die EU-Politik trägt auch wesentlich zur besseren Kommunikation zwischen kleinen Unternehmen bei, unterstützt die Bauern und Unternehmen mit landwirtschaftlicher Technik und verbessert die Qualität von staatlichen Behörden, die für die Landwirtschaft zuständig sind.⁷²

Im Bereich des Auf- und Ausbaus von Infrastruktur wurden in den letzten Jahren laut dem "Progress Report" in Armenien bedeutsame Fortschritte gemacht. Es wurden über 200 Kilometer an Autobahnen, Straßen und

⁷² Delegation of the European Union to Georgia (2014): Agriculture and Rural Development. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/overview/agriculture_and_rural_development/index_ka.htm abgerufen am 16.06.2016

Bahnlinien modernisiert oder neu gebaut. Zusammen mit der Europäischen Bank für Entwicklung hat die EU die armenische Regierung mit mehreren Millionen Euro unterstützt, die zur Durchführung von Infrastrukturprojekten verwendet wurden (EC 2014, Armenia, S. 19). Die Beurteilung der Infrastrukturentwicklung in Georgien ist nach dem Bericht ebenfalls sehr positiv. Durch die Unterstützung der EU wurden langfristige Strategien zur Entwicklung von Infrastruktur verabschiedet. Die EU-Entwicklungspolitik hat auch einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der georgischen Bahnlinien, zum Aufbau ländlicher Irrigationssysteme, zur Verbesserung dörflicher Straßen und zur Entwicklung von IT-Kommunikationssystemen (insbesondere in den ländlichen Regionen) geleistet. Das alles hat die Infrastruktur von Georgien deutlich verbessert und die Grundlage zur weiteren Wirtschaftsentwicklung geschaffen (EC 2014, Georgia, S. 18 f.).

Sozio-kulturelle Dimension: In den letzten veröffentlichten Berichten der EU-Kommission beurteilte diese auch (wie in den anderen Größenordnungen) die Ergebnisse der in Georgien und Armenien durchgeführten Arbeit in sozio-kultureller Hinsicht. Im Unterschied zur politischen und wirtschaftlichen Dimension bieten diese Berichte aber wesentlich weniger Informationen. Die Dokumente umfassen trotzdem nicht nur die Beurteilung der schon gemachten entwicklungspolitischen Arbeit in dieser Größenordnung, sondern auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Entwicklungspolitik sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene.

Die Entwicklung in diesem Bereich, vor allem des Ausbildungssystems und der kulturellen Dimension, wurde in Armenien von der EU-Kommission grundsätzlich positiv beurteilt. Es wurde betont, dass infolge der Unterstützung durch die EU wichtige Reformen in beiden Bereichen erreicht werden konnten. So wurde durch die Beratung und Förderung der EU im Juni 2011 das staatliche Programm zur Entwicklung des Bildungssystems verabschiedet. Dieses Programm ermöglichte die erfolgreichen Reformen des Ausbildungssystems sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene. So wurde 2011 das neue Gesetz zur Schulbildung ins Leben gerufen, welches den Besuch der Grundschule für mindestens 12 Jahre für alle Schüler verbindlich vorschreibt. Positive Entwicklungen gab es in diesem Bereich bei der Umsetzung der Hochschulreformen. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Entwicklung des nationalen Qualifikationsrahmens, was durch die EU-Förderungsprojekte möglich geworden ist. Wichtige Schritte wurden bei der Entwicklung von besseren Mechanismen zur Ausbildungsförderung für Studierende und zur Hochschulfinanzierung gemacht (EC 2014, Armenia, S. 18 ff.).

Im Rahmen des „Kulturprogrammes der östlichen Partnerschaft“ wurden nach der EU-Kommission 15 regionale Projekte in Armenien unterstützt und erfolgreich abgeschlossen. Durch die Projekte gelang es, die Kapazitäten und die Rolle des Kultursektors zu stärken und dessen Weiterentwicklung sowie die regionale Zusammenarbeit zu verbessern. Durch diese und weitere Aktionen gelang es der Europäischen Gemeinschaft, das kulturelle und soziale Leben des Staates positiv zu beeinflussen und eine gute Basis für dessen Entwicklung zu schaffen (a.a.O.).

In den Berichten für Georgien wird die durchgeführte Arbeit in sozio-kultureller Hinsicht ebenfalls eindeutig positiv beurteilt. Die EU-Kommission äußert in ihrem letzten Bericht für Georgien die Meinung, dass trotz einiger Probleme im Bereich des Ausbildungssystems und der kulturellen Entwicklung durch die Fördermaßnahmen der EU viele positive Schritte gemacht werden konnten. Probleme gab es vor allem im Ausbildungssystem, wo die Entpolitisierung der Hochschulen nicht vollständig gelungen ist (EC 2014, Georgia, S. 20).

Georgien nahm auch aktiv an den EU-Programmen wie Tempus und Erasmus Mundus teil. Das Interesse der georgischen Hochschulen am Tempus-Programm ist vor allem in den ländlichen Regionen in den letzten Jahren deutlich größer geworden. Seit 2008 wurden in Georgien 48 Tempus-Projekte durchgeführt. 2013 wurden weitere 19 erarbeitet und gefördert. 2013 erhielten die Studenten und Mitarbeiter der georgischen Hochschulen 264 Stipendien. Die Stipendien gaben den Empfängern die Möglichkeit, an europäischen Hochschulinstitutionen zu studieren. Diese Programme haben wie auch viele andere nach Meinung der Kommission eindeutig positiven Einfluss auf das Hochschulsystem von Georgien gehabt (EC 2014, Georgia, S. 20).

Die EU hat laut der Kommission auch im kulturellen Bereich erfolgreich mit Georgien zusammengearbeitet. Die Arbeit umfasste verschiedene Instrumente sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene und war auch effektiv. Die neue Regierung und das Kultusministerium engagierten sich aktiv “to preserving the authenticity of Georgian cultural heritage in line with the UNESCO standards” (EC 2014, Georgia, S. 21). Dieses Bestreben wurde von der EU insbesondere nach dem Besuch von Androulla Vassiliou, der EU-Kommissarin für kulturelle Entwicklung, anlässlich der ersten Ostpartnerschaft-Minister-Konferenz für Kultur in Georgien unterstützt. Auf der Konferenz haben die teilnehmenden Minister und die Vertreter der EU-Delegationen die sogenannte „Tbilisser Deklaration“ verabschiedet. In der Deklaration wird die bisherige Zusammenarbeit im kulturellen Umfeld als sehr positiv beurteilt und

es wird noch mehr aktive Kooperation in diesem Bereich gefordert. Kultur wird darin als “a driver of growth and stability in the region” angesehen (a.a.O. S. 21).

Ökologische Dimension: Im Unterschied zu den anderen Größenordnungen wurde die ökologische Dimension und die Beurteilung in der EU-Aktivität in diesem Bereich in den “Progress Reports” der EU für Georgien und Armenien von 2013 (sowie in denen der voran gegangenen fünf Jahre), kaum betrachtet. In den Dokumenten wurde die ökologische Größenordnung nur in Kapitel sechs “Transport, Energy, Environment, Information Society” angesprochen und dies auch nur in wenigen Sätzen.⁷³ Als Erklärung dafür gilt einerseits die Tatsache, dass die Ziele der ökologischen Projekte langfristigen Charakter haben, andererseits wurde in diesem Bereich im Vergleich zu den anderen Dimensionen nur wenig gemacht.

In dem Bericht für Georgien wurden die neuen EU-Klimaschutzprojekte, die 2013 ins Leben gerufen wurden und die der georgischen Regierung ein weiteres Spektrum an Unterstützungsinstrumenten und Maßnahmen bieten, positiv beurteilt. Durch diese Projekte wurde nach der EU-Kommission eine wirksame Strategie zum Umweltschutz erarbeitet und es wurden wichtige Schritte zu deren Implementierung gemacht. Die Verbesserung der Situation benötigt jedoch langjährige, sowie nachhaltige Förderung vonseiten der EU und noch mehr aktive Zusammenarbeit mit der georgischen Regierung und lokalen NGOs. Daher ist es nach der Kommission noch nicht möglich, über den eindeutigen Erfolg der Projekte zu berichten (EC 2014, Georgia, S. 19).

In den georgischen Regionen und vor allem in Samzke-Dschawakhetien wurde nach den Progress-Berichten der EU (siehe EC 2014, Georgia, S. 19) die ökologische Situation verbessert. Grund dafür waren einerseits die EU-Programme, die auf staatlicher Ebene die strukturellen und rechtlichen Grundlagen zum Klima- und Naturschutz verbessert haben, andererseits aber auch die konkreten Projekte der EU in den ländlichen Regionen, insbesondere in den Bereichen Wassermanagement und Abfallwirtschaft. Die weitere Unterstützung und Förderung der ökologischen Projekte wird laut der EU-Kommission die Situation in dieser Größenordnung in den georgischen Regionen weiter verbessern.

⁷³ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. S. 18. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016 Siehe auch EC (2014): Implementation of the European Neighbourhood Policy in Georgia Progress in 2013 and recommendations for action. S. 19. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf Abgerufen am 16.06.2016

Der letzte Bericht von Armenien (siehe EC 2014, Armenia, S. 18) sieht die Situation dort mit größerer Skepsis an. Wie in Georgien beurteilt die Kommission die eigenen Projekte insbesondere beim Klimaschutz, die 2013 begonnen wurden, ebenfalls eindeutig positiv. Die Projekte leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Wasser- und Abfallmanagements, zum Schutz der Natur (vor allem der Wälder) und der Biodiversität sowie zur Erarbeitung besserer Strategien zur nachhaltigen ökologischen Entwicklung. In Bezug auf die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen gelangen durch die EU-Förderung die wichtigsten Veränderungen. Armenien nahm darüber hinaus an der Osteuropa-, Kaukasus- und Zentralasienkomponente der EU-Wasserinitiative teil, sowie an allen regionalen Projekten bezüglich grenzüberschreitenden Wassermanagements, was positiven Einfluss auf die ökologische Situation, vor allem im ländlichen Raum, hatte.

In Armenien sind nach der EU-Kommission wesentliche Probleme in der ökologischen Dimension ungelöst geblieben, insbesondere bei der Zusammenarbeit mit der armenischen Regierung und bei der Implementierung der Naturschutzstrategien sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene. In dem entsprechenden Bericht wurde betont: *“With regard to governance of the environment, no progress was made. There were no significant developments concerning legislation to prevent deterioration of the environment”* (a.a.O. S. 18). Da die nachhaltige ökologische Entwicklung des Landes die Lösung zurzeit existierender Probleme benötigt, wurde von der Kommission vorgeschlagen, auf den Aspekt der Zusammenarbeit mehr Wert zu legen und das Land noch aktiver zu unterstützen.

Zusammenfassend sind die Fortschrittsberichte für Armenien und Georgien (2008-2013) in allen Bereichen generell positiv und belegen eine allmähliche Verbesserung der Situation. Die Kommission äußert die Meinung, dass durch eigene Entwicklungspolitik eine wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Entwicklung in Georgien und Armenien (sowie in den ländlichen Regionen dieser Staaten) erreicht werden konnte. Trotz bestimmter Probleme wird der Einfluss eigener Politik also von der EU durchaus positiv beurteilt.

IV.4 Zusammenfassung

Als Transportkorridor für Energieressourcen und Rohstoffquelle sowie aus sicherheitspolitischen Gründen hat der Südkaukasus große Bedeutung für die internationalen Akteure. Deswegen führen sie eine bestimmte Politik in der Region durch und versuchen eigene geostrategische Interessen durchzusetzen. Dabei spielen regionale Akteure wie Russland, die Türkei und der Iran und

internationale Akteure wie die USA eine zentrale Rolle in der Region. In diesem Zusammenhang ist auch die Europäische Gemeinschaft keine Ausnahme. Hinter der jahrelangen Entwicklungspolitik sind die klaren wirtschaftlichen sowie politischen Ziele der Union sichtbar. Die Einbeziehung der südkaukasischen Staaten in die Europäische Nachbarschaftspolitik 2004 und in die 2009 gegründete Östliche Partnerschaft der EU zeigt, das Interesse einiger EU-Mitgliedsstaaten, auf die Transformation der drei Länder Einfluss nehmen zu wollen.

Wichtig ist auch zu betonen, dass die EU schon mehr als zwanzig Jahre die Entwicklungspolitik auf regionaler Ebene in Armenien und Georgien durchführt. Die EU setzte sich das Ziel, in der Zusammenarbeit mit den lokalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen die wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Lage der Regionen zu verbessern. Meistens fördert sie konkrete Projekte und Programme sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene und versucht, durch die finanzielle und technische Unterstützung eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Um die Fortschritte sowie Misserfolge bei der Durchführung der entwicklungspolitischen Arbeit zu messen, wurden von der EU-Kommission in den letzten sechs Jahren die Fortschrittsberichte für Georgien und Armenien jährlich veröffentlicht.

Die Fortschrittsberichte für Armenien und Georgien (2008-2013, sowie alle Weiteren) sind dabei in allen Bereichen generell positiv und belegen eine Verbesserung der Situation. Die Kommission ist der Ansicht, dass durch eigene Entwicklungspolitik eine wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Entwicklung in Georgien und Armenien erreicht werden konnte.

Im Rahmen bilateraler Beziehungen hat die EU für Georgien und Armenien mehrere Millionen Euro als Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. Durch die Nachbarschaftspolitik, die Östliche Partnerschaft und Hunderte Einzelprojekte hat Europa versucht, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Trotz dieser Tatsache ist aber nicht klar, ob die umfassende europäische Entwicklungshilfe tatsächlich den beabsichtigten Adressaten zugutegekommen ist. Um über die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik zu reden, ist es also notwendig zu überprüfen, ob durch die Politik, die kontextgerechten ökonomischen Möglichkeiten, standortgerechte nachhaltige Ressourcennutzungstechniken, nachhaltige Ressourcennutzung, Dezentralisierung staatlicher Organe, eine lokal verankerte Zivilgesellschaft etc. geschaffen werden konnte. Die in den weiteren Kapiteln durchgeführte empirische und theoretische Analyse der EU-Entwicklungspolitik in den Regionen soll zeigen, wie sich die Situation in der Realität darstellt und warum die Politik nicht wirksam war.

V. Regionale Entwicklung – Empirische Untersuchung

V.1 EU-Politik der regionalen Entwicklung in Armenien und Georgien

Es wurde bereits erwähnt, dass nach dem multidimensionalen Ansatz eine nachhaltige Entwicklung in den Zielländern durch die Entwicklungspolitik nicht möglich ist, ohne kontextgerechte ökonomische Möglichkeiten, ökonomische Dienstleistungssysteme, standortgerechte nachhaltige Ressourcennutzungstechniken, nachhaltige Ressourcennutzung, dezentralisierte staatliche Organe und eine lokal verankerte Zivilgesellschaft zu schaffen (siehe Kapitel II.). Demzufolge soll die regionale Ebene für jede Entwicklungspolitik im Mittelpunkt stehen, weil nur auf dieser Ebene die oben genannten Faktoren geschaffen werden können (FIEGE/RAUCH 2012, S. 51 ff.).

Diese Meinung wurde nicht nur von dem multidimensionalen Ansatz oder einfacher Logik unterstützt, sondern selbst von der Europäischen Union. Bereits nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Entwicklung ländlicher Regionen in den Nachbarländern als Hauptpriorität der EU-Entwicklungspolitik genannt. In diesem Zusammenhang wurde der wichtigste Schritt am 22. November 2005 gemacht. An diesem Tag hat der Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission eine gemeinsame Erklärung „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ verabschiedet. Der europäische Konsens umreißt die Zielsetzungen und Grundsätze der Entwicklungspolitik der EU. Wichtig war aber auch, dass in diesem Dokument die Entwicklung der ländlichen Regionen in den Zielländern als vorrangige Priorität der EU-Entwicklungszusammenarbeit genannt wurde (NUSCHLER 2005, S. 527).

Bereits 2005 war also für die EU klar, dass die Unterentwicklung bestimmter Regionen in den Nachbarländern nicht mehr ignoriert werden konnte und dass eine wirksame Strategie für die Entwicklung dieser Gebiete nötig war. Demzufolge begann die EU, diesen Regionen verstärkt wirtschaftliche und humanitäre Hilfen zukommen zu lassen. „Regional development“ wurde zum wichtigsten Ziel der EU-Entwicklungspolitik in den Nachbarländern.⁷⁴ Unterentwickelte georgische und armenische Provinzen waren zu dieser Zeit keine Ausnahme. Schon seit mehr als zehn Jahren hatte die EU versucht, eine nachhaltige Entwicklung in diesen ländlichen Regionen zu erreichen. Dafür hatte die EU-Kommission Strategien erarbeitet und unterstützte die Entwicklungsprojekte sowohl auf lokaler als auch auf staatlicher Ebene.

⁷⁴ EC (2014): Georgia, Priority areas. Auf: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country--operation/georgia/georgia_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Auswahl der Regionen - In Georgien und Armenien wurden in den letzten Jahren mehrere Projekte mit Unterstützung der EU gestaltet und Hunderte Millionen Euro ausgegeben, um sie zu entwickeln. Laut der EU-Kommission hat aber die Europäische Union keine Prioritätsregionen in den Nachbarländern und es wurde angeblich versucht, alle Provinzen der Länder gleichmäßig und gleichzeitig zu entwickeln. Diese Meinung wurde mehrmals von unterschiedlichen EU-Angestellten in Interviews oder öffentlichen Reden geäußert. Um die Wirksamkeit dieser Projekte in den Regionen auszuwerten, ist es aber nötig, in einem ersten Schritt zwei besonders relevante Beispiele auszusuchen. Da die EU keiner Region Priorität gibt, werden im Weiteren die zwei Regionen ausgewählt, die, wie schon erwähnt, im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand ähnliche Grundbedingungen in allen vier Dimensionen des menschlichen Lebens (politisch, gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch) haben.

Die Regionen sollen weitere Voraussetzungen erfüllen:

1. Sie müssen ein ähnliches politisch-administratives System und eine eigene lokale Regierung haben (am besten sollen sie auch den Wunsch haben, ein demokratisches Regierungssystem zu entwickeln).
2. Die ökonomische Lage in den Regionen soll vergleichbar schwierig sein, mit dem gleichen Niveau der industriellen und der infrastrukturellen Entwicklung. Die Mehrheit der Bevölkerung soll ein ähnliches Einkommensniveau haben und in einem bestimmten Wirtschaftssektor arbeiten
3. Die sozial-kulturelle Situation muss möglichst ähnlich sein, mit denselben sozialen Strukturen und Traditionen, sowie derselben Religion und Kultur (am besten sollen die beiden Regionen mit den gleichen ethnischen Bevölkerungsgruppen bewohnt sein).
4. Die Regionen sollen sich in derselben naturräumlichen und geographischen Region der Welt befinden, damit sich auch die ökologische Situation ähnlich darstellt (Vergleichbarkeit von Natur, Klima und ähnlichen ökologischen Gegebenheiten). All diese Kriterien scheinen die zwei Regionen Lori (Armenien) und Samzkhe-Dschawachetien (Georgien) gut zu erfüllen.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es dementsprechend, anhand der Fallstudien in der Samzkhe-Dschawachetien und der Lori-Region die EU-Entwicklungspolitik zu untersuchen. Mithilfe empirisch-analytischer Datenanalyse von Sekundärquellen sowie Feldbegehungen, Beobachtungen,

Interviews und Befragungen⁷⁵ wurde versucht festzustellen, inwieweit die bisherige EU-Entwicklungspolitik in beiden Regionen den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes entspricht.

Auswahl der Projekte – Zur Auswertung der EU-Entwicklungspolitik wurden in dieser Arbeit nur besonders relevante Projekte analysiert. Zur empirischen Untersuchung werden die Entwicklungsprojekte nach folgenden Gesichtspunkten ausgewählt:

1. Sie sollten sich in ihrer Zielrichtung ähnlich sein, um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen.
2. Sie sollten nach der EU-Kategorisierung zur jeweiligen Sub-Priorität gehören und für ihre Durchführung sollten ähnliche Maßnahmen sowie finanzielle Mittel geleistet worden sein.
3. Es sollten möglichst umfassende Informationen über das Projekt erhältlich sein, um eine genaue Analyse zu ermöglichen (bei einigen Projekten gab es damit selbst bei grundlegenden Daten Probleme).
4. Das Projekt sollte relativ leicht und sicher zugänglich sein, um auch vor Ort Feldstudien durchführen und Beteiligte (insbesondere die betroffene Bevölkerung) interviewen zu können.

Zur empirischen Untersuchung wurden die Zielorte in den Regionen ausgewählt, die von den Projekten direkt besonders betroffen waren (in einem bestimmten Fall sollten sie betroffen sein, waren es dann aber gar nicht). Es wurde auch versucht, die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik sowohl in städtischen als auch in dörflichen Gemeinden in Lori und Samzke-Dschawakhetien zu untersuchen und festzustellen, ob in den verschiedenen Orten (innerhalb einer Region) der Einfluss der Entwicklungspolitik unterschiedlich war.

V.1.1 Armenien – Die Region Lori

Lori ist eine Provinz im Norden Armeniens. Sie ist flächenmäßig die drittgrößte Region des Landes und hinsichtlich der Bevölkerungszahl die zweitgrößte (nach der Hauptstadt Jerewan). Die Fläche beträgt 3.789 km² und in der Region leben

⁷⁵ Die Befragung der lokalen Bevölkerung wurde in vier (zwei ländlichen und zwei städtischen Gemeinden) besonders relevanten Zielorten (Lejan, Vanazor, Akhalkalaki und Gogasheni) durchgeführt. Die Orte waren von den unterschiedlichen Projekten der EU besonders betroffen.



Karte 1: Lori Provinz. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/ISO_3166-2:AM abgerufen am 10.06.2016

235.537 Menschen (nach dem Zensus 2011), davon ca. 84.500 in Städten und 151.037 in ländlichen Siedlungen. 96,1% der Bevölkerung sind Armenier und gehören der Armenisch-Gregorianischen Kirche an (97,3%).⁷⁶ In Lori wohnen auch andere ethnische Gruppen wie Kurden, Georgier und Russen. Deren Anteil an der Bevölkerungszahl und dementsprechend auch der Einfluss auf die politische, sozio-kulturelle und wirtschaftliche Situation ist jedoch sehr gering.

Die Provinz grenzt im Norden an Georgien (an die Provinz Samzhkhe-Dschawachetien), im Westen an die Provinz Schirak, im Süden an Aragazotn und Kotajk und im Osten an Tawusch.⁷⁷ Sie liegt am Übergang zwischen Kleinasien und dem sogenannten Transkaukasien, zwischen 38° 51' und 41° 16' nördlicher geographischer Breite sowie 43° 29' und 46° 37' östlicher geographischer Länge. Lori ist eine sehr ausgeprägte Gebirgsprovinz: 90% der Landesfläche liegen mehr als 1.000 Meter über dem Meeresspiegel, die mittlere Höhe beträgt sogar 1800 Meter. Der Tezh Berg (3101 m) ist der höchste Punkt

⁷⁶ National Statistical Service (NSS) of the Republic of Armenia (2013): Marzes of the Republic of Armenia in Figures, Ra Lori Marz. S. 233. Auf: http://www.armstat.am/file/article/marz_07_e_28.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁷⁷ Detaillierte Karte der Region siehe: Anhang I.

in der Region und der Unterlauf des Flusses Debed ist der niedrigste Ort von Lori (ca. 390 m). Die Provinz liegt in einem Faltengebirge. Hier erstrecken sich die über 3.000 Meter hohen Ausläufer des kleinen Kaukasus, der durch den Zusammenstoß der eurasischen Platte mit der arabischen Platte entstanden ist (NSS of the Republic of Armenia 2013, S. 235).

Unter den nachgewiesenen Bodenschätzen sind verschiedene Kupferoxide am wichtigsten, die als Nebenprodukt Molybdän, Eisen und Gold enthalten, außerdem Uran, verschiedene Halbmetalle, Schmucksteine und Gesteinsarten wie Tuff, Basalt, Marmor und andere. Diese bilden eine gute Basis für die Entwicklung der Industrie. Hinzu kommen Mineralquellen, deren Wasser für Heilzwecke und im Alltagsgebrauch Verwendung findet. Die Provinz liegt zwar in den Subtropen, doch ergibt sich durch die beträchtlichen Höhenunterschiede und die kleinteilige Landschaft ein unterschiedliches Lokalklima. Einerseits wirken die nahen Meere (Schwarzes und Kaspisches) ausgleichend, andererseits begünstigen die Hochgebirge der Umgebung extreme Schwankungen. Die hohen Gipfel des kleinen Kaukasus wirken starken Kälteeinbrüchen von Norden her entgegen. In den Tälern und Niederungen ist das Klima kontinental, wobei die Temperaturen im Sommer mittags meist über 30 °C liegen, in den Bergen ist es insgesamt etwas kühler. Im Allgemeinen ist das Klima relativ mild (NSS of the Republic of Armenia 2013, S. 234).

Die Provinz ist reich an verschiedenen Pflanzen und Tieren, es gibt eine Vielzahl endemischer Arten. Um das Jahr 1900 waren rund 25% der Fläche von Bäumen oder Sträuchern bedeckt, 1964 etwa 15%, 2005 nur noch 8 bis 10%. In Lori liegt die Baumgrenze bei 2400 Metern. In noch höheren Lagen ähnelt die Pflanzenwelt derjenigen der Alpen (KHOROZYAN et al. 2009, S. 37-46).

In Lori gibt es auch viele ungelöste ökologische Probleme, unter denen nicht nur die Natur, sondern auch die einfachen Bewohner der Region leiden. Dazu gehören die Luftverschmutzung, besonders im industriellen Umfeld, und die starke Verschmutzung der Flüsse. Die Trinkwasserversorgung ist zum größten Teil unzureichend und die Bevölkerung leidet unter dem mangelnden Wasserversorgungssystem. Viele Böden sind durch giftige Chemikalien kontaminiert und einige Bodenflächen können für die Landwirtschaft nicht mehr genutzt werden. In der Provinz fehlt eine übergreifende Landnutzungsplanung, die Naturschutzgebiete von landwirtschaftlichen und industriellen Flächen trennt, was zuständigen Konflikten zwischen der Bevölkerung und Naturschutzorganisationen führt. Waldgebiete werden großräumig für illegale Exporte

abgeholzt und in der Provinz existiert kein wirksames System zum Schutz des Waldes.⁷⁸

Die führenden Wirtschaftszweige der Provinz sind die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie. In der Landwirtschaft ist die Produktion von Getreide-, Kartoffel-, Gemüse- und Tierhaltungsprodukten gut entwickelt. Sehr wichtig ist für die Region die verarbeitende Industrie. Diese entwickelt sich seit letzten fünf Jahren sehr dynamisch. Sein Anteil an der Gesamtwirtschaft der Republik Armenien ist fast 7%. Besonders entwickelt ist auch die Nahrungsmittelproduktion. Zur Güter- und Personenbeförderung wurde im zentralen Teil der Provinz eine Bahnlinie erbaut. (NSS of the Republic of Armenia 2013, S. 234).

In der Provinz gab es 2012 1169 Einzelhandelseinheiten, darunter 348 Geschäfte, 784 Kioske, vier Landwirtschaftsmärkte, vier Konsumgütermärkte und 29 andere Handelseinheiten. 2007 wurden in der Region auch 199 Unternehmen registriert. Laut offiziellen Behörden sind 118.000 Menschen in der Region in unterschiedlichen Bereichen tätig. Die Arbeitslosenzahl beträgt 16,3%. Die Mehrheit der Beschäftigten in der Provinz sind Bauern, welche ein eigenes Landstück bearbeiten. Das durchschnittliche Einkommen dieser Menschen beträgt offiziell 120 US-Dollar pro Monat. Laut Zensus von 2006 gab es in Lori 266 Ausbildungsorganisationen, darunter 168 staatliche Schulen, 56 Kindergärten, 24 Musik- und Kunstschulen, 12 staatliche und nichtstaatliche Fachhochschulen, sowie sechs staatliche und nichtstaatliche Universitäten (NSS of the Republic of Armenia 2013, S. 235).

Das Provinzzentrum ist die Stadt Vanadzor mit 105.200 Einwohnern, Stand Ende des Jahres 2006. Die Stadt befindet sich zwischen den Gebirgsketten von Pambak und Bazum in einer Höhe von 1350 Metern über dem Meeresspiegel nahe dem Zusammenfluss der Flüsse Tandzut und Pambak. Die Entfernung zur Hauptstadt Jerevan (oder Yerevan) beträgt Luftlinie 120 km, auf den Landsweg sind es 224 km. Die Flüsse Tandzut und Pambak fließen entlang der äußeren Stadtgrenzen. Vanadzor war in der Sowjetzeit eine Industriestadt mit wichtigem Chemieindustriekomplex. In der Stadt gab es auch viele kleine und mittlere technische Gewerbebetriebe. Heutzutage sind die meisten davon geschlossen oder werden nur noch teilweise genutzt. Dies spiegelt die Situation der gesamten Region wieder (NSS of the Republic of Armenia 2013, S. 234). Lori umfasst außerdem weitere Städte (Vanadzor, Spitak, Stepanavan, Alaverdi,

⁷⁸ EC (2007): Armenien – Europäische Gemeinschaft Länderstrategiepapier 2007-2013. S. 30. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_armenia_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

Tashir, Akhtala, Tumanyan, Shamlugh), 14 städtische Gemeinden und 105 Dörfer.⁷⁹

Die Provinz Lori ist eine politisch-administrative Einheit von Armenien. Armenien selbst wurde in zehn Regionen (*Marzer*) eingeteilt, wozu als elfte die Hauptstadt Jerewan kommt, die ebenfalls den Status einer Region hat (REUL 2006, S. 14). Schon seit der Gründung hat die Provinz eine eigene Regierung, die vom Gouverneur der Region geleitet wird. Der Gouverneur wird nicht gewählt, sondern von dem Präsidenten der Republik ernannt. Heutiger Gouverneur ist Artur Nalbandian, der im Jahr 2011 ernannt wurde. Die lokale Regierung funktioniert auch ohne eigenes Budget.⁸⁰

Die Funktion der Regionalverwaltung beschränkt sich seit der Gründung und bis heute auf die Umsetzung der regionalen Regierungspolitik in Jerewan und die staatliche Kontrolle in Form der Rechtsaufsicht. Fast alle Vertreter der Regionalregierung werden nicht gewählt, sondern vom Präsidenten der Republik ernannt. Die Regionalverwaltung ist damit absolut von der Zentralregierung abhängig, sowohl systematisch als auch personell. Sie bildet keine autonome Verwaltungseinheit. Die Kompetenzen zwischen der Lokal- und der Zentralverwaltung sind überlappend und beeinflussen sich wechselseitig. Es bestehen schon seit der Gründung der Region Unklarheiten bezüglich der Aufteilung und Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung in Jerewan und den Lokalregierungen. Eine doppelte bis dreifache Unterordnung der Exekutive beispielsweise stellt nicht nur eine bürokratische Hürde dar, sondern belastet vor allem die kleineren Gemeinden finanziell (Reul 2006, S. 15).

Die lokalen Gemeinden in der Provinz haben zumindest offiziell mehr Autonomie. Nach dem „Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung“ haben die Gemeinden einen Gemeinderat. Dieser wird direkt von der Bevölkerung der Gemeinde gewählt und besteht mindestens aus fünf Mitgliedern. Der Rat trifft bestimmte Entscheidungen, die das Leben in der Gemeinde beeinflussen können, aber ohne eigene Finanzen bleibt auch er unwirksam. Die äußerst geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen, die bisher jeweils unter 50 Prozent lag, weist auf ein schwaches kommunales Bewusstsein hin. Eine

⁷⁹ EuropeAid (2014): Waste Governance – European neighbourhood and partnership Instrument (ENPI) East. Lori Region. Auf: http://www.wastegovernance.org/armenia_eng.html abgerufen am 16.06.2016

⁸⁰ Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (2014): Armenien Landesstrategie 2012-2020. Entwicklungszusammenarbeit. S. 5. Auf: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Landesstrategie_Armenien_2012-2020_01.pdf abgerufen am 23.03.2016

Umfrage im Jahr 2005 stellte fest, dass nur 60% der Bevölkerung (außerhalb Jerewans) über die Tätigkeit ihrer kommunalen Vertreter informiert waren (REUL 2006, S. 15).

Laut dem österreichischen Auswärtigen Amt wurden in der Provinz in den letzten Jahren trotz der schon erwähnten Tatsachen beachtliche Fortschritten in Bezug auf Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte, Korruptionsbekämpfung etc. erzielt. Sowohl die lokale als auch die zentrale Regierung äußern den Wunsch, durch gezielte Kapazitätsentwicklung die positive Entwicklung in Bezug auf Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors weiter zu festigen (Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 2014, S. 4). Im Allgemeinen sind die offiziellen, sowohl armenischen als auch ausländischen Quellen der Meinung, dass in den letzten Jahren sehr viel gemacht wurde, um ein demokratisches System in der Region zu entwickeln.

Zusammenfassend ist Lori eine der größten und wichtigsten Provinzen in Armenien. Sie hat ein bestimmtes politisch-administratives System und eine eigene lokale Regierung. Diese äußert (zumindest offiziell) den Wunsch, ein demokratisches Verwaltungssystem zu entwickeln. Die ökonomische Lage in der Region ist dabei ziemlich schwer. Die in der Sowjetzeit gebaute Industrie und Infrastruktur existiert fast gar nicht mehr oder befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Der größte Teil der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig.

Die Bevölkerungszusammensetzung der Region in sozial-kultureller Hinsicht sieht ganz homogen aus. Die meisten Bewohner von Lori gehören zu einer ethnischen Gruppe der gleichen Religion an (wie bereits erwähnt sind 96,1% der Bevölkerung der Provinz sind Armenier und 97,3% gehören der Armenisch-Gregorianischen Kirche an). Die sozialen Strukturen, Tradition und Kultur sind in der Region konvergent.

Die Provinz befindet sich in einer einzigartigen klimatischen und geographischen Region der Welt, und die ökologische Situation ist in der Region schwierig. Nach der jahrelangen Nutzung der Natur für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke steht sie nun vor bedeutsamen Problemen. Z. B. hat sich in den letzten 40 Jahren die Waldfläche in der Region von 25% auf 6% dezimiert (KHOROZYAN/WEINBERG/MALKHASYAN 2009, S. 43). Die meisten ökologischen Probleme bleiben ungelöst. All diese Faktoren zeigen die Notwendigkeit die EU-Entwicklungspolitik in der Provinz zu untersuchen.



Foto 1, 2 & 3: Untersuchungsregion Lori, typische Landschaft (eigene Aufnahme 07.2015 - 09.2015)

V.1.2 Georgien – Die Region Samzkhe-Dschawachetien

Samzkhe-Dschawachetien ist eine der wichtigsten Provinzen von Georgien und liegt im Süden des Landes an der Grenze zur Türkei und Armenien. Sie ist flächenmäßig die viertgrößte Region des Landes und hinsichtlich der Bevölkerungszahl die Fünftgrößte. Die Fläche beträgt 6.412 km² und in der Region leben 208.888 Menschen (laut Zensus 2013). 55% der Bevölkerung sind Armenier und gehören der Armenisch-Gregorianischen Kirche an. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bilden die Georgier mit 43%, die christlich-orthodox sind.⁸¹

Die Provinz grenzt im Norden an die Provinzen Imeretien und Schida Kartlien, im Osten an die Provinz Kvemo Kartli, im Süden an Armenien (Lori Region) und die Türkei.⁸² Die Region liegt am Übergang zwischen Kleinasien und dem sogenannten Transkaukasien zwischen 41° 35' nördlicher geographischer Breite und 43° 16' östlicher geographischer Länge. Samzkhe-Jawakheti ist wie Lori auch eine sehr ausgeprägte Gebirgsprovinz – 80% der Regionsfläche liegen mehr als 1.000 Meter über dem Meeresspiegel, die mittlere Höhe beträgt fast 2700 Meter. Der Berg Abul ist mit 3301 Metern über dem Meeresspiegel der höchste Gipfel über dem Meeresspiegel in der Region. Der Unterlauf des Flusses Mtkvari ist mit ca. 801 Metern der niedrigste Ort von Samtskhe-Dschawachetien. Die Provinz liegt in dem gleichen Faltengebirge wie die Lori

⁸¹ Georgische Regierung (2013): Samtskhe-Dschawachetien, Pass. S. 3. Auf: http://www.government.gov.ge/old/files/53_74_736482_samckhe-javakheti.pdf abgerufen am 16.06.2016



Karte 2: Samzkhe-Dschawachetien. Quelle https://de.wikipedia.org/wiki/ISO_3166-2:GE abgerufen am 02.03.2016

Region. Hinsichtlich der morphologischen Eigenschaften kann die Region in zwei Teile aufgeteilt werden. Der erste Teil im Norden ist die Adjara-Trialetien Berg-Zone, der zweite im Süden wird von der vulkanischen Platten von Südgeorgien gebildet (Georgische Regierung 2013, S. 4).

Unter den nachgewiesenen Bodenschätzen sind Gold und Kupferoxide am wichtigsten in Samzkhe-Dschawachetien. In der Region findet man auch Eisen und Uran sowie verschiedene Metalle, Schmucksteine und Gesteinsarten wie Andesiten, Basalt und andere. Die Provinz ist für seine Mineralquellen bekannt, deren Wasser für Heilzwecke sowie im Alltagsgebrauch Verwendung findet.⁸³

Samzkhe-Dschawachetien besteht aus zwei klimatischen Zonen. Erstens aus der sogenannten Samtskhe-Zone mit trockenem, subtropischem Hochlandklima, langen schneereichen Wintern und warmen Sommern. Zweitens aus der Jawakhetie-Zone mit dominant mäßig trockenem Klima, kalten Wintern und kühlen Sommern. Wie in der Lori-Provinz wirken auch in Samzkhe-Dschawachetien die hohen Gipfel des kleinen Kaukasus starken Kälteeinbrüchen entgegen. Insgesamt ist es im Sommer mittags meist über 30 °C heiß, in den Bergen etwas kühler. Im Allgemeinen ist das Klima mild. Der jährliche Durchschnitt der Niederschläge beträgt 498 mm und maximal 1.822 mm (in

⁸² Detaillierte Karte siehe: Anhang II.

⁸³ Samtskhe-Jawakheti Regionalverwaltung (2014): Regionale Wirtschaft. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo> abgerufen am 16.06.2016

Khertvisi). In der Region fließen mehrere Flüsse, die die wichtigsten Wasserarterien in Georgien bilden. Außer den Flüssen Mtkvari mit einer Länge von 170 km in der Provinz und dem Focxveri mit 70 km befinden sich in der Region noch über 80 kleine und große Seen (Georgische Regierung 2013, Samzkhe-Dschawachetien Pass, S. 4).

Die Provinz hat dank unterschiedlicher Klimazonen eine hohe Artenvielfalt. Der World Wide Fund For Nature (WWF) zählt Samzkhe-Dschawachetien zu den 238 wichtigsten Ökoregionen der Erde. 15% der Provinz sind mit Wald bedeckt, 5% davon sind Urwald. 40% der Wälder sind in ihrer ursprünglichen Struktur erhalten geblieben. In den niederen Berggebieten wachsen vor allem Laubwald (Eichen, Buchen), in den höheren Lagen Nadelhölzer (Fichten und Tannen, darunter die Nordmanntanne). Oberhalb der Baumgrenze breiten sich subalpine und alpine Wiesen aus. Die Provinz zählt ca. 2100 Pflanzenarten. Davon sind etwa 500 endemisch und 1.000 findet man nur im Kaukasus. Nach einer Zählung des WWF sind in Samzkhe-Dschawachetien allein rund 150 Baum- und Straucharten zu Hause. 41 davon sind endemisch 25 Arten gelten als weltweit bedroht und wurden in die Rote Liste aufgenommen.⁸⁴

Ähnlich wie in der Lori-Region gibt es auch in Samzkhe-Dschawachetien viele ungelöste ökologische Probleme. Dazu gehört die Luftverschmutzung, besonders im industriellen Umfeld von Akhalzikhe und die starke Verschmutzung des Flusses Mtkvari. Die Trinkwasserversorgung ist in dieser Region unzureichend. Viele Böden sind auch hier durch giftige Chemikalien kontaminiert. Es fehlt eine übergreifende Landnutzungsplanung, die Naturschutzgebiete von landwirtschaftlichen und industriellen Nutzflächen trennt. Waldgebiete werden großräumig für illegale Exporte in die Türkei abgeholzt. Hier liegt aber das größte staatliche Naturschutzgebiet des Borjomi-Charagauli-Nationalparks im kleinen Kaukasus (76.000 Hektar). Er wurde mit Hilfe der EU sowie des World Wide Fund for Nature errichtet und 2001 eröffnet. Er ist eines der größten zusammenhängenden Naturschutzgebiete in Asien.⁸⁵

Die führenden Wirtschaftszweige der Provinz sind die Landwirtschaft und der Tourismus. 49% der erwirtschafteten Güter in der Provinz kommen aus dem Agrarsektor. Der Schwerpunkt liegt auf der Produktion von Getreide-, Kartoffel-, Gemüse- und Tierhaltungsprodukten. Laut der Landesregierung sind die Landwirtschaft und der Tourismus die Haupteinnahmequellen der Provinz.

⁸⁴ SHETEKARI, SHAMIL (2013): Borjomi-Javakheti. Auf: http://www.endemic-species-caucasus.info/?page_id=45 abgerufen am 16.06.2016

⁸⁵ CHIKHLADZE, GIGA (2005): Borjomi – Big Business and Nature. Auf: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=4661> abgerufen am 16.06.2016

Die Industrie ist nur wenig entwickelt und konzentriert sich nur auf den Bergbau (ca. 14% der Provinzwirtschaft). Zur Entwicklung der Landwirtschaft, des Tourismus und der Industrie wurden in den letzten Jahren mehrere Straßen und Autobahnen gebaut, deren Gesamtlänge heute 1340 km beträgt. Im Jahr 2010 sah der Anteil der Hauptzweige der Region an der Gesamtwirtschaft von Georgien folgendermaßen aus: Industrie 4,2%, Landwirtschaft 14,5%, Bau 4,0%, Handel und Dienstleistungen 3,1% (Samzkhe-Dschawachetien Regionalverwaltung 2014, Wirtschaft und Infrastruktur).

In der Provinz gab es 2009 992 Einzelhandelseinheiten, darunter 320 Geschäfte, 615 Kioske, drei Landwirtschaftsmärkte, fünf Konsumgütermärkte und 49 andere Handelseinheiten. In Samzkhe-Dschawakhetien waren 194 große und kleine Unternehmen ansässig. Laut offiziellen Angaben sind 110.400 Menschen in der Region in unterschiedlichen Bereichen tätig und 15.100 sind arbeitslos. Die Mehrheit der Beschäftigten sind Bauern, die ein eigenes Landstück bearbeiten. 2009 wurden in Samtskhe-Dschawachetien 207 Ausbildungsorganisationen, darunter 153 staatliche Schulen, 37 Kindergärten, sieben Musik- und Kunstschulen, fünf staatliche und nichtstaatlichen Fachhochschulen sowie fünf staatliche und private Universitäten gezählt (Georgische Regierung 2013, S. 16).

Das Provinzzentrum ist die Stadt Akhalzikhe mit 20.600 Einwohnern Ende des Jahres 2009. Die Stadt befindet sich im nordwestlichen Teil der Provinz und liegt in 1029 Metern Höhe am Fluss Pozchowi. Die Entfernung zur Hauptstadt Tbilisi beträgt 190 km. In der Stadt gibt es heute 62 kleine und mittlere Unternehmen. Die wirtschaftliche Situation sowohl von Akhalzikhe als auch von der ganzen Provinz wurde nach der Sowjetzeit deutlich schlechter. Viele Unternehmen sind inzwischen geschlossen und die Bevölkerung war gezwungen, diesen Industriesektor zu verlassen und in der Landwirtschaft zu arbeiten (CHIKHLADZE 2005, S. 2). Samzkhe-Dschawakhetien umfasst außer Akhalzikhe noch vier weitere großen Städte (Akhalkalaki, Borjomi, Wele, Nino-Cminda), sieben städtische Gemeinden und 258 Dörfer (Georgische Regierung 2013, S. 5).

Die politische Situation in Samzkhe-Dschawakhetien ist der der Lori-Provinz in Armenien sehr ähnlich. Die Region ist eine politisch-administrative Einheit von Georgien. Georgien selbst besteht aus elf Regionen (Mxare), wozu als zwölfte die Hauptstadt Tbilisi kommt, die ebenfalls den Status einer Region hat. Die Region wurde 1995 aus sechs ehemaligen sowjetischen Landkreisen gebildet. Schon seit der Gründung hat die Provinz eine eigene Regierung, die vom Gouverneur der Region geleitet wird. Der Gouverneur wird nicht gewählt, sondern von der Regierung der Republik ernannt. Heutiger Gouverneur ist

Akaki Machutadze, der im Jahr 2013 im Amt bestätigt wurde. Fast alle Vertreter der Regionalregierung werden nicht gewählt, sondern von der Zentralregierung ernannt. Die Funktionen der Regionalverwaltung beschränken sich auf die Umsetzung der regionalen Politik der Regierung in Tbilisi und die staatliche Kontrolle in Form der Rechtsaufsicht. Die Regionalverwaltung ist damit absolut von der Zentralregierung abhängig, sowohl systematisch als auch personell. Sie bildet keine autonome Verwaltungseinheit. Die lokale Regierung wird ebenfalls von der Zentralregierung finanziert und verfügt über kein eigenes Budget.⁸⁶ Die Kompetenzen zwischen den lokalen- und der Zentralverwaltung sind überlappend und beeinflussen sich wechselseitig. Außerdem bestehen hier ebenso wie in Lori schon seit der Gründung der Region die gleichen Unklarheiten bezüglich der Aufteilung und Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung in Tbilisi und den Lokalregierungen.

Die lokalen Gemeinden haben in Samzkhe-Dschawachetien offiziell mehr Autonomie als jene in Lori. Nach der georgischen Verfassung und dem Gesetz zur Selbstverwaltung von 2008 haben die Gemeinden einen Gemeinderat (Sakrebulo) und die Städte einen Stadtrat. Diese werden direkt von der Bevölkerung der Gemeinde gewählt. Der Gemeinderat darf bestimmte Entscheidungen über die Infrastruktur, Ausbildung und Wirtschaft der Gemeinde treffen und hat damit Einfluss auf das politische, wirtschaftliche und soziale Leben im eigenen Bezirk. Sakrebulo hat auch ein eigenes Budget. Das Budget wird offiziell unabhängig von der Zentralregierung erarbeitet und durchgesetzt.⁸⁷ In der Realität sieht die Situation jedoch anders aus. Das Budget der Provinzen soll in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium von Georgien erarbeitet werden. Der Gouverneur hat das Recht, sie zu kontrollieren und bislang wurde ohne Zustimmung der Zentralregierung kein einziges Budget angenommen. Die Sakrebulos bleiben in diesem und allen anderen Prozessen völlig von der Zentralregierung abhängig. Die Großstädte in der Region haben auch einen eigenen Bürgermeister, der vom Stadtrat gewählt wird. Trotz einer gewissen Autonomie bleiben die Bürgermeister aber von den Provinzgouverneuren abhängig (Samzkhe-Dschawachetien Regionalverwaltung 2014).

Trotz der fehlenden Autonomie wurde sowohl von Tbilisi als auch von der Regionalregierung mehrmals der Wunsch geäußert, ein demokratisches System

⁸⁶ Samtskhe-Javakheti Regionalverwaltung (2014): Die Region. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo> abgerufen am 16.06.2016

⁸⁷ Georgische Regierung (2008): Das Gesetz über das Budget der Lokalverwaltungen. S. 2-11. Tbilisi.

aufzubauen. Dies wurde auch durch Angaben unterschiedlicher internationaler staatlicher (selbst von der EU) und nichtstaatlicher Organisationen belegt. Laut der Organisationen wurden sowohl in Georgien als auch explizit in Samzke-Dschawakhetien in den letzten Jahren positive Fortschritten in den Bereichen Menschenrechtsschutz, Dezentralisierung und Minderheitsrechte gemacht.⁸⁸ Es wurden viele Projekte mit Unterstützung der EU sowie anderen Partnerorganisationen ins Leben gerufen, um die Demokratie in der Region zu festigen. Es ist aber bis heute nicht klar, ob diese Projekte wirksam waren und ihr Ziel erreicht haben.

Wir haben gesehen, dass die Situation in allen vier Größenordnungen sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien sehr ähnlich aussieht: Beide Regionen haben stabile politische Situation, eine eigene lokale Regierung und eine ähnliche politisch-administrative Verteilung. Sie äußern beide den Wunsch, ein demokratisches Regierungssystem zu entwickeln. Allerdings ist die ökonomische Lage in den Regionen ähnlich schwer. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und den Bürgerkriegen wurden in beiden Ländern die Industrie und Infrastruktur weitgehend zerstört. Die Mehrheit der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt und hat sehr niedrige Einkommen.

Die sozial-kulturelle Situation ist in Samtskhe-Dschawakhetien und der Lori-Region ähnlich. Da die Mehrheit der Bevölkerung in den Regionen armenischer Herkunft ist, sehen die sozialen Strukturen, die Religion, Tradition und Kultur similär aus. Ökologisch gesehen haben die Nachbarregionen ebenfalls eine ähnliche Situation. Die Regionen liegen einander gegenüber an der Grenze zwischen Armenien und Georgien und haben sowohl die gleiche Natur und das gleiche Klima, als auch ähnliche ökologische Probleme.

Wichtig ist es auch zu betonen, dass die EU schon mehr als zwanzig Jahre die Entwicklungspolitik in beiden Regionen durchführt. Es wurden mehrere Projekte im Rahmen dieser Politik finanziert und Millionen Euro ausgegeben. Die EU setzte sich das Ziel, in der Zusammenarbeit mit den lokalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen die wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Lage der Regionen zu verbessern. Um zu überprüfen, wie effektiv diese Politik war, bzw. ist, ist es notwendig in einem weiteren Schritt die EU-Aktivitäten in den Regionen näher zu betrachten und festzustellen, wie die EU in Lori und Samzke-Dschawakhetien agiert hat und wie wirksam die EU-Entwicklungspolitik war.

⁸⁸ KUZMITS, BERNARD (2012): BTI 2012 Regionalbericht. Postsowjetisches Eurasien. Auf: http://www.bti-project.de/uploads/tx_jdownloads/BTI_2012_Regionalbericht_PSE.pdf abgerufen am 16.06.2016



Foto 4, 5 & 6: Untersuchungsregion Samzkhe-Dschawakhetien, typische Landschaft (eigene Aufnahme 09.2015)

V.2. Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – politisch-institutionelle Dimension

Die Stärkung der demokratischen Institutionen, der Schutz der Menschenrechte und die allgemeine Demokratieförderung, also die gesamte Entwicklung der politisch-institutionellen Dimension war der wichtigste Prioritätsbereich der EU-Entwicklungspolitik sowohl in Lori als auch in Samzkhe-Dschawachetien. In den letzten zehn Jahren hat die EU für die Entwicklung dieser Größenordnung über 100 unterschiedliche Projekte in den Provinzen durchgeführt und mehrere Millionen Euro ausgegeben (Delegation of the European Union to Georgia 2014, List of Projects. Siehe auch Delegation of the European Union to Armenia 2014, List of Projects). Wie bereits erwähnt, beurteilte die EU-Kommission in fast allen Berichten und Dokumenten die durchgeführte Arbeit in der politisch-institutionellen Größenordnung eindeutig positiv und betonte, dass in Lori und Samzkhe-Dschawachetien wesentliche Fortschritte gemacht wurden.

Trotz dieser positiven Einschätzung der Situation in den Regionen weisen unabhängige Quellen darauf hin, dass die Probleme hinsichtlich schlechter Regierungsführung, weiter Verbreitung von Korruption und Nepotismus, mangelnder Rechtssicherheit, destruktiver Anreizsysteme und eines wenig leistungsbereiten bzw. leistungsfähigen öffentlichen Dienstes in Lori und Samzkhe-Dschawachetien ungelöst bleiben. So wurden in den “Worldwide Governance Indicators” der Weltbank zwischen 2003 und 2013 für die beiden

Regionen in sämtlichen Bereichen kaum Verbesserungen verzeichnet.⁸⁹ Im Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung zeigen Georgien und Armenien keinerlei Fortschritte hinsichtlich der politischen “Transformation” zur Demokratie. Georgien befindet sich in diesem Bereich schon seit über zehn Jahren unverändert auf Platz 50-55 und Armenien auf Platz 70 bis 75⁹⁰. Im “Failed State Index” 2014 befindet sich Georgien auf Platz 63 (Very High Warning) und Armenien auf Platz 104 (High Warning)⁹¹. Im “Corruption Perceptions Index” 2014 von Transparency International steht Georgien seit 2004 auf Platz 50, Armenien steht schon seit der Unabhängigkeit unverändert auf Platz 94⁹². Im “Democracy Index” von Economist befindet sich Georgien auf Platz 93, Armenien auf Platz 114. Die Situation hat sich also in beiden Ländern innerhalb der letzten zehn Jahre nicht verbessert und blieb damit schlechter als in irgendeinem anderen europäischen Staat.⁹³ Freedom House liefert in seinem „Landesbericht Georgien 2014“ und im „Landesbericht Armenien 2014“ Daten, die beweisen, dass sich die Situation sowohl in Armenien als auch in Georgien in den wichtigsten Bereichen seit zehn Jahren nicht verbessert hat.⁹⁴

Dies zeigt deutlich, dass die Situation sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene in beiden Staaten trotz der EU-Unterstützung sehr schwierig bleibt. Um im Weiteren zu analysieren, warum die riesige EU-Hilfe wenig Einfluss auf die politische Dimension in den Regionen hatte, werden die EU-Strategien zur nachhaltigen Entwicklung der politisch-institutionellen Größenordnung mit den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes von RAUCH (2009) verglichen und dadurch festgestellt, was die EU in den Regionen falsch bzw. richtig gemacht hat.

Es wurde bereits erwähnt (siehe Kapitel II.3.2.3), dass die Schaffung effektiver, bürgerlicher und dezentraler staatlicher Organe, also die Dezentra-

⁸⁹ Weltbank (2013): Worldwide Governance Indicators. Auf: www.govindicators.org abgerufen am 11.01.2016

⁹⁰ BTI Transformationsindex (2014): Georgien und Armenien. Auf: <http://www.bti-project.de/index/status-index/> abgerufen am 16.06.2016

⁹¹ Fragile States Index (2014): Georgien-Armenien. Auf: <http://ffp.statesindex.org/rankings-2014> abgerufen am 16.06.2016

⁹² Transparency International (2014): Corruption perceptions Index 2014 results. Auf: <http://www.transparency.org/cpi2014/results> abgerufen am 16.06.2016

⁹³ The Economist (2014): Georgien und Armenien. Auf: http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex12 abgerufen am 16.06.2016

⁹⁴ Siehe Anhang VII und VIII.

lisierung, bei der Förderung der politisch-institutionellen Größenordnung laut dem multidimensionalen Ansatz die wichtigste Aufgabe der Entwicklungspolitik auf regionaler Ebene ist. Die Regional- bzw. Kommunalregierungen sollen auch in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben bei der Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren gerecht zu werden. Dies betrifft vor allem die Funktionen der dezentralen Entwicklungsplanung und der Bereitstellung von Dienstleistungen (RAUCH 2009, S. 269).

Der multidimensionale Ansatz bietet drei Voraussetzungen zur effektiven Dezentralisierung: 1. Die fiskale Dezentralisierung, d.h. die Ausstattung der dezentralen Regierungen mit Finanzmitteln, über deren Verwendung diese weitgehend selbst bestimmen können. 2. Die sektorale Dezentralisierung, d.h. die weitgehende Unterordnung der fachlichen Kapazitäten. 3. die Partizipation der lokalen Bevölkerung, d.h. die demokratische Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen und die Kontrolle lokaler Regierungsführung (RAUCH 2009, S. 292). Welchen Beitrag leistete aber die EU-Entwicklungspolitik zur Dezentralisierung von Lori und Samzke-Dschawachetien? Wurden infolge der Entwicklungspolitik bürgernahe staatliche Organe geschaffen? Haben diese Organe fiskale und sektorale Unabhängigkeit? Das sind die zentralen Fragen, die in diesem Kapitel beantwortet werden sollen, um im Weiteren festzustellen, wie effektiv die EU-Politik für die Entwicklung der politisch-institutionellen Dimension in Lori und Samzke-Dschawachetien war.

V.2.1 Lori

In Lori hat die EU sich das offizielle Ziel gesetzt, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, einschließlich der Kapazitäten von Kommunen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes entsprechend europäischen Standards, sowie die Sicherstellung der Anwendung der europäischen Charta im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung zu fördern (EC 2007, S. 7).

Seit Gründung der Provinz 1993 hat Lori als eine von zehn Regionen Armeniens eine gewisse Autonomie. Die Funktionen der Regionalverwaltung beschränken sich jedoch auf die Umsetzung der Regionalpolitik der Regierung in Jerewan. Selbst die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit betont aber, dass die Provinz über kein eigenes Budget verfügt und daher keine echte Verwaltungsautonomie hat (Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 2014, S. 6). Die Provinz war in der Geschichte auch nie autonom im fiskalischen Sinne. Das gesamte Budget der Region wird von der Zentralregierung festgelegt und die Entscheidung über die Anwendung der Finanzen wird entweder direkt von Jerewan oder in Absprache mit der

Zentralregierung getroffen. Die Regionalverwaltung ist damit absolut von der Zentralregierung abhängig (REUL 2006, S. 15). In den letzten zehn Jahren wurde kein einziges Gesetz zur Verbesserung dieser Situation verabschiedet.

Die Regierungen der lokalen, kleinen Gemeinden in der Provinz haben nach dem „Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung“ offiziell mehr Autonomie. Sie werden direkt von den Bewohnern der Gemeinde gewählt und treffen bestimmte Entscheidungen, die das Leben in der Gemeinde betreffen. Diese Gemeinden verfügen aber ebenso über kein eigenes Budget. Die Finanzmittel sowohl für die Regionalverwaltung als auch für die kleinen Gemeinden werden im Staatshaushalt von Armenien für das ganze Jahr im Voraus festgelegt. Offiziell wird von der Zentralregierung erst nach „Konsultation“ der Regionalverwaltungen bestimmt, wieviel Geld den staatlichen Behörden für das jeweilige Jahr zur Verfügung steht und für welchen Zweck es verwendet werden muss. Nach der UNDP sieht die Situation in der Realität jedoch folgendermaßen aus:

“Regional administrators do not have their own budgets and are not considered a local government level. The role of regional authorities (Marz) is to implement the territorial policy of the central government, coordinate central government agencies in the field and to supervise the legality of local governments’ decisions. While communities are regulated through national laws, the activities of the regional governments are regulated by decrees from the President of the Republic. (...) In fact, regional administrations serve to ensure adherence of local governments to central government plans pretty much as it functioned in the Soviet System”.⁹⁵

Die sektorale Dezentralisierung, also eine klare Unterordnung der fachlichen Kapazitäten unter die jeweilige lokale Regierung war und ist eine wichtige Priorität der Europäischen Gemeinschaft in Armenien. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, einschließlich der Kapazitäten von Kommunen, bleibt nach wie vor das Hauptziel der EU-Aktionspläne in der Region.⁹⁶ Bestimmte Projekte wie z.B. die „Unterstützung der Arbeitsgruppe der Regionalentwicklung“, die „Förderung der Regionalen Verwaltung als Dezentralisierungsinstrument“, oder der “Support to Regional Policy Imple-

⁹⁵ United Nations Development Programme (UNDP) (2009): Fiscal Decentralization in Transition Economies: Case Studies from the Balkans and Caucasus. S. 31. Auf: <http://www.cea.org.mk/documents/studii/FiscalDecentralization2005%20UNDP.pdf> abgerufen am 16.06.2016

⁹⁶ EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Armenien. S. 4. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

mentation” etc.⁹⁷ sollten die Qualität der Lokalregierungsbehörden sowie eine bessere Verteilung der fachlichen Kapazitäten fördern. Zu diesem Zweck unterstützte die EU die Reformen der Kommunalverwaltung und förderte die öffentliche Kontrolle der lokalen Behörden sowie eine relevante Regionalpolitik der Zentralregierung von Armenien. Nach eigener Einschätzung der EU-Kommission war sie auch in diesem Bereich erfolgreich und Armenien auf dem richtigen Weg zu einer besseren Regionalverwaltung.⁹⁸

Die Situation in Lori ist aber in der Realität nicht so eindeutig positiv zu bewerten. So wurden bis heute fast alle Vertreter der Regionalregierung nicht gewählt, sondern vom Präsidenten der Republik Armenien ernannt. Die Regionalverwaltung ist damit absolut von der Zentralregierung abhängig, sowohl systematisch als auch personell. Sie stellt also keine autonome Verwaltungseinheit dar. Die Kompetenzen zwischen der Lokal- und Zentralverwaltung sind überlappend und beeinflussen sich wechselseitig. Außerdem bestehen schon seit Gründung der Region Unklarheiten bezüglich der Aufteilung und Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung in Jerewan und den Lokalregierungen. Eine Unterordnung der Exekutive unter mehrere Verwaltungsinstanzen stellt nicht nur eine bürokratische Hürde dar, sondern belastet vor allem auch die kleineren Gemeinden finanziell (REUL 2006, S. 15). Seit 2006 wurden auch in diesem Bereich keine gesetzlichen oder realen Änderungen gemacht.

Die Daten der internationalen Organisationen weisen darauf hin, dass es in der Region immer noch wesentliche Probleme bei der Verteilung der Kompetenzen innerhalb der einzelnen Regierungsbehörden gibt. So war die Effektivität der Regierungsbehörden in Armenien laut der Weltbank in den letzten zehn Jahren relativ niedrig (zwischen -0.26 und +0.07 von maximal +2.5).⁹⁹ Nach der Expertise der Bertelsmann-Stiftung 2014 sind die Verwaltungsstrukturen in Armenien weiterhin belastet vom Erbe der Sowjet-Ära. Viele Behörden arbeiten höchst ineffizient und viel zu bürokratisch. Besonders häufig leiden die Verwaltungsstrukturen in den weniger entwickelten ländlichen Regionen unter der fehlenden Professionalität und dem geringen

⁹⁷ Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

⁹⁸ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

⁹⁹ Weltbank (2013): Worldwide Governance Indicators. Auf: www.govindicators.org abgerufen am 16.06.2016

Wirkungsgrad. Die gleichen Mängel zeigen sich aber auch in größeren Städten.¹⁰⁰

Ein weiterer, wichtiger Punkt im Hinblick auf die effektive Dezentralisierung der Regionen ist laut dem multidimensionalen Ansatz die Partizipation der lokalen Bevölkerung, d.h. die demokratische Mitwirkung an Entscheidungsprozessen sowie die Kontrolle lokaler Regierungsführung. *“Ohne Partizipation der Bevölkerung entstanden weder mehr Transparenz noch Kontrolle von unten. Lokale Regierungen wurden zu einem Selbstbedienungsladen für die lokalen Eliten”* (RAUCH 2009, S. 294). Die wirksame Strategie zur politisch-institutionellen Entwicklung soll also vor allem der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit geben, an den Entscheidungsprozessen über die Verwendung von Ressourcen mitzuwirken.

Die nationalen Richtprogramme für Armenien 2011-2013 sowie für Georgien setzten sich viele Ziele, vor allem sollten aber von der EU die bürgernahen und auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichteten lokalen Regierungsorgane gefördert werden. Die EU sollte auch stärker die öffentliche Kontrolle der lokalen Behörden fördern, sowie die Bekämpfung der Korruption in den Regionalverwaltungen unterstützen.¹⁰¹ Mit diesen Zielen vor Augen hat sie mehrere Einzelprojekte wie z.B. “Lejan Community Capacity and Rural Development Promotion” in Lori durchgeführt und 100.000 Euro dafür zur Verfügung gestellt.¹⁰²

Grundsätzlich war die EU-Kommission der Meinung, dass die Projekte ihre Ziele größtenteils erreicht hätten. Als Hauptresultate der Projekte wurden eine zunehmende Aufklärung der Bevölkerung über ihre Rechte auch im Umgang mit staatlichen Behörden genannt, sowie die zunehmende Qualifikation staatlicher Behörden, die Einführung von neuen Technologien und Instrumenten, wie z.B. von Bürgerbüros, die den Zugang der Bürger zu den staatlichen Behörden erleichtern, sowie die Verbesserung der Dienstleistungen und Managementpraktiken. Die Effektivität der Projekte wurde also von der

¹⁰⁰ BTI (2014): Armenia. S. 6 f. Auf: http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2014_Armenia.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁰¹ EC (2011): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 – 2013. S. 14. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁰² Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/308910_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Kommission überwiegend positiv bewertet, gleichzeitig aber wie in anderen Bereichen, die Notwendigkeit der weiteren Unterstützung betont. Es wurde auch auf die gestärkte Kapazität der Zivilgesellschaft hingewiesen durch die Möglichkeit einer aktiven Teilhabe an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Debatten.¹⁰³

Die Realität sieht aber auch in diesem Bereich anders aus. In Lori erhielt das kommunale Selbstverwaltungssystem nach Angaben der “Nations in Transit Annual Reports” von Freedom House eine Punktzahl von 5,50 im Zeitraum 2005-2013 und 5,75 Punkte im Jahr 2014. Das bedeutet, dass sich die lokale Selbstverwaltung in Lori wie auch in den restlichen Teilen Armeniens immer noch in einer Phase des Übergangs von einem autoritären zu einem demokratischen Regierungssystem befindet.¹⁰⁴

Die lokale Bevölkerung der Region ist überwiegend ebenfalls der Ansicht, dass die dezentralen staatlichen Organe in der Region entweder nicht effektiv oder nicht bürgernah arbeiten. Die geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen, die bisher jeweils unter 50% lag (2013 – 46%), weist auf ein schwaches kommunales Bewusstsein hin. Eine Umfrage im Jahr 2005 stellte fest, dass nur 60 Prozent der Bevölkerung außerhalb Jerewans über die Tätigkeit ihrer kommunalen Vertreter informiert waren.¹⁰⁵ Die von November 2014 bis März 2015 durchgeführte eigene Befragung der Bevölkerung in der Provinz Lori (Vanadzor und Lejan) zeigte deutlich, dass weniger als 40% an den kommunalen Entscheidungen teilnahmen und nur ca. 30% die dezentralen staatlichen Organe effektiv fanden.¹⁰⁶

Die Meinung der Befragten zur EU-Entwicklungspolitik war noch deutlich schlechter. So waren nur 25% der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik einen positiven Einfluss auf ihr eigenes Leben oder das Leben von Bekannten hatte. Über 50% waren der Ansicht, dass die dezentralen staatlichen Organe der Region nicht in der Lage sind, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Fast drei Viertel der Befragten waren der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik

¹⁰³ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁰⁴ Freedom House (2014): Armenia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2014/armenia#.VOcI6bF95E> abgerufen am 16.06.2016

¹⁰⁵ Wahlbeteiligung in Lori seit 2007 auf: <http://www.elections.am/electionsview/type-4/> abgerufen am 16.06.2016

¹⁰⁶ Eigene Befragung der Bevölkerung in der Region von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015.

keinen Einfluss auf die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen gehabt habe und dass keine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in der Region eingetreten sei. Die absolute Mehrheit von den Bewohnern der Region (85%) fand, dass die politische Situation in der Provinz sich trotz der EU-Entwicklungspolitik nicht verbessert habe.

Die Befragung hat auch deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Lori sehr schlecht über die EU-Aktivitäten informiert ist. So wussten über 70% nicht, ob die EU die Dezentralisierung der staatlichen Organe in der Region fördert, nur zwei der Befragten beantworteten diese Frage positiv. Über 80% der Befragten war der Meinung, dass die EU keine Bemühungen wie z.B. Befragungen, Interviews etc. unternommen habe, um die Effektivität der vorhandenen Dienstleister zu überprüfen. Die empirische Untersuchung sowie andere Quellen weisen darauf hin, dass die Bewohner der Lori-Region die lokale Regierung als nicht effektiv und auf keinem Fall als „bürgernah“ beurteilen. Sie sind der Ansicht, dass die EU-Entwicklungspolitik keinerlei positiven Einfluss auf die gesellschaftliche Gesamtsituation gehabt habe.

A. Fallstudie: Lejan

Lejan ist ein kleines Dorf im nordwestlichen Teil der Provinz Lori. Die Fläche beträgt 16,4 km², die Bevölkerungszahl offiziell 1843.¹⁰⁷ Es wohnen derzeit ca. 500 Menschen im Dorf, die ca. 270 Haushalte¹⁰⁸ bilden. Von Januar 2013 bis Juli 2014 förderte hier die EU das sogenannte „Lejan Community Capacity and Rural Development Promotion“-Projekt. Ziel war es, die Selbstverwaltung durch „capacity building“ (Hilfe zur Selbsthilfe) in der Gemeinde Lejan zu entwickeln und diese in der Folge durch technische sowie finanzielle Hilfen zu unterstützen. Die wirtschaftliche Situation sollte durch eine bessere Organisation der Gemeinde verbessert werden. Außerdem war auch eine Reform der anderen dörflichen Gemeinden vorgesehen, falls das Projekt in Lejan erfolgreich durchgeführt wurde. Der finanzielle Beitrag der EU betrug 150.000 Euro.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Lejan Dorf (2015): Grundinformation. Auf: <http://lori.gov.am/about-communities/500/> abgerufen am 16.06.2016

¹⁰⁸ Wurden die Bewohner einer Familie, normalerweise 2-5 Personen gemeint. Während des Forschungsaufenthalts wurde versucht, jeder 10. Haushaltsleiter zu befragen.

¹⁰⁹ Delegation of the European Union to Armenia (2014): Lejan Community Capacity and Rural Development Promotion. Auf: <http://eucentre.am/projects/promoting-rural-development-in-the-lejan-community/> abgerufen am 16.06.2016



Foto 7: Die Sitzung der Gemeindeverwaltung von Lejan (eigene Aufnahme 26.07.2015)

Infolge des Projekts wurde die lokale Gemeinde in Lejan gegründet. Vorher hatte das Dorf kein eigenes Verwaltungsorgan. Die Gemeinde ist heute Teil einer offiziellen Verwaltungsstruktur innerhalb der armenischen Regierung, die eine gewisse Autonomie hat. Die Gemeinde sollte ein lokales Regierungsorgan bilden und Probleme vor Ort eigenständig lösen, sowie für eine demokratische Entwicklung des Dorfes sorgen. Die Gemeinde hat 2013 den Gemeinderatsvorsitzenden gewählt, der mit seiner Administration (fünf Personen) die Gemeindeverwaltung bildet. Die Verwaltung hat eigene Gebäude und nach Herrn Margaryan (Gemeinderatsvorsitzender) mehrere Aufgaben. Vor allem sollte sie den Zugang der Bürger zu den Regierungsbehörden vereinfachen, sie beraten sowie die Zentralregierung über die lokalen Probleme informieren.

Wichtig ist hier aber, dass die Gemeinde keinen eigenen Haushalt hat und finanziell völlig von der Zentralregierung abhängig ist. Zur Lösung jedes Problems (z.B. Straßensanierung, wichtigstes Problem der Gemeinde) soll der Gemeinderat die Zentralregierung informieren und muss dann monatelang auf deren Entscheidung warten. Es ist auch gar nicht klar, welche Aufgaben der Gemeinderat hat. Gesetzlich fungiert er als lokale Vertretung der Zentralregierung. Aber ohne eigene Finanzmittel ist das kaum vorstellbar. In der Realität ist die einzige Funktion der Lokalregierung die Vermittlung zwischen Zentralregierung und Bevölkerung. Hierbei ist aber nicht klar, warum die lokale Bevölkerung sich nicht direkt an die jeweiligen Ministerien und Behörden der Zentralregierung wenden kann.

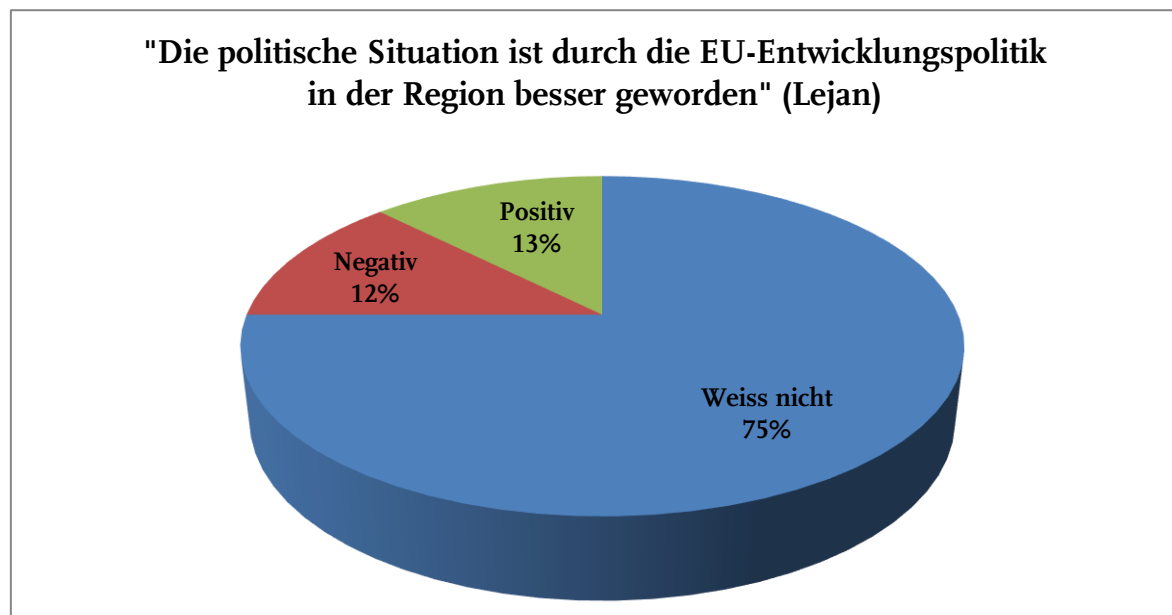


Diagramm 1: Einschätzung der politischen Situation in Lejan (Quelle: Eigene Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015; n=20)

Die Befragung der Bevölkerung hat weitere interessante Details gezeigt. 19 der insgesamt 20 Befragten äußerten die Meinung, dass durch die EU-Entwicklungspolitik keine bürgernahen, dezentralen, staatlichen Organe geschaffen worden seien (einer der Befragten wusste keine Antwort auf die Frage). 16 der Befragten waren der Meinung, dass die EU keine aktiven Anstrengungen unternommen habe, um die Effektivität der vorhandenen Dienstleister zu überprüfen und diese bei Bedarf zu verbessern. Nur sechs der Befragten dachten, dass sie infolge der Entwicklungspolitik die Möglichkeit erhalten hätten, an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken sowie eigene Interessen zu schützen (7 Personen von den Befragten teilten diese Meinung nicht, weitere sieben wussten keine Antwort auf die Frage). Negativ wurden auch fast alle anderen Fragen beantwortet. Die Bewohner des Dorfes wussten entweder keine Antwort auf die Fragen oder beantworteten diese negativ (s.o.). Nach Meinung der Bewohner wurde also die Partizipation der lokalen Bevölkerung, d.h. deren Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen und eine öffentliche Kontrolle der lokalen Regierungsführung im Dorf Lejan nicht gestaltet.

Der machtlose Vorsitzende

Das Dorf Lejan leidet unter zwei großen Problemen: Dürren und schlechte Straßen. Lejan befindet sich auf 1460 Meter über dem Meeresspiegel und liegt 43 Kilometer entfernt vom regionalen Zentrum. Die Bevölkerung ist vor allem in der Landwirtschaft tätig. Daher ist es für die Bewohner sehr wichtig, dass sie gute Verbindungen in die Stadt erhalten, um eigene Waren verkaufen

zu können. Außerdem brauchen sie eine gute Wasserversorgung für die landwirtschaftlichen Produkte (aufgrund des Klimas ist der Sommer sehr trocken).

Für die Lösung dieser Probleme brauchen die Bewohner Unterstützung. Im persönlichen Gespräch äußerte ein Bewohner¹¹⁰ die Meinung, dass die Gemeinde in der Realität gar nicht existiere. Die Vertreter des Gemeinderats schätzte er als gute Menschen, sogar als Freunde. Aber er glaubt, dass sie keinerlei Rechte haben. *„Keiner fragt sie, was wir brauchen. Keiner hört ihnen zu, wenn sie reden“*. Gemeint sind die Vertreter der Zentralregierung, die von der Lokalregierung über die Probleme des Dorfes informiert wurden, aber nichts machen wollen bzw. können. In dieser Situation ist *„der Gemeindevorsitzende der machtlose Mächtige, der natürlich viel Gutes machen will, aber nicht kann“*.



Foto 8: Untersuchungsort Lejan (eigene Aufnahme 29.07.2015).

Nicht nur die Dorfbewohner vertreten die Meinung, dass die lokale Regierung sowohl in Lori als auch in anderen armenischen Provinzen nicht wirksam ist. Obwohl sie gewisse Fortschritte in diesem Bereich vermerkte, konstatierte auch die EU-Kommission:

“(...) most local services managed by the state and local authorities had limited service delivery capacity. Local authorities played a limited role because they did not

¹¹⁰ Einwohner von Lejan, 50 Jahre mit Hochschulabschluss. Siehe das Interview „Der machtlose Vorsitzende“.

have full and exclusive powers. Armenian authorities have not yet defined the powers of local authorities and how to transfer competences. Better structured dialogue and consultation is needed between the government and civil society.”¹¹¹

Das Beispiel von Lejan illustriert die Situation in den dörflichen Gemeinden in der gesamten Provinz sehr deutlich. Als Resultat der Fallstudie kann festgehalten werden:

1. Die EU-Entwicklungspolitik hat für die politisch-institutionelle Entwicklung in den dörflichen Gemeinden von Lori nur sehr wenig gemacht.
2. Das, was durch die EU-Unterstützung in Lori gemacht wurde, funktioniert nur offiziell. Die EU-Projekte hatten keinen realen Einfluss auf die Situation vor Ort.

Dies gibt berechtigten Anlass zu der Befürchtung, dass die Dezentralisierung, die für die politisch-institutionelle Entwicklung eine Basis gründen sollte, in den dörflichen Gemeinden der Provinz Lori nicht erreicht werden konnte. Nur durch eine bessere Kontrolle, der im ländlichen Raum durchgeführten Projekte kann die EU-Entwicklungspolitik wirksamer gemacht werden. Es sollte also regelmäßig überprüft werden, ob die von der EU unterstützten Projekte in der Realität die beabsichtigten Resultate erbringen werden.

B. Fallstudie: Vanadzor

Wie schon erwähnt, ist Vanadzor das Provinzzentrum und mit ca. 105.200 Einwohnern die drittgrößte Stadt Armeniens. Die meisten Projekte der EU in Lori konzentrieren sich auf Vanadzor, weswegen die Stadt sich sehr gut für die empirische Untersuchung eignet. Um eine politisch-institutionelle Entwicklung zu erreichen, wurden dort einige Projekte durchgeführt. Eine besondere Stellung nahmen dabei “Approximation process of EU Acquis and Policies on Judicial Cooperation and Capacity Building of the Translation Centre on Judicial Sector Terminologies and Methodologies”, “Support for Access to Justice” und “Support to two Electoral Cycles in Armenia” ein.¹¹² Diese drei Projekte wurden

¹¹¹ EC (2015): Implementation of the European Neighbourhood Policy in Armenia Progress in 2014 and recommendations for actions. S. 9. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2015/armenia-enp-report-2015_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹¹² Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

zwischen 2009 und 2014 in der Region von der EU finanziert und haben ca. sieben Mio. Euro gekostet.

Das Ziel der Projekte war die Verbesserung der politischen Situation in Lori und insbesondere in Vanadzor. Dies sollte für mehr Information und Wissen der Bürger über ihre Rechte und den Umgang mit staatlichen Behörden sorgen sowie für eine zunehmende Qualifikation staatlicher Behörden, für die Einführung neuer Technologien und Instrumente wie z.B. der Bürgerbüros, die



Foto 9: Tigran Mets Ave. 75. Vanadzor, ehemaliger Standort vom Infozentrum (eigene Aufnahme 02.08.2015)

den Zugang der Bürger zu staatlichen Behörden erleichtern sowie für eine Verbesserung der Dienstleistungen und der Managementpraktiken. Wichtig ist es hier zu betonen, dass keines der Projekte zwischen 2004 und 2014 direkt zu einer Dezentralisierung des Regierungssystems in der Provinz führen sollte. Das Ziel war ausschließlich, die Qualität der dezentralen staatlichen Organe zu verbessern (Delegation of the European Union to Armenia 2014, List of Projekts).

Das Projekt “Approximation process of EU Acquis and Policies on Judicial Cooperation and Capacity Building of the Information Centre” sollte eine einheitliche gesetzliche Basis von EU und Armenien erreichen sowie die gerichtliche Zusammenarbeit der Regionalregierungsbehörden auf allen Ebenen verbessern. Dafür wurde das Infozentrum in Vanadzor ausgebaut und

mit moderner Technik ausgestattet.¹¹³ Auf dem Foto fünf wird die Tigran Mets Ave. 75 gezeigt. An dieser Stelle stand laut lokalen Regierungsvertretern das Infozentrum, die heutige Procredit-Bank. Das Infozentrum wurde nach den gleichen Quellen 2014 nach Jerewan umgesiedelt, da es in Vanadzor zwei Jahre lang ohne jede Funktion blieb. Es ist kaum vorstellbar, dass die Bewohner von Vanadzor über die EU, deren Gesetze und Organe besser informiert wurden, wenn das Zentrum sich 240 Kilometer weit weg befindet. Auch die Zusammenarbeit der Regierungsbehörden der EU und Lori verbesserte sich dadurch nicht. Keine der befragten Personen in der Stadt wusste, wo genau sich das Zentrum aktuell befindet.

Die von der EU positiv bewerteten Projekte "Support for Access to Justice" und "Support to two Electoral Cycles in Armenia" haben nach Meinung der lokalen Bevölkerung ihre Ziele ebenfalls nicht erreicht. Dies belegt die durchgeführte Umfrage, bei der die meisten Befragten die Ergebnisse der Projekte negativ einschätzten. Das Ziel der Projekte war einerseits die Verbesserung des Wahlprozesses, insbesondere bei den Präsidents- und Parlamentswahlen 2012/2013 sowie andererseits die Vereinfachung des Zugangs zum Justizsystem. Beide Projekte dienten also zur Verbesserung der Rechtstaatlichkeit und Good Governance in der Region. Negativ wurden die Ergebnisse der Projekte nicht nur von der lokalen Bevölkerung oder den NGOs bewertet, sondern von der Europäischen Gemeinschaft selbst.

Die EU-Kommission hat in ihrem eigenen Report von 2014 betont, dass Armenien nur einen begrenzten Fortschritt im Justizsystem gemacht hat und *"the lack of trust in the judicial system persisted (...) the public continued to distrust the judiciary system. Armenia ranks 94 out of 175 countries on Transparency International's Global Corruption Barometer 2014."* Außerdem wurde festgestellt: *"the lack of information about the right to free legal aid continued to impair access to justice."*¹¹⁴ Die lokale Bevölkerung unterstützt diese Ansicht. In Vanadzor waren elf der 20 Befragten entweder der Meinung, dass die Entwicklungspolitik nicht zu einer besseren Teilhabe bzw. Interessenvertretung der Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen beigetragen hatte oder sie wussten keine

¹¹³ Delegation of the European Union to Armenia (2014): Approximation process of EU Acquis and Policies on Judicial Cooperation and Capacity Building of the Translation Centre on Judicial Sector Terminologies and Methodologies. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/294981_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹¹⁴ EC (2014): Implementation of the European Neighbourhood Policy in Armenia Progress in 2014 and recommendations for actions. S. 3-6. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2015/armenia-enp-report-2015_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

Antwort auf die Frage. Ähnlich negativ wurden die Fragen bezüglich des Umgangs mit den staatlichen Behörden sowie deren Wirksamkeit beantwortet (siehe Diagramm 2).

Die Folgen des Projekts “Support to two Electoral Cycles in Armenia” kann man nicht eindeutig einschätzen. So haben internationale Wahlbeobachter dem Land nach den Wahlen 2013 transparente und friedliche Wahlen bescheinigt. Die OSZE, die mit 350 Wahlbeobachtern vor Ort war, verzeichnete keine großen Missstände. Die OSZE begutachtete die jüngsten Wahlen zusammen mit 27.000 Beobachtern aus der Zivilgesellschaft und fand nach ersten Berichten keine allzu gravierenden Mängel. Viele Beobachter beanstandeten jedoch Fälle von Stimmenkauf und inkorrekte Wählerlisten.¹¹⁵

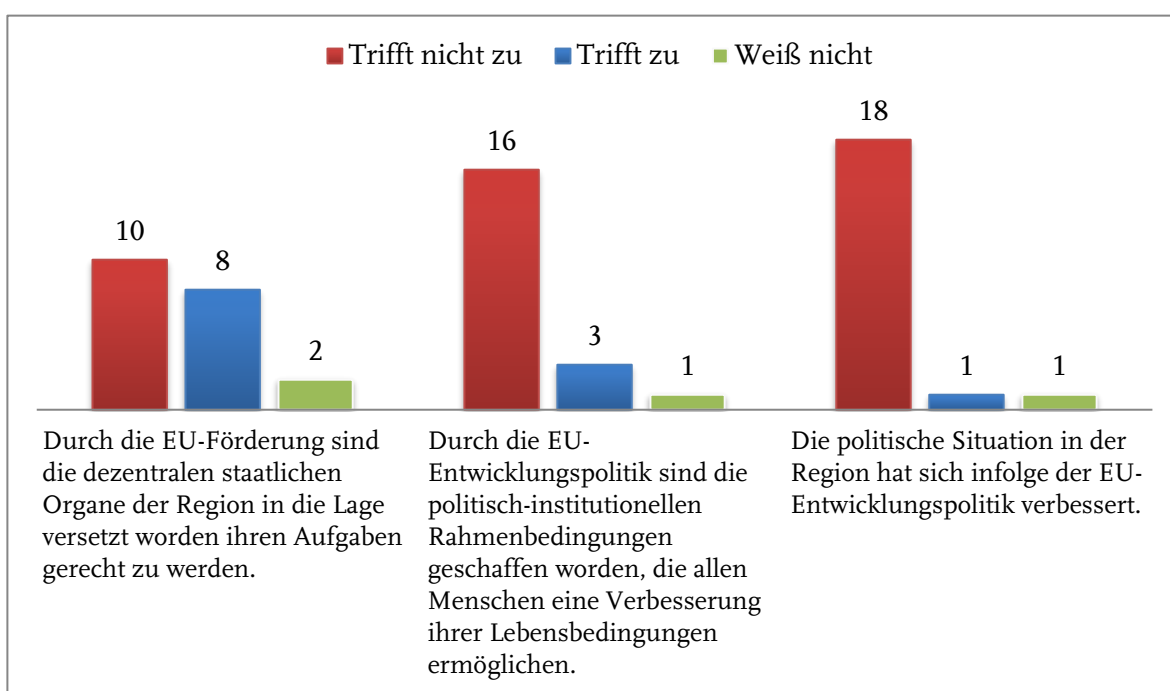


Diagramm 2: Einschätzung der politischen Situation in Vanazor (Quelle: Eigene Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015; n=20)

Wichtig hierbei ist aber, dass die OSZE nur den Wahlprozess selbst bewertet hat. Es wurden keine weiteren Hintergrundinformationen berücksichtigt. Es existieren dabei deutliche Hinweise darauf, dass der Wahlsieg des 59-jährigen Amtsinhabers Sersch Sarkisjan mit 58 Prozent der Stimmen schon lange vorher feststand. Im Dezember 2012 teilten die beiden aussichtsreichsten Konkurrenten mit, dass sie nicht zur Wahl antreten werden. Lewon Ter-Petrosjan, Ende der Achtzigerjahre Führer der armenischen Unabhängigkeits-

¹¹⁵ ATILGAN, CANAN (2012): Adenauer Stiftung. Sargsjans Wiederwahl wahrscheinlich Auf: <http://www.kas.de/suedkaukasus/de/publications/30994/> abgerufen am 16.06.2016

bewegung und anschließend der erste Präsident des Landes, begründete seinen Verzicht mit seinem Alter von 68 Jahren. Der Multimillionär und ehemalige Profiringer Garik Zarukjan, dessen Partei „Aufblühendes Armenien“ zweitstärkste Kraft im Parlament ist, teilte ohne Begründung mit, er werde nicht antreten. Es wurde spekuliert, Zarukjan habe für den Fall eines erbitterten Machtkampfs Schäden für seine umfangreichen Geschäftsinteressen befürchtet.¹¹⁶ Die Kandidaten der Opposition redeten diesbezüglich von Manipulationen sowohl während der Abstimmung als auch im Rahmen der Auszählung (VESER 2013, Wahl mit Begleiterscheinungen). Die OSZE stellte fest, dass der Wahlkampf vor dem „Hintergrund“ des Verzichts einiger wichtiger politischer Kräfte stattgefunden habe. Weniger diplomatisch formuliert bedeutet dies: Bei einer ernststen Gefahr für Sarkisjans Macht hätten die Herrschenden möglicherweise zu anderen Mitteln gegriffen (VESER 2013, Wahl mit Begleiterscheinungen).

Die Meinung der Bevölkerung zu den Wahlen ist fast eindeutig. Sie interessieren sich nicht mehr für die Politik. Die Wahlen der letzten Jahre haben die Meinung gefestigt, dass es egal ist, wen man wählt. Es ist schon im Voraus klar, wer gewinnen wird. Eine echte Wahlmöglichkeit gibt es laut den Bewohnern Vanadzors nicht. Diese Meinung wird auch in den kleinen Dörfern sowie anderen Städten vertreten. Daher nehmen die meisten erst gar nicht an den Wahlen teil. Der Glaube an das Wahlsystem ist längst gestorben (die Meinung teilte fast jeder Bewohner während des Forschungsaufenthalts in der Region).

Ausgebildet, aber arbeitslos¹¹⁷

„Wenn ich keine Arbeit finden kann, wozu brauche ich dann Schulungen und Seminare?!“, sagt der 29-jährige Andranik, der in Vanadzor lebt. „Durch die Seminare, die von unterschiedlichen NGOs organisiert und meistens von der EU finanziert sind, können wir mehr Informationen über die Arbeitsrechte erhalten und werden theoretisch in die Lage versetzt, diese selbst zu schützen. Die Teilnahme an den Seminaren ist frei, die Teilnehmenden werden mit gutem Essen und Trinken versorgt und erhalten auch ohne Zweifel wichtige Informationen. Aber was bringt

¹¹⁶ VESER, REINHARD (2013): Wahl mit Begleiterscheinungen. Auf: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/armenien-wahl-mit-begleiterscheinungen-12085731.html> abgerufen am 16.06.2016

¹¹⁷ Das Interview wurde mit einem 29-jährigen Bewohner von Vanadzor durchgeführt, der an dem Projekt „Development and Enforcement of Labor Rights of the Citizens“ sowie an anderen teilnahm. Siehe das Interview „Ausgebildet, aber arbeitslos“.

das alles?!“ Einige Jahre zuvor hatte der Interviewpartner bei einer Bank gearbeitet und war trotz des geringen Gehalts und des unfairen Vertrags zufrieden gewesen. Wegen der Wirtschaftskrise hatte er seine Stellung jedoch verloren. Obwohl er gut ausgebildet ist und auch viel über seine eigenen Rechte weiß, bleibt er arbeitslos. „Die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind sehr begrenzt. In der Stadt gibt es entweder winzige oder sehr große Unternehmen und sehr große Konkurrenz bei der Jobsuche. Wenn man letztendlich Arbeit findet, stellt man keine Fragen mehr und ist mit allem, auch mit unfairen Verhältnissen am Arbeitsplatz, zufrieden“ – erzählte der Befragte. „Hier geht es ums Überleben, um das wichtigste Recht, alle anderen sind nicht so wichtig.“

Nach offiziellen Angaben lebt ein Drittel aller Armenier unter der Armutsgrenze. Sowohl in den Städten als auch in den dörflichen Gemeinden herrscht absolute Armut. Monopolbildung, oligarchische Strukturen sowie eine hohe Korruptionsrate behindern die Modernisierung der armenischen Wirtschaft und hemmen Investitionen. Kleine und mittlere Betriebe haben es schwer, Fuß zu fassen.¹¹⁸ Das bremst das Wachstum, verhindert Wettbewerb und macht den Aufstieg für junge Menschen schwer. Die wirtschaftliche Entwicklung von Armenien wird auch durch außenpolitische Faktoren verhindert, vor allem durch den Berg-Karabach-Konflikt. In dieser Situation sind die Meisten zufrieden, wenn sie überhaupt irgendeine Arbeit finden, über die Arbeitsrechte klagt niemand.

Zudem reichen die finanziellen Mittel, die die Europäische Gemeinschaft der Region zur Verwirklichung der strategischen Ziele ihrer Aktionspläne zur Verfügung gestellt hat, bei Weitem nicht aus. Die Entwicklung eines modernen lokalen Regierungssystems, die Stärkung der Kommunalverwaltungsstrukturen, die Verbesserung der Qualität von öffentlichen Diensten, die Einführung neuer Technologien und Instrumente sowie die Verbesserung der Dienstleistungen etc.¹¹⁹ erfordern weitaus mehr Kapital. Die in den Aktionsplänen vorgeschriebenen Ziele und Maßnahmen könnten theoretisch zur Verbesserung der politischen Situation und zur Demokratieentwicklung führen. Mit den bisherigen zugeteilten finanziellen und technischen Mitteln ist es jedoch nicht möglich, dies zu erreichen. Die Anzahl der Projekte war wegen der

¹¹⁸ Auswärtiges Amt (2015): Armenien, Wirtschaft. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Wirtschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016

¹¹⁹ EC (2011): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm 2011 – 2013. S. 14. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten sehr gering und diese wenigen konnten nicht alle vorgesehenen Ziele abdecken. Die in den Aktionsplänen vorgeschriebenen Maßnahmen wurden in den Projekten daher nur teilweise oder auch gar nicht durchgeführt.

V.2.2 Samtskhe-Dschawachetien

Die Situation in Samtskhe-Dschawachetien hinsichtlich der finanziellen Unabhängigkeit der Selbstverwaltungsorgane sieht sehr ähnlich aus. Die Provinz hat seit 1995 eine eigene Regionalverwaltung. Die Funktionen der Regionalverwaltung beschränken sich aber auf die Umsetzung der regionalen Politik der Regierung in Tbilisi und die staatliche Kontrolle in Form der Rechtsaufsicht. Die Regionalverwaltung bildet keine reale autonome Verwaltungseinheit, da sie kein eigenes Budget hat. Am Ende eines jeden Jahres wird vom Finanzministerium Georgiens bestimmt, was die Regionalverwaltung in der Provinz im folgenden Jahr ausgeben darf. Eine reale finanzielle Unabhängigkeit der Regionalverwaltung ist auch bis 2021 nicht beabsichtigt.¹²⁰

Die EU sieht in Samtskhe-Dschawachetien Unterstützung für die Reform des öffentlichen Dienstes zur Gewährleistung seiner Modernisierung und Transparenz vor (EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Georgien. S. 6 f.). Bestimmte Mitgliedstaaten der Europäischen Union fördern auch direkt die Dezentralisierung. So konstatierte die Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit: *„...insbesondere in den Bereichen Dezentralisierung und Regionalentwicklung sollen (die Interventionen, Anmerk. des Verf.) u. a. durch gezielte Kapazitätsentwicklung die positive Entwicklung in Bezug auf Transparenz und Rechtstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors weiter festigen.“*¹²¹ Das bedeutet, dass die EU-Entwicklungspolitik zumindest teilweise die drei Eckpfeiler erfolgreicher Dezentralisierung fördern möchte.

Die lokalen Gemeinden in Samtskhe-Dschawachetien (die Sakrebulo – die Selbstverwaltungsorgane der sechs großen Städte in der Region) haben, ähnlich

¹²⁰ Die Regierung von Georgien (2013): Die Strategie für die Entwicklung von Samtskhe-Dschawachetien Region 2014-2021. Auf: <http://static.mrdi.gov.ge/52f9bf630cf298a857ab7d58.pdf> abgerufen am 16.06.2016

¹²¹ Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (AöE) (2014): Armenien Landesstrategie 2012-2020. Entwicklungszusammenarbeit. S. 4. Auf: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Landesstrategie_Armenien_2012-2020_01.pdf abgerufen am 16.06.2016

wie in Lori, keine reale finanzielle Autonomie. Die dörflichen Gemeinden in der Region haben entsprechend dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Regionen von 2014 keine Selbstverwaltungsorgane.¹²² Offiziell besitzen sie ein eigenes, vom Zentralhaushalt völlig unabhängiges Budget.¹²³ In der Realität sieht dies anders aus: *“the regions (of Georgia) lack their own budgets”* (UNDP 2009, Georgia, S. 96). Das Budget der Gemeinden soll in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium von Georgien erarbeitet werden. Die Kontrolle über die Umsetzung des Budgets liegt somit bei der Zentralregierung. Der Gouverneur der Provinz (Vertreter der Regionalverwaltung) hat das Recht, „Konsultationen“ über das Budget vom Gemeinderat zu fordern. Das Budget ist auch stark von der „finanziellen Unterstützung“ der Zentralregierung abhängig. Mehr als die Hälfte des Gemeindebudgets wurde von der Zentralregierung unter diesem Titel gewährt (die Regierung von Georgien 2008, das Gesetz über das Budget der Regionalverwaltungen, S. 9-11).

Die lokalen Gemeinden in Samtskhe-Dschawachetien haben auch nicht die Befugnis ihr Budget unabhängig zu erarbeiten. Dies fällt in den Kompetenzbereich der „eingeladenen“ Experten des Finanzministeriums. Ohne die Zustimmung der Zentralregierung ist eine Annahme des Regionalbudgets nicht vorstellbar, da die absolute Mehrheit der Mitglieder der Sakrebulo in Samtskhe-Dschawachetien Vertreter der Regierungspartei sind. All dies zementiert die finanzielle Abhängigkeit der lokalen Gemeinden von der Zentralregierung.

Die sektorale Dezentralisierung, also die klare Unterordnung der fachlichen Kapazitäten unter die der lokalen Regierung von Samtskhe-Dschawachetien, war immer ein wichtiges Anliegen der EU und bleibt auch zukünftig das Hauptziel der EU-Aktionspläne in Georgien.¹²⁴ Genau diesen Bereich unterstützen Projekte wie „Förderung der Regionalen Verwaltung als Dezentralisierungsinstrument“ und „Support to Regional Development Reform

¹²² Siehe auf: <http://factcheck.ge/article/1997-tsels-mighebuli-iqna-thvithmarthvelobis-shes-akheb-kanoni-romlis-mikhedvithats-1998-tsels-aircha-sakrebuloebi-sophlebis-dabebis-theme-bis-doneze-da-a-sh-thqven-natsionaluri-modzraoba-2006-tsels-ch/> abgerufen am 16.06.2016

¹²³ Die Regierung von Georgien (2008): Das Gesetz über das Budget der Regionalverwaltungen. S. 2-11. Tbilisi.

¹²⁴ EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Armenien. S. 4. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch: EC (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik, Aktionsplan EU-Georgien. S. 6-7. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

in Georgia”¹²⁵, um in Samtskhe-Dschawachetien die Qualität der Lokalregierungsbehörden sowie bessere Verteilung der fachlichen Kapazitäten fördern. Wie in Lori, unterstützte die EU auch hier die Reform der Kommunalverwaltung, sowie die öffentliche Kontrolle der lokalen Behörden und förderte relevante regionalpolitische Maßnahmen der Zentralregierung. Nach eigener Einschätzung der EU-Kommission war die Entwicklungspolitik für diesen Bereich auch in Samtskhe-Dschawachetien erfolgreich (EC 2014, S. 6 ff.).

Nichtdestotrotz bleiben in Samtskhe-Dschawachetien viele Probleme ungeklärt. In der Region gibt es eine Regionalverwaltung, die von der Zentralregierung ernannt wird und Gemeinderäte in den sechs großen Städten, die von der Bevölkerung gewählt sind. Die Zuständigkeitsbereiche dieser Verwaltungsorgane überschneiden sich wechselseitig. Außerdem bestehen schon seit der Gründung der Gemeinde, wie z.B. in Lori, Unklarheiten bezüglich Aufteilung und Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der Zentralregierung in Tbilisi und den jeweiligen Lokalregierungen. Die UNDP behauptet, dass *“Unclear delineation of responsibilities over regulation, financing and implementation in the case of concurrent responsibilities combined with the absence of effective institutions for coordination has generally resulted in the proliferation of central mandates for which it is unclear whether local governments (rayons and/or LSGs) have adequate resources”* (UNDP 2009, Georgia, S. 96). Demzufolge ist die sektorale Dezentralisierung in der Region sehr schwach ausgeprägt. Laut Weltbank liegt die Effektivität der Regierungsbehörden heutzutage bei 0.07 Punkten von maximal 2.5 und bleibt damit mit am geringsten in Europa.¹²⁶ Die Bertelsmann-Stiftung stellt fest, dass *“Despite the efforts, there are deficits in the administrative system’s efficiency and in building long-term capacities”*.¹²⁷

Gemäß dem multidimensionalen Ansatz soll die Partizipation der lokalen Bevölkerung ein wichtiges Ziel sein, um eine effektive Dezentralisierung von Samtskhe-Dschawachetien zu erreichen. Eine wirksame Strategie zur politisch-institutionellen Entwicklung soll also vor allem der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit geben, an den Entscheidungen über die Verwendung der

¹²⁵ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹²⁶ Weltbank (2013): Worldwide Governance Indicators. Auf: www.govindicators.org abgerufen am 16.06.2016

¹²⁷ BTI (2014): Georgia. S. 8. Auf: http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2012_Georgia.pdf abgerufen am 16.06.2016

Ressourcen teilzunehmen. Die nationalen Richtungsprogramme für Georgien und Armenien im Zeitraum 2011-2013 hatten schließlich die Schaffung bürgernaher und auf Bürgerbedürfnisse orientierter lokaler Regierungsorgane zum Ziel. Die EU förderte vermehrt die öffentliche Kontrolle der lokalen Behörden.¹²⁸ Mit diesem Ziel wurden auch in Samtskhe-Dschawachetien mehrere Einzelprojekte durchgeführt, beispielsweise "Right-Protect your right",¹²⁹ das genau diese demokratische Mitwirkung der Bürger an Entscheidungsprozessen ermöglichen sollte.

In Samtskhe-Dschawachetien ist trotz der Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft die Situation in der Realität nicht viel besser als in Lori. Laut den "Nations in Transit annual reports" von Freedom House erhielt das kommunale Selbstverwaltungssystem von Georgien eine Punktzahl zwischen 6.00 und 5.50 im Zeitraum 2005 bis 2013 und 5,50 Punkte im Jahr 2014, was nur 0,25 Punkte besser ist als in Lori. Das bedeutet, dass die lokale Selbstverwaltung in Samtskhe-Dschawachetien eher einem autoritären als einem demokratischen Regierungssystem entspricht.¹³⁰ Im besten Fall haben die vielen Projekte und Millionen an Fördergeldern der europäischen Entwicklungshilfe die Situation nur um 0,25 Punkte beeinflusst, was sicherlich nicht als gutes Resultat bezeichnet werden kann. Die lokale Bevölkerung ist der Meinung, dass die EU für die Entwicklung der Selbstverwaltungsorgane fast nichts unternommen hat und dass die dezentralen staatlichen Organe in der Region entweder nicht effektiv oder nicht bürgernah sind.

Die Ergebnisse der 2014 und 2015 in der Gemeinde durchgeführten Umfrage weisen darauf hin, dass Bewohner der Region sehr wenig oder gar keine Information über die EU-Entwicklungspolitik in der eigenen Gemeinde haben. Über 75% der Befragten, in ländlichen Gebieten über 85%, wussten nicht, dass die EU seit 20 Jahren eine aktive Entwicklungspolitik in Samtskhe-Dschawachetien durchführt. Ca. 10% wussten von der EU-Politik, aber nur, weil ihr eigenes Dorf oder ihre Straße von der Politik betroffen war. 80% äußerten die Meinung, dass die EU keine Anstrengungen wie z.B. Befragungen, Interviews u.ä. unternommen habe, um die Effektivität der vorhandenen

¹²⁸ EC (2011): National Indicative Programme, Georgia 2011-2013. S. 14. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹²⁹ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹³⁰ Freedom House (2014): Georgia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2014/georgia#.VOcPvObF95E> abgerufen am 16.06.2016

Dienstleistungsanbieter zu überprüfen. Fast 70% waren sicher, dass die EU nichts getan hat, um ihnen die Möglichkeit zu geben, an kommunalen Entscheidungen teilzunehmen sowie eigene Interessen zu schützen. Nur 15 Prozent haben die Frage positiv beantwortet.¹³¹

Die Meinung der Bevölkerung über die EU-Entwicklungspolitik war auch grundsätzlich sehr negativ, obwohl die Befragten nicht einmal genau wussten, was im Rahmen dieser Politik zur politisch-institutionellen Entwicklung unternommen wurde. So waren nur 20% der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik ihr Leben positiv beeinflusst habe. Über 80% der Befragten, in dörflichen Gemeinden über 90%, behaupteten, dass die dezentralen staatlichen Organe von Samtskhe-Dschawachetien nicht in der Lage seien, ihren Aufgaben gerecht zu werden. 75% glaubten, dass die EU-Entwicklungspolitik keine politisch-institutionellen Rahmenbedingungen zur Verbesserung ihres Lebens geschaffen habe. Eine mit 80% große Mehrheit teilte die Meinung, dass die politische Situation infolge der EU-Entwicklungspolitik in der Region nicht besser geworden sei. Die empirische Untersuchung sowie die Befragungen der verschiedenen NGOs zeigen sehr deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Samtskhe-Dschawachetien fast keine Vorstellung von der europäischen Entwicklungspolitik in der eigenen Region hat (eigene Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015).

A. Fallstudie: Akhaltsikhe

Die Hauptstadt der Region Samzkhe-Dschawachetien, Achalzikhe (oder Akhaltsikhe, sowie Akhaltsiche), war mit ca. 17.000 Einwohnern immer das wichtigste Ziel der EU-Entwicklungsprojekte in der Region. Grund dafür ist nicht nur die Größe der Stadt (sie ist die größte Stadt von Samzkhe-Dschawachetien), sondern auch die problematische sozio-kulturelle, ökonomische und politische Situation. Die meisten Bewohner der Stadt sind armenischer Herkunft, davon leben ca. 20% unter der Armutsgrenze, was immer wieder für politische und gesellschaftliche Konflikte sorgt.¹³²

Wegen der instabilen politischen Situation in der Stadt führte die EU zur politisch-institutionellen Entwicklung einige wichtige Projekte durch. Die

¹³¹ Eigene Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015.

¹³² Die Stadtverwaltung von Akhaltsikhe (2015): Akhalzikhe. Auf: http://www.akhaltsikhe.ge/portal/alias__Akhaltsikhe/tabid__0/default.aspx abgerufen am 16.06.2016

Wichtigsten davon waren “Better enforcement system through twinning” zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Strukturen, “Promoting democracy and observing elections in Georgia” zur Entwicklung von “Good governance” und “Promoting fundamental labour rights in regions through workers consultations and support centers” zum Schutz der Menschenrechte. Die drei Projekte wurden in der Region in den letzten fünf Jahren von der EU durchgeführt und erhielten mit ca. acht Millionen Euro die größte finanzielle Unterstützung.

Die Projekte sollten wie in Lori eine Verbesserung der politischen Situation in Samzke-Dschawakhetien und insbesondere in Akhalsikhe erreichen. Die Bürger sollten über mehr Informationen und Wissen über ihre Rechte und den Umgang mit staatlichen Behörden verfügen, die Qualifikation der staatlichen Behörden sollte verbessert werden und es sollten neue Technologien und Instrumente in Bürgerbüros eingeführt werden, um den Zugang der Bürger zu den staatlichen Behörden zu erleichtern. Dies sollte nach Meinung der EU-Kommission durch die Förderung der oben genannten Projekte in Akhalsikhe möglich werden. Im Unterschied zu Lori unterstützte die Kommission in Samzke-Dschawakhetien Reformen, durch die die Region mehr Autonomie erhalten sollte.

Wichtig ist auch zu betonen, dass die Ergebnisse fast aller Projekte in der Stadt Akhalsikhe von der EU-Kommission positiv bewertet wurden. Dies gilt vor allem für das Projekt “Better enforcement system through twinning”. Das Hauptresultat des Projekts war laut der Kommission der Aufbau des “National Bureau of Enforcement” (NBE) in Tbilisi und sieben weiteren Regionen, darunter auch Akhalsikhe. Dieses Büro ermöglichte den einfachen Bürgern einen leichteren Zugang zu staatlichen Behörden und verbesserte die Qualität staatlicher Dienstleistungen. Die Büros wurden mit moderner Technik ausgestattet und für die Mitarbeiter wurden regelmäßig Seminare und Schulungen organisiert, damit diese ihren Aufgaben besser gerecht werden können.¹³³

Im Unterschied zu der Provinz Lori, wo das Infozentrum im Rahmen des Projekts aufgebaut, ohne klare Aufgaben sich selbst überlassen und danach nach Jerewan umgesiedelt wurde, blieb das NBE in Akhalsikhe sehr effektiv. Im Stadtzentrum von Tamaraschwili steht heute ein modernes Gebäude, in dem 24 Beamte arbeiten. Jeder Bürger kann dort alle(!) notwendigen Unterlagen innerhalb von einer Stunde erhalten. Ein „Ein-Fenster-Prinzip“ liegt jedem

¹³³ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Büro zugrunde und bedeutet, dass der Besucher alle Dokumente bei einem einzigen Beamten erhalten kann.¹³⁴ Die Mitarbeiter sind freundlich und hilfsbereit. Außerdem hat das Büro eine Hotline, die 24 Stunden erreichbar ist sowie eine Internetseite (<http://psh.gov.ge/>), auf der man wichtige Informationen erhält. Dies wird bei den Bürgern sehr positiv wahrgenommen: Die Meinung zu dem Büro ist generell sehr positiv. Die Umfragen zur Kundenzufriedenheit zeigen auch, dass sich nach Eröffnung des Büros die Zufriedenheitsrate der Besucher sofort von 10% auf 92% erhöhte. „Völlig frei und fair“, „Schnell und leicht erreichbar“, „Hohe Servicequalität“, „freundliches und nettes Personal“ war die Einschätzung der Bürger nach dem ersten Besuch des Büros (Jüstizbüro 2015, Gästebuch).

Die meisten Bürger wissen nicht, dass das Büro mit Unterstützung der EU gebaut wurde, aber den einfachen Zugang zu den Beamten, und die Möglichkeit alle Unterlagen schnell zu erhalten, stellt die Besucher des Büros sehr zufrieden.¹³⁵ Die Tatsache, dass die EU bei diesem Projekt von Anfang an eine deutliche Strategie-Vorgabe machte, klar definierte, welche Aufgaben die Büros in den jeweiligen Provinzen haben sollten und diese mit klaren Kompetenzen ausgebaut und finanziell über einen längeren Zeitraum unterstützt hat, bewirkte den nachhaltigen Erfolg des Projektes „Better enforcement system through twinning“. Dieses Beispiel bestätigt, dass bei guter Planung solche Projekte erfolgreich sein können.

„Promoting democracy and observing elections in Georgia“¹³⁶ war ein weiteres wichtiges Projekt der EU in Akalsikhe, das 2012 durchgeführt wurde und die Qualität des Wahlsystems verbessern sollte. Außerdem sollten die staatlichen Behörden mit der notwendigen Technik und entsprechenden Kenntnissen versorgt werden, um Wahlen frei und demokratisch durchzuführen, insbesondere die anstehenden Parlamentswahlen von 2012.¹³⁷ Außer

¹³⁴ Jüstizbüro (2015): Service. Auf: http://psh.gov.ge/index.php?sec_id=2&lang_id=ENG abgerufen am 16.06.2016

¹³⁵ Eigene Feldforschung, von November 2014 bis März 2015; sowie Juli bis September 2015.

¹³⁶ EC (2013): The Work of Domestic Election Observer Groups around the World. S. 93. Auf: http://eeas.europa.eu/eucom/pdf/promoting-and-defending-democracy_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹³⁷ EC (2012): EU, UNDP Continue Assistance to Electoral Processes in Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/documents/news/20120625_02_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

der EU bewerteten auch die meisten internationalen Organisationen die Wahlen von 2012 positiv.¹³⁸

In einer gemeinsamen Deklaration betonten die Präsidenten der baltischen Staaten und Polen: Georgien “*is passing its democracy exam by holding free and competitive parliamentary elections*” (Civil.ge 2012, S. 1 ff.). Die Meinung wurde von fast allen internationalen Organisationen und NGOs geteilt. In einer gemeinsamen Bewertung haben auch die Vertreter der parlamentarischen Versammlungen von Europäischem Parlament, NATO und OSZE sowie ODIHR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE) die Wahlen als transparent und fair bewertet und die Arbeit der zentralen Wahlkommission als professionell gelobt.¹³⁹

Auffällig ist hier, dass zum ersten Mal in der Geschichte Georgiens die Opposition die Wahlen gewann und es eine friedliche Machtübergabe gab. Ein breites Wahlbündnis von sechs Parteien namens „Georgischer Traum“, siegte mit klarer Mehrheit und gründete eine neue Regierung. Die Meinung der Bevölkerung über diese Wahlen war eindeutig positiv. Nach drei Jahren hatte sich die Meinung der Stadtbewohner zur neuen Regierung zwar deutlich verschlechtert – nur noch 20% unterstützten diese,¹⁴⁰ aber die Durchführung und das Wahlsystem im Allgemeinen werden weiterhin als sehr positiv wahrgenommen. Es wurde unter Beweis gestellt, dass man die Regierung durch Wahlen verändern kann! Die Leiterin des CSS (Center of Social Science), der Organisation, die alle Wahlen in Georgien seit Jahren überwacht, Lia Tsuladze, betonte in einem Privatgespräch, dass „*heutzutage der Glauben an die Wahlen als Instrument des Machtwechsels höher ist als je zuvor in der Geschichte Georgiens*“.¹⁴¹

Der Erfolg des Projekts “Promoting democracy and observing elections in Georgia” hat viele unterschiedliche Gründe. Die Wichtigsten davon sind zum einen, dass die Wahlen mit dem politischen Willen aller Parteien tatsächlich demokratisch durchgeführt wurden und zum anderen, die aktive Teilnahme der

¹³⁸ Civil.ge (2012): First International Reaction on Georgia’s Polls. Auf: <http://civil.ge/en/article.php?id=18359> abgerufen am 16.06.2016

¹³⁹ Auswärtiges Amt (2015): Georgien – Innenpolitik. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Georgien/Innenpolitik_node.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁴⁰ National Democratic Institute (2014): Die Befragung der Bevölkerung. Auf: <http://newsport.ge/172959-NDIis-uakhlesi-kvleva-ra-achvena-gamokitkhvam> abgerufen am 16.06.2016

¹⁴¹ Persönliches Gespräch mit Lia Tsuladze, August 2015. (Lia Tsuladze, siehe auf: http://css.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=88&info_id=977 abgerufen am 16.06.2016)

Bevölkerung, die bereit war, die eigene Meinung auszudrücken. In dieser Situation hat die EU-Unterstützung ermöglicht, das zu verwirklichen, was alle Akteure auf der politischen Bühne wollten – demokratische Wahlen zu organisieren und durchzuführen. Die EU spielt bei der Organisation sowie der finanziellen und technischen Unterstützung die entscheidende Rolle. Jedoch wäre es ohne den politischen Willen der gesamten Gesellschaft nicht möglich gewesen, eine wirkungsvolle Entwicklungspolitik durchzuführen.

Nach Einschätzung der EU-Kommission war auch “Promoting fundamental labour rights in regions through workers consultations and support centers” ein weiteres erfolgreiches Projekt.¹⁴² Es konnte aber den Erfolg der oben genannten zwei Projekte nicht wiederholen, weil es in Akhalsikhe ähnliche Probleme wie in Vanadzor gab. Ein großer Teil der Stadtbevölkerung lebt auch hier unter der Armutsgrenze, die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist sehr gering. In Akhalsikhe existieren kaum große und mittlere Unternehmen. Demzufolge ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sehr groß und die einfachen Bürger sind bereit, jedes Jobangebot unter allen Bedingungen anzunehmen. Die Bürger sind also wie in Lori froh, wenn sie überhaupt irgendeine Arbeit finden, und beklagen sich nicht oder nur sehr selten über die Verletzung von Arbeitsrechten. In dieser Situation haben die Seminare und Schulungen, die den Besuchern ihre Arbeitsrechte erklären sollen, nur wenig Sinn (eigene Erfahrung nach der Feldbegehung im 2014-2015. Anmerk. des Verf.).

„Echter Georgier“¹⁴³

Muzafa Muschanbay, 20 Jahre alt, sein georgischer Name ist Dato Jincharadze. Er wohnt seit 15 Jahren in Akhalsikhe. Seine Eltern waren unter den Ersten, die 2.000 aus Usbekistan nach Georgien zurückgezogen sind. Dato war damals fünf Jahre alt und gehört heute zur zweiten Generation repatriierter Mesheten. An einem schönen Nachmittag in einem kleinen Café in Akhalsikhe erzählt er über das Leben und die Probleme der Türkisch-Mesheten. Diesen Titel mag er gar nicht und bezeichnet sich als echten Meskh.¹⁴⁴

¹⁴² Delegation of the European Union to Georgia (2014): Promoting fundamental labour rights in regions through Workers consultations and support centers (WCSC). Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/292221_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹⁴³ Siehe das Interview – „Echter Georgier“.

¹⁴⁴ Siehe „Türkische Meskhen“ in Pentikäinen/Trier (2004): Between Integration and Resettlement: The Meskhetian Turks. S. 9-11. (ECMI) Schiffbrücke 12. Flensburg Germany.

„Die jungen Meskhen fangen an, sich in der georgischen Gesellschaft zu integrieren. Sie reden fließend Georgisch, besuchen georgische Schulen, studieren an den Universitäten, gucken Fußball. Ich selbst bin ein großer Fan des Fußballteam Dinamo Tbilisi. Meine Eltern verstehen kaum Georgisch, ich muss alles für sie übersetzen.“ Trotzdem sind sie wie die meisten Meskheten stolz, dass sie „echte Georgier“ sind. Dato erzählt, dass nur etwa 1.000 Meskhen (von ca. 200.000) nach Georgien zurückgekehrt sind, davon einige Hundert nach Samzkhe-Dschawachetien in ihren Heimatort. Nach der Ankunft haben die Meskheten ähnliche Probleme gehabt wie andere Bewohner der Stadt.

„Sie hatten weder Gas noch Strom und keine Arbeit, daher wohnten die Meisten im ländlichen Raum und arbeiteten auf dem Land. Die Regierung hat gar nichts für sie gemacht. Heute ist die Situation besser geworden, jetzt kann man auch in der Stadt wohnen, aber das reicht nicht“ – sagt Dato. „Die jungen Menschen brauchen Arbeit, sonst werden sie gezwungen sein, ihren Heimatort zu verlassen.“

Von Projekten wie “Facilitating Civil Integration and Promoting the rights of the repatriated Meskhetian Community in Georgia” weiß Dato nichts. Er ist ziemlich überrascht, als ich erzähle, dass die EU für Meskheten Projekte durchführt. *„Machen sie die Projekte für sich selbst?!“* war seine Reaktion. *„Wir sind nicht so viele in dieser Stadt und bei uns kommt gar nichts an. Wenn wirklich irgendwas gemacht wird, reicht das bestimmt nicht aus. Wir brauchen mehr Unterstützung, vor allem bei der Jobsuche.“*

Wie ein Projekt mit einem Budget von 100.000 Euro die wirtschaftliche, soziale und politische Lage repatriierter Meskheten in verschiedenen Teilen von Georgien verbessern soll, ist nicht klar. Die geringen Finanzmittel reichen gerade aus, um ein paar Schulungen oder Treffen zu organisieren. Daher ist es keine Überraschung, dass einfache Meskheten wie Dato von den Projekten weder wissen noch profitieren.

In Akhalzikhe von der EU unterstützte Projekte zur politischen Entwicklung haben also kein eindeutiges Ergebnis erbracht. Einige waren erfolgreich und haben die gesetzten Ziele erreicht, von anderen hingegen wissen die Bewohner der Stadt gar nichts. Grundsätzlich sind aber zwei Probleme ungelöst geblieben. Erstens wurde von der EU nur sehr wenig für eine richtige Dezentralisierung der Stadt unternommen. Zur effektiven Entwicklungspolitik sollte die EU direkt die Dezentralisierung der Regionen unterstützen. Das zweite Problem war die unzureichende Finanzierung. Wie im Fall von “Facilitating Civil Integration and Promoting the rights of the repatriated Meskhetian Community in Georgia” reichten die vorgesehenen Finanzmittel nicht aus, um die Ziele der Projekte zu erreichen und eine nachhaltige politisch-institutionelle Entwicklung der Region zu erreichen.

B. Fallstudie: Gorelovka

Gorelovka ist ein kleines Dorf im südlichen Teil von Samzke-Dschawakhetien, ca. 40 km von Ninotsminda und 100 km vom Provinzzentrum Akhalsikhe entfernt. Die Fläche beträgt 10,4 km², die Bevölkerungszahl offiziell 1.000, die 200 Haushalte (Komli) bilden. Von diesen gehören 50 Haushalte (ca. 160-200 Menschen) den Dukhoborzen, einer religiösen, russischen Minderheit an¹⁴⁵, 70 Haushalte sind ethnische Georgier und 80 ethnische Armenier.¹⁴⁶ Wegen seiner multiethnischen und religiösen Besonderheit ist das Dorf in letzten zehn Jahren häufiger das Ziel unterschiedlicher Projekte der internationalen und georgischen Organisationen geworden. Wie bereits erwähnt, förderte die Europäische Gemeinschaft in Samzkhe-Dschawakhetien mehrere Projekte, um lokale Selbstverwaltungsorgane zu schaffen und diese zu befähigen, ihre Kernfunktionen (Planung, Haushalt, Dienstleistungen) sach- und bedarfsorientiert sowie transparent auszufüllen. Daher war es sehr interessant zu untersuchen, was zur Erreichung dieser Ziele in diesem multiethnischen, kleinen Dorf unternommen wurde.¹⁴⁷

Vor dem Besuch des Dorfes wurde eine Umfrage der lokalen Bevölkerung geplant, die feststellen sollte, wie wirksam die EU-Entwicklungspolitik zur politisch-institutionellen Entwicklung des Dorfes war. Nach der Ankunft wurde aber schnell klar, dass eine solche Umfrage keinen Sinn ergibt. Die meisten Bewohner des Dorfes haben nicht nur über die Entwicklungspolitik, sondern auch über die EU selbst fast keine Informationen gehabt. Dennoch hat die einfache Beobachtung gezeigt, dass weder zur politischen Entwicklung noch zur Dezentralisierung in dem Dorf etwas unternommen worden war. Das Dorf hat keine Selbstverwaltungsorgane, demzufolge auch keine finanzielle oder sektorale Autonomie. Die demokratische Beteiligung der Bürger ist auf die Teilnahme an den Wahlen begrenzt, wobei die Mehrheit nicht einmal wusste, wer der heutige Präsident von Georgien ist. Wegen Problemen wie z.B. der mangelhaften Wasserversorgung des Dorfes sind die Bewohner gezwungen, nach Akhalsikhe zu fahren. *„Für unsere Probleme interessiert sich kein Mensch, nur*

¹⁴⁵ BOKUCHAVA, MANON (2012): Gorelovka. Auf: http://gardabaniherald.blogspot.de/2012/11/blog-post_23.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁴⁶ Democracy&Freedom Watch (2015): Armenier, Georgier und Duchoborzen in Gorelovka. Auf: <http://dfwatch.net/armenians-and-doukhobors-in-gorelovka-georgia-93868-27492> abgerufen am 16.06.2016

¹⁴⁷ Im Dorf wurde ich von meinem guten Freund Alexander Trekov begleitet, der mit mir den Militärdienst abgeleistet hat und ursprünglich von diesem Dorf kommt. Alexander gehört auch zur Gruppe der Duhoborzen.

vor den Wahlen kommen die Politiker und versprechen alles, machen aber danach nichts“ - beklagte sich der 50-jährige Nikolai Suxorukov.

In Gorelowka nichts Neues¹⁴⁸

„Im Dorf gibt es viele Probleme: sieben monatige Winter (wegen der Klima-besonderheit dauert der Winter im Dorf länger als in anderen Teilen der Provinz und ist sehr kalt mit viel Schnee); schlechte Straßen, die die Verbindung mit dem Provinzzentrum schwer machen (überraschenderweise sieht die Straße nach Armenien besser aus und die heimlichen Armenier bevorzugen es, für den Ein- bzw. Verkauf von Waren nach Vanadzor oder Jerewan zu fahren, anstatt nach Akhazikhe); die Wasserversorgung (im Dorf existiert seit 20 Jahren keine Trink- und Irrigationswasserversorgung). Für die Lösung der Probleme benötigen die Bewohner des Dorfes die Unterstützung der Zentral- oder Regionalregierung. Sie fühlen sich aber komplett isoliert vom Staat.“

„In Gorelovka ändert sich aber nichts“ betonte Herr Balabanov. „Schon seit zwanzig Jahren haben wir diese Probleme. Vor zwanzig Jahren, vor den Wahlen, kommen die Regierungsmenschen und versprechen uns zu helfen. Zwanzig Jahre machen die nichts“. Diese Meinung wurde von den meisten Bewohnern, aller ethnischen Gruppen, des Dorfes geteilt. „Das Dorf ist im letzten Jahrhundert geblieben und es ist kaum vorstellbar, dass sich in der Zukunft irgendwas ändert. Wir werden nur weniger und weniger“ – erzählte der Befragte.

Die empirische Untersuchung in Gorelovka hat deutlich gezeigt, dass die heutigen Finanzmittel der EU-Entwicklungspolitik nicht ausreichen, um alle Dörfer der Provinz abzudecken, auch nicht da, wo es notwendig ist. Die latent unwillige Position der Zentralregierung, die nichts ändern will, macht deutlich, dass die politisch-institutionelle Entwicklung den Dörfern in Samzkhe-Dschawakhetien nicht gestaltet wird.

Die Probleme von Gorelovka wiederholen sich fast in jedem einzelnen Dorf von Samzkhe-Dschawakhetien. Die Bewohner der Dörfer haben keine Selbstverwaltungsorgane, weswegen sie keine Chance haben, an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken und ihre Interessen durchzusetzen. Die Partizipation der lokalen Bevölkerung in Form von demokratischer Mitwirkung und Kontrolle lokaler Regierungen in den Dörfern wurde entweder gar nicht oder nur sehr begrenzt durch die Teilnahme an Wahlen erreicht. Von der EU wurden weder aktive Bemühungen (Befragungen, Interviews, etc.) gemacht, um

¹⁴⁸ Herr Balabavon erzählte im persönlichen Gespräch über die Probleme des Dorfes. Siehe das Interview - In Gorelowka nichts Neues.

die Probleme in politischer Dimension zu entdecken noch die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen, die für alle Menschen des Dorfes die erforderlichen Handlungsspielräume für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen schaffen könnten.

V.2.3 Zwischenergebnis

Lori und Samzkhe-Dschawakhetien gehören zu den größten und wichtigsten Provinzen in Armenien und Georgien. Sie haben ein bestimmtes politisch-administratives System und eine eigene lokale Regierung. Die ökonomische Lage in den Regionen bleibt aber schwierig. Die in der Sowjetzeit gebaute Industrie und Infrastruktur existiert fast gar nicht mehr oder befindet sich in sehr schlechtem Zustand. Die Bevölkerung der beiden Regionen ist sich in sozio-kultureller Hinsicht sehr ähnlich. Die meisten gehören der gleichen ethnischen Gruppe an, mit der gleichen Religion, den gleichen sozialen Strukturen und Traditionen sowie der gleichen Kultur.

Die Analyse der EU-Projekte in Samtskhe-Dschawakhetien und Lori (in der politisch-institutionellen Größenordnung) hat auch deutlich gezeigt, dass in den letzten zehn Jahren von der Europäischen Union nur wenig für die Dezentralisierung dieser Regionen getan wurde. Bei der Förderung demokratischer Strukturen war das wichtigste Ziel der EU die Unterstützung bzw. Verbesserung der Rechtstaatlichkeit in den Regionen.

Laut der EU-Kommission waren die Hauptresultate der eigenen Entwicklungspolitik in den Regionen: die Zunahme an Information und Wissen der Bürger über ihre Rechte und den Umgang mit den staatlichen Behörden, die zunehmenden Qualifikationen der staatlichen Behörden; die Einführung neuer Technologien und Instrumente sowie die Verbesserung der Dienstleistungen und Managementpraktiken. Wenn aber diese Behauptung stimmt und diese Ergebnisse in der Realität erreicht wurden, gibt es auf die Frage nach der realen finanziellen Unabhängigkeit der Regionen nur eine eindeutige Antwort: Von der Europäischen Union wurde in den letzten zehn Jahren fast nichts unternommen, um die dezentralen Regierungen mit eigenen finanziellen Mitteln zu versorgen und ihre Autonomie bezüglich der Verwendung dieser Mittel zu gewährleisten. Demzufolge misslang die finanzielle Dezentralisierung der Regionalverwaltungen in Samtskhe-Dschawakhetien.

Die im vorhergehenden Kapitel vorgestellte Untersuchung weist auch darauf hin, dass trotz der Meinung der EU-Kommission die sektorale Dezentralisierung der Regionen in Georgien und Armenien ebenso misslang. Die

Untersuchung hat bestätigt, dass ungeachtet der offiziellen Zielsetzung der Aktionspläne in den letzten zehn Jahren fast keine Projekte in den Regionen von der EU unterstützt wurden, um eine klare Unterordnung der fachlichen Kapazitäten zu erreichen. Die europäische Entwicklungspolitik versuchte die materialtechnische Basis oder die fachlichen Kompetenzen bestimmter Behörden in den Regionen zu verbessern, was bei einigen Projekten ganz gut gelang wie z.B. in Samzkhe-Dschawakhetien, bei anderen aber wiederum gar nicht wie z.B. in Lori. Die EU hatte jedoch keine klare, effektive Strategie zur sektoralen Dezentralisierung weder in Lori noch in Samtskhe-Dschawakhetien. Demzufolge fehlt den lokalen Regierungen in den Regionen die Fachkompetenz situationsgerechte Lösungen zu finden.

Die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung ist in beiden Regionen ebenfalls nicht vollständig gelungen, weil zum einen nur wenige Projekte der EU diese Zielsetzung hatten und diese Wenigen zum anderen nur geringe Finanzmittel erhielten. Die EU-Entwicklungspolitik war also in dieser Hinsicht nicht aktiv genug, um die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen für die zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen erforderlichen Handlungsspielräume und Anreizsysteme zu schaffen.

Die mehr oder weniger erfolgreichen Projekte zur politisch-institutionellen Entwicklung der Regionen, die von der EU in unterschiedlichen Städten und Dörfern von Lori und Samzkhe-Dschawakhetien durchgeführt wurden, kann man auch nicht als effektiv bezeichnen. Denn dem Multidimensionalen Ansatz zufolge gilt die Regel, dass für jene Aufgaben, die dezentralisiert werden, auch die Finanzen und das Fachpersonal dezentralisiert werden sollen, und dass bei der Gestaltung die Bürger beteiligt werden sollen. Dezentralisierung ohne Finanzautonomie, Fachkompetenz und lokale Demokratie ist zum Scheitern verurteilt.

Die fehlende finanzielle und sektorale Dezentralisierung sowie die fehlende demokratische Möglichkeit zur Mitwirkung der Bürger machte den Einsatz effektiver Entwicklungsstrategien in den Regionen unmöglich. Zur wirksamen Entwicklung der politisch-institutionellen Dimension ist also eine angemessene finanzielle und technische Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses sowohl in Lori als auch in Samzkhe-Dschawakhetien notwendig. Die EU-Entwicklungspolitik sollte daher in erster Linie die finanzielle und sektorale Dezentralisierung fördern und wirksame Kontrollinstanzen zur Kontrolle der realen Umsetzung einsetzen sowie die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen ermöglichen, um effektiver zu werden.

V.3 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – ökonomische Dimension

Die nachhaltige ökonomische Entwicklung und die Armutsbekämpfung waren und bleiben bis heute die wichtigsten Ziele der EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien. Über 40% der Finanzmittel der EU-Entwicklungspolitik wurden dafür verwendet, in den Regionen eine sozio-ökonomische Entwicklung zu erreichen.¹⁴⁹ Die Projekte und Programme der europäischen Entwicklungszusammenarbeit konzentrierten sich auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien und des regionalen Stromaustauschs, auf die nachhaltige Bewirtschaftung, den Auf- und Ausbau der Infrastruktur sowie auf den Wiederaufbau der lokalen Unternehmen.¹⁵⁰ Dadurch sollte letztendlich die Armut bekämpft und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung erreicht werden.

In fast allen Berichten vertrat die EU-Kommission die Meinung, dass für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung von Armenien und Georgien sowie für die Armutsbekämpfung, auch in den Provinzen Lori und Samzkhe-Dschawakhetien, die EU-Entwicklungspolitik das entscheidende Instrument ist. Trotz aller Probleme haben Armenien und Georgien, laut der EU-Kommission, wichtige Fortschritte auf dem Weg zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und der Armutsbekämpfung gemacht (siehe EC 2014, Country Progress Report Armenia. S. 7 ff. Siehe auch EC 2014, Country Progress Report Georgia, S. 10 ff.). Diese Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in den Provinzen von Georgien und Armenien wurde aber von anderen internationalen und nationalen Institutionen nicht vollständig geteilt. Die Quellen weisen darauf hin, dass die Bewohner der Regionen nicht in der Lage sind, ihre grundlegendsten materiellen Bedürfnisse zu befriedigen.

Vom deutschen Auswärtigen Amt wurde auch betont:

„ein großer Teil der georgischen Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Gebieten (wie z.B. in Samzkhe-Dschawakhetien) leidet unter Armut, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. (...) Die georgische Wirtschaft weist weiterhin erhebliche strukturelle Defizite auf. Die industrielle Produktion ist gering ausgeprägt

¹⁴⁹ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. S. 7. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2014): Country Progress Report 2013 – Georgia. S. 10. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁵⁰ Auswärtiges Amt (2014): Armenien – Beziehungen zu Deutschland. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Bilateral_node.html abgerufen am 16.06.2016

*und entwickelt. Es gibt keine dominanten Sektoren oder Güter (wie z.B. Rohstoffe) und Dienstleistungen (z.B. Tourismus). Die georgische Landwirtschaft ist trotz zunehmender staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wegen kleinteiliger Strukturen und mangels moderner Ausstattung und Investitionen weiterhin entwicklungsbedürftig. Die vorherrschende Wirtschaftsform dort ist die Subsistenzwirtschaft.*¹⁵¹

Die Ursache des niedrigen Wirtschaftswachstums (siehe Anhang VIII) ist nach dem Bertelsmann Transformationsindex das nicht ausreichende Tempo der wirtschaftlichen Transformation zur freien Marktwirtschaft. Georgien weist also keine wesentliche Verbesserung in allen wirtschaftlichen Indikatoren in den letzten sechs Jahren auf und bleibt auf Platz 57 (zwischen Kosovo und Vietnam) von 129 Ländern.¹⁵² Selbstverständlich können auch andere Gründe für die fehlende Wirtschaftsentwicklung des Landes genannt werden, aber die Tatsache, dass die georgische Wirtschaft sich sehr langsam oder gar nicht entwickelt, weswegen ein Großteil der Bevölkerung unter Armut leidet, wird von keinem Experten bzw. keiner internationalen Organisation in Frage gestellt.

Die wirtschaftliche Lage von Armenien und insbesondere seinen ländlichen Regionen sieht noch schlechter aus. Das Pro-Kopf-Einkommen in Armenien liegt durchschnittlich unter 3.000 US-Dollar pro Jahr auf Platz 120 von 186 Ländern¹⁵³. Wie in Georgien leidet auch hier die Bevölkerung, besonders in den ländlichen Regionen, unter großer Armut. In absoluter Armut lebt ca. 40% der Bevölkerung.¹⁵⁴ 2013 lag die Arbeitslosenquote offiziell bei 16,2%. Inoffiziell gesteht das statistische Amt jedoch eine wesentlich höhere verdeckte Arbeitslosigkeit von um die 30% ein. Tatsächlich dürfte die Quote noch höher liegen. Nichtregierungsorganisationen schätzen sie auf bis zu 40%. Sehr viele Menschen sind im informellen Sektor tätig. Ihre Einkommen werden nicht versteuert. Beinahe die Hälfte der Erwerbstätigen ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Subsistenzwirtschaft ist weit verbreitet.¹⁵⁵ Für die Jahre 2014 und

¹⁵¹ Auswärtiges Amt (2015): Georgien, Wirtschaft. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Georgien/Wirtschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁵² BTI (2014): Georgien. Auf: <http://knoema.de/GSBTI2014/bertelsmann-transformation-index-2014?regionId=GE> abgerufen am 16.06.2016

¹⁵³ International Monetary Fund (2014): World Economic Outlook Database, April 2014. Georgia. Washington.

¹⁵⁴ Weltbank (2015): Armenia. Poverty headcount ratio at national poverty lines. Auf: <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC/countries/AM?display=graph> abgerufen am 16.06.2016

¹⁵⁵ Germany Trade and Invest (2014): Wirtschaftsentwicklung Armenien 2013/14. Auf: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsent>

2015 verzeichnete die Weltbank einen Rückgang der Wirtschaft um 1 bis 3% (siehe Anhang IX). Dies wurde mit Armeniens Abhängigkeit von der russischen Wirtschaft, die aufgrund der Ukraine-Krise und der fallenden Ölpreise strauchelt, sowie den fallenden Kupferpreisen am Weltmarkt begründet.¹⁵⁶

Nach dem deutschen Auswärtigen Amt konnte das 2013 erreichte Wirtschaftswachstum von 3,5% nicht für einen nachhaltigen Aufschwung der Wirtschaft sorgen. Vor allem die drastische Anhebung des Gaspreises durch Russland, der Rückgang von Auslandsüberweisungen und die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland haben die Wirtschaft negativ beeinflusst. Beim Korruptionswahrnehmungsindex 2014 von Transparency International nahm Armenien unverändert im Vergleich zum Vorjahr Rang 94 (von 175) ein.¹⁵⁷ Im Jahr 2011 verlieh eine der am meisten respektierten und bekannten Wirtschaftszeitschriften in der Welt, das Forbes-Magazin, Armenien den zweiten Platz in der Weltrangliste der Staaten mit den schlimmsten wirtschaftlichen Verhältnissen.¹⁵⁸

Die oben genannten Quellen und Zahlen weisen sehr deutlich darauf hin, dass die wirtschaftliche Situation in beiden Staaten sowie in den zwei Zielregionen trotz der EU-Unterstützung seit Jahren immer noch sehr problematisch ist. Um die Wirksamkeit Europäischer Entwicklungspolitik in der ökonomischen Dimension besser einschätzen zu können, werden klare Antworten auf die folgende Fragen gesucht: Was wurde von der EU-Entwicklungspolitik in den Regionen falsch bzw. richtig gemacht? Um diese Frage zu beantworten, werden von der EU benutzte Strategien zur nachhaltigen ökonomischen Entwicklung der Regionen mit den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes verglichen.

In Kapitel II.3.2.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass der multidimensionale Ansatz als wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik zur

wicklung,t=wirtschaftsentwicklung-armenien-201314,did=1084006.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁵⁶ Weltbank (2015): Armenia. Real GDP growth. Auf: <http://www.worldbank.org/en/publication/global-economic-prospects/data?variable=NYGDPMKTPKDZ&region=ECA> abgerufen am 16.06.2016

¹⁵⁷ Auswärtiges Amt (2015): Armenien, Wirtschaft. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Wirtschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁵⁸ Forbes (2011): The World's Worst Economies. Auf: <http://www.forbes.com/sites/danielfisher/2011/07/05/the-worlds-worst-economies/> abgerufen am 16.06.2016

Förderung der ökonomischen Größenordnung auf regionaler Ebene die Förderung der kontextgerechten ökonomischen Möglichkeiten sowie den Aufbau von für Wirtschaftsaktivitäten erforderlichen ökonomischen Dienstleistungssystemen sieht (RAUCH 2009, S. 151). Die Zielsetzung des multidimensionalen Ansatzes auf regionaler Ebene ist es, neue ökonomische Möglichkeiten unter den Bedingungen der Globalisierung bzw. einer sozialverträglichen gestalteten Globalisierung zu identifizieren und deren Nutzung zu erleichtern. Um diese Ziele zu erreichen, bietet der Ansatz bestimmte Strategien, welche in den folgenden drei strategischen Grundorientierungen zusammengefasst werden können: dem Ansatz der armuts- und livelihoodorientierten regionalen Wirtschaftsförderung, dem stärker wachstumsorientierten Ansatz der regionalen systemischen Wettbewerbsfähigkeit und dem Wertschöpfungsketten-Ansatz (a.a.O. S. 173).

Wieweit wurden also die oben genannten Ansätze von der EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzkhe-Dschawachetien benutzt? Werden neue ökonomische Möglichkeiten identifiziert und gefördert? Passten die EU-Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zu den Strategien des multidimensionalen Ansatzes? Das sind die zentralen Fragen, die im folgenden Kapitel beantwortet werden sollen, um im Weiteren festzustellen, wie effektiv die EU-Politik für die Entwicklung der politisch-institutionellen Dimension in Lori und Samzkhe-Dschawachetien war.

V.3.1 Identifizierung neuer ökonomischer Möglichkeiten in den Regionen

In Lori und Samzkhe-Dschawachetien hatte die EU sich das Ziel gesetzt, die regionale und ländliche Entwicklung zu fördern, die Entwicklung der Infrastruktur zu unterstützen und die Armut zu bekämpfen. Das waren die Hauptprioritäten der EU-Entwicklungspolitik der letzten zehn Jahre. Die meisten Projekte im Rahmen dieser Politik konzentrierten sich auf diese Ziele (EC 2007, ENP-Aktionsplan EU-Armenien S. 8 und EU-Georgien S. 9). Um diese Ziele sowie eine nachhaltige ökonomische Entwicklung zu erreichen, hat die EU über 40 unterschiedliche Projekte in Lori und knapp 50 Projekte in Samzkhe-Dschawachetien durchgeführt. Dabei wurden auch mehrere Millionen an Fördergeldern als direkte Unterstützung oder Budgethilfe verwendet. Durch die Projekte wurde versucht, eine Strategie zur Entwicklung des ländlichen Sektors, der Infrastruktur und zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten und zu implementieren, gesetzliche Reformen zu fördern, technische und finanzielle Unterstützung zu leisten, Ausbildungsprogramme und Informationskampagnen zu organisieren sowie Innovationen zur Modernisierung der Wirtschaft zu fördern.

Um die oben genannten Ziele zu erreichen, sollte aber die EU-Entwicklungspolitik nach dem multidimensionalen Ansatz in einem ersten Schritt die ökonomischen Möglichkeiten für arme Bevölkerungsgruppen identifizieren und danach entsprechend fördern. Die armuts- und livelihoodorientierte regionale Wirtschaftsförderungsstrategie bietet eine bestimmte Methodik zur Identifizierung dieser Möglichkeiten. Wie bereits erwähnt (Kapitel II), umfasst die Methode zehn Schritte: Analyse der Livelihood-Systeme wichtiger Zielgruppen; regionale Analyse der wirtschaftlichen Aktivitäten etc. (siehe RAUCH 2009, S. 182). Dies sollte letztendlich in den Regionen vorhandene, aber nicht genutzte Ressourcen bzw. eine bestehende Nachfrage identifizieren und dementsprechend später eher wachstums- oder armutsorientierten Wirtschaftsförderstrategien nutzen.

Ohne eine solche Analyse wird logischerweise für die Geber der Entwicklungshilfe nicht klar, was und in welchem Maße in den Regionen unterstützt werden sollte. Selbstverständlich könnte die Entwicklungspolitik sich nur auf die Lösung der schon existierenden Probleme konzentrieren (z.B. auf den Straßenbau oder Armutsbekämpfung), aber ohne die Schaffung neuer ökonomischer Möglichkeiten kann auch keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden (siehe Rauch 2009, Wirtschaftliche Dimension). Deswegen war das Ziel der eigenen empirischen Untersuchung sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien, in erster Linie festzustellen, inwieweit die EU Versuche zur Identifizierung ökonomischer Möglichkeiten durchgeführt hat.

Die in Kapitel III.1 vorgestellte rechtliche Grundlage der EU-Entwicklungspolitik machte bereits klar, dass sich die Zielsetzung der europäischen Entwicklungspolitik auf die Landesstrategiepapiere und Aktionspläne für das jeweilige Land bezieht. Diese Dokumente bestimmen also, was und wie in den nächsten Jahren gefördert werden soll. Die Aktionspläne werden laut der EU-Kommission in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Regierung erarbeitet. Innerhalb dieses Prozesses diskutieren die EU-Vertreter und lokalen Experten über die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen in bestimmten Bereichen und nach Abschluss dieser Beratungen werden die konkreten Projekte ins Leben gerufen. Die europäischen Experten führen jedoch keine empirische Untersuchung der lokalen Situation, zumindest nicht auf regionaler Ebene, durch sondern beziehen sich auf Informationen lokaler Experten (meistens Vertreter der unterschiedlichen Ministerien, aber auch von unabhängigen NGOs).¹⁵⁹ Die lokale Regierung informiert also die EU, wie die Situation in der Region ist und

¹⁵⁹ Aus dem persönlichen Gespräch mit dem Vertreter der EU in Georgien.

was sie braucht. Auf Basis dieser Informationen führt dann die EU-Kommission bestimmte entwicklungspolitische Maßnahmen in der jeweiligen Region durch.

Die empirische Untersuchung in den zwei Zielregionen hat ergeben, dass von den Lokal- oder Zentralregierungen von Armenien und Georgien in den letzten zehn Jahren keine Analyse der vorhandenen, nicht genutzten ökonomischen Möglichkeiten durchgeführt wurde. Die Arbeit der staatlichen Behörden begrenzt sich auf die Identifizierung der existierenden Probleme in den Regionen, wobei keine dimensionalübergreifende Strategie zur Lösung dieser Probleme existiert, zumindest wissen die Mitarbeiter der unterschiedlichen Ministerien von Georgien und Armenien nichts über eine solche Strategie.¹⁶⁰

Diese Tatsache zeigt deutlich, dass sowohl der lokalen Regierung als auch der Europäischen Kommission bei der Wirtschaftsförderung in Lori und Samzke-Dschawakhetien ein entscheidender Schritt zum Einsatz wirksamer Strategien der ökonomischen Entwicklung fehlt. Im kleineren Umfang werden in bestimmten Fällen, meist zur Lösung schon existierender Probleme, von den Regierungen einige Einkommens- und Ernährungsmöglichkeiten identifiziert. Aber eine umfassende Methode zur Identifizierung aller ökonomischen Möglichkeiten fehlt trotzdem. Außerdem wird bei der Identifizierung bestimmter Probleme, Lösungswege und neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten nur eine ökonomische Analyse durchgeführt. Die Analyse der Zusammenhänge von Ökosystemen berücksichtigt in der Regel keine sozialen und kulturellen Zusammenhänge in den Regionen.

Lori – die Natur in Gefahr!¹⁶¹

„In Lori existiert eine einzigartige Synthese von Natur- und Kulturlandschaft. Diese befindet sich aber in Gefahr. Die Wirtschaft des Landes entwickelt sich, worüber man sich nur freuen kann. Dies geschieht aber ohne ein wachsendes Umweltbewusstsein. Die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Wirtschaftsentwicklung führen zu immer mehr Schäden an dem Natur- und Kulturerbe. Die Situation ist ein Resultat der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung in den

¹⁶⁰ Eigene Feldforschung in den Zielregionen von November 2014 bis März 2015; sowie Juli - September 2015.

¹⁶¹ Aus dem Interview mit Frau Karine Danelian, der ehemaligen Ministerin für Naturschutz von Armenien und Leiterin der Assoziation für nachhaltige Entwicklung in Armenien. Siehe auf: <http://www.arminfo.info/index.cm?objectid=2C70-C5DC-11E4-9C663> abgerufen am 16.06.2016

letzten 20 Jahren. Die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre bedingten die Hauptpriorität, eine kurzfristige Befriedigung der Bedürfnisse von armen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, wobei die frühere in kultureller und sozialer Hinsicht angemessene Politik ihre Bedeutung verlor.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben sich also die Prioritäten der Regierungspolitik geändert. Diese konzentriert sich viel mehr auf die Armutsbekämpfung. Die Natur bzw. die Sozialpolitik sind zurückgestellt worden. Deswegen wurden bei der Planung der Wirtschaftspolitik soziale und kulturelle Zusammenhänge in den Regionen gar nicht oder nur wenig berücksichtigt.“

Die Regierungen von Armenien und Georgien führen also keine vollständige Analyse der ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durch. Jedoch wären solche Analysen essenziell um bessere Strategien zur Wirtschaftsentwicklung zu erarbeiten und den europäischen Experten mehr wertvolle Informationen geben zu können. Trotz dieser Tatsache bleibt eine Frage ohne Antwort: Warum führte die EU keine eigene Analyse der vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durch?

Ohne die Identifizierung dieser Möglichkeiten ist es sehr schwer, eine passende Entwicklungsstrategie zu erarbeiten. Man kann nichts entwickeln, wenn man nicht weiß, was entwickelt werden soll. Wenn man sich bei diesem Arbeitsschritt auf die Angaben der lokalen Regierung bzw. der NGOs bezieht, muss die Frage nach der Glaubwürdigkeit der erhaltenen Daten gestellt werden. Diese sollten zumindest von eigenen Experten überprüft werden, was im Fall von Armenien und Georgien nicht stattfand. Eine einfache Überprüfung hätte sehr deutlich zeigen können, dass die Regierungen keine Analyse neuer ökonomischer Möglichkeiten durchführen. Selbstverständlich sind solche Analysen mit Kosten verbunden. Diese Investition lohnt sich jedoch, wenn im Anschluss nicht Millionen an Fördergeldern für Projekte verschwendet werden, die die existierenden ökonomischen Möglichkeiten nicht in Anspruch nehmen und deswegen letztendlich keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Zielregionen erreichen.

Trotz der fehlenden Identifizierung der ökonomischen Möglichkeiten in Lori und Samzke-Dschawakhetien könnte die EU-Entwicklungspolitik wirksam sein, wenn sie bestimmte Förderstrategien zur Entwicklung bzw. Verbesserung fehlender Infrastruktur, schlecht funktionierender Märkte, unzureichender ökonomischer Dienstleistungen und identifizierter Vermarktungskanäle einsetzen würde. Diese Faktoren beschränken bzw. verhindern die erfolgreiche Nutzung ökonomischer Möglichkeiten durch die Bürger. Um für die Zukunft

die Grundlagen für eine effektive Förderung der neuen ökonomischen Möglichkeiten zu schaffen, muss an diesem Bereich gearbeitet werden.

Die Verbesserung der regionalen Infrastruktur, insbesondere zur Verbesserung des Transportwesens ist dabei für die Durchführung einer wirksamen Strategie der Wirtschaftsförderung in beiden Regionen entscheidend. Die Regionen liegen ca. 200 km von den jeweiligen Hauptstädten entfernt, welche gleichzeitig die ökonomischen Zentren des Staates sind. Ein besserer Anschluss an das nationale Transportnetzwerk könnte den Bewohnern der Regionen neue Möglichkeiten auf externen Märkten eröffnen sowie die lokalen Märkte für externe Akteure, Waren und Dienstleistungen erschließen. Somit ist die Verbesserung der regionalen Infrastruktur der Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei ist es unerlässlich, dass sowohl Transportwege für motorisierte als auch für unmotorisierte Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Grundvoraussetzung für die erfolgreiche ökonomische Entwicklung von Lori und Samzke-Dschawakhetien ist also eine wirksame Strategie zur Entwicklung der Infrastruktur.

V.3.2 Wiederaufbau und Entwicklung der Infrastruktur – Untersuchung in Lori

In den letzten zehn Jahren förderte die EU ca. 15 Projekte, die auf den Wiederaufbau und die Entwicklung der Infrastruktur in Lori abzielten. Die Provinz profitierte in diesem Bereich nicht nur von den finanziellen Mitteln der Nachbarschaftspolitik, sondern auch von den zinsgünstigen Krediten der EIB. Das erwartete langfristige Ergebnis dieser Projekte war die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft, was durch die verbesserte Infrastruktur erreicht werden sollte. Die EU-Kommission beurteilte den Einfluss der Projekte in diesem Bereich positiv und plante noch mehr Unterstützung bei der Verbesserung der Infrastruktur in Lori innerhalb der folgenden Jahren.¹⁶²

Das wichtigste Projekt für den Aufbau der Infrastruktur nicht nur in Lori, sondern in ganz Armenien, war ohne Zweifel die sogenannte „Nord-Süd-Straßenverbindung Armenien“.¹⁶³ Das Projekt war Teil eines Gesamtprogramms, das darauf ausgerichtet war, die Nord-Süd-Straßenverbindung in Ar-

¹⁶² EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Armenien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁶³ EIB (2010): Nord-Süd-Straßenverbindung in Armenien. Auf: <http://www.eib.org/projects/pipeline/2010/20100130.htm?lang=de> abgerufen am 16.06.2016



Foto 10: Autobahn M-3, renoviert im Rahmen des Projekts „Nord-Süd-Straßenverbindung Armenien“ (eigene Aufnahme 30.07.2015)

menien zu verbessern und zu modernisieren. Für das Projekt wurden zwischen 2013 und 2014 über 60 Mio. Euro ausgegeben. Im Rahmen des Projekts wurden in der Provinz Lori mehrere Hundert Kilometer alter Autobahnen renoviert. Die wichtigsten davon waren die M-3 (16 km) zwischen Stepanavan und Tashir und die M-6 (ca. 40 km) von Alaverdi bis zu georgischen Grenze.

Die M-3 wurde 2014 komplett renoviert und befindet sich bis heute in gutem Zustand. Die Straße erleichtert die Verbindung zwischen zwei wichtigen Städten der Region. Die Bewohner der kleinen Dörfer haben dadurch die Möglichkeit, die Städte leichter zu erreichen. Grundsätzlich sind die Bürger mit der neuen Straße zufrieden, denn sie sparen durch diese nicht nur Zeit, sondern auch Geld für Autoreparaturen, die durch den schlechten Zustand der Straße in der Vergangenheit häufiger notwendig wurden. *„Heute dauert der gleiche Weg ca. 20 Minuten, für den man früher gute 40 Minuten brauchte.“*¹⁶⁴ Nur befürchtet man jetzt in der Region, dass die Straße nicht instandgehalten wird und deswegen bald wieder in den alten Zustand zurückfallen wird.

Bei der Autobahn M-6 sieht die Situation ähnlich aus. Diese wurde 2014 renoviert und ist die Hauptstraße im Norden Armeniens. Durch die Straße

¹⁶⁴ Erzählt Herr Margarzan der Vorsitzende von Chochkan Gemeinde, Interview siehe unten.

haben die Bewohner der Region die Möglichkeit, Georgien leicht zu erreichen. Die M-6 ist auch entscheidend für die Armenier, die in Georgien, vor allem in Samzke-Dschawakhetien, wohnen und enge wirtschaftliche Beziehungen mit Armenien haben. Die Straße befindet sich bis heute in gutem Zustand und ermöglicht die Fahrt mit einer Geschwindigkeit von 140 km/h, was früher den Bewohnern zufolge völlig unvorstellbar war.

Wegen der klimatischen Besonderheiten benötigt (viel Schnee im Winter und regelmäßige Bergstürze) die Straße ständige Sanierung, was bisher von der Regierung übernommen wurde. Die M-6 spielt nach Meinung der Bewohner der Region eine positive Rolle für die Wirtschaftsentwicklung von Lori und gibt zudem vielen Menschen die Möglichkeit, in engem Kontakte zu Verwandten auf beiden Seiten der Grenze zu bleiben.

Neue Wege - neue Chancen¹⁶⁵

„Durch die Unterstützung der Europäischen Union wurde bei uns viel Gutes getan. Es wurde die Dorfstraße, die das Dorf mit der M-6 verbindet, renoviert sowie das Energielieferungssystem und das Kommunikationssystem des Dorfes modernisiert oder neu errichtet. All das hat den Bewohnern des Dorfes die Möglichkeit gegeben, ihre Waren (Kartoffeln, Milchprodukte etc.) in das Provinzzentrum zu transportieren und dort zu verkaufen. Außerdem wurde die Kommunikation mit den anderen Dörfern und Städten verbessert. Es ist viel einfacher geworden, die Verwandten zu besuchen oder Wirtschaftspartner in anderen Orten zu finden. Projekte, die unsere Infrastruktur verbessern und dadurch unser Leben vereinfachen, kann man nur begrüßen. Solche Projekte schaffen nicht nur neue Straßen in Lori, sondern auch neue Chancen für die einfachen Bürger, also Chancen auf ein besseres Leben.“

Bemerkenswert ist hier auch, dass die Bewohner der Region die EU-Politik im Bereich der Infrastruktur ausschließlich positiv bewerten, obwohl viele nicht wissen, dass neue Straßen, Autobahnen oder Bahnlinien mit Mitteln und Hilfe der EU-Entwicklungspolitik renoviert bzw. neu gebaut wurden. Fast alle befragten Personen und Interviewpartner äußerten die Meinung, dass sich die Infrastruktur heute im besten Zustand seit der Sowjetzeit befindet. So gaben die meisten Befragten (ca. 70%) an, dass durch die EU-Entwicklungspolitik die regionale Infrastruktur und dabei besonders die Transportwege, neu aufgebaut bzw. verbessert wurde (einige Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015).

¹⁶⁵ Aus dem Interview mit Herr Margarian, dem Vorsitzenden der Chochkan Gemeinde. Siehe das Interview – „Neue Wege - neue Chancen“.



Foto 11: Autobahn M-6, renoviert im Rahmen des Projekts „Nord-Süd-Straßenverbindung Armenien“ (eigene Aufnahme 09.08.2015)

Generell positiv wurden von der Bevölkerung auch weitere Einzelprojekte zur Entwicklung bzw. Modernisierung der Infrastruktur in Lori bewertet z.B. das Projekt “Transactional e-Governance Development in Armenia”¹⁶⁶, das die Kommunikation zwischen Bürgern und Unternehmen einerseits und den staatlichen Verwaltungsorganen andererseits erleichtern sollte. Durch die Entwicklung der E-Anwendungen sollte die Effektivität der verschiedenen staatlichen Behörden verbessert werden. Im Rahmen des Projekts wurde die Internetseite (www.e-gov.am) entwickelt. Diese funktioniert bis heute und bietet unterschiedliche Services. Auf der Internetseite erhält man wahlweise auf Englisch oder Armenisch Informationen über verschiedene Gesetze und staatliche Behörden. Außerdem kann man das eigene Unternehmen online registrieren. Es besteht auch die Möglichkeit, alle notwendigen Lizenzen in elektronischer Form zu erhalten. Zudem kann man fast alle Steuern online bezahlen. Die meisten Services sind darüberhinaus kostenlos. Nach der Durchführung des Projekts stieg Armenien im “E-Government Development Index”

¹⁶⁶ Delegation of the European Union to Armenia (2014): Transactional e-Governance Development in Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/297958_en.htm abgerufen am 16.06.2016

der Vereinten Nationen zum ersten Mal seit seiner Unabhängigkeit auf Platz 61 und zählt damit zu den Ländern mit entwickeltem E-Government System.¹⁶⁷

Zu den erfolgreichen Projekten, die die gesetzten Ziele erreicht haben, zählt auch die sogenannte „Grenzüberschreitende Infrastruktur“.¹⁶⁸ Im Rahmen des



Karte 3: Grenzübergang Gogavan zwischen Georgien und Armenien. Quelle: www.google.de/maps/place/gogavan,lori,armenia abgerufen am 11.03.2016

Projekts wurden die Grenzübergänge Bagratashen, Bavra und Gogvan (Provinz Lori) an der Grenze zu Georgien sowie die entsprechenden Zufahrtstraßen mit einer Gesamtlänge von sieben Kilometern modernisiert oder neu gebaut. Das Projekt beinhaltete außerdem auch den Bau einer größeren Brücke. Das Projekt sollte den freien und grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr erleichtern und gleichzeitig die Sicherheit an den Grenzen aufrechterhalten. Zu diesem Zweck sollten alle notwendigen Voraussetzungen für wirksame Grenz-, Zoll- und sonstige Kontrollen geschaffen werden.

In Gogavan wurde durch das Projekt die grenzüberschreitende Infrastruktur offensichtlich verbessert. Dort, wo früher nur ein kleines Zelt und ein Schlagbaum mit zwei Zollbeamten standen, wurde die gesamte Zollinfrastruktur neu

¹⁶⁷ UN (2014): e-government survey 2014. Armenia. S. 199. Auf: http://unpan3.un.org/egovkb/Portals/egovkb/Documents/un/2014-Survey/E-Gov_Complete_Survey-2014.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁶⁸ EIB (2014): Grenzüberschreitende Infrastruktur. Auf: <http://www.eib.org/projects/pipeline/2011/20110563.htm?lang=de> abgerufen am 16.06.2016



Foto 12 & 13: Neues Zollhaus und Grenzübergang in Gogavan (eigene Aufnahme 30.08.2015)

gebaut. Im Rahmen des Projekts wurden ein neues Zollhaus sowie ein Warenlager gebaut und mit neuer Technik versorgt (siehe Foto: 12 & 13). Den Zollbeamten zufolge besteht heute die Möglichkeit an diesem Grenzübergang täglich ca. 200 PKW- bzw. LKW- sowie knapp 1.000 Personenkontrollen durchzuführen, was drei Mal mehr ist als vor fünf Jahren.¹⁶⁹

Die Menschen auf beiden Seiten der Grenze können jetzt ihre Waren schneller, einfacher und vor allem legal transportieren. Früher dauerte die ganze Prozedur sehr lange, obwohl dabei weder die PKW noch die Waren richtig kontrolliert werden konnten. Dementsprechend waren die wirtschaftlichen Konsequenzen nach Durchführung des Projektes eindeutig positiv. Dieses hatte auch einen begrüßenswerten Einfluss auf die soziale Dimension. So können nun die Bewohner von Armenien und Georgien ihre schon existierenden oder neuen persönlichen Kontakte pflegen und weiterentwickeln.

Diese Beispiele weisen darauf hin, dass die Projekte der EU zur Entwicklung bzw. zum Wiederaufbau der Infrastruktur in Lori grundsätzlich erfolgreich durchgeführt wurden. Es gelang durch die Projekte die Infrastruktur der Region wesentlich zu verbessern und für viele Menschen neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu erschließen. Damit wurde von der EU eine gute Basis für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Lage in Lori geschaffen. Durch die richtige Förderstrategie wäre es möglich, in der Region die Wirtschaft zu entwickeln und gleichzeitig die Armut zu bekämpfen. Allerdings benötigen die Projekte dafür eine langfristige und nachhaltige Förderung. Ohne weitere Instandhaltungsmaßnahmen können z.B. die gebauten Straßen in der Region

¹⁶⁹ EC (2015): Enhancement of Border management capabilities an Ninotsminda-Bavra BCP between Georgia and Armenia (NBIBM). Auf: <http://scibm.org/project/> abgerufen am 16.06.2016

nicht lange ihre Funktion erfüllen. Der positive Einfluss der Projekte wird also nur dann erhalten bleiben, wenn diese weiter unterstützt werden; Wenn nicht von der EU, dann von der lokalen Regierung. Dies hätte jedoch im Idealfall vor Durchführung des Projekts festgelegt sollen, was jedoch nicht geschehen ist.

V.3.3 Wiederaufbau und Entwicklung der Infrastruktur – empirische Untersuchung in Samzkhe-Dschawakhetien

Die im Rahmen der EU-Entwicklungspolitik durchgeführten Projekte zum Wiederaufbau bzw. zur Entwicklung der Infrastruktur in Samzkhe-Dschawakhetien hatten fast vollständig dieselben Ziele und Maßnahmen wie vergleichbare Projekte in Lori. In den letzten zehn Jahren förderte die EU ca. 20 Projekte in der Region, welche die Infrastruktur von Samzkhe-Dschawakhetien modernisieren und dadurch die Armut bekämpfen sowie die Wirtschaft entwickeln sollten.¹⁷⁰ Samzkhe-Dschawakhetien profitierte, wie Lori, nicht nur von den finanziellen Mitteln der Nachbarschaftspolitik, sondern auch von den zinsgünstigen Krediten der EIB. Beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung der Infrastruktur in Samzkhe-Dschawakhetien beurteilte die EU-Kommission auch hier den Einfluss der Projekte positiv und plante noch mehr Unterstützung in den folgenden Jahren.

Das wichtigste Projekt in Samzkhe-Dschawakhetien, das die Infrastruktur aufbauen und modernisieren sollte, war das sogenannte „Fernstraßen-Modernisierungs-Projekt“.¹⁷¹ Das Ziel dieses Projekts war die Verbesserung des Straßennetzes im ganzen Land. Im Rahmen des Projekts wurden vor allem die Autobahnen in den südlichen Provinzen von Georgien modernisiert. Dadurch sollten die großen Städte des Landes mit Armenien verbunden werden. In Samzkhe-Dschawakhetien wurden insgesamt 224 Kilometer an Straßen modernisiert oder neu gebaut. Durch die EU-Budgethilfe hat die georgische Regierung in der Region die Autobahnen S-11 und S-8 wieder instand setzen können. Es wurden aber auch mehrere kleine Autobahnen und Straßen saniert (z.B. Sulda-Kartskhaki-Türkische Grenze - Länge 16 km; Khertvisi-Vardzia – Länge elf km; Teleti-Koda-Asureti - 18 km u.a.).

¹⁷⁰ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projects. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹⁷¹ EIB (2012): EIB supports upgrade of road infrastructure in Georgia with EUR 170 million. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2012/2012-058-eib-supports-upgrade-of-road-infrastructure-in-georgia-with-eur-170-million.htm> abgerufen am 16.06.2016



Foto 14: Autobahn S-11, renoviert mit Hilfe der EU-Finanzierung (eigene Aufnahme 02.09.2015)

Die im Rahmen des Projekts renovierten Autobahnen S-11 und S-8 befinden sich heute in gutem Zustand. Die S-11 führt von Akhalziche bis zur Grenze von Armenien. In Armenien führt die Straße als M1 weiter nach Gjumri. Die gesamte S-11 ist Teil der Europastraße 691. Die S8 verläuft durch Chaschuri und Akhalziche bis zur türkischen Grenze. In der Türkei führt die Straße als D955 weiter bis Ardahan. Zwischen Akhalziche und der Türkei ist auch diese Straße Teil der Europastraße 691.

Beide Autobahnen sind also nicht nur von regionaler, sondern auch von internationaler Bedeutung. Sie ermöglichen eine bessere Verbindung zwischen Nachbarstaaten. Diese Unterstützung der Kommunikationsmöglichkeiten hatte ohne Zweifel einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der ganzen Provinz. Ähnlich wie in Lori befürchtet aber die Bevölkerung in Samzkhe-Dschawakhetien ebenfalls, dass die eigene Regierung nicht in der Lage ist, die Straßen in ihrem guten Zustand zu halten und, dass diese in wenigen Jahren wieder unbenutzbar sein werden.

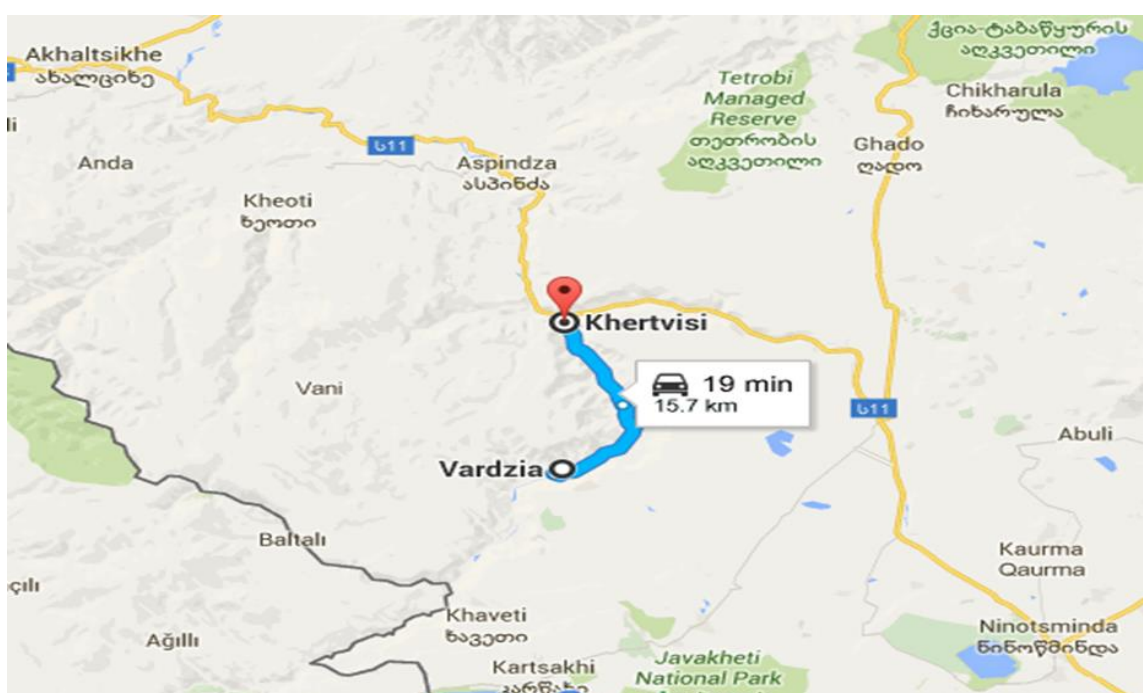
Khertvisi-Vardzia¹⁷²

In einem Privatgespräch äußerte eine Bewohnerin des kleinen Dorfes Gogasheni (ca. zwei Kilometer von Vardzia), die Meinung, dass der Bau der

¹⁷² Siehe das Interview - Khertvisi-Varzia.

neuen Straße Khertvisi-Vardzia, eindeutig positiven Einfluss auf ihr Leben gehabt habe. „Wegen der Krankheit meiner Eltern muss ich einmal pro Woche zwischen Khertvisi und Gogasheni hin- und herfahren. Früher dauerte die Fahrt ca. eine halbe Stunde, doppelt so lang wie heute und ehrlich gesagt war die Strecke lebensgefährlich (siehe Karte 4). Vor allem im Winter, wenn Schnee lag, konnte man die 20 Kilometer mit einem normalen Auto gar nicht schaffen. Es bestand die Gefahr, irgendwo auf der Straße stehen zu bleiben, ohne irgendeine Möglichkeit die Hilfe zu erhalten. Heute können wir jederzeit in Kontakt bleiben.“

Für die Bewohner von Gogasheni ist diese Straße auch der kürzeste Weg zur Autobahn S-11 die weiter zur Hauptstadt führt. Sie ist auch eine Verbesserung für unsere wirtschaftliche Situation. Sie macht die Verbindung zum Kulturdenkmal Vardzia, das auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes steht, sehr einfach und heute kommen zu uns viel mehr Touristen als früher.“



Karte 4: Straße Khertvisi-Vardzia. Quelle: www.google.de/maps/varzia abgerufen am 11.06.2016

In Samzkhe-Dschawakhetien, wie auch in der Provinz Lori, hat die Mehrheit der Bevölkerung generell eine positive Meinung zu den Projekten zur Verbesserung der Infrastruktur. Fast jeder Befragte hat betont, dass sich die Infrastruktur der Region in den letzten Jahren deutlich verbessert hat: Es wurden viele neue Straßen gebaut, beim Straßenbau haben viele Bewohner Arbeit gefunden, die Straßen verbessern die wirtschaftliche Situation etc. Auch hier wussten die Bewohner jedoch überwiegend nicht, von wem der Straßenbau gefördert wurde, aber der Aufbau der Infrastruktur selbst wurde als positiver Schritt angesehen. Die Mehrheit der Befragten in Samzkhe-Dschawakhetien

(ca. 85%) gab an, dass die regionale Infrastruktur (insbesondere das Transportverkehrsnetz) in den letzten Jahren verbessert wurde. Nur 5% teilten diese Meinung nicht, einige Wenige konnten auf die Frage keine Antwort geben (eigene Befragung der Bevölkerung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015).

In Samzkhe-Dschawakhetien wurden auch andere Projekte zum Wiederaufbau bzw. zur Modernisierung der Infrastruktur positiv bewertet. So wurde beispielweise das Projekt "Promote the strengthening of e-governance in Georgia" als erfolgreich eingeschätzt. Das Projekt förderte die Entwicklung der online-Dienste, welche die Kommunikation der Bürger und Unternehmen mit den staatlichen Verwaltungsorganen erleichtern sollten. Wie in Lori hoffte man durch die Entwicklung der E-Anwendungen die Effektivität der verschiedenen staatlichen Behörden zu verbessern.

Im Rahmen des Projekts wurden auch in Georgien Internetseiten wie z.B. sda.gov.ge und psh.gov.ge entwickelt. Die Internetseiten funktionieren bis heute und bieten den Bürgern die Möglichkeit, alle notwendigen staatlichen Dienstleistungen online zu erhalten. Die Bürger können auf Englisch oder Georgisch Informationen über verschiedene Gesetze und staatliche Behörden sowie notwendige Unterlagen und Lizenzen erhalten, rechtliche Beratung in Anspruch nehmen und ihre Unternehmen registrieren. Es besteht auch die Möglichkeit, alle Steuern online zu bezahlen. Die meisten Services sind dazu kostenlos. Nach Umsetzung des Projekts rangiert Georgien im "E-Government Development Index" der Vereinten Nationen auf Platz 56 von insgesamt 189 Ländern und zählt damit zu den Staaten mit hoch entwickeltem E-Government System.¹⁷³

Zu den Projekten, die die gesetzten Ziele erreicht haben und deswegen als erfolgreich eingestuft werden, zählt auch das sogenannte "Enhancement of the border management capabilities at the Ninotsminda-Bavra border crossing point between Georgia and Armenia".¹⁷⁴ Im Rahmen des Projekts wurde der Grenzübergang Ninotsminda-Bavra (Samzkhe-Dschawakhetien) an der Grenze zu Armenien modernisiert. Das Ziel des Projekts war der Aufbau von

¹⁷³ UN (2014): e-government survey 2014. Georgia. S. 199. Auf: http://unpan3.un.org/egovkb/Portals/egovkb/Documents/un/2014-Survey/E-Gov_Complete_Survey-2014.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁷⁴ Delegation of the European Union to Georgia (2014): Enhancement of the border management capabilities at Bavra - Ninotsminda BCP Georgia and Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/303366_en.htm abgerufen am 16.06.2016



Karte 5: Bavra Grenzübergang zwischen Georgien und Armenien. Quelle: www.google.de/maps/bavra,lori,armenia abgerufen am 11.06.2016

Kapazitäten der Ninotsminda/Bavra Grenzübergangsstelle (BCP). Gleichzeitig wurde versucht, die Sicherheit an der Grenze zu verbessern und die Mobilität von Menschen und Waren am Ninotsminda/Bavra Grenzübergang zu erleichtern. Wegen der verbesserten Infrastruktur wurde die Zollstelle auch mit der neuesten Technik ausgestattet, welche die Identifizierung gefälschter Dokumente ermöglicht. Zudem erhielten die Zollmitarbeiter Schulungen zur Verbesserung ihrer Kompetenzen.

Am Grenzübergang Ninotsminda-Bavra wurde durch das Projekt die grenzüberschreitende Infrastruktur offensichtlich verbessert. Es wurden neue Straßen, ein neues Zollhaus sowie ein neues Warenlager gebaut. Das hatte zum Ergebnis, dass die Abfertigungskapazität des Zollpunktes deutlich erhöht hat. Nach Angaben des georgischen Zolls sieht die Verkehrsdynamik folgendermaßen aus (siehe NBIBM 2015, Statistik):

Bavra-Ninotsminda Grenzübergang	durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke	2008	2009	2010	2014
	Personen	565	649	828	2000
	Fahrzeuge	141	159	181	600

Die Grenzübergangszeit für Personen sank von 15 Minuten pro Person auf fünf Minuten, die für PKW von 20 auf 12 Minuten und die für LKW von 120 auf 25 Minuten.¹⁷⁵ Somit können die Menschen auf beiden Seiten der Grenze diese

¹⁷⁵ EC (2015): Enhancement of Border management capabilities at Ninotsminda-Bavra BCP between Georgia and Armenia (NBIBM). Auf: <http://scibm.org/project/> abgerufen am 16.06.2016

nicht nur schneller überqueren, sondern auch die eigenen Waren schneller und einfacher transportieren. All das soll die wirtschaftliche Lage der Regionen zukünftig nachhaltig verbessern und die Armut reduzieren.

Die empirische Untersuchung der genannten Beispiele hat deutlich gezeigt, dass die Projekte der EU zur Entwicklung bzw. zum Wiederaufbau der Infrastruktur auch in Samzkhe-Dschawakhetien die gesetzten Ziele erreicht haben. Das Problem der nachhaltigen Förderung bleibt aber auch in dieser Region offen. Es ist nicht klar, ob die erfolgreich durchgeführten Projekte von der EU oder der nationalen Regierung weiterhin finanziert werden.

Ohne nachhaltige Förderung wird der positive Einfluss der Projekte jedoch schnell wieder nivelliert. Durch die Projekte wurde also die Infrastruktur der Region, vor allem die Autobahnen, wesentlich verbessert. Das hat für viele Menschen neue wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Regionen, sowohl von Samzkhe-Dschawakhetien als auch von Lori, ist es aber auch notwendig, eine passende Strategie zur Nutzung der neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten parat zu haben. Erst nach der Erarbeitung und Etablierung einer solchen Strategie kann die EU-Entwicklungspolitik in wirtschaftlicher Dimension langfristig erfolgreich sein.

V.3.4 Weitere Strategien zur Förderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten – empirische Untersuchung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien

Der Multidimensionale Ansatz bietet noch weitere Strategien zur Förderung der identifizierten ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen. Außer den oben gezeigten Strategien zur Entwicklung der regionalen Infrastruktur sind die wichtigsten: die Marktentwicklungsförderung, Subventionen, Förderung der Wertschöpfungsketten, Verbesserung regionaler Dienstleistungssysteme¹⁷⁶ und ein breitenwirksamer Zugang zu Dienstleistungen durch eine Förderungsobergrenze (Rauch 2009, S. 179). Selbstverständlich können nicht alle diese Strategien in jeder Region angewendet werden. Die von dem Ansatz vorgeschlagenen Strategien sollen je nach Bedarf genutzt werden. Nur die Durchführung der passenden Strategie ermöglicht eine nachhaltige wirtschaft-

¹⁷⁶ Die Verbesserung regionaler ökonomischer Dienstleistungssysteme wie die Bereitstellung von Gewerbeflächen, Forschungs- und Beratungseinrichtungen oder auch Finanzdienstleistungen. (Siehe RAUCH 2009, S. 302) ist nach dem Multidimensionalen Ansatz die Kernaufgabe der dezentralen Regierungsführung und kann nur durch die Regierung gefördert werden. Dabei kann die EU-Entwicklungspolitik nur eine unterstützende Rolle spielen.

liche Entwicklung und eine Reduzierung der Massenarmut in den Regionen. Um festzustellen, wie effektiv die EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzke-Dschawakhetien in ökonomischer Hinsicht war, ist es also notwendig zu untersuchen, welche Förderstrategien die EU zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen benutzte und wie effektiv diese waren.

A. Marktentwicklungsförderung

Die wichtigste Strategie des Multidimensionalen Ansatzes ist die Marktentwicklungsförderung. Diese Strategie richtet sich in erster Linie an die lokalen Akteure. Sie fördert die Tätigkeit einer zunehmenden Anzahl von Akteuren, beispielsweise als Händler, Transportunternehmer, Betreiber einer Mühle oder Reparaturwerkstatt in ländlichen Regionen, unterstützt somit also die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie versucht aber gleichzeitig, die notwendige Infrastruktur für neue Marktplätze (z.B. geregelte Zuweisung und Überwachung der Marktstände und des gesamten Standortes sowie der Lager- und Übernachtungsplätze) sicherzustellen. Die Strategie fordert auch die Übernahme einer Maklerrolle von der Entwicklungsgeberorganisation bei der Anbahnung von Marktbeziehungen mit externen, außerregionalen Abnehmern (RAUCH 2009, S. 182). Diese drei Maßnahmen sollen in den Regionen neue Märkte schaffen und dadurch sowohl die Wirtschaft entwickeln als auch die Armut reduzieren. Was wurde von der EU zur Marktentwicklung in Lori und Samzke-Dschawakhetien in dieser Hinsicht unternommen?

Die Analyse der EU-Aktivitäten in beiden Regionen hat deutlich gezeigt, dass die Europäische Gemeinschaft keine Strategie zur Förderung der Marktentwicklung in Lori und Samzke-Dschawakhetien hat. Von der EU oder den Mitgliedstaaten der Organisation wurde in den letzten Jahren kein einziges Projekt bzw. Programm durchgeführt, das direkt zur Marktentwicklung in den Regionen beitragen sollte. Außerdem wurde die Marktentwicklung in den Aktionsplänen von Georgien und Armenien gar nicht als Ziel der Zusammenarbeit genannt.¹⁷⁷

Trotz dieser Tatsache unterstützte die EU bestimmte Projekte, die einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Märkte in den Regionen hatten. Wie bereitserwähnt war es ein erklärtes Ziel der Aktionspläne, in den zwei Ländern

¹⁷⁷ EC (2007): ENP-Aktionsplan EU-Armenien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch: EC (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik, Aktionsplan EU-Georgien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016

die Märkte zu entwickeln, aber in den Dokumenten wurden eigene Maßnahmen vorgeschrieben, die zur Marktentwicklung beitragen könnten. So wurden im Bereich der Armutsbekämpfung folgende Ziele gesetzt: 1. Verbesserungen in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Infrastruktur, Wasserressourcen, soziales Netz und Bildung als weitere Maßnahme der Armutsbekämpfung 2. Weiterverfolgung der Reformstrategie für den Agrarsektor durch die erforderliche strukturelle, institutionelle, rechtliche und administrative Hilfestellung, um die ländliche Entwicklung und die Erzeugung von Qualitätsprodukten sowie die Diversifizierung der Tätigkeiten zu fördern, den Zugang zu Auslandsmärkten zu vereinfachen und die Armut zu verringern 3. Festlegung und Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Krediten, um Privatinvestitionen im Agrarsektor anzuregen sowie Maßnahmen des verbesserten Zugangs zu den einheimischen und Auslandsmärkten und den Stellen zur Weitergabe und Erweiterung von Kenntnissen (siehe ENP-Aktionspläne EU-Armenien und EU-Georgien).

Um die in den Aktionsplänen vorgeschriebenen Ziele zu erreichen, förderte die EU bestimmte Programme, welche letztendlich tatsächlich zur Marktentwicklung in Georgien und Armenien führten. Das Wichtigste darunter war das "European Neighbourhood Program for Agriculture and Rural Development" (ENPARD). Das 2013 gestartete Programm lief bis 2016 und sollte mit einem Budget von 40 Mio. Euro (plus zusätzlichen 12 Mio. Euro in 2014) die Nahrungsmittelproduktion in Georgien und Armenien verbessern und die Armut in ländlichen Regionen bekämpfen. Dafür sollte die Kooperation zwischen lokalen Bauern und Unternehmen verbessert sowie der Zugang zu den Beratungsdiensten für diese beiden Gruppen vereinfacht werden. Es war auch geplant, durch den Einsatz neuer Technologien und Methoden die Effektivität der landwirtschaftlichen Unternehmen zu verbessern.¹⁷⁸

Die Ziele des ENPARD-Programms machen klar, dass dieses zur Marktentwicklung in Samzke-Dschawakhetien und Lori beitragen sollte. Obwohl das Programm den wichtigsten Einfluss auf der nationalen Ebene von Georgien und Armenien hatte¹⁷⁹, wurden auch in Samzke-Dschawakhetien und Lori bestimmte Fortschritte gemacht. In den Regionen wurde Büros des Programmes eröffnet u.a. eines in Akhalkalaki, das bis heute existiert und aktiv

¹⁷⁸ Delegation of the European Union to Georgia (2015): Agriculture and Rural Development. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/overview/agriculture_and_rural_development/index_en.htm abgerufen am 16.06.2016

¹⁷⁹ EC (2014): The European Union's ENPI Programme for Georgia. Third Progress Report. S. 11-16. Brüssel.

ist (siehe Enpard.ge, regionale Büros). Das Projekt zur Unterstützung der Landwirtschaft in Samzkhe-Dschawakhetien wurde in Zusammenarbeit mit dem Mercy-Corps durchgeführt. Im Rahmen dessen wurden in Samzkhe-Dschawakhetien vier Konsortien und mehr als 50 Genossenschaften gegründet, welche direkt von den EU-Finanzmitteln profitieren und ihre Waren mit Unterstützung der EU auf regionaler und nationaler Ebene exportieren können. Außerdem erhalten die Genossenschaften technische Beratung und Zugang zu moderner landwirtschaftlicher Technik und Technologien.¹⁸⁰

Alpha Market

Nach zehnmonatiger Arbeit wurde 2013 mit Unterstützung der EU und des MercyCorps in Akhalzikhe ca. 500 Meter vom Hauptbahnhof entfernt ein neues Einkaufszentrum mit angeschlossenem Marktplatz für den Viehhandel eröffnet. Vorher hatte es im Ort weder einen Marktplatz noch die dafür notwendige Infrastruktur gegeben. 40% der für durch die Bauarbeiten entstandenen Kosten übernahm das MercyCorps, das das Geld im Rahmen des ENPARD-Programms erhalten hatte. Der Rest wurde von Privatunternehmen finanziert. Das Einkaufszentrum befindet sich im ehemaligen Gebäude der russischen Militärbasis, welche nach dem Abzug der russischen Truppen leer stand.

Das Gebäude wurde komplett renoviert. Es verfügt heute über das notwendige Inventar wie z.B. Kühltische, Lager, WCs, etc. sowohl für die Einzelhändler und Kleinunternehmer als auch für die unterschiedlichen Großhändler. Das Einkaufszentrum hat eine Fläche von drei Hektar und besteht aus einem zweistöckigen Gebäude (ca. 1500 Quadratmeter) und dem Marktplatz für Vieh und Geflügel sowie einem Parkplatz und Lagerräumen.

Auf der ersten Etage befinden sich die Abteilungen für Fleisch, Käse und andere Nahrungsmittel, auf der zweiten Etage die Kleidungsgeschäfte. Hier plant man auch die Vermietung der Fläche an Cafés, die aber bis heute noch nicht gelungen ist. Im Erdgeschoss gibt es eine Apotheke, eine Bankfiliale und eine Veterinärklinik. Draußen auf dem Marktplatz findet der Handel mit Tieren statt. Hier werden Kühe, Schweine und Geflügel von den Bauern verkauft. Gegen Bezahlung einer Gebühr von etwa fünf Euro am Tag kann jeder Bauer aus Samzkhe-Dschawakhetien eigene Produkte auf dem neuen Marktplatz anbieten.

¹⁸⁰ Samtskhe-Javakheti Regionalverwaltung (2015): ENPARD. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo&pid=1&view=1431517295> abgerufen am 16.06.2016

Seit 2013 profitiert auch die Provinz Lori von dem Programm „ENPARD“. Für die Ziele des Programms in Armenien wurden im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik zwischen 2013 und 2014 mehr als 31 Mio. Euro ausgegeben. ENPARD in Armenien hat ähnliche Ziele wie in Georgien und konzentriert sich grundsätzlich auf die Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion und die ländliche Entwicklung, will aber mit einigen Maßnahmen auch zur Entwicklung der Märkte in den Regionen beitragen. So wurde vorgeschrieben, dass ENPARD in Armenien weitere Ziele erreichen soll:

“Improvement of the rural infrastructure by developing the roads and social structures to support rural development and income generation; Improvement of regional and local governance; Effective cooperation between local businesses, authorities and other stakeholders on the basis of LED strategies and priorities; Capacity building of rural municipalities to support business development Decentralization of businesses; Export market orientation, diversification of export markets and products; Modernization of quality infrastructure and management to access new markets; etc.”¹⁸¹

In Kooperation mit anderen lokalen und internationalen Organisationen wie GIZ, USAID, oder der Weltbank wurden in den letzten vier Jahren mehrere Projekte im Rahmen des ENPARD-Programms in Lori durchgeführt, um die oben genannten Ziele zu erreichen. Durch Projekte wie das “Rural Income Generation Project” und “Strengthening agricultural potential of Armenia's rural communities through capacity building for introducing successful models of mainstreaming farmers associations and agricultural cooperatives of Armenia” etc. (EU 2013, Assessment of the Agriculture and Rural Development Sectors in the Eastern Partnership countries. S. 67 f.) wurden auch in Lori mehrere Schritte zur Entwicklung neuer Märkte eingeleitet.

Ähnlich wie in Georgien wurde in der Stadt Vanazor ein Büro des ENPARD-Programms eröffnet. Dieses unterstützt unter anderem die Entwicklung neue Märkte und gewährleistet einen besseren Zugang zu den externen Märkten für ländliche Produzenten. Das Büro fördert auch die Entwicklung der drei Konsortien und 25 Genossenschaften in der Provinz. Diese werden regelmäßig im Rahmen von EU-Projekten gefördert, erhalten Unterstützung beim Export der Waren auf nationaler und internationaler Ebene sowie technische Beratung und werden mit moderner landwirtschaftlicher Technik versorgt (EU 2013, 45 ff.).

¹⁸¹ EC (2013): Assessment of the Agriculture and Rural Development Sectors in the Eastern Partnership countries. Armenia. S. 45. Auf: <http://www.fao.org/3/a-aq670e.pdf> abgerufen am 16.06.2016

Die Bedürfnisse der Kleinbauern

„Die positiven Auswirkungen des Programms sind offensichtlich: In den letzten zwei Jahren haben wir unsere Verkäufe fast verdoppelt. Durch die Unterstützung haben wir die Möglichkeit bekommen, unsere Produktion in andere Regionen zu exportieren. Vor allem in der Hauptstadt kauft man unsere Produkte gern. Da haben wir jetzt einen sehr guten Ruf. Durch die neuen Märkte können wir nicht nur mehr Produkte verkaufen, sondern der Preis des Produkts steigt auch. Das zum ersten Mal seit zehn Jahren. Die Preise stimmen derzeit und die Aussichten sind nicht schlecht. Das Programm schafft nicht nur neue Märkte, wo Kunden aus anderen Regionen unsere Produkte kaufen können, sondern verbessert auch die existierende Infrastruktur und hilft uns, neue Technologien kennenzulernen. Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben gesehen, dass es eine elektronische Schermaschine für Schafe gibt. Die habe ich umsonst von den guten Menschen gekriegt. Außerdem haben viele Bauern in unserer Region Traktoren für die landwirtschaftlichen Arbeiten erhalten. Soweit ich weiß, erhalten sie auch die Samen für die Aussaat umsonst. Zum ersten Mal seit der Sowjetzeit denkt man auch an die Bedürfnisse der einfachen Bauern“ – erzählte in einem Privatgespräch Herr Manukian, 40-jähriger Schäfer aus Lori (siehe Fotos: 15 & 16).¹⁸²

Die europäische Entwicklungspolitik hatte in den letzten zehn Jahren nicht das direkte Ziel, die Entwicklung der Märkte in Lori und Samzke-Dschawakhetien zu fördern. Trotzdem wurden im Rahmen unterschiedlicher Programme und Projekte von der EU einige Maßnahmen durchgeführt, um in den Regionen neue Märkte zu schaffen sowie für die lokalen Produzenten den Zugang zu externen Märkten zu erleichtern. Das alles hat laut der EU die wirtschaftliche Situation in den Regionen verbessert und die absolute Armut reduziert. Die Meinung der Bevölkerung zum Effekt der Projekte ist grundsätzlich positiv. Die betroffenen Bauern fordern nur weitere Unterstützung in diesem Bereich.

Selbstverständlich wären EU-Projekte zur direkten Entwicklung der Märkte in den Regionen noch wirksamer. Von anderen internationalen Organisationen wurden bereits Projekte zur Entwicklung der Märkte in Lori und Samzke-Dschawakhetien gefördert. So initiierte die Weltbank die Projekte "Irrigation

¹⁸² Privatgespräch mit Herrn Manukian in Tavrush. Tavrush wurde durch die Projekte ENPARD, "Contribution of tourism to poverty alleviation in the regions of Armenia" und "Agrotourism development initiative in rural communities of Armenia" gefördert. Siehe das Interview – Die Bedürfnisse der Kleinbauern.



Foto 15 & 16: Armenische Schäfer bei der Arbeit in Lori (eigene Aufnahme 11.08.2015)

and Land Market Development in Georgien”,¹⁸³ “Center for Agribusiness and Rural Development” sowie “Product Promotion and Market Development”¹⁸⁴. Da bereits andere Organisationen Projekte zur Marktentwicklung in den Regionen fördern, sieht die EU keine Notwendigkeit, solche Projekte selbst durchzuführen.

B. Förderung von Wertschöpfungsketten

Eine weitere strategische Option, die mit der Marktentwicklungsförderung sehr eng verbunden ist und eine bessere Erschließung von Vermarktungsmöglichkeiten gewährleisten soll, ist die Förderung von Wertschöpfungsketten (eng. Supply Chain Management - SCM). Als Wertschöpfungskette wird innerhalb der Wirtschaftsgeographie die Gesamtheit der miteinander verknüpften Stufen bezeichnet, die ein Produkt bzw. eine Dienstleistung vom Entwurf über die verschiedenen Produktions- und Dienstleistungsschritte bis hin zum Endverbraucher durchläuft, einschließlich aller Beiträge, die zu seiner Bereitstellung notwendig sind (DANNENBERG 2012, S. 23 ff. Siehe auch MAURER 2008, S. 2 ff.). Diese Strategie richtet ihr zentrales Augenmerk auf die Vermarktungsseite wirtschaftlicher Aktivitäten. Somit lässt sie sich als ergänzender strategischer Ansatz den bisher dargestellten Konzepten der

¹⁸³ Weltbank (2014): Irrigation and Land Market Development Project. Auf: <http://www.worldbank.org/projects/P133828?lang=en> abgerufen am 16.06.2016

¹⁸⁴ Center for Agribusiness and Rural Development (CARD) (2010): Product Promotion and Market Development. Auf: <http://card.am/agribusinessandmarketing/> abgerufen am 16.06.2016

regionalen Wirtschaftsförderung zuordnen. Der Wertschöpfungsketten-Ansatz kann dazu beitragen, dass die Vermarktung von Überschüssen zu möglichst vorteilhaften Bedingungen gesichert ist (RAUCH 2009, S. 193 f.). Darüber hinaus ist die Stärkung der systemischen Wettbewerbsfähigkeit der Herkunftsregion von Produkten durch eine effizientere Verknüpfung der Kettenglieder ein weiteres Ziel. Unterstützt werden soll zum einen auch die Erhöhung des Wertschöpfungsanteils der Erzeugerregionen und der Kleinproduzenten sowie zum anderen die Verbesserung des Marktzugangs für Kleinproduzenten durch deren gezielte Eingliederung in die Wertschöpfungsketten (a.a.O. S. 194 f.).

Wertschöpfungskettenförderstrategien lassen sich nach den drei genannten Zielsetzungen unterteilen (siehe in RAUCH 2009, 196 ff.): 1. Die Effizienz und Konkurrenzfähigkeit einer Wertschöpfungskette kann durch Verbesserung der Produktionsqualität und Logistik (Lagerung, Transport, Kommunikationen) erhöht werden. Die Verbesserung der Koordinationsprozesse zwischen den Akteuren entlang der Kette und Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Handel durch effiziente Regulierung wird eine positive Wirkung haben. 2. Der Wertschöpfungsanteil der Erzeugerregionen und Kleinproduzenten kann erhöht werden, indem Primärprodukte vor Ort industriell weiterarbeitet werden. Hierzu gehören: Sortieren nach Qualitätsstufen und Qualitätssicherung, haushaltsnahe Aufbereitung, Verpackung und Etikettierung. 3. Die Hilfe für arme Zielgruppen bei der Überwindung von Zugangsbarrieren zu den Märkten wie z.B. der Erfüllung von Qualitätsstandards, räumlichen Barrieren, der Einhaltung von Fristen und von Kommunikationshindernissen kann den Marktzugang für Kleinproduzenten verbessern.

Wie oben beschrieben, ist die Förderung der Wertschöpfungsketten ein komplexer und schwieriger Prozess, bei dem jeder Schritt vorherige Analyse und strategische Planung benötigt. Sie bietet aber den lokalen Produzenten die Möglichkeit, ihre Produktion besser auf die Bedürfnisse der Kunden einzustellen, sowie die Produkte schneller und mit geringeren Verlusten zum Kunden zu bringen. Dadurch schafft der Ansatz die Voraussetzungen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Welchen Beitrag leistete die EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzke-Dschawakhetien in dieser Hinsicht?

Das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Wertschöpfungsketten in Georgien und Armenien ist, wie bei der Marktentwicklung, das "European Neighbourhood Program for Agriculture and Rural Development" (ENPARD). Unter anderem hat dieses Programm das Ziel, die Wertschöpfungsketten in den Zielregionen zu entwickeln und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in der Landwirtschaft voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen,

förderte ENPARD sowohl in Georgien als auch in Armenien die Einführung neuer Pflanzenarten und half bei der Ausarbeitung des Nationalen Marketingprogramms im Bereich der Landwirtschaft. Außerdem förderte das Programm private Investitionen¹⁸⁵ und unterstützte die Entwicklung von landwirtschaftlichen Strategien, welche wiederum die nachhaltige Förderung von Wertschöpfungsketten bewirken sollten.

In Samzkhe-Dschawakhetien wurden aber von der EU bis 2015 keine konkreten Projekte zur Förderung der Wertschöpfungsketten durchgeführt. Im Rahmen von ENPARD wurde in Akhalkalaki ein Informationszentrum eröffnet, in dem die Bewohner der Region auch technische Beratung erhalten können. In diesem Zentrum können mittelständische und kleinere Unternehmen der Region nicht nur Informationen über neuen Märkte, sondern auch konkrete Unterstützung durch neue Technologien und Produktionsmethoden erhalten. Dies kann positiven Einfluss auf existierende Wertschöpfungsketten haben, ist aber nicht ausreichend, um die Wertschöpfungsketten der ganzen Region zu verbessern.¹⁸⁶ Als einziges Zentrum der gesamten Region kann es nur eine begrenzte Anzahl an Hilfsbedürftigen beraten und kann deshalb nur einen relativ geringen Einfluss auf die Wertschöpfungsketten haben.

Der Mangel an konkreten Projekten in diesem Bereich in Samzkhe-Dschawakhetien kann aber durch zwei Tatsachen erklärt werden. Erstens konzentriert sich die EU-Entwicklungspolitik bei der Förderung der Wertschöpfungsketten in Georgien auf andere Regionen. So wurden konkrete Projekte in diesem Bereich in Ajara und Kakhetien durchgeführt.¹⁸⁷ Zweitens fördern andere internationale Organisationen mehrere Projekte zur Verbesserung der Wertschöpfungsketten in Samzkhe-Dschawakhetien. So wird seit 2011 von der USAID das Projekt "The Economic Prosperity Initiative" in der Region durchgeführt.¹⁸⁸ Die GIZ fördert das Projekt „Privatwirtschaftsent-

¹⁸⁵ EC (2013): Assessment of the Agriculture and Rural Development Sectors in the Eastern Partnership countries. Georgia. S. 19-20. Auf: http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/georgia_assessment_final_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

¹⁸⁶ ENPARD (2015): ENPARD near you. Auf: <http://enpard.ge/ge/adgilobrivi-ofisebi/> abgerufen am 16.06.2016

¹⁸⁷ EC (2015): European Neighbourhood Programme for Agriculture and Rural Development in Ajara. Auf: http://www.ge.undp.org/content/georgia/en/home/operations/projects/poverty_reduction/agriculture-evelopment-in-ajara.html abgerufen am 16.06.2016

¹⁸⁸ USAID (2011): Economic Prosperity Initiative (EPI). Value Chain Assessment. Auf: <http://greengeorgia.ge/sites/default/files/EPI%20Value%20Chain%20Assessment.pdf> abgerufen am 16.06.2016

wicklung im Südkaukasus“, das auf die Entwicklung der Wertschöpfungsketten unter anderem auch in Samzkhe-Dschawakhetien abzielt.¹⁸⁹

In Lori wurden bis 2015 ebenfalls keine konkreten Projekte zur Förderung der Wertschöpfungsketten von Seiten der EU durchgeführt. Seit Mai 2015 unterstützt die Europäische Gemeinschaft jedoch das Programm “ENPARD Armenia Technical Assistance: Producer Group and Value Chain Development”.¹⁹⁰ Das Projekt wird von UNDP durchgeführt und hat das übergeordnete Ziel, die armenische Regierung bei der Gewährleistung einer effizienten und nachhaltigen Landwirtschaftspolitik zu unterstützen. Die technische Hilfe, die im Rahmen des Projekts geleistet wird, soll sich auf die Entwicklung der Erzeugergemeinschaften und ihre Wertschöpfungsketten konzentrieren. Von dem Projekt sollen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in den armen Regionen Armeniens (auch in Lori) sowie alle Mitglieder der neu entwickelten Wertschöpfungsketten profitieren. 2015 investierte die EU 6,1 Mio. Euro in das Projekt (siehe UNDP in Armenia 2015, ENPARD, Technical Assistance: Producer Group and Value Chain Development). Das Projekt fördert die Durchführung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Wertschöpfungsketten. Diese wurden aber noch nicht durchgeführt und demzufolge ist es noch zu früh, über die Ergebnisse des Projekts zu reden. Trotzdem ist die Tatsache, dass die EU-Entwicklungspolitik die Wertschöpfungsketten direkt zu fördern plant, positiv zu bewerten.

In den letzten zehn Jahren hat aber die EU nur wenig zur direkten Förderung der Wertschöpfungsketten in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien unternommen, obwohl der Bereich ein prioritäres Ziel mehrerer EU-Programme und ENAP-Aktionspläne war. Von der europäischen Gemeinschaft wurden keine konkreten Projekte unterstützt, um die Wertschöpfungsketten in den Regionen direkt zu fördern. Einige Programme wie ENPARD konnten natürlich indirekt positiven Einfluss auf die Situation nehmen. Dies alleine reicht aber nicht aus, um die systemische Wettbewerbsfähigkeit der Regionen durch eine effizientere Verknüpfung der Kettenglieder zu verbessern oder die Kleinproduzenten in die Wertschöpfungsketten gezielt einzugliedern.

¹⁸⁹ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2015): Privatwirtschaftsentwicklung im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/weltweit/20324.html> abgerufen am 16.06.2016

¹⁹⁰ UNDP in Armenia (2015): ENPARD Technical Assistance: Producer Group and Value Chain Development. Auf: http://www.am.undp.org/content/armenia/en/home/operations/projects/poverty_reduction/enpard-technical-assistance--producer-group-and-value-chain-development.html abgerufen am 16.06.2016

C. Förderungsobergrenzen bei öffentlichen Dienstleistungen (Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis)

Der multidimensionale Ansatz sieht die Förderung ökonomischer Dienstleistungen wie z.B. die Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis als entscheidende Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung sowohl für die konkrete Region als auch für das ganze Land. Die Förderung solcher Dienstleistungen schafft die Möglichkeit für die Empfänger, ihre Inanspruchnahme anderer knapper Ressourcen wie Land und Wasser auszuweiten und die begrenzt aufnahmefähigen Absatzmärkte zu beliefern. Durch die Förderung solcher ökonomischer Möglichkeiten kann auch die internationale Organisation den Einfluss auf lokale Konkurrenzbeziehungen um knappe Ressourcen und/oder begrenzte Absatzmöglichkeiten gewinnen (RAUCH 2009, S. 183). Um vorhersehbare Nebenwirkungen wie z.B. die Verdrängung der armen, weniger durchsetzungsfähigen Produzentengruppen, welche mangels Kontakt zu den betreffenden Dienstleistern nicht zum Zuge kommen, zu vermeiden, fordert der Ansatz, bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungen durch Förderungsobergrenzen die Empfänger darauf hinzuweisen, dass nur begrenzte ökonomische Möglichkeiten genutzt werden können. So sollen die ausgegebenen Kredite einer möglichst großen Anzahl der dafür infrage kommenden Nutzerinnen und Nutzer zugutekommen.

Die Europäische Gemeinschaft fördert unter anderem die Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis sowie anderen ökonomischen Dienstleistungen sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien. Wichtigstes Instrument dafür ist die Europäische Investitionsbank (EIB). Grundsätzlich unterstützt die EIB in Armenien und Georgien die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vor allem in der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Zu diesem Zweck hat sie seit 2010 Darlehen in Höhe von ca. 300 Mio. Euro bereitgestellt. Diese Mittel sind für kleine und mittlere Unternehmen in den Bereichen Landwirtschaft und landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion bestimmt. Die Mittel der EIB werden auf Kreditbasis den in der Land- und Ernährungswirtschaft tätigen KMU über verschiedene Kreditinstitute zur Verfügung gestellt. Von den Banken können kleine und mittlere Unternehmen, einschließlich Gewerbetreibender und Genossenschaften, die in unterschiedlichen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft tätig sind, zinsgünstige Kredite erhalten.¹⁹¹

¹⁹¹ EIB (2010): EIB provides its first intermediated loan to support SMEs in Georgia. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2010/2010-243-eib-provides-the-first-inter>

Die Europäische Investitionsbank hat 2010 eine Kreditlinie zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Georgien bereitgestellt. Der entsprechende Finanzierungsvertrag wurde von der Bank Republic, einer Geschäftsbank in Georgien, unterzeichnet. Mit den Darlehensmitteln von 35 Mio. Euro sollten vorrangig Projekte kleinerer und mittlerer Unternehmen in den Regionen (auch in Samzke-Dschawakhetien) unterstützt werden. Die Grundlage für diese Finanzierung bildete die KMU-Initiative, die auf dem Prager Gipfeltreffen im Mai 2009 als Teil der östlichen Partnerschaft beschlossen wurde sowie der gemeinsame IFI-Aktionsplan zur Unterstützung der Bankensysteme und der Darlehensvergabe an die Realwirtschaft (siehe EIB 2010, EIB provides its first intermediated loan to support SMEs in Georgia).

2015 sagte die EIB ein Darlehen zugunsten des georgischen KMU im Agrar- und Lebensmittelsektor zu. Im Rahmen der Fazilität übernahm die EIB bis zu 50 Prozent der Kosten förderfähiger Projekte. Die Darlehensmittel wurden über zwischengeschaltete Finanzinstitute vergeben. Als größte Bank Georgiens erhielt die Bank of Georgia demzufolge ein Darlehen von 40 Mio. Euro zur Finanzierung von Investitionsvorhaben. Mit dieser Operation stieg das Volumen der unterzeichneten Darlehen zugunsten von KMU in Georgien auf 150 Mio. Euro.¹⁹²

Armenien profitiert seit 2010 auch von langfristigen EIB-Krediten zu erschwinglichen Zinssätzen für Wirtschaftssektoren, denen Finanzierungsmittel quasi nicht zur Verfügung stehen: kleine und mittlere Unternehmen sowie Gebietskörperschaften. Die Europäische Investitionsbank stellte 2014 ein letztes Darlehen von 50 Mio. Euro für die Finanzierung von KMU-Vorhaben in Armenien bereit. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Sektoren Agrarindustrie und ländliche Wirtschaft. Das Darlehen wurde an die armenische Zentralbank vergeben. Diese stellt die EIB-Mittel wiederum erfahrenen intermediären Finanzinstituten zwecks Weiterleitung an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zur Verfügung. Das Darlehen war vor allem zur Finanzierung von Vorhaben in den Sektoren Agrarindustrie und ländliche Wirtschaft bestimmt, die das strategische Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung Armeniens

mediated-loan-to-support-smaller-projects-in-georgia-under-the-sme-eastern-partnership-initiative-launched-at-the-prague-eu-summit-in-may-2009.htm abgerufen am 16.06.2016

¹⁹² EIB (2015): EIB supports SME and midcap sector. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2015/2015-094-eib-supports-sme-and-midcap-sector-in-georgia.htm> abgerufen am 16.06.2016

bilden. Nach den letzten Maßnahmen stieg das Volumen der unterzeichneten Darlehen zugunsten von KMU in Armenien auf 140 Mio. Euro.¹⁹³

Die Ergebnisse des Programms in Samzke-Dschawakhetien sind nicht eindeutig. Seit 2013 unterstützt die Bank of Georgia in der Region sowie in anderen Provinzen das Projekt: „Billige Kredite für KMU im Agrarsektor“. Dieses Projekt erhielt ca. 50% der Finanzmittel der EIB. Die andere Hälfte wird aus dem Staatsbudget Georgiens finanziert und zielt auf die Entwicklung der mittleren und kleinen Unternehmen im Agrarsektor ab. Im Rahmen des Projekts erhielten die Bewohner der Region die Möglichkeit, billige Kredite für die Entwicklung ihrer landwirtschaftlichen Unternehmen in Anspruch zu nehmen. Es wurden drei Arten von Krediten vergeben: 1. Zinslose Kredite für Kleinbauern mit einer Laufzeit von maximal sechs Monaten in einer Höhe von maximal 5.000 Lari (ca. 2200 Euro). 2. Zinsgünstige (maximal 8% jährlich) Agrardarlehen für kleine und große landwirtschaftliche Unternehmen mit einer maximalen Laufzeit von 60 Monaten und einer Höhe zwischen 5.000 und 100.000 Lari (2200-4400 Euro). 3. Günstige Kredite für landwirtschaftliche Betriebe (nicht mehr als 3% jährlich) zur Gründung bzw. Entwicklung neuer Unternehmen, Produktionstechnologien und Produktionsmitteln mit einer Höhe von 30.000 bis 600.000 \$ und einer Laufzeit von maximal 84 Monaten.¹⁹⁴

Nach Einschätzung eines Mitarbeiters der Organisation MercyCorps, Irakli Qasraschwili, hatte das Programm positiven Einfluss auf den Agrarsektor. *„Das wichtigste Problem der Agrarwirtschaft in Georgien waren die mangelnden Kredite. Die Banken hatten kein Interesse, in diesen Sektor zu investieren. Für die Bauern ergab es auch keinen Sinn, landwirtschaftliche Kredite zu nutzen, weil sie allein mit ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit die Zinsen für die Kredite nicht zurückzahlen konnten. Bei den Bauern, die sowohl die Zinsen als auch die Kredite zurückzahlten, war am Ende der Gewinn für eine weitere Entwicklung der Unternehmen durch Reinvestierung nicht mehr ausreichend. Genau dies ändert dieses Programm.“*¹⁹⁵

Der Leiter des Bauernverbandes, Nino Zambakhidze, bewertet das Projekt ebenfalls positiv. *„In den letzten 20 Jahren kümmerte sich niemand um die*

¹⁹³ EIB (2014): EIB supports implementation of SME projects in Armenia. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2014/2014-275-eib-supports-implementation-of-sme-projects-in-armenia.htm> abgerufen am 16.06.2016

¹⁹⁴ Bank of Georgia (2015): Preferential Agro Loan. Auf: <http://bankofgeorgia.ge/retail/en/business/agrocredit> abgerufen am 16.06.2016

¹⁹⁵ Interview mit Herrn Irakli Qasraschwili, siehe in Liberali.ge (2015). Auf: <http://liberali.ge/articles/view/3155/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16.06.2016

georgische Landwirtschaft. Die meisten Bauern erhielten nur teure Kredite und litten daher unter mangelnden Finanzmitteln. Durch das Programm bekommen sie jetzt die notwendigen Finanzmittel zur weiteren Entwicklung ihrer Unternehmen“ – erzählte Frau Zambakhidze. Sie äußerte aber auch Kritik an dem Projekt: „Vor allem sind die Bedingungen der Banken für die Vergabe der Kredite sehr streng. Nur wenige Bauern können von den Krediten profitieren. Die Bank lehnt wegen der hohen Risiken die meisten Anträge ab.“¹⁹⁶ Die Bewohner der Region kritisieren ebenfalls, dass nur sehr Wenige die günstigen Kredite im Rahmen des Programms wegen der strengen Bedingungen erhielten. Sie behaupten also, dass dieses Projekt keinen realen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation hat.

„Billige“ Kredite

Der Kleinunternehmer Beso Babunashvili aus dem Dorf Tsnisi in der Nähe von Akhaltsikhe besitzt eine Milchfabrik, die das „Aiso“-Zertifikat hat. Das Zertifikat wurde ausgegeben für Unternehmen, deren Produktion Europäischen Normen entspricht. Solche Zertifikate haben in Georgien nur sehr wenige Unternehmen. 2014 versuchte Herr Babunashvili, einen billigen Agrarkredit zu bekommen, u.a. zur Ausrüstung der Fabrik mit neuer Technologie. Gemeinsam mit dem niederländischen Partner wurde ein Sieben-Jahres-Geschäftsplan entwickelt und einen Antrag auf Kredit bei der Bank gestellt. Dieser wurde aber abgelehnt.

Die Bank hat dafür zwei Gründe genannt. Der Erste war, dass sie nicht überprüfen könnten, ob das Darlehen überhaupt für die Landwirtschaft genutzt werde. Der zweite Grund war die unzureichende Kautions. Der Antragsteller muss also entsprechendes Eigentum als Garantie für die Rückzahlung des Kredits nachweisen. Ohne solche Garantie wird kein Kredit gegeben (in Georgien und vor allem in den Regionen, können nur sehr wenige solche Garantie vorweisen).

„Um 70.000 Euro als Kredit zu erhalten, sollte ich als Kautions Eigentum im Wert von mehr als 140.000 Euro vorweisen. Dieses sollte sich im Raum von Tbilisi befinden. Solche Bedingungen sind für einfache Bauern untragbar“ betonte Herr Babunashvili.¹⁹⁷

¹⁹⁶ Interview mit Frau Nino Zambakhidze, veröffentlicht in Liberali.ge (2015). Siehe Auf: <http://liberali.ge/articles/view/3155/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16. 06.2016

¹⁹⁷ Interview mit Herrn Beso Babunashvili, veröffentlicht in Liberali.ge (2015). Siehe Auf: <http://liberali.ge/articles/view/3155/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16. 06.2016

Die Situation in Lori sieht sehr ähnlich aus. Seit 2011 fördert die Zentralregierung mit Unterstützung der EU kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in der Landwirtschaft. Die Unternehmen haben die Möglichkeit, günstige landwirtschaftliche Darlehen, die mit nicht mehr als 14% jährlich verzinst sind, zu erhalten. Davon werden 4% vom Staat subventioniert, d.h. der Maximalzins dieser Kredite beträgt für die Unternehmen 10% jährlich. Für besonders arme Gemeinden beträgt die Subvention der Regierung sogar 6%. Die Darlehen haben eine Mindestlaufzeit von sechs Monaten und eine maximale Laufzeit von sieben Jahren. Außerdem wird den Bauern kostenlos das Saatgut für landwirtschaftliche Produkte wie Kartoffeln und Weizen zur Verfügung gestellt.¹⁹⁸

Dem Abgeordneten des armenischen Parlaments, Gagik Minasian, zufolge, der gleichzeitig Vorsitzender des Komitees für Haushalt und Finanzen ist, hat die armenische Regierung seit Anfang des Projekts in Form von Krediten schon mehr als 500.000 Euro an Kleinunternehmer vergeben. Dadurch wird die Voraussetzung für die Entwicklung des KMU-Sektors geschaffen und schon seit 2015 soll der Wirtschaftszweig eine positive Entwicklungsdynamik zeigen (a.a.O.). Diese Meinung unterstützte auch der Leiter des analytischen Zentrums „Alternative“, Doktor der Wirtschaftswissenschaften Tatul Manaseryan, der zudem einer der bekanntesten Wirtschaftsexperten in Armenien ist. Er betonte, dass dieses System der Unterstützung diesen Wirtschaftszweig in Armenien retten kann. Dem Experten zufolge hat die armenische Regierung bereits zinsgünstige Kredite von internationalen Organisationen zur Unterstützung der KMU erhalten. Diese sollen an die Privatbanken weitergeleitet werden, damit günstige Darlehen den örtlichen Unternehmen zugutekommen können. Dies gibt den notwendigen Impuls für die Entwicklung der Unternehmen, die unter mangelnden Investitionsmöglichkeiten leiden. Die bisherige Situation, bei der für einfache Bauern der Kredit mindestens 25% jährlich kostete, fand Herr Manaseryan nicht akzeptabel, da sich arme Bauern so teure Kredite nicht leisten können. *„Die intensive Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung, Privatbanken und örtlichen Gemeinden im Rahmen des Unterstützungsprogramms kann die existierende schwierige Situation ändern und das wirtschaftliche Potenzial des Landes vollständig nutzbar machen.“* sagt Dr. Manaseryan.¹⁹⁹

¹⁹⁸ MINASIAN, GARIK (2011): Die Bauern in Armenien erhalten landwirtschaftliche Kredite. Auf: <http://www.regnum.ru/news/armenia/1390299.html> abgerufen am 16.06.2016

¹⁹⁹ MANASERYAN, TATUL (2011): Retten die Kredite die Landwirtschaft von Armenien? Auf: <http://www.regnum.ru/news/economy/1392055.html> abgerufen am 16.06.2016

2013 präsentierte das analytische Zentrum „Ameria“ die Ergebnisse seiner Forschungen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen in Armenien. Im Rahmen der Untersuchung wurde unter anderem die Entwicklungsdynamik der 52 kleinen und mittleren Unternehmen in Vanadzor analysiert. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass trotz der unterschiedlichen Unterstützungsmaßnahmen die Situation in diesem Bereich sehr schwierig bleibt. Der Sektor zeigte 2012 bis 2013 statt einer Entwicklung einen negativen Trend. Viele Unternehmen waren gezwungen, entweder komplett zu schließen oder die Zahl ihrer Mitarbeiter zu reduzieren. Wichtigster Grund für die negative Dynamik war die Wirtschaftskrise in Russland, die mangelnde Nachfrage und die hohen Steuern. All das hat die Entwicklung der KMU sowohl in Lori als auch in ganz Armenien gebremst.²⁰⁰

Entsprechend dem Multidimensionalen Ansatz ist die Förderung ökonomischer Dienstleistungen, wie z.B. die Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis eine der wichtigsten Strategien für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Die Europäische Gemeinschaft hat im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik die Bereitstellung von Produktionsmitteln und anderen ökonomischen Dienstleistungen auf Kreditbasis sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien unterstützt. Das wichtigste Instrument dafür war die Europäische Investitionsbank (EIB), welche zu diesem Zweck seit 2010 in Georgien und Armenien Darlehen in Höhe von ca. 300 Mio. Euro bereitgestellt hat. Diese Mittel sollten die kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion fördern. Sie werden auf Kreditbasis von den in der Land- und Ernährungswirtschaft tätigen KMU über verschiedene Kreditinstitute (vor allem Banken) zur Verfügung gestellt.

Die empirische Untersuchung hat gezeigt, dass die Folgen der oben genannten Strategie in den zwei Regionen nicht eindeutig sind. Einerseits haben die europäischen Projekte in diesem Bereich viele Befürworter, die darauf hinweisen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen seit der Unabhängigkeit Georgiens und Armeniens unter mangelnder finanzieller Unterstützung leiden. Demzufolge können günstige Kredite den notwendigen Impuls für eine nachhaltige Entwicklung der KMU geben. Andererseits sind einige Experten der Meinung, dass wegen des schwierigen Kreditvergabesystems, vor allem wegen der nahezu unerfüllbaren Bedingungen für die

²⁰⁰ Analytisches Zentrum „Ameria“ (2013): Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Armenien behindern Nachfragereduzierung und Migration. Auf: <http://www.regnum.ru/news/economy/1719998.html> abgerufen am 16.06.2016

Kredite, für die Mehrheit der einfachen Bauern diese Kredite unerreichbar bleiben. Außerdem zeigte der KMU-Sektor in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien trotz des Unterstützungsprogrammes keine positive Entwicklungsdynamik. Die armenischen KMU entwickeln sich gar nicht, die georgischen zeigen nur 2%²⁰¹ Wachstum, was allerdings von der Wirtschaftskrise in Russland verursacht worden sein kann.

D. Subventionen und Armutsminderung

Laut dem multidimensionalen Ansatz spielt bei der nachhaltigen Entwicklung der Regionen auch die Strategie der Subventionen und Armutsminderung²⁰² eine entscheidende Rolle. Mit Hilfe dieser kann für arme Produzenten die Gelegenheit bzw. der notwendige Anreiz geschaffen werden, eine bestimmte Wirtschaftstätigkeit aufzunehmen oder eine empfohlene Technologie zu übernehmen. Die Subventionen müssen aber bestimmte Kriterien erfüllen, um ein zweckmäßiges Instrument einer armutsorientierten Wirtschaftsförderung darstellen zu können. Diese sind nach Rauch (RAUCH 2009, S. 185 f.): 1. Armutsrelevante Wirtschaftsaktivitäten bzw. Technologien gegen subventionierte Konkurrenz schützen (Anti-Dumping oder kompensatorische Subventionen). 2. Risiken und Lernkosten bei der Erprobung von Neuerungen temporär abdecken (Test- und Erziehungssubventionen). 3. Armen Konsumenten gesicherten Zugang zu Grundnahrungsmitteln verschaffen. 4. Alle Bewohner, die bestimmte Bedingungen erfüllen, sollen den Zugang zu subventionierten Inputs (Kredite oder Produktionsmittel) haben. 5. Eine begründete, explizite Nachhaltigkeitsperspektive. 6. Eine explizit formulierte entwicklungspolitische Zielsetzung. Erst wenn die Subventionspolitik diese Kriterien erfüllt, kann sie erfolgreich sein. Inwieweit erfüllte die europäische Entwicklungspolitik diese Kriterien?

Die empirische Feldforschung und Analyse der sekundären Quellen hat deutlich gezeigt, dass im Rahmen der EU-Entwicklungspolitik keine direkten Subventionen an georgische oder armenische Regionen oder Unternehmen bzw. Organisationen in diesen Regionen vergeben wurden. Dies bedeutet aber nicht, dass jene Regionen keine indirekten Subventionen der EU erhalten. Die Bewohner von Lori und Samzkhe-Dschawakhetien erhalten europäische

²⁰¹ Deutsche Wirtschaftsvereinigung (2015): Wirtschaftswachstum in Georgien. Auf: <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-georgien.pdf> abgerufen am 16.06.2016

²⁰² Subventionen werden als Instrument der Armutsminderung gesehen, wobei der Ansatz hier keine direkte Strategie zur Armutsminderung darstellt.

Subventionen zum einen von der eigenen Regierung, wobei die Finanzmittel von der EU als Budgethilfe an die Regierungen überwiesen und von diesen an die Regionen weitergeleitet werden, um bestimmte Projekte bzw. Programme zu fördern. Zum anderen erhalten die Regionen die europäischen Subventionen von unterschiedlichen Organisationen, welche das Geld von der EU im Rahmen unterschiedlicher Programme wie z.B. ENPARD zugeteilt bekommen. Das Hauptziel aller Projekte der Zentralregierung oder NGOs ist es, die wirtschaftliche Entwicklung der zwei Regionen durch Subventionen zu bewirken. So werden zum Beispiel die Projekte der günstigen Kredite für kleine und mittlere Unternehmen (siehe Kapitel „Marktentwicklung“), welche durch die EIB finanziert wurden, auch von der Zentralregierung subventioniert.

Das Hauptproblem solcher Projekte ist in beiden Regionen offensichtlich. Sie wurden nicht direkt von der Europäischen Gemeinschaft durchgeführt und daher fehlte der EU die Möglichkeit zur Kontrolle. Entsprechend ihrer theoretischen Zielsetzung wollte die Organisation eigentlich nur Projekte fördern, die bestimmte armutsrelevante Wirtschaftsaktivitäten bzw. Technologien gegen die subventionierte Konkurrenz schützen, die armen Konsumenten gesicherten Zugang zu Grundnahrungsmitteln verschaffen, die allen Bewohnern Zugang zu subventionierten Inputs geben etc. In der Realität hat die EU jedoch keine Möglichkeit, die Durchführung der Projekte zu überprüfen. Die Kontrolle der EU über die Umsetzung der Projekte war und bleibt sehr begrenzt. Sie besteht allein aus den Progressberichten der Auftragnehmer (die NGOs und Regierungen beider Staaten veröffentlichten nach und während der Durchführung der Projekte die Berichte über die durchgeführten Maßnahmen und deren Ergebnisse) und auf den wenigen Besuchen (ca. 1-2 Mal im Jahr) der EU-eigenen Experten. Das Beispiel der Programme „Billige Kredite für die Landwirtschaft“ und ENPARD hat deutlich gezeigt, dass von der EU subventionierte Projekte, die von staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt werden, häufig nicht den oben genannten Kriterien entsprechen. Deswegen erhielten in Samzkhe-Dschawakhetien nur wenige Bauern Zugang zu günstigen Krediten.

Die Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft ihre Fördermittel nur über bestimmte staatliche und nichtstaatliche Organisationen vergibt und dabei keine zuverlässigen Kontrollmöglichkeiten bezüglich der subventionierten Projekte hat, macht die EU-Unterstützungspolitik in diesem Bereich unwirksam. Die im letzten Kapitel beschriebenen Beispiele weisen sehr deutlich darauf hin, dass die subventionierten Projekte der Regierungen oder unterschiedlichen NGO-s in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien ohne intensivere Kontrolle durch die EU den Erfolgskriterien des multidimensionalen Ansatzes nicht entsprechen.

V.3.5 Zwischenergebnis

Die nachhaltige ökonomische Entwicklung war und bleibt das wichtigste Ziel der EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien. Über 40% der Finanzmittel der EU-Entwicklungspolitik werden ausgegeben, um in den Regionen eine ökonomische Entwicklung zu erreichen. Die Projekte und Programme der europäischen Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sich auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Verbesserung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien und regionaler Stromnetze, etc. In fast allen Berichten beurteilte dabei die EU-Kommission ihre Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien als wirksam und war der Ansicht, dass die Regionen trotz gewisser Probleme wichtige Fortschritte zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung gemacht hätten. Diese Meinung wurde von unabhängigen internationalen und nationalen Organisationen nicht geteilt. Die Quellen weisen darauf hin, dass sich die schwierige wirtschaftliche Situation in den beiden Regionen in den letzten zehn Jahren kaum verbessert hat.

Die durchgeführte empirische Analyse der EU-Projekte in Lori und Samtskhe-Dschawachetien hat auch deutlich gezeigt, dass die Ergebnisse der EU-Aktivitäten innerhalb der letzten zehn Jahre nicht eindeutig sind. Das wichtigste, systemische Problem der EU-Entwicklungspolitik in wirtschaftlicher Dimension besteht darin, dass die Europäische Kommission keine vollständige Analyse der neuen ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durchführt und sich allein auf die Informationen lokaler Organisationen verlässt. Diese Organisationen führen jedoch ebenfalls keine richtige Analyse der vorhandenen, nicht genutzten ökonomischen Möglichkeiten durch. Demzufolge fehlen der Europäischen Kommission notwendige Informationen zum Einsatz wirksamer Strategien der Wirtschaftsförderung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien.

Trotz der fehlenden Identifizierung ökonomischer Möglichkeiten in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien wurden die Projekte der EU zur Entwicklung bzw. zum Wiederaufbau der Infrastruktur in beiden Regionen grundsätzlich erfolgreich durchgeführt. Der Europäischen Gemeinschaft gelang es, die Infrastruktur der Regionen durch die Projekte wesentlich zu verbessern und für viele Menschen neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen. Von der EU wurde dadurch eine gute Basis zum Ausbau der wirtschaftlichen Größenordnung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien geschaffen. Das Hauptproblem in diesem Bereich bleibt aber die nachhaltige Finanzierung. Diese ist notwendig, um erreichte Ergebnisse zu erhalten.

Die Analyse der EU-Aktivitäten in beiden Regionen hat auch gezeigt, dass die Europäische Gemeinschaft keine bestimmte Strategie zur Förderung der Marktentwicklung in Lori und Samzke-Dschawakhetien gehabt hat. Von der EU bzw. den Mitgliedstaaten der Organisation wurden in den letzten Jahren kein einziges Projekt oder Programm durchgeführt, das direkt zur Marktentwicklung in den Regionen beitragen sollte. Trotzdem wurden von der EU im Rahmen unterschiedlicher Programme einige Maßnahmen unterstützt, um in Lori und Samzke-Dschawakhetien neue Märkte zu schaffen sowie für lokale Produzenten den Zugang zu externen Märkten zu erleichtern. Außerdem wurden bereits von anderen internationalen Organisationen Projekte zur Entwicklung der Märkte in Lori und Samzke-Dschawakhetien gefördert. Daher sah die EU keine Notwendigkeit, solche Projekte selbst durchzuführen.

Zur Förderung der Wertschöpfungsketten, die eine weitere strategische Option zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen darstellt, hat die EU in den letzten zehn Jahren nur wenig in den beiden Regionen unternommen. Obwohl der Bereich ein prioritäres Ziel in verschiedenen EU-Programmen und den ENAP-Aktionsplänen ist, wurden von der Organisation keine konkreten Projekte unterstützt, um die Wertschöpfungsketten in den Regionen direkt zu fördern. Einige Programme wie ENPARD haben zumindest indirekt positiven Einfluss auf die Situation gehabt.

Was die Strategie zu Förderungsobergrenzen bei öffentlichen Dienstleistungen betrifft, hat die Europäische Gemeinschaft im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik die Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien aktiv unterstützt. Das wichtigste Instrument dafür war die Europäische Investitionsbank (EIB), welche zu diesem Zweck seit 2010 in Georgien und Armenien Darlehen in Höhe von ca. 300 Mio. Euro bereitgestellt hat. Die Ergebnisse der Unterstützung sind aber umstritten. Einerseits haben die europäischen Unterstützungsprojekte in diesem Bereich viele Befürworter, die darauf verweisen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen in den letzten 20 Jahren besonders unter dem Mangel an Kapital zur Finanzierung notwendiger Investitionen gelitten haben. Demzufolge können die günstigen Kredite den notwendigen Impuls für eine nachhaltige Entwicklung der KMU geben. Andererseits sind einige Experten der Meinung, dass wegen des komplizierten Kreditvergabesystems die Kredite die Mehrheit der einfachen Bauern gar nicht erreichen.

Laut dem multidimensionalen Ansatz spielt auch die Strategie der Subventionen und der Armutsminderung bei einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung der Regionen eine entscheidende Rolle. Im Rahmen der Entwicklungspolitik wurden aber von der EU keine direkten Subventionen an

georgische oder armenische Regionen oder Unternehmen bzw. Organisationen in diesen Regionen vergeben. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Regionen keine indirekten Subventionen der EU erhalten. Die Bewohner von Lori und Samzke-Dschawakhetien erhielten solche Leistungen indirekt durch die eigene Regierung und von unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen, welche das Geld wiederum von der EU im Rahmen unterschiedlicher Programme wie z.B. ENPARD bekamen. Das Problem solcher Unterstützung besteht aber darin, dass sie nicht direkt von der Europäischen Gemeinschaft geleistet wird. Demzufolge fehlte der EU die Möglichkeit zur Kontrolle. Die Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft nur durch bestimmte staatliche und nicht staatliche Organisationen das Geld als Subventionen vergab und deshalb kein effektives Instrument zur Kontrolle der subventionierten Projekte hatte, verhinderte, dass das Potential dieser Maßnahme voll ausgeschöpft werden konnte.

Wie beschrieben, waren die Ergebnisse der EU-Entwicklungspolitik in dieser Dimension nicht eindeutig. Einige Strategien waren effektiv und haben positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Situation gehabt. Andere scheiterten aufgrund der systemischen oder strategischen Mängel. Diese könnten aber durch bessere Planung und Bestimmung der Ziele behoben werden. Des Weiteren gab es aber auch Strategien, die von Experten gleichzeitig sowohl als wirksam, als auch als unwirksam betrachtet wurden. Trotzdem war der Einfluss der EU-Entwicklungspolitik auf dieser Ebene generell positiv und trug zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei. Allein die Identifizierung wirtschaftlicher Möglichkeiten und deren Förderung können aber die Massenarmut in der Region nicht reduzieren bzw. beseitigen. Dafür sind wirksame Interventionsstrategien in anderen Dimensionen notwendig.

V.4 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – sozio-kulturelle Dimension

Es wurde bereits erwähnt, dass die nachhaltige sozio-kulturelle Entwicklung Armeniens und Georgiens in den Aktionsplänen und nationalen Richtungsprogrammen der Europäischen Union nur als Teilbereich der ökonomischen Dimension betrachtet wurde. Trotz dieser Tatsache förderte die Europäische Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren mehrere Einzelprojekte in den ländlichen Regionen dieser Länder. Das erwartete langfristige Ergebnis der Projekte sollte die Verringerung sozialer Ungleichheiten und Disparitäten, eine Verbesserung des Lebensstandards, besserer sozialer Schutz und Förderung der sozialen Inklusion sein. In den letzten Berichten der EU-Kommission wurde

betont, dass die europäische Entwicklungspolitik in diesem Bereich erfolgreich gewesen ist und ihre Ziele erreicht hat.²⁰³

Wie auch bei den anderen Dimensionen der Entwicklungspolitik wird diese Einschätzung von anderen Quellen nicht geteilt. Diese weisen darauf hin, dass sowohl armenische als auch georgische Regionen unter dem mit der sozio-ökonomischen Fragmentierung einhergehenden normativen Vakuum und dem fortbestehenden System wechselseitiger Abhängigkeiten leiden. Die sozio-kulturellen Probleme verschärfen sich zusätzlich durch die ethnische Vielfalt der Bevölkerung in Samzke-Dschawakhetien, wo knapp die Hälfte der Bewohner Armenier sind und durch die äußerst schwierige wirtschaftliche Situation in Lori. Das alles verhindert oder verlangsamt nicht nur eine sozio-kulturelle, sondern auch eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Entwicklung in diesen Regionen.

Im Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) der Vereinten Nationen steht Georgien auf Platz 79 von 187 Ländern. Armenien befindet sich auf Platz 87.²⁰⁴ Laut HDI haben in den letzten zehn Jahren die beiden Staaten keine wesentliche Verbesserung gezeigt. Dies bedeutet, dass dort keine wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung vorangetrieben wurde.

Auch in Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter²⁰⁵ bleibt die Lage sehr kompliziert. Die Frauenstiftung „Filia“ beurteilt nach einer empirischen Untersuchung (2014) die Situation im Hinblick auf die Gendergleichstellung in Georgien als sehr schwierig und benennt weitere Probleme: 1. Der starke Einbruch des Arbeitsstellenangebots drängte in den letzten Jahren die meisten Frauen in die Schwarzarbeit ab. Die Stellen, die sie besetzen, befinden sich üblicherweise im schlecht bezahlten Dienstleistungssektor. 2. Die große Anzahl von Flüchtlingen aus Abchasien und Südossetien, von denen ca. 55% Frauen sind, leben unterhalb der Armutsgrenze und haben kein Wissen über ihre Rechte. 3. Das Bewusstsein von Frauenrechtsthemen in der georgischen

²⁰³ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2014): Country Progress Report 2013 – Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

²⁰⁴ UNDP (2015): Trends in the Human Development Index, 1990-2014. Auf: <http://hdr.undp.org/en/content/table-2-human-development-index-trends-1980-2013> abgerufen am 16.06.2016

²⁰⁵ Die Gender Problematik wird im Rahmen der sozio-kulturellen Dimension betrachtet, denn in den zwei Regionen versuchte die EU die Diskriminierung der Frauen vor allem durch Projekte in dieser Dimension zu bekämpfen.

Gesellschaft ist niedrig, die Rechtspraxis unzureichend.²⁰⁶ In Armenien und insbesondere in den ländlichen Regionen sieht die Situation noch schlechter aus. So zeigt die empirische Untersuchung des „Turpanjyan“ - Forschungszentrums für Frauenrechte 2007, dass *„Aufgrund der Stereotypen, mehr aber noch aufgrund einer entsprechenden Erziehung, (...) landesweit in fast 30% der armenischen Familien Gewalt“* herrscht. Das heißt, jede dritte Frau in Armenien ist Gewalt ausgesetzt. Ebenso belegen diese Befragungen, dass sich jede fünfte Frau in Armenien mit sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz konfrontiert sieht.²⁰⁷ Im Gender Gap Index stand Armenien 2015 auf Platz 103 (von 142 Staaten), Georgien auf Platz 85.²⁰⁸ Merkwürdig ist, dass Armenien in dem gleichen Index 2013 auf Platz 94 stand, Georgien auf Platz 68, die Situation scheint also schlimmer geworden zu sein (World Economic Forum 2014, The Global Gender Gap Report. S. 76 f.).

Große Probleme gibt es auch im Bildungssystem und in Hinblick auf die Situation der Kinderrechte in den beiden Staaten. So besucht in Georgien nur die Hälfte aller Kinder die Vorschule oder den Kindergarten. In vielen ländlichen Gegenden ist die Lage noch schlechter: Dort bleiben 70% der Kinder vor der Grundschule zuhause, weil es keine Kindergärten gibt. Laut UNICEF haben zwei Drittel der unter 15-Jährigen in Georgien Probleme beim Lesen, Rechnen oder in den Naturwissenschaften – das schlechteste Ergebnis in Europa.²⁰⁹ In Armenien bleiben nahezu 80% der Kinder im Vorschulalter gezwungenermaßen zuhause, vor allem aufgrund von der Armut. Die Daten des Nationalen Statistikamtes Armeniens belegen, dass 41,9% der Kinder unterhalb der Armutsgrenze und 4,9% leben in extremer Armut. Im „Index der Realisierung von Kinderrechten“ von UNICEF wurde Armenien in die Kategorie „wahrnehmbare Probleme“ eingestuft.²¹⁰ Das öffentliche

²⁰⁶ Filia-Frauenstiftung (2015): Länderbericht Georgien. Basisinformationen. Auf: <http://www.filia-frauenstiftung.de/inhalt/philanthropinnen-und-feminismus/warum-weltweit/bericht-georgien.html> abgerufen am 16.06.2016

²⁰⁷ MATEVOSYAN, ANI (2009): Gender-Ungerechtigkeiten als Bedrohung der Demokratie. S. 1-3. Auf: <http://www.kas.de/wf/doc/603-1442-1-30.pdf> abgerufen am 16.06.2016

²⁰⁸ World Economic Forum (2014): The Global Gender Gap Report. S. 110-151. Auf: http://www3.weforum.org/docs/GGGR14/GGGR_CompleteReport_2014.pdf abgerufen am 16.06.2016

²⁰⁹ Euronews.com (2014): Lernen in Georgien: Geht die Gleichung auf? Auf: <http://de.euronews.com/2014/03/28/lernen-in-georgien-geht-die-gleichung-auf/> abgerufen am 16.06.2016

²¹⁰ UNICEF (2015): Realizing Children's Rights in Armenia. Auf: <http://www.humanium.org/en/europe-caucasus/armenia/> abgerufen am 16.06.2016

Schulsystem ist nicht mehr in der Lage, den Anforderungen einer modernen, international wettbewerbsfähigen Ausbildung gerecht zu werden.

Das Hauptproblem besteht darin, dass die Ausbildungseinrichtungen nicht adäquat ausgestattet sind und keine ausreichende theoretische und praktische Ausbildung anbieten können. An den Hochschulen wird also nicht gelehrt, was auf dem Arbeitsmarkt benötigt wird. Die Übergangsperiode nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte einen negativen Einfluss auf die Berufsausbildung in Armenien. Die Senkung der Investitionen im Bildungsbereich führte zur Verschlechterung der Bildungsqualität. Da das Berufsbildungssystem geringere staatliche Förderung erhielt (nur 16% der öffentlichen Gelder sind dem Berufsbildungsbereich zugeschrieben), hinkt dessen Leistungsfähigkeit den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher.²¹¹

Nach Angaben der „Deutschen Wirtschaftsvereinigung Georgien“ gab Georgien 2011 für die Bildung rund 2,7% des Bruttoinlandsproduktes aus, womit der Finanzbedarf der Universitäten nicht gedeckt werden konnte. Das Budget des Bildungsministeriums betrug 2010 554,8 Mio. GEL (von 5,69 Mrd. GEL Gesamtausgaben) und 2011 554 Mio. GEL (bei 5,7 Mrd. GEL Gesamtausgaben). Dementsprechend wurden an den staatlichen Hochschulen jährliche Studiengebühren zwischen 850 und 1.280 Euro erhoben. An privaten Hochschulen erreichen sie bis zu 5.400 Euro im Jahr (Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien 2011, Bildung & Arbeitsmarkt. S. 2-7). In einem Land, wo offiziell 25% der gesamten Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, bedeutet das, dass sich die Mehrheit der Jugendlichen kein Hochschulstudium leisten kann. Laut dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) wurde von der armenischen Regierung pro Jahr 4,7% des BIP für Bildung ausgegeben.²¹² Unter der mangelnden Finanzierung leiden vor allem die Universitäten. Aber auch die Mehrheit der Schulen, vor allem in ländlichen Gebieten, haben gravierende Probleme: niedrige Gehälter, baufällige Gebäude, veraltetes Inventar etc. Demzufolge beträgt die durchschnittliche Studiengebühr der Hochschulen mindestens 400 US-Dollar pro Studienjahr. Daher haben auch in Armenien sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler keine Möglichkeit, an den Universitäten zu studieren.

²¹¹ Bq-portal.de (2015): Berufsbildungssystem. Armenien. Auf: <https://www.bq-portal.de/de/db/berufsbildungssysteme/5876> abgerufen am 16.06.2016

²¹² Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD) (2015): Bildungsmarkt – Informationen. Auf: https://www.daad.de/medien/bma_armenien.pdf abgerufen am 16.06.2016

Diese Quellen sowie viele andere zeigen sehr deutlich, dass die sozio-kulturelle Situation sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene in Armenien und Georgien trotz der EU-Unterstützung sehr schwierig bleibt. Im Weiteren wurde versucht zu analysieren, warum die umfangreichen EU-Hilfen so wenig Einfluss auf diese Dimension in den Regionen hatte. Dafür werden auch hier die EU-Strategien zur nachhaltigen Entwicklung der sozio-kulturellen Größenordnung mit den Interventionsstrategien des Multidimensionalen Ansatzes verglichen. Dadurch soll festgestellt werden, was die Europäische Union in den Regionen falsch bzw. richtig gemacht hat.

In Kapitel II.2.2.4 wurde bereits erwähnt, dass der multidimensionale Ansatz den Aufbau einer Zivilgesellschaft bestehend aus Produzentengruppen, Ressourcennutzerorganisationen, Elternbeiräten und Gesundheitskomitees als wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik auf regionaler Ebene bei der Förderung der sozio-kulturellen Dimension betrachtet (FIEGE/RAUCH 2012, S. 65). Um diese Ziele zu erreichen, bietet der Multidimensionale Ansatz bestimmte Interventionsstrategien (RAUCH 2009, S. 323-361): 1. Förderung der flächendeckenden und inklusiven Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und die Gestaltung von Dienstleistungen. 2. Förderung von Zielgruppen- und Genderorientierten Dienstleistungen, Budgets, Gesetzen und Verwaltungsverfahren.

Im folgenden Kapitel wird also versucht, festzustellen, welchen Beitrag die EU-Entwicklungspolitik zur flächendeckenden und inklusiven Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und die Gestaltung von Dienstleistungen leistete. Förderte die Europäische Union Zielgruppen- und Genderorientierte Dienstleistungen, Budgets, Gesetzen und Verwaltungsverfahren? Wurde die Zivilgesellschaft in den Regionen entwickelt? Das sind die zentralen Fragen, die in diesem Kapitel beantwortet werden sollen, um im Weiteren festzustellen, ob die EU-Politik die Entwicklung der gesellschaftlichen Dimension in Lori und Samzke-Dschawakhetien nachhaltig beeinflusst hat.

V.4.1 Lori

In Lori hat die Europäische Union versucht in Zusammenarbeit mit den lokalen NGOs sowie Regionalverwaltungsbehörden Projekte zur sozialen Entwicklung durchzuführen, die die in der Gesellschaft existierenden sozialen Unterschiede bzw. Konflikte beseitigen, die Rechte bestimmter sozialer Gruppen (vor allem Frauen und Kinder) schützen und das soziale Schutzsystem verbessern sollten. Wie bereits erwähnt, standen das Ausbildungssystem, das öffentliche Gesund-

heitswesen und das Rentensystem im Mittelpunkt der Projekte. Diese sollten durch an die europäischen Standards angenähert werden.²¹³ Langfristig sollte all dies zur Verbesserung der komplizierten sozialen Situation beitragen.

Die wichtigsten Projekte der Union hinsichtlich der Entwicklung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen sowie der Förderung von Zielgruppen- und Genderorientierten Dienstleistungen in der Provinz Lori waren: "Social and Economic Empowerment of Women in Armenia", "Cultural Education for Children Living in Rural Communities" und "Lejan Community Capacity and Rural Development Promotion".²¹⁴ Durch diese Projekte versuchte die EU, die "Gender equality", das Ausbildungsniveau und die zivilgesellschaftliche Situation zu verbessern. Für die Ziele der Projekte hat die Europäische Union in den letzten fünf Jahren über drei Millionen Euro investiert und war nach eigener Meinung erfolgreich.

Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass die Projekte die vorgesehenen Ziele nicht erreicht haben. Eine von November 2014 bis März 2015 durchgeführte eigene Umfrage in Lejan und Vanadzor hat bestätigt, dass die Bewohner der Region sehr schlecht über die EU-Aktivitäten im Bereich der sozio-kulturellen Dimension informiert sind. In Lejan gaben nur fünf (von 20) Befragten an, dass sie ausreichende Kenntnisse über die Ziele, Instrumente und Maßnahmen der EU-Entwicklungspolitik hätten, in Vanadzor nur sieben. In der ganzen Region wussten nur elf von 40 Befragten, dass die EU schon seit 20 Jahren eine aktive Entwicklungspolitik in den Ländern betreibt. Die meisten aber (29 Befragte) waren sich sicher, dass auch ohne die EU-Entwicklungspolitik eine weitere Entwicklung der Region möglich ist.

Generell war die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die gesellschaftliche Situation in der Region trotz der EU-Entwicklungspolitik nicht besser geworden ist. Obwohl fast 20% die Frage nicht beantworten konnten, waren über 65% der Befragten überzeugt, dass in sozio-kultureller Hinsicht in der Region trotz der EU-Entwicklungspolitik keine positive Dynamik stattfindet.²¹⁵

²¹³ EC (2011): Georgien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. S. 20-22. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

²¹⁴ Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projects. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

²¹⁵ Eigene Befragung der Bevölkerung in der Region 2014 - 2015.

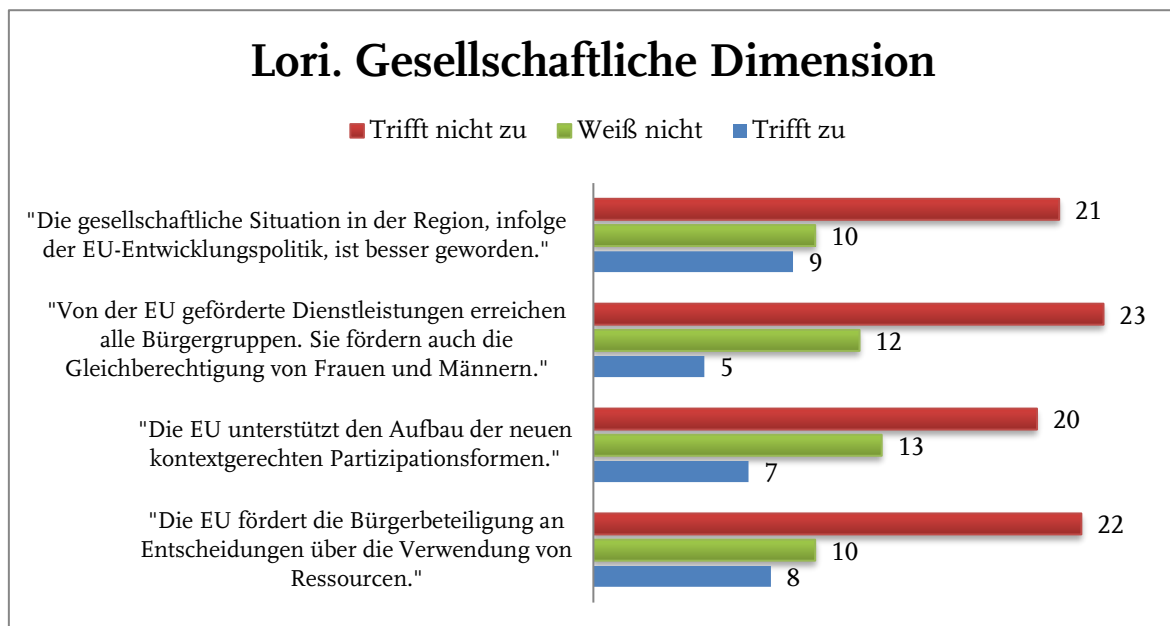


Diagramm 3. Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Lori (Quelle: Eigene Befragung 2014-2015; n=40)

A. Fallstudie: Gender

Die Ergebnisse der konkreten Projekte waren nicht ganz so positiv wie von der EU-Kommission dargestellt. So wurde beispielsweise das Projekt "Social and Economic Empowerment of Women in Armenia" in Lori in der Stadt Stepanavan durchgeführt. Durch das Projekt sollte die soziale, politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frauen erreicht werden. Mit Hilfe von zahlreichen Ausbildungsprogrammen, Seminaren und Konferenzen sollten die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.²¹⁶ Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass dieses Ziel nicht erreicht wurden.

Stepanavan liegt im Norden Armeniens und ist nach Vanadzor die zweitgrößte Stadt der Provinz Lori. Hier wohnen ca. 20.000 Menschen, davon ca. 11.000 Frauen. Nach Angaben der Lokalregierung von Lori kommen in der Stadt auf 1.000 Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren nur 775 Männer der gleichen Altersgruppe. Die Hauptursache dafür ist die Arbeitsmigration der Männer nach Russland. Diese Situation führt zum Wandel der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Die Frauen nehmen aktiver am politischen, wirtschaftlichen

²¹⁶ Delegation of the European Union to Armenia (2014): Social and Economic Empowerment of Women in Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/301101_en.htm abgerufen am 16.06.2016



Foto 17: Die Koalition der NGOs „Stop Gewalt gegen Frauen“. Demonstration für die Frauenrechte. Quelle <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/234107/> abgerufen am 11.06.2016

und gesellschaftlichen Leben teil. So sind über 49% aller Arbeitnehmer in der Region Frauen. 23% der Top-Manager sind ebenfalls Frauen.²¹⁷ Trotzdem bleibt die Situation der Gleichstellung der Geschlechter unbefriedigend.

In der Region haben nur ca. zwanzig Prozent der Frauen einen Hochschulabschluss. Eine 2013 durchgeführte empirische Untersuchung des „Zentrums der Entwicklung und Zivilgesellschaft in der Provinz“ kam zu folgendem Ergebnis: *“There is no right to equal pay for equal work. Women’s salaries are much lower than men’s and, on average, a woman earns half as much as a man in a year. The unemployment level is also higher among women than men at 35 percent compared to 22 percent respectively.”*²¹⁸ Die führende Expertin des Zentrums, Dr. Aslanyan, äußerte die Meinung, dass die Frauen aktuell in jeden Aspekt des Lebens diskriminiert sind. Die Regierung nimmt die Genderprobleme nicht ernst und die internationalen Verpflichtungen des Staates werden demzufolge nicht realisiert (ASLANYAN 2013, Women's right in Armenia).

²¹⁷ Arka News Agency (2015): Women In Armenia Forced Out From The Positions Of Top-Managers. Economy. Auf: <http://arka.am/en/news/economy/24553/> abgerufen am 16.06.2016

²¹⁸ ASLANYAN, A. SVETLANA (2013): Women's right in Armenia. Auf: <http://www.social-watch.org/node/11600> abgerufen am 16.06.2016

Besonders kritisch bleibt jedoch die Situation hinsichtlich der häuslichen Gewalt gegen Frauen. Es wurde bereits erwähnt, dass fast jede dritte Frau in Armenien unter Gewalt im häuslichen Umfeld leidet. Die Untersuchung des „Committee to Eliminate Discrimination against Women“ der Vereinten Nationen hat gezeigt, dass häusliche Gewalt auch in Stepanavan weit verbreitet ist. 2013 wurde in einer in der Stadt durchgeführten Umfrage über häusliche Gewalt der Proactive-Gesellschaft festgestellt, dass 59,6% der Befragten bereits mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind.

Verschiedene Formen der Rechtsverletzung gegenüber Frauen sind nach der oben genannten Nichtregierungsorganisation in der Stadt fast alltäglich. Die Frauen, vor allem in armen Familien (wobei die reichen hiervon nicht ausgenommen sind), werden sehr oft Opfer von körperlicher, psychischer und sexueller Gewalt.²¹⁹ In Armenien wird die häusliche Gewalt traditionsgemäß als Tabuthema betrachtet und nicht öffentlich angesprochen. Alles was in der Familie passiert, muss in der Familie bleiben. Diese Einstellung macht die Situation für Betroffene noch schwerer.

„Frauen sind auch Menschen“²²⁰

„Das Problem liegt vor allem in der Tradition. Die armenischen Frauen werden bis heute nur mit dem Ziel aufgezogen, irgendwann gute Ehefrauen und Mütter zu werden. In der eigenen Familie werden sie gelehrt, dass der Mann der Hausherr und fast ein Gott ist. Eine gute Frau muss alles Mögliche tun, um den Mann glücklich zu machen. Die Wünsche der Frau sind nicht relevant. Deswegen ist es keine Überraschung, dass die Mehrheit der jungen Frauen vor allem in den ländlichen Gebieten nicht wirklich andere Ziele oder Träume vor Augen hat, als eine gute Ehefrau zu werden. (...) Natürlich ist für sie die Bildung wichtig, aber nur als ein positiver Punkt, der sie noch attraktiver für potentielle Ehekandidaten macht.

Oft würden sie auch von der eigenen Mutter „unterrichtet“, dass sie sich als Frau fragen sollen, was sie falsch gemacht haben, wenn ein Mann sie schlägt. Denn ohne

²¹⁹ Advocates (2015): Violence Against Women in Armenia. Auf: <http://www.stopvaw.org/armenia> abgerufen am 16.06.2016

²²⁰ Der Titel „Frauen sind auch Menschen“, wurde aus dem Interview mit dem Polizeichef von Armenien, Vladimir Gasparyan entnommen genommen (siehe auf: <http://www.regnum.ru/news/polit/1487402.html> abgerufen am 16.06.2016). Das Interview wurde mit einer 25-jährigen Menschenrechtsaktivistin Frau Petrosyan aus der Stadt Stepanavan im August 2015 durchgeführt. Siehe Das Interview - „Frauen sind auch Menschen“.

Grund würden die Männer so was nicht machen. Im Laufe von drei Jahren habe ich viele Fälle gesehen, wo die Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt wurden, sich selbst schuldig fühlen. Die meisten Frauen, die von Gewalt betroffen sind, wenden sich nie an die Polizei, da man nach unserer Tradition solche Sachen nicht aus der Familie heraustragen darf. Natürlich gibt es auch Ausnahmefälle. Diese werden aber in der Gesellschaft eher als Rebellinnen betrachtet. Die allgemeine Situation mit den Frauenrechten bleibt bei uns also sehr schwierig und wird im Laufe der Zeit eher noch schlimmer.“

Die Feldforschung, die 2015 (Juli bis September) in der Stadt durchgeführt wurde, hat einige interessante Ergebnisse erbracht. So wurde sehr schnell festgestellt, dass viele Frauen die oben dargelegte Meinung nicht teilen. Die Menschenrechtsbildungsprojekte und verschiedene Programme gegen Frauenrechtsverletzungen wurden von ihnen als „Angriff“ auf die eigene Kultur betrachtet. Die EU-Projekte wurden auch als Einmischung in die traditionelle Familienkultur gesehen und als sehr negativ eingeschätzt. Dieser Teil der Frauen ist nach eigener Aussage mit der Situation zufrieden und möchte nichts ändern.

„Königinnen“²²¹

„Wir sind ein altes und kulturelles Land, ein Volk, das sehr stolz auf die eigenen Sitten ist. Wir, die Frauen in Armenien, sind wie Königinnen! Die armenischen Frauen tragen die teuersten Schuhe und Kleider, studieren gleichzeitig an den tollsten Universitäten und dürfen dann mit 21 Jahren als Lehrerin arbeiten. Vor allem werden wir aber geliebt und geehrt, weil wir selbst unsere Kinder erziehen, anstatt neue Tattoos zu machen, Zigaretten zu rauchen oder trinken zu gehen. Wenn die Frau trinkt, raucht und nur „Partys“ machen will, wozu braucht man sie in der Familie?! Wer passt dann auf die Kinder auf?! Die Frau muss in erster Linie auf die eigene Familie und auf die eigenen Kinder aufpassen, sonst geht alles schief. Nicht nur die Familie, sondern auch die ganze Gesellschaft. Das verstehen die Westlichen nicht. Guckt mal, was im Westen passiert! Fast alle Frauen haben mit 30 unzählige Beziehungen hinter sich, manche auch Kinder, sind arbeitslos und drogensüchtig... Das alles wollen wir bei uns nicht haben. Wir in Armenien haben eine andere Kultur und ein anderes Verständnis der Frauenrolle. Das bedeutet aber nicht, dass die westlichen Frauen besser leben als wir.“

Diese Aussage zeigt sehr deutlich, dass viele Menschen in der armenischen Gesellschaft nicht ausreichend informiert sind. Sie wissen nicht, was solche

²²¹ Das Interview wurde mit einer 57-jährigen Bewohnerin der Stadt Vanadzor durchgeführt. Die Interviewpartnerin wollte anonym bleiben. Siehe das Interview – „Königinnen“.

Projekte in der Realität fördern und wie schwierig die allgemeine Situation ist. Deswegen sollen Projekte wie “Social and Economic Empowerment of Women in Armenia” die Bewohner vor allem im ländlichen Raum besser über das Problem informieren und deutlich zeigen, dass sie die Gewalt gegenüber Frauen bekämpfen und nicht die armenischen Traditionen.

B. Fallstudie: Bildung

Ein weiterer Prioritätsbereich der EU-Entwicklungspolitik in Lori war das Bildungssystem. Die Projekte in diesem Bereich sollten das Ausbildungsniveau der Bevölkerung verbessern und das armenische Bildungssystem den Europäischen Standards annähern. Um diese Ziele zu erreichen, förderte die Europäische Union Projekte wie “Cultural education for children living in rural communities” in der Region. Mit einem Budget von 150.000 Euro versuchte das Projekt die Armut in den ländlichen Gemeinden von Lori durch eine Erhöhung der Lebensqualität zu bekämpfen. Dies sollte durch einen erleichterten Zugang zu Kunst und kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche erreicht werden.²²² Von dem Projekt profitierte in der Provinz unter anderem auch die Grundschule der Gemeinde Chochkhan.

Die Grundschule von Chochkhan wurde 2014 von ca. 300 Schülern besucht und bietet Unterricht bis zur 10. Klasse für Kinder. 2013 wurde in der Schule im Rahmen des Projekts “Cultural education for children living in rural communities” Kunstunterricht für Schüler ab Klasse sechs eingeführt. Mit diesem Unterrichtsangebot haben die Kinder die Möglichkeit ihre künstlerischen Fähigkeiten zu entwickeln. Es wird gemalt, gebastelt und es werden sogar Kunsttage durchgeführt, an denen die Kinder ihre Werke präsentieren können. Die Schüler werden auch in armenischer und internationaler Kunst unterrichtet. Grundsätzlich wird der Unterricht von den Lehrern sehr positiv eingeschätzt. Leider waren während des Forschungsaufenthaltes im Dorf Schulferien und die Meinung der Kinder konnte nicht erfasst werden. Die Lehrer betonten jedoch, dass nur durch diesen Unterricht einige begabte Schüler ihr Potential entdeckt haben. Die Schulmitarbeiterin, die anonym bleiben wollte, erzählte aber im Privatgespräch, dass dieser Unterricht ab 2016 wegen mangelnder Weiterfinanzierung höchstwahrscheinlich nicht mehr durchgeführt werden könne. *„Dies ist sehr schade. Die Schule ist aber nicht in der*

²²² Delegation of the European Union to Armenia (2014): Cultural education for children living in rural communities. Auf: <http://eucentre.am/projects/cultural-education-for-children-living-in-rural-communities/> abgerufen am 16.06.2016



Foto 18: Die Grundschule von Chochkhan, der Zielort des EU-Projekts “Cultural education for children living in rural communities” (eigene Aufnahme 04.10.2014)

Lage, diesen Unterricht selbst zu finanzieren und wir erhalten auch weder vom Staat noch von irgendeiner anderen Organisation weitere finanzielle Unterstützung“ berichtete die Gesprächspartnerin.

In diesem Projekt spiegelt sich sehr deutlich das Grundproblem fast aller Projekte bzw. Programme zugunsten der gesellschaftlichen Dimension wieder. Die Projekte erbringen zwar überwiegend positive Ergebnisse und bilden eine gute Basis für die gesellschaftliche Entwicklung, jedoch werden die Meisten von internationalen Organisationen initiiert sowie finanziert und haben eine sehr kurze Laufzeit von maximal 2-3 Jahren in der Regel. Nach Ablauf dieser Zeit erhalten sie weder von der EU noch von der eigenen Regierung weitere finanzielle Unterstützung und müssen daher beendet werden. Der positive Einfluss der Projekte wird in der Folge schnell nivelliert. Interessant ist, dass in dieser Situation die positive Beurteilung der EU-Kommission der eigenen Projekte gleichzeitig richtig und falsch ist. Richtig ist sie, weil die Projekte während der Laufzeit wirklich positiven Einfluss auf die Situation haben. Falsch ist diese Einschätzung aus der langfristigen Perspektive, weil den Projekten die Nachhaltigkeit fehlt. Sie können also die Situation nur kurzfristig beeinflussen. Nur eine nachhaltige mehrjährige Finanzierung kann die Effektivität der Projekte langfristig sichern.

Weitere im Bildungsbereich durchgeführte Projekte, die von der Europäischen Union finanziert wurden, hatten ähnliche Probleme. Wie schon beschrieben, leistete die EU zur nachhaltigen sozialen Entwicklung in der Provinz Lori einen wesentlichen Beitrag in Form der Reform des Ausbildungssystems. Alle sechs Hochschulen, die sich in Lori befinden, nahmen an EU-Programmen wie Tempus, Erasmus Mundus und DAAD, die den Bolognaprozess unterstützen teil. Die Programme geben den Professoren und Studenten die Möglichkeit, mit ihren europäischen Partnern zusammen zu arbeiten und ein modernes Hochschulverwaltungssystem zu entwickeln. Ein weiteres Ziel ist, die Qualitätssicherungsmechanismen und Lehrpläne zu verbessern.²²³

Nach Angaben des DAAD studierten, lehrten und forschten 2014 insgesamt 313 Armenier in der Bundesrepublik. Weltweit betrachtet studieren und forschen zurzeit ca. 5.000 armenische Studenten und Wissenschaftler im Ausland, davon 30% in Europa.²²⁴ Trotz der positiven Dynamik, zeigen die Zahlen sehr deutlich, dass nur ein sehr kleiner Anteil der Studierenden und Wissenschaftler von den Projekten der Union profitiert. So betrug 2013 die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des Lehrpersonals an den Hochschulen in Armenien 16.434 und die der Studenten 121.000 (DAAD 2013, BildungsmarktInformationen. Armenien). Davon hatten nur ca. 1,1% die Möglichkeit, an deutschen und europäischen Hochschulen zu forschen und zu studieren. Mangelnde Finanzierung ist der wichtigste Grund, weshalb die meisten armenischen Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hochschulen nicht die Möglichkeit erhalten ebenfalls von solchen Programmen zu profitieren.

Weg nach Europa gesperrt!²²⁵

„Ich studiere gerade an der FU Berlin, wohne schon seit drei Jahren in der Bundesrepublik und habe gute Chancen, nach dem Studium hier Arbeit zu finden. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie schwer es für mich war nach Deutschland zu kommen. Meine Familie musste dafür die Wohnung verkaufen. Das Problem ist, dass es in Deutschland fast keine Stipendien für Armenier gibt. Es gibt zwar ein paar Stiftungen, bei denen man sich bewerben kann, aber nur einige Bewerber bekommen das Stipendium. Ich hatte auch in Armenien immer gute

²²³ EU in Armenia (2014): Lori. Auf: <http://eucentre.am/eu-Lori/> abgerufen am 16.06.2016

²²⁴ DAAD (2013): Bildungsmarkt-Informationen. Armenien. Auf: https://www.daad.de/medien/bma_armenien.pdf abgerufen am 16.06.2016

²²⁵ Siehe das Interview - Weg nach Europa gesperrt.

Noten, konnte Deutsch auf der C1-Stufe und habe mich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, beim DAAD, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen beworben. Klappte leider nicht. Fast alle meine Bekannten, die sich für Stipendien beworben haben, haben ebenfalls Absagen bekommen. Es gibt so viele junge Menschen in Armenien, die in Deutschland bzw. in Europa studieren wollen, die aber leider keine Chance bekommen. Wenn man vergleicht: In Berlin haben 98% aller amerikanischen Studierenden ein Vollstipendium, von den armenischen Studierenden jedoch nur 3-4%.

Es ist also unglaublich schwer für uns, nach Deutschland zum Studieren zu kommen. Für ein Studium in Deutschland verlangt die Ausländerbehörde einen Kapitalnachweis von 8.000 Euro pro Studienjahr. Welcher Student aus Armenien hat für zwei Semester mindestens 8.000 Euro?! Kaum jemand kann sich so was leisten. Der Weg nach Europa ist für uns gesperrt.“

C. Fallstudie: Bürgerpartizipation

Ein weiterer Prioritätsbereich für die Entwicklung der gesellschaftlichen Dimension in Lori war laut der EU-Kommission die Förderung der Zivilgesellschaft und die aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Das im letzten Kapitel erwähnte EU-Projekt “Poverty alleviation in the regions of Armenia - integrated approach to provide sustainable community development based on European experience”²²⁶ hatte genau diese Ziele. Die Europäische Gemeinschaft investierte mehr als 150.000 Euro in das Projekt und war damit auch erfolgreich. Im Anschluss an das Projekt wurden in ausgewählten Gemeinden folgende weitere Projekte initiiert:

“Developed referral mechanisms for provision of solutions to the identified community social needs/issues; Developed Guide on referral mechanisms for provision of solutions to the identified community social needs; Developed training module on how to solve community social issues based on referral mechanisms; Reduced number of community social needs; Assured basis for solving community social issues and social sustainability; qualitative improvement in the lives of community residents; Impacted level of poverty; etc.”²²⁷

²²⁶ Delegation of the European Union to Armenia (2014): Cultural education for children living in rural communities. Auf: <http://eucentre.am/projects/cultural-education-for-children-living-in-rural-communities/> abgerufen am 16.06.2016

²²⁷ EC (2013): Assessment of implementation of Action activities. Armenia. Final narrative report. S. 14 f. Auf: http://armenianportal.com/Phone/FINAL_REPORT_2014_EU.pdf abgerufen am 16.06.2016

Die Feldforschung (von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015) in den vier Gemeinden, die von den Projekten in Lori profitierten (Saramej, Lernantsq, Lernavan und Arevashogh) zeigte, dass auch in diesem Fall die meisten Ziele in der Realität nicht erreicht wurden und die Bürgerbeteiligung wie auch die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Zielorten nur auf dem Papier existieren. Die meisten sozialen Probleme in den Dörfern bleiben immer noch ohne Lösung, das Armutsniveau ist genauso hoch wie früher und die Bewohner der Dörfer wissen nichts über die Mechanismen zur Lösung bzw. zur Prävention sozialer Probleme, die im Rahmen der Projekte entwickelt wurden.

Durch die Wirtschaftskrise 2008 wurde vor allem die soziale Lage negativ beeinflusst. Bis zu dieser Krise lag die Armutsrate bei 27,6% (2008), stieg aber 2010 auf 35,8% an. Die positive Dynamik der sozio-ökonomischen Entwicklung der letzten fünf Jahre ist nur in der Hauptstadt sichtbar. Ländliche Gemeinden wie Saramej oder Lernantsq leiden immer noch unter extremer Armut.²²⁸ Über 80% der Bewohner der vier Dörfer sind in der Landwirtschaft tätig und fast 90% betreiben Subsistenzwirtschaft und personalintensive Produktion. Wie bereits erwähnt, ist der Zugang zu Krediten auch für diese Menschen sehr schwer, was die Entwicklung dieses Sektors fast unmöglich macht (die Zahlen sind von den Bewohnern grob geschätzt, da es keine richtige Statistik in diesem Bereich gibt. Anmerk. des Verf.).

Die Dörfer leiden vor allem auch unter der hohen Arbeitslosenrate. Diese liegt offiziell, wie im gesamten Staat, bei 16,2%. Inoffiziell wird sie aber von Bewohnern und Nichtregierungsorganisationen auf über 40% geschätzt. Sehr viele Menschen sind im informellen Sektor tätig. Ihre Einkommen werden nicht versteuert.²²⁹ Die oben dargestellten (siehe Kapitel V.2.1) Probleme hinsichtlich der politischen Dimension betreffen auch diese Dörfer. Die Gemeinden haben keine reale finanzielle und sektorale Dezentralisierung, deshalb bleiben sie funktionslos. In dieser Situation ist es keine Überraschung, dass die Bürgerbeteiligung an Entscheidungen allgemein sehr niedrig ist; Bei Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen fehlt diese sowohl in den Dörfern als auch in der ganzen Provinz.

²²⁸ Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (2014): Armenien. Auf: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/schwarzmeerraumsuedkaukasus/armenien/> abgerufen am 16.06.2016

²²⁹ Germany Trade & Invest (2014): Wirtschaftsentwicklung Armenien 2013/14. Auf: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftsentwicklung,t=wirtschaftsentwicklung-armenien-201314,did=1084006.html> abgerufen am 16.06.2016

V.4.2 Samzkhe-Dschawakhetien

Um die soziale Entwicklung in Samzkhe-Dschawakhetien voranzutreiben, förderte die Europäische Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren über 20 Projekte. Das Budget variierte zwischen 100.000 und 500.000 Euro, die vollständig oder nur teilweise von der EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik investiert wurden. Wie in Lori wurden die Finanzmittel bestimmten Projekten und unterschiedlichen Programmen wie Erasmus+, Tempus, Jean Monnet, etc. zugeteilt. Auch in dieser Region waren die Ziele: die Lösung sozialer Konflikte, der Schutz der Rechte unterschiedlicher sozialer Gruppen und die Entwicklung der Zivilgesellschaft.²³⁰

Die von 2010 bis 2015 durchgeführten wichtigsten Projekte zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, zur Förderung der Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen sowie zur Unterstützung von zielgruppen- und genderorientierten Dienstleistungen in Samzkhe-Dschawakhetien waren: "Women leaders and their roles in a democratic state", "Promote human culture, tolerance and intercultural dialogue for youth" und "Support to regional development" (siehe Delegation of the European Union to Georgia 2014, List of Projects). Ähnlich wie in der armenischen Nachbarprovinz versuchte die Union also auch hier durch diese Projekte die "Gender equality", das Ausbildungsniveau und die zivilgesellschaftliche Situation zu verbessern. Wie bereits erwähnt waren die Projekte nach Meinung der EU-Kommission erfolgreich und erreichten die vorgegebenen Ziele.²³¹

Die durchgeführten Forschungsaufenthalte in der Region (2014-2015) haben aber deutlich gezeigt, dass die gesellschaftliche Situation in Samzkhe-Dschawakhetien immer noch sehr schwierig ist und die oben genannten Projekte kaum positiven Einfluss auf sie hatten. Die Befragung der Bewohner in Akalzike und Gogasheni bestätigte, dass nach Meinung der Mehrheit der einfachen Bürger der EU-Beitrag zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation sehr gering war. Die meisten Befragten gaben ähnlich wie schon in Lori an, dass infolge der EU-Entwicklungspolitik in der Region keine inklusive, lokal verwurzelte Zivilgesellschaft aufgebaut wurde. 20% der Befragten wussten keine Antwort auf die Frage und nur ca. 10% beantworteten diese positiv.

²³⁰ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

²³¹ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

In Samzkhe-Dschawakhetien war also ebenfalls die Mehrheit der Bewohner der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik generell keinen positiven Einfluss auf die gesellschaftliche Situation in der Region hatte. Mit der sozio-kulturellen Situation waren fast alle Bürger unzufrieden, die meisten wussten dabei nichts über die unternommenen Versuche der Europäischen Gemeinschaft. Fast 65% der Befragten waren der Meinung, dass die gesellschaftliche Situation in der Region trotz der EU-Projekte nicht besser geworden ist. Nur ca. 15% beantworteten die Frage positiv und 20% wussten keine Antwort.²³²

A. Fallstudie: Gender

Die EU-Kommission äußerte jedoch die Meinung, dass diese Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation erfolgreich durchgeführt worden wären und sie die vorgegebenen Ziele erreicht hätten. Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass die Ergebnisse dieser Projekte nicht eindeutig positiv waren. So förderte die EU zur sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung der Frauen in Samzkhe-Dschawakhetien das Projekt "Women leaders and their roles in a democratic state". Das Projekt begann 2008 und hatte ein Budget von 170.000 Euro. Das Hauptziel war es, in Akhalkalaki potenzielle weibliche Führungskräfte zu finden und diese für die aktive Teilnahme an sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen der Region zu motivieren. Darüber hinaus sollte zum einen die Demokratisierung der lokalen Gesellschaft erreicht und zum anderen die Gleichstellung der Geschlechter unterstützt werden.²³³

Akhalkalaki liegt 30 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt, im südlichen Teil der Region Samzkhe-Dschawakhetien. Die Bevölkerungszahl beträgt ca. 60.000 Einwohner, wovon 90% ethnische Armenier sind.²³⁴ Der Anteil der Frauen beträgt ca. 56%. Die Rechte und der Status von Frauen in der Region sind stark von den lokalen Lebensbedingungen, Traditionen und kulturellen Eigenarten beeinflusst. Die traditionellen patriarchalen Strukturen

²³² Eigene Befragung in der Region von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015.

²³³ European Centre for Minority Issues (2014): Women Leaders and their Roles in a Democratic State. Auf: http://www.ecmicaucasus.org/menu/fora_jcf_mini.html abgerufen am 16.06.2016

²³⁴ National Statistics Office of Georgia (2014): Ethnic groups by major administrative-territorial units. S. 3 Auf: http://www.geostat.ge/cms/site_images/_files/english/census/2002/03%20Ethnic%20Composition.pdf abgerufen am 16.06.2016

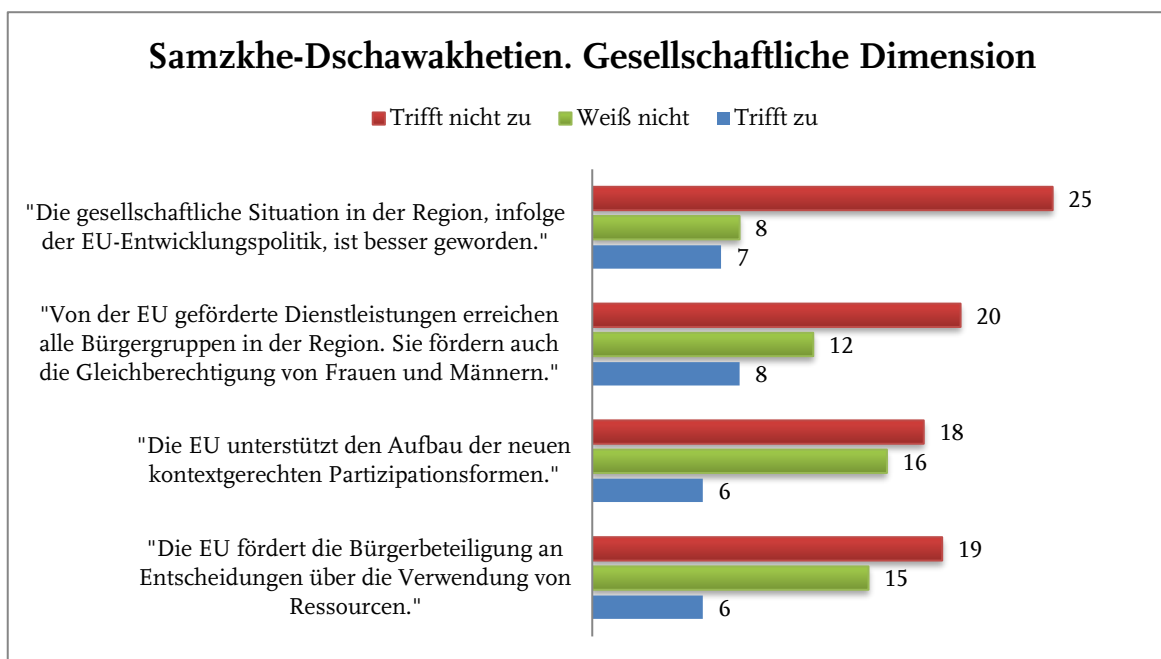


Diagramm 4. Einschätzung der gesellschaftlichen Situation in Samzkhe-Dschawakhetien (Quelle: Eigene Befragung von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015; n=40)

bestehen immer noch und bestimmen die Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern sowie deren Stellung in der Gesellschaft. Dies führt oft zur Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen. Die Stereotypen, die Männern Frauen gegenüber eine bevorzugte Stellung einräumen, sind sowohl in ganz Samzkhe-Dschawakhetien als auch in Akhalzikhe weit verbreitet (eigene Feldforschung in der Region von 2014 bis 2015. Anmerk. des Verf.).

Die meisten Frauen haben Zugang zu Bildung und arbeiten aktiv in unterschiedlichen Organisationen. Sie leiten auch oft eigene Kleinunternehmen. Die Gesellschaft hingegen erwartet von einer Frau, dass sie sich um Kinder und Haushalt kümmert. Das Weiteren üben Frauen oft unbezahlte Arbeit aus. Erhalten sie einen Lohn, so fällt dieser geringer aus als bei Männern in der gleichen Position (USAID 2010, Georgia Gender Assessment. S. 12-16). In vielen Bereichen der Wirtschaft sind Frauen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz benachteiligt (Sumbadze 2008, S. 57). Durch den starken Einbruch am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren drängte es die meisten Frauen in die Schwarzarbeit ab und die Stellen, die sie besetzen, befinden sich üblicherweise im schlecht bezahlten Dienstleistungssektor.²³⁵

²³⁵ UCHIDZE, TAMUNA (2015): „Die Frauen sagen, dass sie glücklich sind“ (Übersetzung). Auf: <http://sknews.ge/index.php?newsid=2517#.VjnK79KrTIU> abgerufen am 16.06.2016



Foto 19: Demonstration gegen häusliche Gewalt in Tbilisi. Quelle: <http://pirveliradio.ge/?newsid=26389> abgerufen am 11.04.2016

Häusliche Gewalt gegenüber Frauen ist auch in dieser Region ein großes Problem. Neben körperlicher und psychischer Gewalt ist auch die ökonomische Abhängigkeit als höchst problematisch anzusehen.

Eine umfassende Untersuchung zum Thema häusliche Gewalt wurde vom United Nations Population Fund durchgeführt und kam zu dem Ergebnis, dass mindestens jede elfte verheiratete Frau (mehr als 35%) körperlicher Gewalt ausgesetzt ist. Häusliche Gewalt wird auch hier weiterhin als private Angelegenheit betrachtet. Laut neuesten Untersuchungen glauben 78% aller Frauen, dass Fälle von häuslicher Gewalt in der Familie bleiben und nicht öffentlich diskutiert werden sollten (United Nations Population Fund 2013, Domestic violence survey in the South Caucasus).

Besonders problematisch bleibt die Situation der Frauen, die ethnischen Minderheiten, vor allem der armenischen Minderheit in der Provinz, angehören. Diese Frauen leiden unter kulturellen und sprachlichen Einschränkungen sowie unter Menschenrechtsverletzungen, mangelndem Zugang zu Informationen und Fachkenntnissen. All das macht ihre Integration in die Gesellschaft fast unmöglich. Sie sind fast gänzlich vom gesellschaftlichen Leben isoliert. Trotz der Bemühungen unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen bleibt die Situation der Frauen aus ethnischen Minderheitsgruppen in

Samzkhe-Dschawakhetien und in Georgien generell sehr schwierig.²³⁶ Von staatlicher Seite her wird fast nichts zur Verbesserung dieser Situation unternommen.

Die in Samzkhe-Dschawakhetien durchgeführte Untersuchung (der Gender-Situation) hat gezeigt, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Region trotz der EU-Projekte nicht erreicht werden konnte. Leider gelang es nicht, die Teilnehmerinnen des Projekts "Women Leaders and their Roles in a Democratic State" zu finden und die konkreten Ergebnisse des Projekts zu analysieren. Aber die gesamte Situation in der Region lässt die Vermutung zu, dass das Projekt sowie andere Aktivitäten der EU in diesem Bereich nicht ausreichend waren und das Genderproblem immer noch ungelöst ist.

„Gefährlich Traditionen“²³⁷

„Bei uns gibt es einige Traditionen, die gefährlich sind, vor allem die Traditionen, die Frauen betreffen. Diese halten das persönliche Potential der Frauen klein und geben keine Möglichkeit zur Entwicklung. So glauben viele Männer, dass Frauen ausschließlich zu Hause bleiben sollen. Dass die einzige Aufgabe der Frauen Kochen und Putzen ist. Sie denken auch, dass es erlaubt ist, die eigenen Frauen zu schlagen. Niemand darf ihnen das verbieten. Die Tradition sagt, dass alles, was in der Familie passiert, in der Familie bleiben soll. Deswegen gibt es auch nur wenige Beschwerden über häusliche Gewalt in der Familie. Die Verwandten, Freunde, Nachbarn denken, dass es nicht ihre Aufgabe ist, die Frauen vor aggressiven Ehemännern zu schützen.“

Eine weitere Tradition sagt, dass die Frauen von ihren Ehemännern oder Eltern abhängig, absolut abhängig bleiben soll. Sie darf nicht arbeiten, ich meine, sie darf nicht außerhalb der eigenen Familie arbeiten, zu Hause muss sie aber arbeiten ohne Ende. Alles, was zu Hause gemacht werden muss, muss die Frau machen, manchmal mit Unterstützung von Mutter oder Oma, aber die Männer helfen nie. Sehr viele meiner Freundinnen arbeiten nur deshalb nicht, weil ihre Männer und Familien es ihnen nicht erlauben. Natürlich gibt es Ausnahmen, und ich bin stolz, dass viele Frauen trotz der Probleme hart arbeiten und erfolgreich sind. Wenn sie Glück haben, finden sie auch einen Mann, der verständnisvoll ist. Wie gesagt, das sind aber eher Ausnahmefälle als die Regel.“

²³⁶ UN-Women (2014): Die Bedürfnisse und Prioritäten der Frauen aus ethnischen Minderheiten in Georgien. Auf: http://www.ecmcaucasus.org/upload/Ethnic%20Minority%20Women_Geo.pdf abgerufen am 16.06.2016

²³⁷ Siehe das Interview - Gefährlich Traditionen.

Georgien wird keine Zukunft, keine gute Zukunft haben, wenn wir die Probleme der Frauen nicht lösen. Demokratie benötigt unter anderem die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dafür brauchen wir mehr Unterstützung, mehr gesellschaftliches Engagement. Bei uns sagen die Frauen, dass sie glücklich sind, aber für ihre Töchter wollen sie kein solches Leben. Das muss man ändern.“

B. Fallstudie: Bildung

Die Ausbildungsorganisationen in Samzkhe-Dschawakhetien erhalten Unterstützung der EU durch die gleichen Programme wie in der Provinz Lori. Die Projekte in diesem Bereich sollen das Ausbildungsniveau der Bewohner der Region verbessern und dadurch eine ökonomische sowie soziale Entwicklung erreichen. Von Programmen wie „Tempus“ und „Erasmus Mundus“ profitieren vor allem die Universitäten und Fachhochschulen. Die EU-Entwicklungspolitik konzentriert sich aber auch auf die Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu guter Grundbildung für Kinder, insbesondere in den armen Gemeinden, und versucht bessere Möglichkeiten der beruflichen Bildung für alle Bewohner der Region zu schaffen.²³⁸ Wie bereits erwähnt, wurden von der Europäischen Gemeinschaft auch bestimmte Einzelprojekte finanziert, die das Ausbildungsniveau in den Grundschulen verbessern sollten. Das wichtigste Projekt in diesem Bereich war unter anderem „Promote human culture, tolerance and intercultural dialogue for youth“. Zwischen 2010 und 2012 wurden für das Projekt über 75.000 Euro aufgewendet.²³⁹

Im Rahmen des Projekts wurden in den Grundschulen von Samzkhe-Dschawakhetien (in Akhalzikhe und Ninotsminda) Seminare und Planspiele für Jugendliche organisiert. Das Ziel war: *„[to] decrease the level of youth violence and xenophobia that leads to discrimination and numerous cases of human rights violations“ (a.a.O.)*. Die Schüler besuchten auch Menschenrechtsbildungsseminare, durch die sie gelernt haben, wie und warum man Rechte schützen kann und muss. Drei Jahre nach Ablauf ist aber nicht mehr deutlich erkennbar, welchen Nutzen das Projekt hatte. Von der EU wurden keine weiteren Anschlussprojekte zu diesem Zweck an den Schulen gefördert. Dadurch gibt es

²³⁸ Delegation of the European Union to Georgia (2014): Supporting Georgia in its reforms of higher and vocational education. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/documents/virtual_library/35_union_6_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

²³⁹ Delegation of the European Union to Georgia (2014): Promote human culture, tolerance and intercultural dialogue for youth. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/242116_en.htm abgerufen am 16.06.2016

kaum noch Schüler an den Zielgrundschulen, die sich an irgendetwas von dem Projekt erinnern können. Wenn also die Maßnahmen während ihrer Laufzeit erfolgreich und notwendig waren, ist nicht ganz ersichtlich, warum keine weiteren gefördert wurden.

Weitere Projekte der EU zur Verbesserung des Bildungssystems von Samzkhe-Dschawakhetien hatten ähnliche Probleme. So profitieren alle Hochschulen der Region von EU-Programmen wie Tempus, Erasmus Mundus und dem DAAD. Diese haben das Ziel, den Bologna-Prozess zu unterstützen und das Hochschulsystem zu modernisieren. Die Programme haben eine mehrjährige Laufzeit, werden aber nicht ausreichend finanziert. Theoretisch sollen durch die Programme Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter der Hochschulen die Möglichkeit erhalten, an anderen europäischen Hochschulen weiter zu studieren. Wegen der mangelhaften Finanzierung haben aber 98% der Studierenden sowohl in Samzkhe-Dschawakhetien als auch in Georgien dennoch kaum eine Chance, das notwendige Stipendium für ein Auslandsstudium zu erhalten.

Die Angaben des Geostate National Statistic Office of Georgia bestätigen die oben aufgestellte Behauptung. Die Zahl der Hochschulstudierenden in Georgien betrug 2014 fast 125.000.²⁴⁰ Im Ausland studierten 2014 insgesamt ca. 8.000 georgische Studenten.²⁴¹ Leider gibt es keine offizielle Statistik, aus der zu erfahren wäre, wie viele davon in EU-Staaten studieren. Selbst wenn alle dieser 8.000 georgischen Studenten in europäischen Staaten studieren würden und dafür ein Stipendium erhalten hätten, würde das bedeuten, dass selbst im Bestfall nur 6,4% aller Studenten in Georgien (in der Realität wird der Prozentsatz wohl viel geringer sein) in den Genuss solcher Leistungen kommen. Die meisten Studenten in Georgien haben den Wunsch, mindestens ein Semester im Ausland zu studieren. Durch die mangelnde Finanzierung der Austauschprogramme gibt es aber nur für einige Wenige diese Möglichkeit diesen Wunsch zu realisieren.

Die Statistik zeigt auch, dass der Anteil der georgischen Studenten im Ausland trotz der EU-Programme jedes Jahr sinkt. Laut DAAD studierten 2006 in der Bundesrepublik ca. 3.189 Studenten aus Georgien. Fünf Jahre später hatte sich die Zahl auf 2.347 reduziert (DAAD 2013, Bildungsmarkt-Informationen). Wie für armenische Studenten, sind auch die Voraussetzungen

²⁴⁰ National Statistics Office of Georgia (2014): Education. Auf: http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p_id=206&lang=eng abgerufen am 16.06.2016

²⁴¹ DAAD (2013): Bildungsmarkt-Informationen. Auf: https://www.daad.de/medien/bma_georgien.pdf abgerufen am 16.06.2016

für Georgier zum Studium im Ausland kaum erfüllbar. So müssen auch sie für das Studentenvisum in der Bundesrepublik ein Kontoguthaben von 8.000 Euro nachweisen. In anderen europäischen Ländern sieht die Situation ähnlich aus (Tschechien verlangt z.B. 4.000 Euro).²⁴² Selbst wenn die Studenten schon die Zusage von der deutschen Universität haben, ohne einen solchen Geldnachweis erhalten sie das Visum nicht. Demzufolge stellt das Stipendium fast die einzige Möglichkeit für die große Mehrheit der Studieninteressierten dar. Dieses erhalten aber nur sehr Wenige.

„Willkommen in der Bundesrepublik“²⁴³

„Wenn auch der Student sein Studium in der Bundesrepublik selbst finanziert, ist der weitere Weg für ihn nicht viel einfacher. So hat er/sie die Möglichkeit entweder das Studium fortzusetzen oder sich Arbeit zu suchen. Nach dem Abschluss muss er aber wieder 8.000 Euro auf dem Konto haben, um den Status „Arbeitsuchender“ für ein Jahr in Deutschland zu erhalten. Ein Stipendium für ein weiteres Studium (z.B. für ein anschließendes Masterstudium nach dem Bachelor) bekommt man nur sehr schwer. So muss man, um vom DAAD ein Stipendium für ein weiteres Studium zu erhalten, in sein Heimatland zurückkehren und dort mindestens ein Jahr bleiben. Erst dann darf man sich erneut bewerben. Obwohl die anderen deutschen Stiftungen solche Voraussetzungen (zumindest offiziell) nicht haben, weisen sie bei der Bewerbung darauf hin, dass in erster Linie Studenten gefördert werden, die aus ihrem Heimatland nach Deutschland kommen wollen. Wenn dann irgendwelche Finanzmittel übrig bleiben, was aber bei der großen Zahl der Bewerber kaum vorstellbar ist, werden diese dann den schon in Deutschland lebenden ausländischen Studenten zugeteilt.“

Die Projekte und Programme spiegeln sehr deutlich das Problem fast aller EU-Aktivitäten im Bildungssystem wieder. Wie in der Provinz Lori, brachten die Projekte auch in Samzke-Dschawakhetien nur kurzfristig positive Ergebnisse und leiden unter unzureichender Finanzierung. Die Projekte bilden eine gute Basis für die sozio-kulturelle Entwicklung. (Den Meisten fehlen aber Nachhaltigkeit und ausreichende Finanzierung). Sie werden normalerweise von der Europäischen Gemeinschaft initiiert und finanziert, haben aber sehr kurze Laufzeiten von maximal 2-3 Jahren und verfügen nur über geringe finanzielle Mittel. Nach Ablauf der Projekte findet keine weitere Förderung statt. Daher ist

²⁴² Deutsche Botschaft Tbilisi (2015): Zulassungsvoraussetzungen für georgische Studienbewerber an deutschen Universitäten. Auf: http://www.tiflis.diplo.de/Vertretung/tiflis/de/03/Lernen__und__Studieren__in__DEU/Stipendien.html abgerufen am 16.06.2016

²⁴³ Aus eigener Erfahrung während des Studiums in Deutschland.

es keine Überraschung, dass die positiven Ergebnisse der Projekte sehr schnell nivelliert werden und die Situation in der gesellschaftlichen Dimension, vor allem bezüglich des Bildungssystems genauso schwierig bleibt wie zuvor.

C. Fallstudie: Bürgerpartizipation

Ein weiterer wichtiger Bereich bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Dimension in Samzkhe-Dschawakhetien war laut der EU-Kommission die Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Leben. Mit diesem Ziel und zur Entwicklung lokaler Gemeinden wurden von der EU auch in Samzkhe-Dschawakhetien mehrere Projekte durchgeführt. Mit den Projekten wurde versucht, die regionalen Kommunen zu befähigen, ihre Kernfunktionen (Planung, Haushalt, Dienstleistungen) sachgerecht und bedarfsorientiert sowie transparent auszuführen sowie eine öffentliche Kontrollinstanz innerhalb dieser Kommunen zu schaffen.

Die Projekte förderten auf kommunaler Ebene die aktive Beteiligung der einfachen Bürger am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gemeinde. „Förderung der Regionalen Verwaltung als Dezentralisierungsinstrument“, „Finanzierung der ökonomischen Möglichkeiten zur nachhaltigen Regionalentwicklung“ und „Support to Regional Development Reform in Georgia“ waren Projekte mit Budgets in Höhe von 70.000 bis 500.000 Euro und waren nach Einschätzung der EU-Kommission erfolgreich.²⁴⁴

In diesem Prioritätsbereich war das wichtigste Projekt in Samzkhe-Dschawakhetien der „Support to Regional Development in Georgia“ (2011-2014).²⁴⁵ Hierfür hat die Europäische Gemeinschaft verteilt über ganz Georgien insgesamt ca. sieben Mio. Euro zur Verfügung gestellt. In Samzkhe-Dschawakhetien förderte die EU insbesondere die Entwicklung der finanziellen und institutionellen Kapazitäten von Kommunen, die Reduzierung wirtschaftlicher Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Gemeinden und die aktive Bürgerbeteiligung durch Partizipation an der kommunalen

²⁴⁴ Delegation of the EU to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

²⁴⁵ Delegation of the EU to Georgia (2014): Support to regional development. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/278861_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Selbstverwaltung. Es sollte auch eine Zivilgesellschaft entwickelt werden, welche die Bezirksregierung effektiver kontrollieren kann.²⁴⁶

Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass, wie auch in der Provinz Lori, die meisten Ziele der EU-Entwicklungspolitik in diesem Bereich in der Realität nicht erreicht wurden. Die Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen ist immer noch sehr niedrig, die Zivilgesellschaft entwickelt sich sehr langsam oder gar nicht. Die meisten sozialen Probleme in den Dörfern der Region sind noch immer ungelöst. Die lokalen Kommunen haben weder die finanziellen Mittel, noch die fachlichen Kompetenzen, um die Probleme vor Ort selbst zu lösen. Das Armutsniveau ist genauso hoch wie früher und die Bewohner bestimmter Dörfern wissen nicht einmal, dass es die europäische Gemeinschaft gibt und diese ihre Beteiligung an Entscheidungen über die Verwendung der lokalen Ressourcen fördert (siehe Kapitel V.2.2).

Unterschiedliche Nichtregierungsorganisationen in Samzkhe-Dschawakhetien bestätigten, dass die gesellschaftliche Situation in der Region 2014 immer noch sehr schwierig war. Die meisten wiesen auf Probleme hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte hin. Gia Andgulaze (Leiterin der NGO „Union demokratischer Menschen“) berichtete: *„Die Situation, vor allem der religiösen Minderheiten, bleibt sehr angespannt. In diesem Sinne ist im Vergleich zum Vorjahr die Situation noch schwieriger“*.²⁴⁷ Cira Meskhischvili, die Leiterin der Assoziation „Toleranz“ sagte dazu: *„Wir sehen eine zunehmende Intoleranz in der Gesellschaft gegenüber Mitbürgern, die andere Religionen vertreten.“* (siehe Uchidze 2015, Wie beurteilen die NGOs von Samzkhe-Dschawakhetien 2014). Des Weiteren beobachtete Frau Meskhischvili eine Zunahme an Menschenrechtsverletzungen. Sie erzählte, dass in der Region zudem ein Anstieg von Aggression und Arbeitslosigkeit sichtbar ist. Dies führt wiederum zu einer Abwanderung junger Menschen aus der Region (siehe Uchidze 2015, Wie beurteilen die NGOs von Samzkhe-Dschawakhetien 2014). Vertreter anderer Nichtregierungsorganisationen beurteilen die gesellschaftliche Situation in der Region ebenfalls negativ und geben an, dass im Vergleich zum Vorjahr die Situation noch schwieriger geworden ist.

²⁴⁶ Ministry of Regional Development and Infrastructure of Georgia (2015): Support to Regional Development Program Implementation. Auf: <http://www.mrdi.gov.ge/en/news/press/548ed95c0cf27d40b7c2a73f> abgerufen am 16.06.2016

²⁴⁷ UCHIDZE, TAMUNA (2015): „Wie beurteilen die NGOs von Samzkhe-Dschawakhetien 2014“ (Übersetzung). Auf: <http://sknews.ge/index.php?newsid=4788#.VknPdtKrTIU> abgerufen am 16.06.2016

Die hohe Arbeitslosenzahl vor allem in den ländlichen Gemeinden, das schlechte Ausbildungssystem, mangelnde Kenntnisse über die Selbstverwaltungsorgane und deren Funktionsweise sowie über die eigenen Rechte verhindern in Samzkhe-Dschawakhetien, dass sich die Bürger zivilgesellschaftlich mehr engagieren oder an Entscheidungen teilnehmen. Die durch die EU unterstützten Selbstverwaltungsorgane bleiben als Folge oft unwirksam (siehe Kapitel V.2.2). Demnach haben die EU-Projekte in diesem Bereich, die nur eine begrenzte Laufzeit und wenig finanzielle Mittel haben, keinen wirklichen Einfluss auf die Situation. In Samzkhe-Dschawakhetien wie in Lori wird daher keine nachhaltige Entwicklung der gesellschaftlichen Dimension bewirkt.

V.4.3 Kulturelle Entwicklung

Die Europäische Gemeinschaft förderte zur nachhaltigen Entwicklung der gesellschaftlichen Dimension in Samzkhe-Dschawakhetien und Lori gleichzeitig die kulturelle Entwicklung der Provinzen. Dieser Bereich bildete, wie bereits erwähnt, ebenso wie die Förderung der sozialen Entwicklung, keinen eigenständigen Prioritätsbereich der EU-Entwicklungspolitik im Südkaukasus und wurde im Rahmen der wirtschaftlichen Größenordnung abgedeckt. Mit Hilfe der EU-Unterstützung wurden mehrere Einzelprojekte ins Leben gerufen, die versuchen, gemeinsame kulturelle Werte zu fördern mit dem Ziel das gemeinsame kulturelle Erbe zu bereichern, auf kultureller Ebene entstandene Konflikte zu lösen, die Kultur der ethnischen Minderheiten zu schützen und Maßnahmen zur Entwicklung der lokalen Kultur durchzuführen. Die Europäische Gemeinschaft versuchte dabei, diese Ziele gleichzeitig in Armenien als auch in Georgien zu erreichen. Deswegen waren von den meisten Projekten der EU beide Zielregionen dieser Untersuchung gleichzeitig betroffen. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse der EU-Projekte zur kulturellen Entwicklung im Folgenden in einem gemeinsamen Kapitel untersucht.

Im Rahmen der Entwicklungspolitik förderte die EU in den letzten zehn Jahren acht kleine und große Projekte zur mit dem Ziel der kulturellen Entwicklung der Provinz Lori. In Samzkhe-Dschawakhetien wurden im gleichen Zeitraum neun Projekte finanziert. Die EU-Finanzierung über einen zweijährigen Projektzeitraum betrug zwischen 50.000 und 200.000 EUR.²⁴⁸ Die

²⁴⁸ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch: Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of

EU unterstützte sowohl mehrjährige (3-5 Jahre) als auch kleinere Kooperationsprojekte (1-2 Jahre). Die Wichtigsten in diesem Bereich waren “CAUCULT - Caucasus Cultural Initiatives Network” und “Eastern Partnership Culture Programme”²⁴⁹. Diese wurden nach Einschätzung der EU-Kommission erfolgreich in Georgien und Armenien durchgeführt (siehe EC 2014, Country Progress Report Armenia. Siehe auch EC 2014, Country Progress Report Georgia).

Die Förderung der kulturellen Entwicklung in Samzke-Dschawakhetien und Lori wurde von der EU zwischen 2009 und 2014 vor allem über das Programm “CAUCULT” geleistet. Dieses hatte ein Budget in Höhe von 670.000 Euro, wobei der Beitrag der EU 79,92% betrug. Das Hauptziel des Projektes war die Schaffung von dynamischen politischen und sozialen Rahmenbedingungen zur Stärkung von integrativen und multikulturellen Gesellschaften in Armenien (in Lori wurde die Stadt Alaverdi gefördert), Aserbeidschan und Georgien (in Samzke-Jawakhetien förderte das Projekt die Stadt Akhalzikhe). Durch den Einsatz kultureller Akteure in den Regionen sollte das Projekt den Grundstein zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Entwicklung legen.²⁵⁰ Im Rahmen dieses Programms förderte die EU Mini-Projekte in den ländlichen Regionen von Samzke-Jawakhetien und Lori. Projekte wie “We are the future of our country” in Samzke-Dschawakhetien und “Lorva Orran” (Eröffnung eines Hauses für armenische Kultur, Kunst und kulinarische Spezialitäten) in Lori sollten die oben genannten Ziele erreichen. Die Projekte wurden mit 1.000 bis 5.000 Euro über das CAUCULT gefördert und konzentrierten sich auf die kulturelle Entwicklung der beiden Zielorte.²⁵¹

Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

²⁴⁹ Eastern Partnership Culture Programme (2015): Strengthens regional cultural links and dialogue within the Eastern Partnership region, and between the EU and ENP Eastern countries' cultural networks and actors. Auf: http://www.enpi-info.eu/maineast.php?id=286&id_type=10 abgerufen am 16.06.2016

²⁵⁰ Delegation of the European Union to Armenia (2014): CAUCULT - Caucasus Cultural Initiatives Network. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/257644_en.htm abgerufen am 16.06.2016

²⁵¹ European Centre for Minority Issues (2009): JCF Mini-grant Projects. Auf: http://www.ecmicaucasus.org/menu/fora_jcf_mini.html abgerufen am 16.06.2016

A. Fallstudie: Akhalzikhe

“We are the future of our country” war ein von der EU finanziertes Projekt in der Stadt Akhalzike. Das Projekt wurde 2009 von der NGO „Frauen für die Zukunft der Javakheti“ realisiert. Das Hauptziel des Projekts war die Verbesserung georgischer Sprachkenntnisse unter den Schülern der nicht georgischsprachigen Schulen in Samzke-Dschawakhetien, deren Unterrichtssprache Armenisch ist. Es wurden kurze Sprachkurse in Georgisch mit interaktiven Lehrmethoden und gemeinsamen Gruppenaktivitäten angeboten. Im Rahmen des Projekts wurden 15 Schüler der armenischen Public School N. 1 ausgewählt. Für diese Schüler wurden Sprachkurse und Veranstaltungen auf Georgisch organisiert. Das Projekt lief von Oktober bis Dezember 2009 (siehe European Centre for Minority Issues 2009, JCF Minigrant Projects).

Die Hauptmängel des Projekts werden schon bei der oben gegebenen Beschreibung deutlich. Das Projekt sollte die Sprachkenntnisse einer begrenzten Zahl von Schülern innerhalb weniger Monate verbessern. Für diese armenischen Kinder, deren Kenntnisse der georgischen Sprache im besten Fall der Stufe A2 entsprachen, war es kaum möglich, in einem so kurzen Zeitraum wesentliche Fortschritte zu machen. Außerdem hat die armenische Schule von Akhalzikhe fast 1.000 Schüler. Es ist also nicht klar, warum nur 15 davon ausgewählt wurden. Nach welchen Kriterien dies geschah, ist nicht vollständig nachvollziehbar. Eine Vertreterin der Schule (die anonym bleiben wollte) gab an, dass sie von dem Projekt nichts wisse. Sie arbeitet seit 2012 in der Schule. Dort wurden weder Lehrer noch Schüler gefunden, die sich an solch ein Projekt erinnern konnten.²⁵² Von Nachhaltigkeit des Projekts kann demzufolge keine Rede sein.

Das Hauptproblem des Projekts war wie bei vielen anderen in diesem Bereich die mangelnde Finanzierung und zu kurze Laufzeit. Es dauerte nur wenige Monate und erhielt danach keine weitere finanzielle Unterstützung durch die EU. Auch während der Laufzeit hatte es wegen des begrenzten Budgets nur geringen Einfluss. Selbst wenn alle 15 Schüler nach Abschluss des Projekts Georgisch ausgezeichnet beherrscht hätten, so hätte sich für die anderen 985 Schüler, die nicht teilnehmen durften, nichts geändert. Solche Projekte können nur dann erfolgreich sein, wenn sie die wichtigste Komponente, die Nachhaltigkeit, berücksichtigen. Ohne diese war die langfristige Wirkung logischerweise sehr gering. Wenn das Projekt allerdings regelmäßige Unterstützung erhielte, wobei es nicht wichtig wäre, ob die notwendigen

²⁵² Eigene Feldforschung in der Stadt von November 2014 bis März 2015; sowie Juli bis September 2015.

Finanzmittel von der EU oder der lokalen Regierung kämen, könnte es die Situation durchaus positiv beeinflussen und vielen Schülern die Möglichkeit geben, die georgische Sprache zu erlernen.

B. Fallstudie: Pambak

Zur Unterstützung der kulturellen Entwicklung der Provinz Lori förderte die EU 2014 die Eröffnung eines „Lorva Orran“, eines Hauses der armenischen Kultur, Kunst und kulinarischen Spezialitäten in Pambak (kleines Dorf ca. 20 km nord-östlich von Vanadzor, ca. 500 Einwohner). Das Haus wurde von der NGO „SOSE Charity“ eröffnet und sollte kulturelle Projekte in der Region unterstützen, Konferenzen und Seminare zur Popularisierung der Volkskultur organisieren und attraktive Angebote für ausländische Touristen bieten. Laut der Projektmanagerin Nelli Sedrakyan von „Lorna Orran“ war ein weiteres Ziel Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bewohner des Dorfes zu schaffen, die zuerst ausgebildet und danach im Haus beschäftigt werden sollten.²⁵³

Das Haus sollte den Bewohnern des Dorfes außerdem die Möglichkeit geben, eigene Waren und Dienstleistungen an Touristen zu verkaufen und diente daher gleichzeitig der wirtschaftlichen Entwicklung. Der EU-Beitrag zu dem Projekt betrug 150.000 Euro (EU in Armenia 2014, Armenian Cultural, Art and Culinary House opened in Lori with EU support).

Die 2015 durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass man dieses Projekt im Unterschied zu anderen Projekten, die auf sozio-kulturelle Entwicklung abzielten, als erfolgreich betrachten kann. Das Kulturhaus funktioniert bis heute und bietet den Besuchern unterschiedliche Leistungen. Vor allem bei den Touristen ist es beliebt. Diese können dort verschiedene typisch armenische Waren wie Weine, Kleidung und Lebensmittel kaufen. Die Waren werden von den Bewohnern des Dorfes produziert. Zudem werden im Haus auch Veranstaltungen wie „Herbs of Lori region and tea tasting“ und „Home made wine presentation and tasting“ organisiert.²⁵⁴

Die Touristen können nach Zahlung eines geringen Eintrittspreises (zwei Euro) die Veranstaltungen besuchen und sowohl die armenische Kultur

²⁵³ EU in Armenia (2014): Armenian Cultural, Art and Culinary House opened in Lori with EU support. Auf: <http://eucentre.am/lorva-orran-armenian-cultural-art-and-culinary-entertainment-house-with-the-eu-support/> abgerufen am 16.06.2016

²⁵⁴ Lorva Orran (2015): Events. Auf: <http://lorvaorran.am/index.php?lang=eng&page=home> abgerufen am 16.06.2016



Foto 20: Das Haus der armenischen Kultur und kulinarischen Spezialitäten „Lorva Orran“. Quelle: <http://lorvaorran.am/index.php?lang=eng&page=home> abgerufen am 16.06.2016

kennenlernen als auch die Waren der lokalen Produzenten probieren und kaufen. Diese wirtschaftliche Komponente befähigt das Projekt sich selbst zu finanzieren und sichert so dessen Fortbestand. Obwohl die Finanzierung durch die EU schon abgelaufen ist und das Projekt weder von der EU noch von anderen Organisationen (oder der armenischen Regierung) Geld erhält, ist es weiterhin Erfolgreich.

Das Projekt war von Anfang an so konzipiert, dass es sich nach Ablauf der Förderung selbst finanzieren kann. Neben dem Erlös aus den Eintrittsgeldern erhebt das Haus kleine Gebühren von den Produzenten, die zwischen fünf und maximal zehn Prozent des Verkaufsgewinnes liegen. Diese Einkünfte garantieren die Finanzierung des Hauses, was für alle Seiten eine “Win-Win” Situation darstellt.

Die Mitarbeiter des Hauses verfügen nach den Schulungen und Seminaren über die notwendigen Kenntnisse, um das Haus selbst zu verwalten. Sie wurden durch das Projekt befähigt, nicht nur die anfallenden Arbeiten im Haus durchzuführen, sondern dieses auch möglichst gut nach außen mithilfe verschiedener Infokampagnen im Internet oder in anderen Massenmedien zu präsentieren (eigene Feldforschung in der Region 2014-2015. Anmerk. des Verf.).

Die zahlreichen positiven Bewertungen von Besuchern des Hauses, die auf der Homepage sowie auf Facebook, Instagram, Twitter etc. eingehen, dienen als



Foto 21: Lorva Orran. Die lokale Bevölkerung verkauft einige Waren (eigene Aufnahme 24.07.2015)

handfester Beweis dafür, dass dieses Projekt erfolgreich durchgeführt wurde. Es hat also einen nachhaltig positiven Einfluss sowohl auf die wirtschaftliche als auch auf die sozio-kulturelle Dimension der Provinz Lori.

Das Beispiel illustriert sehr deutlich, dass bei guter Planung Projekte, die auf dem Prinzip Capacity-building aufgebaut sind und sich vor allem an den Bedürfnissen der Gesellschaft vor Ort orientieren auch ohne eine jahrelange Nachfinanzierung der Donator-Organisationen erfolgreich sein können.

C. Fallstudie: Grenzübergreifendes Projekt

Im Rahmen des so genannten “Eastern Partnership Culture Programme” förderte die Europäische Gemeinschaft von 2011 bis 2014 das grenzübergreifende Projekt “SOS Culture saving endangered cultural assets in remote regions of Armenia and Georgia by involving local youth in their preservation” in den ländlichen Regionen von Lori und Samzke-Dschawakhetien. Dieses Projekt wurde zur Förderung der kulturellen Entwicklung in den zwei aneinander grenzenden Regionen durchgeführt und sollte *“with the help of the EU register and preserve endangered cultural assets in the remote border regions of Armenia and Georgia with the involvement of local citizens. Involving local communities in its turn*

promotes economic, social and cultural development in these areas.”²⁵⁵ SOS Culture sollte den interkulturellen und grenzüberschreitenden Dialog fördern, die Teilnahme der Jugendlichen an diesem Dialog ermöglichen, das Wachstum touristischer Interessen in den Grenzregionen unterstützen, die pädagogischen Kapazitäten der lokalen Lehrer verbessern und eine Internetseite über das Projekt erstellen. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der “Foundation for the Preservation of Wildlife and Cultural Assets” durchgeführt und hatte 492.000 Euro (EU-Beitrag 79%) zur Verfügung (siehe EU in Armenia 2014, SOS Culture).

Die Ergebnisse des Projekts waren auch in diesem Fall fast ausschließlich positiv. Über 200 junge Leute zwischen 12 und 14 Jahren aus unterschiedlichen Dörfern von Samzke-Dschawakhetien und Lori wurden während des Projekts unterrichtet und konnten so ihre Kenntnisse über ihr historisches Erbe verbessern. Die lokalen Gemeinden und verschiedenen Gruppen wurden befähigt, die Jugendlichen bei Filmaufnahmen zu unterstützen sowie die Ausstellungen junger Künstler zu organisieren. Im Rahmen des Projekts wurden außerdem die Internetseite (<http://sosculture.eu/>) und ein Forum ins Leben gerufen. Diese wurden auch von jungen Bewohnern der Nachbarstaaten zum Informationsaustausch und zur Kooperation bei der Durchführung kultureller Projekte genutzt. Die Internetseite hilft den Besuchern zudem bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten solcher Projekte.²⁵⁶ Das Projekt förderte zusätzlich mehrere Veranstaltungen, Seminare und Trainingslager, bei denen die Besucher konkrete empirische Kenntnisse zur Arbeit in bestimmten Kulturbereichen erhalten konnten. Die jungen Besucher lernten dabei auch, wie man die Kulturdenkmale des eigenen Landes schützen kann.²⁵⁷ Der Direktor der Armenian Architecture NGO, Herr Samvel Karapetyan, äußerte dazu folgende Meinung:

“Passing the knowledge to the local population, particularly the youth, we’ll be able to reduce spoliation, resulting from ignorance. Indirectly, the project will also reduce

²⁵⁵ EU in Armenia (2014): SOS Culture: Revival of forgotten cultural assets. Auf: <http://archive-am.com/page/3049884/2013-10-20/http://eucentre.am/projects/sos-culture-revival-of-forgotten-cultural-assets-in-armenia/> abgerufen am 16.06.2016

²⁵⁶ EU Neighbourhood Info Center (2013): Youth are a key to heritage preservation: the closing ceremony of SOS Culture project. Auf: <http://www.enpi-info.eu/eastportal/news/latest/34954/Youth-are-a-key-to-heritage-preservation-the-closing-ceremony-of-SOS-Culture-project> abgerufen am 16.06.2016

²⁵⁷ Die Liste der Veranstaltungen im Rahmen des Projekts, siehe auf: http://sos.sunchild.am/index.php?id=4&tx_ttnews%5Bpointer%5D=4&cHash=b982b026dd7f6a59935586ee030a41a8 abgerufen am 16.06.2016

emigration, because when you know your motherland, you come to love it and get attached to it. (...) This active form of participation instils a new approach and expands knowledge about local heritage.”²⁵⁸

Die Teilnehmer des Projekts haben wichtige Kenntnisse erworben, durch die sie in Zukunft erfolgreich im Kulturbereich arbeiten können. Solche Fähigkeiten bergen auch das Potenzial die lokale Kultur weiterzuentwickeln und die Tradition zu schützen. Auch in diesem Fall hat das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ ermöglicht, dass das Projekt langfristigen Erfolg hat. In dem auf diesem Prinzip aufgebauten Projekt wurde den Teilnehmern trotz der relativ kurzen Laufzeit eine Vielzahl an Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt. Diese können auch nach Abschluss des Projekts abgerufen werden. Bei diesem Projekt führte die EU im Vorfeld die für einen nachhaltigen Erfolg notwendigen Untersuchungen durch. Es wurde also ein Ort ausgewählt, der eine günstige Lage hat und traditionell als beliebtes Ziel kulturinteressierter Touristen gilt. So konnte dieses an der Nachfrage orientierte Projekt, welches das Humankapital der Region nutzt und fortbildet, langfristig erfolgreich sein.

„Selfies“ zählen nicht!²⁵⁹

Im Privatgespräch mit einem Mitarbeiter der NGO “Foundation for the Preservation of Wildlife and Cultural Assets in Georgia”, erzählte dieser über das Projekt und die Besonderheiten, die mit diesem verbunden waren. Darüber hinaus nahm er eine Einschätzung der Wirkung des Projektes vor. Der Interviewpartner äußerte die Meinung, dass keiner der am Projekt beteiligten Jugendlichen irgendwelche Vorkenntnisse gehabt habe. Für die Teilnehmer wurden viele unterschiedliche Veranstaltungen organisiert, bei denen sich die Kinder Kenntnisse im Bereich Digitalisierung, Film und Fotoaufnahme etc. aneignen sollten.

Als allgemeines Ziel förderte das Projekt die Entwicklung der Kompetenzen in unterschiedlichen Bereichen z.B. technische Kompetenz durch den Umgang mit Mikrofon, und bei der Bearbeitung der Aufnahmen, kommunikative Kompetenz im Team bei der gemeinsamen Projektarbeit und etc. Dem Gesprächspartner zufolge erhielten die Teilnehmer praktische Kenntnisse in den Bereichen, auf die sie ein Leben lang zurückgreifen können.

²⁵⁸ CHARKIEWICZ, PAWEL (2012): Armenia/Georgia: To the Rescue of Culture in the South Caucasus. Auf: <http://www.eastbook.eu/en/2012/04/material-en/information-material-en/armeniageorgia-to-the-rescue-of-culture-in-the-south-caucasus/> abgerufen am 16.06.2016



Foto 22: Die Teilnehmer des Projekts „SOS Culture“ aus Lori und Samzkhe-Dschawakhetien. Quelle <http://www.enpi-info.eu/eastportal/news/latest/34954/Youth-are-a-key-to-heritage-preservation:-the-closing-ceremony-of-SOS-Cultureproject> abgerufen am 11.02.2016

„Durch das Training haben die Teilnehmer gelernt, wie man mit der Aufnahmetechnik und dem digitalen Fotoapparat umgeht, wie man Fotografien und eine DVD-Produktion erstellen kann, wie man Ausstellungen organisiert, was bei der Erstellung von Filmen besonders wichtig ist, wie man Denkmale fotografiert - ich meine professionell, nicht wie Touristen, also von allen Seiten, die „Selfies“ zählen nicht-. Die Jugendlichen haben auch etwas über die eigene Kultur gelernt und vor allem wie man die Kulturdenkmale und Werke schützen kann“, betonte der Gesprächspartner.

In der Vorbereitungsphase gelang es der NGO „Foundation for the Preservation of Wildlife and Cultural Assets“, die Jugendlichen durch unterschiedliche Arten der Werbung für die Teilnahme an dem Projekt zu motivieren. *„Die Kinder und Jugendlichen meldeten sich zunächst eher zögerlich, aber als dann die erste Gruppe ausgebildet war, haben die anderen gehört, dass man schöne Sachen bei dem Projekt lernt und dann wollten alle teilnehmen.“*

Laut dem Interviewpartner lief das Projekt mit Förderung durch die EU insgesamt drei Jahre. Danach folgte die Evaluierungsphase. *„Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Teilnehmer das Projekt erfolgreich finden und,*

²⁵⁹ Interview mit einem Mitarbeiter der NGO Foundation for the Preservation of Wildlife and Cultural Assets in Georgia. Siehe das Interview - „Selfies“ zählen nicht.

dass in der Zukunft weitere Projekte in diesem Bereich erwünscht sind. Hoffentlich werden in der näheren Zukunft noch mehr solche Projekte durchgeführt.“

Das Projekt “SOS Culture saving endangered cultural assets in remote regions of Armenia and Georgia by involving local youth in their preservation” wurde nach Einschätzung der Teilnehmer und des Mitarbeiters erfolgreich durchgeführt. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass die positive Wirkung des Projekts sowie anderer erfolgreicher Projekte in dieser Größenordnung sich nur dann in vollem Maße entfalten kann, wenn die EU-Entwicklungspolitik in anderen Dimensionen auch erfolgreich ist. Ansonsten geht der Einfluss dieser Projekte im Gesamtbild unter.

V.4.4 Zwischenergebnis

Die nachhaltige sozio-kulturelle Entwicklung von Armenien und Georgien ist im Unterschied zur politischen und ökonomischen Dimension kein Prioritätsbereich in den Aktionsplänen und nationalen Richtungsprogrammen der EU und wird eher als Bestandteil der ökonomischen Dimension betrachtet. Die zugeteilten Finanzmittel sowie die Anzahl der Projekte für sozio-kulturelle Förderung war wesentlich geringer im Vergleich zur politischen und wirtschaftlichen Dimension. Immerhin förderte die Europäische Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren mehrere Einzelprojekte in den Regionen und versuchte durch diese, die gesellschaftliche Situation zu verbessern.

In fast allen Berichten der EU-Kommission wurde auch betont, dass die europäische Entwicklungspolitik in diesem Bereich erfolgreich war und die vorgegebenen Ziele erreicht hat. Diese Meinung wurde aber von anderen internationalen Organisationen nicht geteilt. Die eigene empirische Feldforschung zeigte, dass sowohl in der armenischen als auch in der georgischen Region die sozio-kulturellen Probleme ungelöst bleiben und die EU-Projekte einen nur sehr geringen Einfluss auf die Gesamtsituation hatten.

Die Hauptprobleme fast aller Projekte und Programme der EU in der gesellschaftlichen Dimension wurden ebenfalls deutlich. Die EU-Projekte erzielten kurzfristig eine positive Wirkung und bilden eine gute Basis für eine weitere gesellschaftliche Entwicklung. In der langfristigen Perspektive sind sie aber nicht effektiv, weil den Projekten die Nachhaltigkeit fehlt. Die meisten Projekte werden von der EU nur zwei bis drei Jahre lang finanziert. Nach Ablauf dieser Zeit erhalten sie keine finanzielle Unterstützung mehr, weder von der EU noch von der lokalen Regierung und werden beendet. Demzufolge

verschwindet auch der positive Einfluss der Projekte auf die Situation vor Ort. Oft fehlt den EU-Projekten auch während der Laufzeit eine ausreichende Finanzierung, so dass sie nur sehr kleine Gruppen der Gesellschaft in den Regionen beeinflussen können. Dementsprechend bleibt ihr Einfluss auf die gesamte Situation sehr gering. Die fehlende Nachhaltigkeit und unzureichende Finanzierung sind die wichtigsten Gründe, warum die EU-Projekte in dieser Größenordnung keine dauerhafte positive Wirkung zeigen.

Die empirische Untersuchung hat gezeigt, dass bei richtiger Zielsetzung und guter Planung, vor allem, wenn im Vorfeld eine Analyse der Bedürfnisse der Zielgruppe in ihrem gesellschaftlichen Kontext durchgeführt wird und das Projekt sich an diesen Bedürfnissen orientiert, können die Projekte durchaus wirksam sein, auch ohne mehrjährige Finanzierung und ein riesiges Budget. Besonders attraktiv sind die EU-Projekte, die auf dem Prinzip Capacity building aufgebaut sind.

Die Analyse der EU-Aktivitäten in diesem Bereich hat aber noch ein weiteres, wahrscheinlich das wichtigste, Problem aufgezeigt. Dieses besteht darin, dass die EU-Projekte nur sehr wenig für den Aufbau einer lokalen Zivilgesellschaft in den Regionen unternommen haben. Die Projekte der Europäischen Gemeinschaft haben in beiden Regionen einen entweder nur sehr kleinen oder gar keinen Beitrag zur Förderung der Bürgerpartizipation an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und die Gestaltung von Dienstleistungen sowie für die Förderung von zielgruppen- und genderorientierten Dienstleistungen, Budgets, Gesetzen und Verwaltungsverfahren geleistet. Sie entsprechen also den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes nur begrenzt oder gar nicht. Demzufolge konnte die EU-Entwicklungspolitik auch bei gelungener Durchführung der einzelnen Projekte in diesem Bereich nicht erfolgreich sein.

V.5 Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik – ökologische Dimension

In Kapitel IV.2.3 wurde bereits erwähnt, dass die Europäische Gemeinschaft die nachhaltige ökologische Entwicklung und den Umweltschutz insbesondere in den Nachbarländern als die wichtigste Priorität des eigenen Außenhandels betrachtet. Die Unterstützung dieser Ziele wurde dabei sowohl von der Nachbarschaftspolitik als auch im Rahmen der östlichen Partnerschaft geleistet. Die EU unterstützt die ökologische Entwicklung in den Nachbarländern durch bestimmte Projekte im Zeitraum von 2010 bis 2014 wurden von der EU insgesamt zehn in Lori und Samzke-Dschawakhetien finanziert (siehe

Delegation of the European Union to Georgia 2014, List of Projects. Siehe auch Delegation of the European Union to Armenia 2014, List of Projects).

Die Projekte werden entweder von der EU direkt oder über Budgethilfe finanziert und meist von den lokalen NGOs durchgeführt. Auf diesem Weg bringt die Europäische Gemeinschaft finanzielle und technische Unterstützung nach Lori und Samzke-Dschawakhetien. In den Regionen werden die Reformen der Umweltpolitik über die Budgethilfe sowie über Zuschüsse und zinsbegünstigte Darlehen unterstützt. Die EU leistet zudem einen aktiven Beitrag zur Erarbeitung lokaler und staatlicher Strategien der Umweltpolitik. Wie im Fall der sozio-kulturellen Entwicklung stellt auch die ökologische Entwicklung keinen eigenständigen Prioritätsbereich dar. In den nationalen Richtprogrammen der Nachbarschaftspolitik wurde sie kaum erwähnt.

In den Fortschrittsberichten für Georgien und Armenien wurden die EU-Umweltprojekte positiv beurteilt.²⁶⁰ Laut der EU-Kommission wurde durch die Projekte in beiden Ländern eine wirksame Strategie zum Umweltschutz erarbeitet und wichtige Schritte zur Implementierung dieser unternommen. In den georgischen und armenischen Regionen und dort vor allem in Samzke-Dschawakhetien und Lori wurde laut den Fortschrittsberichten auch die ökologische Situation deutlich verbessert. Nach Meinung der EU waren einerseits die Programme, die die strukturellen und rechtlichen Grundlagen zum Klima- und Naturschutz auf staatlicher Ebene verbesserten und andererseits die konkreten Projekte der EU in den Regionen der Grund für diese Entwicklung. Die Projekte leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Wasser- und Abfallmanagements, zum Schutz der Natur, vor allem der Wälder, und der Biodiversität sowie zur Erarbeitung besserer Strategien zur nachhaltigen ökologischen Entwicklung (EC 2014, Implementation of the European Neighbourhood Policy in Georgen und Armenia. S. 18-22).

Andere Quellen teilen die Meinung der EU-Kommission über die aktuelle ökologische Situation in den beiden Ländern jedoch nicht. Sie weisen darauf hin, dass sowohl armenische als auch georgische Regionen unter einer zunehmenden Zerstörung der Ökosysteme leiden und die Situation in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren sogar schlechter geworden ist. Die Verknappung natürlicher Ressourcen und die unzureichende Regelung bzw. Kontrolle des Ressourcenzugangs sind dabei die wichtigsten Faktoren, die nicht

²⁶⁰ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2014): Country Progress Report 2013 – Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

nur eine nachhaltige ökologische Entwicklung der Regionen verhindern, sondern auch jede Möglichkeit zur Verbesserung der Situation in den anderen drei Dimensionen. Dies betrifft nicht nur Samzkhe-Dschawakhetien und Lori, sondern fast alle Regionen.

Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit bleiben zahlreiche Probleme des Natur- und Umweltschutzes in den Regionen ungelöst. Der Umweltschutz hat sowohl in Georgien als auch in Armenien einen schweren Stand. In beiden Ländern wächst aber die Erkenntnis, dass der von den Regierungen beabsichtigte Ausbau des Tourismus ohne eine nachhaltige Bewirtschaftung und Bewahrung der Natur nicht gelingen wird.²⁶¹ Die Organisation betonte auch, dass in der Region die Luft- und Wasserverschmutzung in den letzten Jahren reduziert wurde, aber die Verschmutzung des Flusses Kura (betrifft Samzkhe-Dschawakhetien) und des Schwarzen Meeres sowie die Kontaminierung von Böden mit giftigen Chemikalien sind neben der Frage der Abfallbeseitigung und des Wassermanagements immer noch ungelöste Missstände. Ein weiteres großes Problem ist der Mangel an Landnutzungsplänen, welche die geschützten Flächen von landwirtschaftlichen und industriellen Nutzflächen trennen sollen. Demzufolge leiden sowohl georgische als auch armenische Regionen unter der Abholzung von Waldgebieten (GIZ 2016, S. 1 ff.).

Die Reduzierung der Waldflächen ist dabei neben dem Wassermanagement das Hauptproblem in Samzkhe-Dschawakhetien und Lori. Beides sind Gebirgsregionen, in denen die Siedlungen und Dörfer vor allem dort entstanden, wo Wälder einen gewissen Schutz gegen Lawinen, Steinschlag, Erdbeben und ähnliche Erosionsereignisse boten. Die Übernutzung der Gebirgswälder (Schafweide, Brennholzbedarf) führte zur Degradierung der Biodiversität sowie zu vermehrten Lawinen und Erdbeben. Dadurch befindet sich das Leben der Bewohner dieser Regionen fast permanent in Gefahr.²⁶²

Im Environmental Performance Index (EPI ranks how well countries perform on high-priority environmental issues in two broad policy areas: protection of human health from environmental harm and protection of ecosystems) befindet sich Armenien auf Platz 48 von 178 Ländern. In den letzten zehn Jahren verbesserte sich die Situation im Land nur um 8%. Dieser

²⁶¹ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2016): Georgien. Auf: <http://liportal.giz.de/georgien/ueberblick/> abgerufen am 16.06.2016

²⁶² Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2016): Integriertes Biodiversitätsmanagement im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/weltweit/20319.html> abgerufen am 16.06.2016

Prozess ist jedoch nur im ersten Bereich sichtbar: in Armenien werden die Menschen heute besser vor Naturkatastrophen geschützt. Der Schutz der Natur vor den Menschen zeigt jedoch keinen Fortschritt.²⁶³ In Georgien sieht die Situation noch schlimmer aus. Das Land befindet sich auf Platz 101 und die Naturschutzsituation verbesserte sich nur um 4% in den letzten zehn Jahren. Wie in Armenien ist auch hier die Situation nur im ersten Bereich besser geworden, im zweiten bleibt die Situation sehr schwierig.²⁶⁴

Laut dem Sustainable Society Index, der die Nachhaltigkeit von 151 Ländern angibt, sieht die Situation bezüglich der Umwelt in Georgien und Armenien ähnlich aus. Armenien befindet sich auf Platz 63, Georgien auf Platz 75. Der Index zeigt, dass in den letzten zehn Jahren in diesem Bereich in Armenien kaum Fortschritte gemacht wurden und in Georgien die Situation deutlich schlimmer geworden ist (siehe Anhang X).

Die internationalen und nationalen Quellen sind also der Meinung, dass es in Lori und Samzke-Dschawakhetien viele ungelöste Naturschutzprobleme gibt. Die wichtigsten davon sind die Luftverschmutzung und die starke Verunreinigung der Flüsse, besonders durch Industrieabfälle, die mangelnde Wasserversorgung, die Kontaminierung von Böden mit giftigen Chemikalien und die Abfallbeseitigung sowie die Abholzung von Waldgebieten. Diese Probleme haben sich in den untersuchten Regionen in den letzten Jahren noch verschärft. Sie sind nicht nur eine Ursache für die mangelnde wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung, sondern stellen auch eine direkte Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung dar. Die oben genannten Quellen sowie viele andere zeigen deutlich, dass die ökologische Situation sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene in Armenien und Georgien trotz der EU-Unterstützung sehr schwierig bleibt. Im nächsten Kapitel wird versucht zu analysieren, warum die umfangreiche EU-Hilfe so wenig Einfluss auf diese Dimension gehabt hat. Im Weiteren soll auch hier festgestellt werden, inwieweit die EU-Strategien zur nachhaltigen Verbesserung der ökologischen Situation zu den Interventionsstrategien des multidimensionalen Ansatzes passen und was die EU in den Regionen falsch bzw. richtig gemacht hat.

Wie in Kapitel II.3.2.1 bereits erwähnt, wird beim multidimensionalen Ansatz die Förderung eines nachhaltigen Ressourcenmanagements (NRM) als

²⁶³ Environmental Performance Index (2015): Armenia. Auf: <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/armenia> abgerufen am 16.06.2016

²⁶⁴ Environmental Performance Index (2015): Georgia. Auf: <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/georgia> abgerufen am 16.06.2016

wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik auf regionaler Ebene bei der Unterstützung der ökologischen Dimension angesehen. Es ist also einerseits wichtig, standortgerechte, nachhaltige Ressourcennutzungstechniken zu identifizieren und andererseits, öffentliche Dienstleistungen für die Planung und Durchführung nachhaltiger Ressourcennutzung bereitzustellen. Für ein erfolgreiches NRM sind auch externe fachliche und materielle Unterstützung durch staatliche oder private Dienstleister (Forschung, Beratung, subventionierte Inputs, Planungsunterstützung), die meist in regionalen städtischen Zentren angesiedelt sind, notwendig. Es müssen auch Existenzmöglichkeiten in Ausweichregionen und von gefährdeten Ressourcen unabhängigen Wirtschaftszweigen geschaffen werden. Die Entwicklungspolitik sollte also Maßnahmen erarbeiten und fördern, die alle diese Komponenten abdecken. Nur dann kann sie in dieser Dimension erfolgreich werden (RAUCH 2009, S. 204 ff.).

Die folgenden Kapitel versuchen also festzustellen, welchen Beitrag die EU-Entwicklungspolitik zur Identifizierung kontextgerechter Lösungen und zur Bereitstellung von Dienstleistungen für nachhaltige Ressourcennutzung (angebotsorientierte Forschung und Beratung, subventionierte Inputs, Planungsunterstützung) leistete. Des Weiteren wird aufgezeigt, was die EU-Entwicklungspolitik zur Entlastung degradierter Regionen durch eine standort- und sektorübergreifende Perspektive (Förderung von Ausweichregionen, „portable skills“, Förderung ressourcenunabhängiger Sektoren) unternommen hat. Dies sind die zentralen Fragen, die im folgenden Kapitel beantwortet werden sollen, um festzustellen, wie effektiv die EU-Politik für die Entwicklung der ökologischen Dimension in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien war.

V.5.1 Lori und Samzkhe-Dschawakhetien

Die ökologische Entwicklung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien wurde von der EU im Vergleich zu den anderen Dimensionen deutlich weniger unterstützt. Ein Beweis dafür sind die geringen finanziellen Mittel und die niedrige Anzahl der Projekte, die die Europäische Gemeinschaft den zwei Staaten zur ökologischen Entwicklung und für den Umweltschutz zur Verfügung gestellt hat.

Seit 1991 unterstützt die EU bestimmte kleine und mittlere Projekte in diesem Bereich. Aber erst nach der Eingliederung von Armenien und Georgien in die Nachbarschaftspolitik hat die aktive Arbeit im ökologischen Bereich mit besonderem Fokus auf den Umweltschutz angefangen. In den letzten zehn Jahren förderten die Europäische Gemeinschaft und deren Mitglieder im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft ca. zehn

Projekte in Lori und Samzke-Dschawakhetien, deren Budget zwischen 100.000 und 300.000 Euro lag.²⁶⁵

Die wichtigsten zur Entwicklung der ökologischen Dimension durchgeführten Projekte der EU in Lori und Samzke-Dschawakhetien waren “Waste Governance – European Neighbourhood and Partnership Instrument East” und “Establishment of Javakheti National Park in Georgia”. Außerdem förderte die Europäische Gemeinschaft zwei grenzübergreifende Projekte (“European Neighborhood and Partnership Instrument East Countries Forest Law Enforcement and Governance Program” und die „Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus“), welche einen positiven Einfluss auf die ökologische Situation in beiden Regionen haben sollten (Delegation of the European Union to Georgia and Armenia 2014, List of Projects).

Durch die oben genannten Projekte sollte nach Einschätzung der EU eine nachhaltige Entwicklung der ökologischen Größenordnung und vor allem die Lösung der lokalen ökologischen Probleme in der Region erreicht werden. Dieses Ziel wurde nach Ansicht der EU-Kommission überwiegend erreicht und die ökologische Situation sei sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien besser geworden.

Die empirische Untersuchung in den Regionen hat aber gezeigt, dass die Projekte die vorgesehenen Ziele entweder nur teilweise oder gar nicht erreicht haben und die ökologische Situation in den Provinzen nicht beeinflussen konnten. Die zwischen 2014 und 2015 (von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015) durchgeführten Umfragen in Lejan, Vanadzor, Akalzikhe und Gogasheni haben bestätigt, dass nach Meinung der einfachen Bürger der EU-Beitrag zur Verbesserung der ökologischen Situation sehr gering war.

Die meisten Befragten in beiden Regionen (fast 70%) waren sicher, dass die ökologische Situation trotz der EU-Entwicklungspolitik in der Region nicht besser geworden ist. 25% Prozent wussten keine Antwort auf die Frage und nur ca. 5% beantwortete sie positiv. Die Meinung der Bevölkerung über die Förderung nichtnaturgebundenen Einkommensquellen von der EU war eindeutig negativ (Siehe Diagramm 5.) Die Mehrheit der Befragten (46 von 80) war dabei

²⁶⁵ Delegation of the European Union to Georgia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch: Delegation of the European Union to Armenia (2014): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

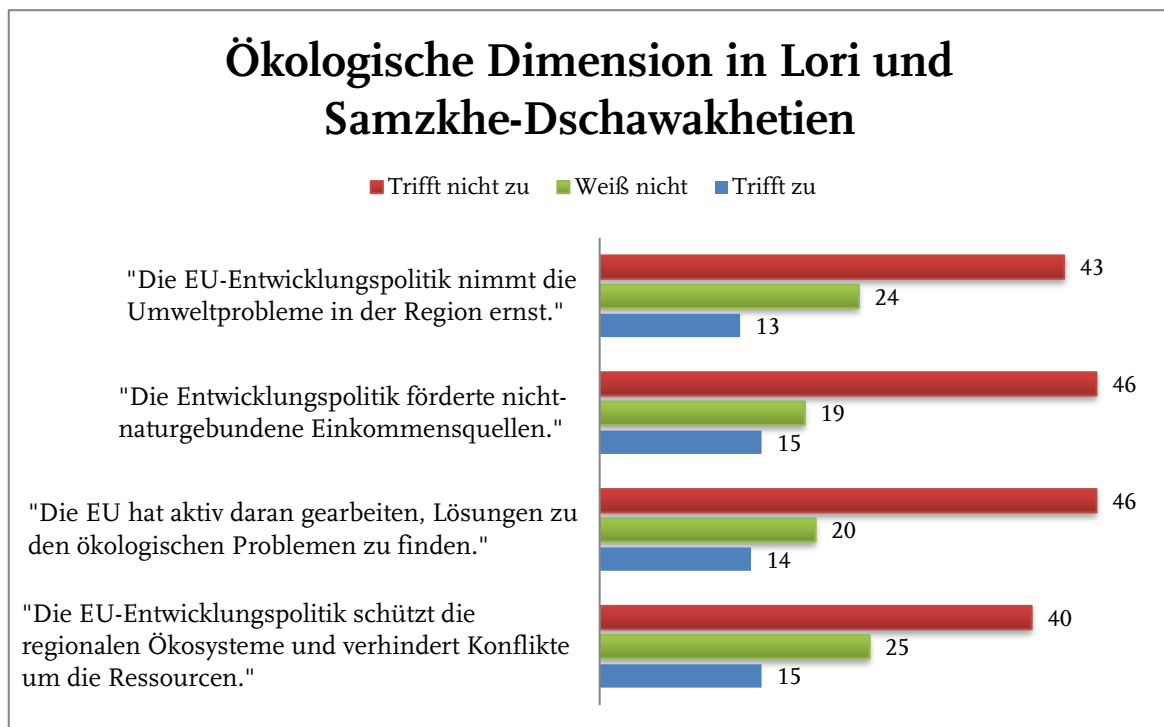


Diagramm 5. Einschätzung der ökologischen Situation in den Regionen. Eigene Befragung im 2014-2015; n=80.

der Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik naturunabhängige Einkommensquellen in Samzke-Dschawakhetien nicht fördere. 19 Befragte wussten keine Antwort auf die Frage.

Generell äußerte die Mehrheit der Befragten in Lori und in Samzke-Dschawakhetien die Meinung, dass die EU-Entwicklungspolitik die Umweltprobleme in der Region nicht ernst genug nehme und die ökologische Situation sehr schwierig bleibe.²⁶⁶ Obwohl die Bewohner der Regionen sehr schlecht über die EU-Entwicklungspolitik informiert sind, hat die Umfrage deutlich gezeigt, dass sie keine Verbesserung bei der ökologischen Situation sehen bzw. spüren.

A. Fallstudie: Abfallmanagement in Lori

Die EU-Kommission vertritt die Meinung, dass die Projekte im Bereich der ökologischen Entwicklung erfolgreich durchgeführt wurden und die vorgegebenen Ziele erreichten.²⁶⁷ Das wichtigste Projekt zur ökologischen Entwicklung

²⁶⁶ Eigene Befragung in der Region von November 2014 bis März 2015; sowie von Juli bis September 2015.

²⁶⁷ EC (2014): Country Progress Report 2013 – Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch EC (2014):

und für den Umweltschutz in Lori war “Waste Governance – European neighbourhood and partnership instrument East” (2009-2013). Dieses Projekt sollte in Armenien und explizit in der Provinz Lori das Abfallmanagement mit finanzieller und technischer Unterstützung und Beratung durch die EU verbessern. In der Provinz wurde eine Beratungsgruppe gegründet, um die Transparenz der Projektaktivitäten in der Region sicherzustellen und eine Strategie zur Abfallbeseitigung zu erarbeiten. Die Gruppe bestand aus 15 Vertretern der örtlichen Verwaltung, der städtischen und ländlichen Gemeinden und der Privatwirtschaft. Diese versammelten sich zwei bis drei Mal pro Jahr, planten die weiteren Aktivitäten und diskutierten über bereits erreichte Ergebnisse. Im Rahmen des Projekts wurde eine Analyse der vorliegenden Situation durchgeführt, Vorschläge zur Verbesserung des Abfallmanagements erarbeitet und die technischen sowie finanziellen Mittel zur Erreichung der Ziele zur Verfügung gestellt.²⁶⁸

Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass die Wirkung des oben genannten Projekts nicht eindeutig positiv ausfiel. In Lori gibt es kein funktionierendes System der Abfallwirtschaft. Haushaltsabfälle werden nicht getrennt erfasst und oft in unmittelbarer Nähe der Siedlungen weggeworfen. Geordnete Deponien sind unbekannt bzw. nur in Ansätzen vorhanden. Gleichwohl gibt es ein informelles System der Müllsammler. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf Metalle, Glasflaschen und in geringem Umfang auf Papier und sonstige Verpackungen. Das alles schadet nicht nur dem Ökosystem, sondern stellt auch eine direkte Gefahr für die Bewohner der Region dar.

In großen Städten wie Alaverdi oder Vanadzor wird der Abfall von den staatlichen Behörden gesammelt und zu Mülldeponien transportiert. Diese befinden sich aber oft in der Nähe von Wohngebieten, sodass man die Deponien im heißen Sommer nicht nur sehen, sondern auch riechen kann. Trotz vieler Beschwerden der Bewohner wurden bis heute keine neuen Deponien mit größerem Abstand zu den Städten geschaffen. In den meisten Dörfern sieht die Situation noch schlechter aus. In fast allen kleinen Dörfern gibt es überhaupt keine staatlichen oder privaten Unternehmen, die sich mit der Abfallentsorgung beschäftigen. Die Bewohner der Dörfer sind gezwungen, sich selbst um ihren Haushaltsmüll zu kümmern. Oft lassen alte Bewohner

Country Progress Report 2013 – Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 29.03.2016

²⁶⁸ Europeaid (2014): Waste Governance – European neighbourhood and partnership instrument (ENPI) East. Republic of Armenia Auf: http://www.wastegovernance.org/armenia_eng.html abgerufen am 16.06.2016

der Dörfer, die nicht in der Lage sind den eigenen Abfall abzutransportieren, den Müll einfach vor dem eigenen Haus stehen. In vielen Siedlungen sind wilde Müllkippen mit illegalen Anhäufungen der Abfälle zu finden. Auf diesen unplanmäßig entstandenen Deponien treten große Mengen an Methan und Kohlendioxid aus. Außerdem wird der Untergrund durch Salz und giftige Metalle kontaminiert. Diese Emissionen belasten die Atmosphäre und die Abfälle gefährden den Boden sowie die Sauberkeit der Gewässer.²⁶⁹ Das alles stellt eine direkte Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar. In den letzten Jahren gab es viele Proteste der Stadtbewohner. Sie hatten aber bisher keinen Erfolg.

Abfallsammlung in Vanadzor

Die Abfallsammlung in der Stadt Vanadzor erfolgt mit Müllsammelfahrzeugen (MSFZ) russischer Produktion, die sehr veraltet sind. Die Abfallsammelbehälter gibt es in offener Bauweise (ohne Deckel) mit einem Volumen von 500 oder 700 Liter. Das hat zur Folge, dass die Abfälle in den Sammelbehältern ohne Schutz vor Oberflächenwasser oft sehr nass sind und die Fäulnisprozesse sehr früh beginnen. Die Mehrfamilienhäuser sind oft mit Müllschluckern ausgestattet. Diese Müllschlucker haben nicht immer einen Erfassungsbehälter, d. h. die Abfälle sind sehr oft im Schacht verstreut und müssen per Hand mit Schaufeln in das MSFZ geladen werden.

Es war auch festzustellen, dass es in der Stadt allgemein einen Mangel an Abfallsammelbehältern gibt. Daher sind die Behälter sehr oft überfüllt und Müll liegt einfach daneben. Es lässt sich schlussfolgern, dass auch Einwohner aus den Nebenstraßen, die nicht mit eigenen Sammelbehältern ausgestattet sind, die zur Sortierung erfassten Behälter frequentieren. Zusätzlich wurden Abfälle eines nahegelegenen Marktes vorgefunden. Die Abfälle aus Haushalten, Kleingewerbebetrieben und öffentlichen Einrichtungen werden gemeinsam eingesammelt. Eine Differenzierung der Abfallströme gibt es nicht.²⁷⁰

²⁶⁹ Sergoyan Armen, Peteotyan Razmik, Jovanovic Zoran, Haase Hartwig, Gerecke Arnhild, Pfeiffer Dagmar (2011): Verwertung von Haushaltsabfällen in Armenien. S. 22. Auf: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/beratungshilfe/long/58-1-A-DE.pdf> abgerufen am 16.06.2016

²⁷⁰ SERGOYAN ARMEN, PETEOTYAN RAZMIK, JOVANOVIĆ ZORAN, HAASE HARTWIG, GERECKE ARNHILD, PFEIFFER DAGMAR (2011): Verwertung von Haushaltsabfällen in Armenien. S. 33. Auf: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/beratungshilfe/long/58-1-A-DE.pdf> abgerufen am 16.06.2016



Foto 23: Müll auf der Straße in der Stadt Vanadzor, Lori Region (eigene Aufnahme 04.08.2015)

Auch die offiziellen Deponien in der gesamten Provinz sind technisch unzureichend ausgerüstet. Es gibt keine genaue Registrierung der Abfälle, kein Reinigen der Maschinen, kein Verdichten und keine Abdeckung der abgelagerten Abfälle mit Erdschichten. Zumindest wurde bei der Feldforschung keine staatliche Behörde gefunden, die darüber Informationen hat. Daher ist es keine Überraschung, dass es keine Möglichkeiten zur Sortierung, Verarbeitung und Gewinnung der Wertstoffe aus dem Abfall gibt. Das Abfallsortieren zur Wiederverwertung von Papier, Karton, Glas, Kunststoff wird höchstens (aber sehr selten) spontan von in die Deponien eindringenden Personen durchgeführt.

Die schlechte Lage in diesem Bereich wird dadurch verursacht, dass Armenien noch keine Rechtsvorschriften hat, die den Umgang mit Abfällen als allgemeine Grundsätze im Sinne europäischer Standards festschreiben. Die diesen Bereich regulierende Gesetzgebung befindet sich noch im Entwicklungsstadium. Die existierenden Gesetze, welche seit der Sowjetzeit unverändert geblieben sind, behindern die Entwicklung eines modernen Abfallmanagementsystems.²⁷¹ Mangelnde rechtliche Regulierungen und ein niedriges Problem-

²⁷¹ SERGOYAN ARMEN, PETEOTYAN RAZMIK, JOVANOVIC ZORAN, HAASE HARTWIG, GERECKE ARNHILD, PFEIFFER DAGMAR (2011): Verwertung von Haushaltsabfällen in Armenien. S. 1-20. Auf: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/beratungshilfe/long/58-1-A-DE.pdf> abgerufen am 16.06.2016



Foto 24: Die Mülldeponie in Lori. Quelle: http://lilityh1.blogspot.de/2011/03/blog-post_27.html abgerufen am 11.03.2016

bewusstsein der Bevölkerung in der Region sind die Hauptgründe für die schwierige Situation in Lori. Selbst, wenn das EU-Projekt “Waste Governance – European neighbourhood and partnership instrument East” einen positiven Einfluss auf die Situation hatte, wie in den Projektberichten behauptet wird, ist dieser Einfluss in der Region heute nicht sichtbar.

B. Fallstudie: Javakheti National Park

Zur nachhaltigen Entwicklung der ökologischen Dimension förderte die Europäische Gemeinschaft gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das Projekt “Establishment of Javakheti National Park in Georgia” (EJNP). Das Projekt war Teil von des EU-Programms “Ecoregional Nature Protection Program in the Southern Caucasus”, das die Zusammenarbeit der drei südkaukasischen Staaten Armenien, Georgien und Aserbaidschan mit dem Ziel der Entwicklung einer kohärenten Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt in den Ökoregionen förderte. Neben der Gründung eines grenzübergreifenden Sekretariats, das eine gemeinsame Strategie erarbeiten sollte, unterstützte das Programm drei gebietsbezogene Projekte zur Einrichtung von Nationalparks in Georgien, Armenien und Aserbaidschan.²⁷² Das Projekt EJNP wurde in Zusammenarbeit

²⁷² Europeaid (2007): Ecoregional Nature Protection Program In The Southern Caucasus - Establishment Of Javakheti National Park In Georgia. Auf: <https://www.devex.com/projects>

mit dem Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien gestaltet und zielte auf den Aufbau eines Naturschutzgebietes in Samzke-Javakhetien ab. Das EJNP hatte ein Budget in Höhe von 2,25 Mio. Euro und sollte im Zeitraum von 2009 bis 2014 den Javakheti Nationalpark gründen. Dessen langfristige Finanzierung und eine integrierte Raumplanung für das gesamte Gebiet sollte ebenfalls im Rahmen des Projekts geschaffen werden.²⁷³ All dies diene sowohl dem Naturschutz in der Region, als auch der wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung durch Entwicklung des Ökotourismus.

Im April 2011 wurde der Javakheti Nationalpark eröffnet. Die Parkfläche umfasst 14.200 Hektar und ist damit einer der größten Nationalparks in Georgien. Sein Einfluss auf die dortige ökologische und soziale Situation ist nahezu ausschließlich positiv. Das Projekt dient dem Schutz der Natur, vor allem der Fauna. Der Park wird regelmäßig von Mitarbeitern (derzeit ca. 200) kontrolliert und ist dadurch vor Wilderei und Entwaldung sowie vor der Verschmutzung der Natur geschützt. Es wurden mehrere Checkpoints und Vogelbeobachtungstürme aufgebaut, die den Mitarbeitern die Möglichkeit geben, das Gebiet besser zu überwachen. Außerdem sind die Mitarbeiter mit Kommunikationstechnik (Computern und Funkgeräten) sowie Fahrzeugen ausgestattet. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, schneller auf kritische Situationen reagieren zu können. Drei Jahre nach der Gründung ist es noch zu früh, um über den realen Einfluss des Projekts auf die ökologische Situation zu reden, aber von Bewohnern (der Park grenzt an 12 Dörfer.) und Mitarbeitern wird betont, dass die Situation sich in diesem Gebiet deutlich verbessert hat.²⁷⁴

Im Rahmen des Projekts wurde auch die touristische Infrastruktur der Region verbessert. Es wurden administrative und Besucherzentren, Camping-orte, Picknickbereiche, Hotels, und Wanderwege geschaffen. Für die Besucher wurden zusätzlich Bildungs-, Forschungs- und Überwachungsprogramme entwickelt. Auch die einheimische Bevölkerung profitiert von dem Projekt. George

/tenders/ecoregional-nature-protection-program-in-the-southern-caucasus-establishment-of-javakheti-national-park-in-georgia/1018 abgerufen am 16.06.2016

²⁷³ Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien (2009): Nature Protection Program - Southern Caucasus - Establishment of Javakheti NP in Georgia. Auf: http://moe.gov.ge/index.php?sec_id=119&lang_id=ENG&project_id=9 abgerufen am 16.06.2016

²⁷⁴ Agency of protected Areas (2015): Javakheti Protected Areas. Auf: <http://apa.gov.ge/ge/protected-areas/cattestone/djavaxetis-daculi-teritoriebis-administracia> abgerufen am 16.06.2016



Karte 6: Javakheti National Park. Quelle: www.google.de/maps/Javakheti-National-Park abgerufen am 11.04.2016

Shonvadze, der Vorsitzende der für die Schutzgebiete zuständigen Agentur kommentiert das Projekt folgendermaßen: *“The project supports the residents living in the surrounding area of Javakheti National Park to improve their economic situation and create an alternative source of income like establishing guest houses, hiring horses, promoting local products, developing traditional needlework and service of guide”*.²⁷⁵

In den sieben Nachbardörfern (Šulda, Bozali, Dadeshi, Kartsakhi, Khanchali, Zhdanovi und Efremovka) wurden außerdem im Rahmen des Projekts die Wasserversorgungssysteme modernisiert. Durch diese Maßnahmen erhielt die lokale Bevölkerung nicht nur sauberes Trinkwasser, sondern auch ausreichendes Irrigationswasser, was für die Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft besonders wichtig ist.²⁷⁶

Um die Frage, ob das Projekt EJNP erfolgreich war, zu beantworten, ist es bisher noch zu früh. Aber ohne Zweifel gibt es bereits jetzt mehrere Anzeichen, die für einen Erfolg sprechen. Im Rahmen des Projekts werden Dienstleistungen für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen (angebotsorientierte Forschung und Beratung, subventionierte Inputs, Planungsunterstützung) bereitgestellt. EJNP entlastet auch das regionale Ökosystem durch die Förde-

²⁷⁵ Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien (2011): Social Project of Javakheti National Park. Auf: http://moe.gov.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=40&info_id=1597 abgerufen am 16.06.2016

²⁷⁶ Ibusiness.ge (2015): Im Naturschutzgebiet in Javakhetien wurde das Besucherzentrum geöffnet (Übersetzung). Auf: <http://www.ibusiness.ge/javakhetis-dacul-teritoriebze-vizitorta-centri-gaikhsna/> abgerufen am 16.06.2016



Foto 25, 26 & 27: Javakheti National Park. Quelle <http://www.apa.gov.ge/ge/protected-areas/cattestone/djavaxetis-daculi-teritoriebis-administracia> abgerufen am 16.06.2016

rung von Ausweichregionen und die Förderung ressourcenunabhängiger Wirtschaftssektoren. Dadurch hat das Projekt schon heute einen positiven Einfluss nicht nur in ökologischer, sondern auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht.

C. Fallstudie: Grenzübergreifendes Projekt

Die Europäische Gemeinschaft förderte außer den oben genannten Projekten, vor allem über die östliche Partnerschaft, bestimmte Programme, von denen sowohl Lori als auch Samzke-Dschawakhetien profitierten. Diese sollten die ökologische Situation von Armenien und Georgien verbessern. “European Neighbourhood and Partnership Instrument East Countries Forest Law Enforcement and Governance Program” (FLEG) ist ein solches Programm, welches schon seit über zehn Jahren in Georgien und Armenien läuft. Zurzeit befindet es sich in der zweiten Phase, die den Zeitraum von 2012 bis 2016 abdeckt. Für dieses Programm hat die EU neun Mio. Euro zur Verfügung gestellt und versucht dadurch zwei wichtige Ziele zu erreichen: 1. Die Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Waldpolitik in Georgien und Armenien (sowie in Aserbajdschan, Belarus, Moldawien, Russland und der Ukraine), einschließlich der rechtlichen und administrativen Reformen für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und den Schutz der Waldflächen. 2. Die Förderung von nachhaltigen Waldverwaltungsmethoden in den Zielregionen, einschließlich jenen in Lori und Samzke-Dschawakhetien. Zur Erreichung dieser Ziele wurden in den letzten zwei Jahren bereits wichtige Maßnahmen

zur Verbesserung der Situation ergriffen oder sind für die nahe Zukunft geplant.²⁷⁷

Die oben genannten sowie viele weitere Maßnahmen sollten letztendlich die Waldflächen in den beiden Staaten, insbesondere in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien, schützen und durch die Entwicklung besserer Nutzungstechniken der Waldressourcen nicht nur die ökologische Situation, sondern auch die ökonomische Lage der einheimischen Bevölkerung, vor allem in den ländlichen Gebieten, verbessern.

Die empirische Untersuchung hat aber gezeigt, dass auch hier die Ziele des Projekts in den zwei Zielregionen nicht erreicht wurden und die Entwaldung als wichtigstes ökologisches Problem in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien weiter bestehen blieb. Besonders schwierig ist die Situation jedoch in der armenischen Provinz, in der nach Angaben unterschiedlicher Organisationen die illegale Rodung in industriellem Maßstab durchgeführt wird.

Die NGOs weisen immer wieder auf die flächendeckende Entwaldung der Region und in ganz Armenien hin. So waren 2002 11,2% Armeniens (insgesamt 3341 km²) von Wald bedeckt. 62% aller Waldflächen befanden sich im Nordosten der Republik (in Tavush und Lori).²⁷⁸ Obwohl seit 2002 keine offizielle staatliche Begutachtung in diesem Bereich mehr vorgenommen wurde, warnt das Zentrum für Waldmonitoring in Armenien, dass sich die Waldflächen im gesamten Staatsgebiet durch die illegale Entwaldung sehr schnell reduzieren. Allein in Lori verringerte sich die Fläche um ca. 30-35%.²⁷⁹

Der Vorsitzende der Naturschutzorganisation „Shogher“ in Armenien, Hasmik Aslanyan, gab an, dass die großflächige, illegale Abholzung in Lori, von einer organisierten Gruppe durchgeführt werde. Die Wälder werden nämlich nicht nur von der einheimischen Bevölkerung zerstört, die das Holz zum Heizen in den strengen Wintern verwendet, sondern vor allem von einer Gruppierung, die durch illegalen Holzhandel riesige Gewinne macht.

²⁷⁷ Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien (2009): Nature Protection Program - Southern Caucasus - Establishment of Javakheti NP in Georgia. Auf: http://moe.gov.ge/index.php?sec_id=119&lang_id=GEO&project_id=106 abgerufen am 16.06.2016

²⁷⁸ Ministerium für Umweltschutz von Armenien (2002): Nationales Aktionsprogramm Zur Bekämpfung der Wüsten in Armenien. Kapitel 1.6. Auf: <http://www.unccd.int/ActionProgrammes/armenia-rus2002.pdf> abgerufen am 16.06.2016

²⁷⁹ Forest-monitoring.am (2015): Waldflächen. Auf: www.forest-monitoring.am abgerufen am 16.06.2016



Foto 28: Illegale Holzentnahme in Lori. Quelle: <http://hetq.am/rus/news/63522/v-lori-unichtozhayutsya-prigranichniye-lesa.html/> abgerufen am 11.03.2016

„Die einfachen Bewohner der Region sind nicht in der Lage, die Abholzung des Waldes auf so großem Territorium zu organisieren. Dies wird von einem illegalen Netzwerk (Mafia) organisiert. Es ist nicht vorstellbar, dass den staatlichen Behörden darüber keine Informationen vorliegen“ - sagte der Vorsitzende der NGO in einem Interview.²⁸⁰

Nach mehreren Beschwerden von einfachen Bürgern recherchierte die Journalistin Larisa Peremusian im September 2015 zur illegalen Abholzung von Wäldern in der Provinz Lori. Im November 2015 veröffentlichte sie die Ergebnisse der Untersuchung in den Gemeinden Chochkhan, Berdadzor, Hozhorni und Ahkörpi. Die Waldfläche in diesen Gemeinden beträgt ca. 13.851 ha. Die Untersuchung zeigte, dass die illegale Entwaldung in der Provinz ein weit verbreitetes Problem ist. Obwohl von den staatlichen Behörden behauptet wird, dass dieses Territorium kontrolliert werde, hat die Journalistin keine einzige Person gefunden, die solche Kontrollen durchführt. Jeder kann diese Gebiete ungehindert betreten und so viel Wald abholzen, wie er möchte. Peremusian schrieb außerdem, dass die staatlichen Behörden über die

²⁸⁰ Das Interview mit Herrn Hasmik Aslanyan siehe auf: <http://ru.aravot.am/2012/11/02/163153/> abgerufen am 16.06.2016

Situation im Bilde sind, aber wegen der vorherrschenden Korruption nichts dagegen unternehmen.²⁸¹

In Samzkhe-Dschawakhetien führt die übermäßige illegale Abholzung zur Brennholzgewinnung insbesondere in den ländlichen Gebieten zu Umweltproblemen. Die Experten warnen, dass die hohe Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung von Brennholz als einzige Heizquelle im Winter zum Verschwinden der georgischen Wälder führen wird. Die Folgen sind schon heute sichtbar. Die Regionen leiden unter häufigen Erdbeben, bei denen Tausende von Häusern beschädigt werden und viele Menschen ums Leben kommen. Eine Studie der NGO „Kaukasus Umwelt Network“ in sieben Gemeinden von Georgien hat gezeigt, dass über 75% der Bevölkerung das Brennholz zum Heizen und Kochen nutzt. Die Studie wurde in 1.900 Dörfern, auch in Samzkhe-Dschawakhetien, durchgeführt (TOPURIA 2013, in Georgien, Das aktuelle Problem ist die Abholzung für Brennholz, S. 2).

In Georgien beträgt die Waldfläche nach offiziellen Angaben ca. 40% des gesamten Staatsgebietes. Die Daten sind allerdings schon veraltet, da seit 1990 keine neue Statistik mehr erstellt wurde.²⁸² Selbst die National Forestry Agency von Georgien äußert die Meinung, dass die Wälder zurzeit unter der unmäßigen Abholzung leiden und sich in sehr schlechtem Zustand befinden. In ländlichen Regionen wie Samzkhe-Dschawakhetien ist die Situation noch schlimmer (National Forestry Agency 2015, Georgische Wälder).

Die illegale Abholzung der Wälder für industrielle Zwecke ist im Unterschied zu Lori in Samzkhe-Dschawakhetien nicht sichtbar. Die Situation im Allgemeinen bleibt aber trotzdem sehr angespannt. Die arme Bevölkerung ist gezwungen, das Holz als Heizquelle zu nutzen und zerstört dadurch die Wälder. Dies führt zu Naturkatastrophen und verhindert dadurch die wirtschaftliche, soziale und ökonomische Entwicklung der Provinz. In Samzkhe-Dschawakhetien sowie in Lori ist in dieser Hinsicht keine positive Dynamik sichtbar. Wenn im Rahmen des Projekts FLEG eine nachhaltige Waldpolitik für Georgien und Armenien erarbeitet wurde, so ist diese Politik bis heute nicht umgesetzt worden. Das zweite Ziel des Projekts, die Förderung von nachhaltigen Waldverwaltungsmethoden in den Zielregionen, wurde ebenfalls nicht erreicht, denn die Wälder in den Regionen leiden bis heute zum überwiegenden Teil unter der illegalen Abholzung. Die schwierige Situation in

²⁸¹ Siehe die journalistische Untersuchung von Larisa Paremushian auf: <http://hetq.am/rus/news/63522/v-lori-unichtozhayutsya-prigranichniye-lesa.html/> abgerufen am 16.06.2016

²⁸² National Forestry Agency (2015): Georgische Wälder. Auf: <http://forestry.gov.ge/ge/about-us/georgias-forests/georgianforests> abgerufen am 16.06.2016



Foto 29: Ilegale Abholzung in Samzkhe-Dschawakhetien. Dorf Gogasheni. http://cyberspaceandtime.com/E_by_samkhretis_karibche/Sc3cCJnvDgA.video aufgenommen am 02.05.2016

beiden Zielregionen gibt Grund zu der Annahme, dass sowohl das Projekt FLEG, als auch die EU-Entwicklungspolitik in diesem Bereich nicht als erfolgreich betrachtet werden können.

D. Fallstudie: nachhaltige Bewirtschaftung im Südkaukasus

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus war ein weiteres Ziel des gleichnamigen Gemeinschaftsprojekts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Europäischen Kommission, dem Ministerium für territoriale Verwaltung von Armenien sowie dem Umweltministerium von Georgien. Im Rahmen des Projekts sollten Konzepte zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Biodiversität durch staatliche, privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure im Südkaukasus umgesetzt werden. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit waren die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität, die Unterstützung der Erarbeitung von Strategien und Instrumenten zur Verbesserung umweltpolitischer Entscheidungen und die Entwicklung von Management- und Fachkompetenzen der Regierungen Armeniens und Georgiens (sowie von Aserbaidschan). Auf regionaler Ebene (in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien) sollten dazu land- und ortswirtschaftliche Produktionssysteme im Hinblick auf nachhaltiges Management und den Schutz der Biodiversität optimiert werden.

Das Projekt startete 2011. Bis 2014 wurden laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nationale Biodiversitätsmonitoringssysteme entwickelt. Nationale Programme zur Entwicklung von Strategien zum Schutz der Biodiversität wurden unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen etabliert. Um die Öffentlichkeit für die Bedeutung der regionalen Biodiversität zu sensibilisieren, starteten die Umweltministerien von Armenien und Georgien in Kooperation mit den Erziehungsministerien spezielle Aufklärungskampagnen. Zudem wird Umweltbildung sukzessive in die Lehrpläne für Sekundarschulen integriert. In der akademischen Ausbildung wurden Lehrpläne für nachhaltiges Ressourcenmanagement und Biodiversitätsschutz entwickelt.²⁸³

Das Programm hat auch die Entwicklung nationaler Waldprogramme unterstützt. In den Ländern werden satellitenbildgestützte Waldmonitoringssysteme aufgebaut. Außerdem wird in Pilotgebieten nachhaltiges Waldmanagement demonstriert, Windschutzstreifen werden rehabilitiert. In Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen hat das Programm Anreize für die einheimische Bevölkerung entwickelt, traditionelle Getreide- und Gemüsesorten sowie Tierarten wertzuschätzen und nachhaltig zu nutzen (Schutz der Agrarbiodiversität). Durch die Sammlung von Wildpflanzen erzielen vor allem Frauen ein höheres Einkommen. Landwirtschaftliche Anbaumethoden werden so weiterentwickelt, dass sie den Folgen des Klimawandels besser angepasst sind. Bis zum Ende des Projekts werden 20 Mio. Euro in die drei Zielländer investiert (GIZ 2013, Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus).

Das Projekt hatte in den letzten drei Jahren einen eindeutig positiven Einfluss vor allem auf die Gesetzgebung der Zielländer. 2014 wurde in Georgien und Armenien die neue nationale Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Erarbeitet wurden diese Strategien unter Beteiligung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und mit finanzieller Unterstützung von EU und GIZ. Mit Hilfe der strategischen Neuausrichtung wurde versucht, den Schutz der Artenvielfalt in den Staaten, vor allem in den ländlichen Regionen, weiter zu verbessern. Umgesetzt werden die Strategien über jährliche Aktionspläne, deren Wirkung über ein spezielles nationales Monitoringssystem erfasst wird. Dabei greift z.B. Georgien bei der Fernerkundung von Wäldern auf Ergebnisse des Vorhabens aus Armenien zurück. Im Gegenzug teilen die georgischen

²⁸³ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2013): Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/downloads/giz-2014-de-biodiversitaet-suedkaukasus.pdf> abgerufen am 16.06.2016

Partner ihre Erfahrungen aus dem Entwicklungsprozess der Biodiversitätsstrategie mit den Nachbarstaaten (GIZ 2013, Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus).

Im Rahmen des Projekts unterstützten auch europäische Experten das georgische Umweltministerium bei der politischen und administrativen Umsetzung internationaler Abkommen wie der Klimarahmenkonvention und der Biodiversitätskonvention. In Samzke-Dschawakhetien wurde zum Beispiel daran gearbeitet, den Nationalpark „Bordschomi-Charagauli“ in seinem Bestand zu wahren und in diesem Park den ökologischen Tourismus zu fördern. Geplant ist auch, einen grenzüberschreitenden Biosphärenpark an der Grenze zu Armenien in der Provinz Lori einzurichten und ein regionales Koordinierungsbüro zu finanzieren. Von diesem Büro sollen vor allem die Bewohner der Region und des Anrainerstaates profitieren. In den zwei Nachbarregionen wurden zudem öffentliche Veranstaltungen, Seminare und Fortbildungen für Expertinnen und Experten organisiert, um den bislang eher geringen Stellenwert des Naturschutzes in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Die Aufklärungskampagnen sollen auch das Bewusstsein der georgischen Gesellschaft über die Bedeutung der regionalen Artenvielfalt erhöhen. Es wurden daher Strategien und Gesetze entwickelt, die sich an europäischen Standards und Normen orientieren.²⁸⁴

Selbst das GIZ konstatiert aber, dass noch viele Probleme ungelöst sind. Das reiche Naturerbe der beiden Länder mit seinen vielfältigen, ursprünglichen Naturlandschaften und seiner traditionellen Kulturlandschaft ist durch unkontrollierte Bebauung und Übernutzung der biologischen Ressourcen (Holz, Wildtiere, Pflanzen etc.) in Gefahr, seinen Reichtum unwiederbringlich zu verlieren. Artenvielfalt und Funktionalität der Ökosysteme sind stark bedroht. Der Nutzungsdruck auf die natürlichen Ressourcen durch die einheimische Bevölkerung, die Privatwirtschaft und die Regierungen ist hoch:

„Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne sowie erste sektorale Strategien zum Management der Biodiversität und der Ökosystemdienstleistungen liegen vor. Den Herausforderungen der sich überschneidenden Interessen der beteiligten Sektoren – wie Forst-, Weide- und Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus – werden sie jedoch noch nicht gerecht. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen

²⁸⁴ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2016): Integrated biodiversity management in the South Caucasus. Auf: <https://www.giz.de/en/worldwide/20319.html> abgerufen am 16.06.2016. Siehe auch: Georgische Regierung (2015): National Biodiversity Strategy and Action Plan. Auf: <https://matsne.gov.ge/ka/document/view/2342057> abgerufen am 16.06.2016

*staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Hirten und Landwirten, ist unzureichend. Auch solide, die unterschiedlichen Sektoren betreffende Datengrundlagen für Planungs- und Entscheidungsprozesse sind noch nicht ausreichend vorhanden.*²⁸⁵

Das Beispiel der Abholzung der Wälder in den beiden Nachbarregionen hat deutlich gezeigt, dass in diesem Bereich auf lokaler Ebene viele Probleme noch nicht gelöst sind. Hinsichtlich einer entsprechenden Gesetzesgrundlage wurden viele positive Schritte unternommen, aber deren erfolgreiche Implementierung auf lokaler Ebene ist immer noch nicht erreicht. Um das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten zu verhindern, müssen weitere Schutzgebiete ausgewiesen werden und die bestehenden über die Landesgrenzen hinaus vernetzt werden. Um die Übernutzung der Naturressourcen zu vermeiden und alternative Einkommensquellen für die Bevölkerung zu schaffen, müssen nachhaltige Bewirtschaftungssysteme in der Forst- und Landwirtschaft weiter gefördert werden. Die Finanzierung kleinerer Projekte auf lokaler Ebene könnte in diesem Fall große Erfolge erzielen. Die Aufforstung von degradierten Waldflächen mit Baumarten der natürlichen Waldgesellschaften stellt beispielsweise eine Möglichkeit dar, verursachte Schäden zu beseitigen und diese Ressource für nachkommende Generationen nutzbar zu machen. Bis heute wurden aber von der EU nur ca. zehn Projekte in beiden Regionen mit einem Budget zwischen 100.000 und 500.000 Euro gefördert. Daher überrascht es nicht, dass diese nur geringen Einfluss auf regionaler Ebene hatten.

V.5.2 Zwischenergebnis

Die Europäische Gemeinschaft betrachtet die nachhaltige ökologische Entwicklung und den Umweltschutz, insbesondere in den Nachbarländern als die höchste Priorität eigener Politik. In den Zielregionen werden die Reformen der Umweltpolitik über Budgethilfe sowie Zuschüsse und zinsbegünstigte Darlehen unterstützt. Die EU leistet auch einen aktiven Beitrag zur Erarbeitung der lokalen und staatlichen Strategien im Bereich der Umweltpolitik. Die ökologische Entwicklung wurde aber in den nationalen Richtprogrammen sowie anderen relevanten Dokumenten kaum erwähnt.

In den Fortschrittsberichten für Georgien und Armenien wurde die EU-Entwicklungspolitik in der ökologischen Dimension positiv beurteilt. Laut der

²⁸⁵ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2016): Integriertes Biodiversitätsmanagement im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/weltweit/20319.html> abgerufen am 16.06.2016

EU-Kommission wurde durch die Projekte in beiden Ländern eine wirksame Strategie zum Umweltschutz erarbeitet und wichtige Schritte zur Implementierung dieser Strategien eingeleitet. Des Weiteren sei so ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Wasser- und Abfallmanagements, zum Schutz der Natur (vor allem der Wälder) und der Biodiversität geleistet worden.

Unabhängige internationale und nationale Organisationen teilen diese Meinung der EU-Kommission jedoch nicht. Sie weisen darauf hin, dass sowohl armenische als auch georgische Regionen unter einer exponentiell zunehmenden Zerstörung der Ökosysteme leiden und die Situation in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren sogar schlechter geworden ist. Die eigene empirische Untersuchung hat zudem gezeigt, dass die ökologische Entwicklung in Lori und Samzke-Dschawakhetien von der EU im Vergleich zu anderen Dimensionen deutlich weniger unterstützt wurde. In den letzten zehn Jahren förderten die Europäische Gemeinschaft und deren Mitglieder im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft nur zehn Projekte in Lori und Samzke-Dschawakhetien, deren Budget zwischen 100.000 und 300.000 Euro betrug.

Hinsichtlich der ökologischen Dimension hatten die von der EU unterstützten Projekte gravierende Mängel. Erstens gab es offensichtliche Finanzierungslücken. Pro Jahr wurden nur zwischen 100.000 und 300.000 Euro in die Projekte investiert. Zur Lösung ökologischer Probleme wie z.B. das mangelhafte Abfallmanagement in Lori wird jedoch deutlich mehr finanzielle Unterstützung benötigt. Der Erwerb moderner Technik, die Ausbildung sowie die Gehälter des Personals, die Schaffung neuer Deponien, die Sanierung bzw. Konservierung alter Deponien sowie viele andere Aspekte benötigen in erster Linie eine umfangreiche finanzielle Unterstützung.

Ein weiteres Problem ist der Mangel an einer multidimensionalen Perspektive. Alle ökologischen Projekte konzentrierten sich ausschließlich auf Umweltprobleme. Dabei wurde oft vergessen, dass diese Probleme durch die schwierige Situation in anderen Dimensionen verursacht werden. So wurde beispielsweise die Abholzung der Waldgebiete vor allem durch die schwierige ökonomische Situation in der Region verursacht. Projekte in diesem Bereich wie "European Neighbourhood and Partnership Instrument East Countries Forest Law Enforcement and Governance Program" versuchten zwar, durch eine bessere Kontrolle der Waldgebiete die illegale Abholzung zu bekämpfen. Die hohen Geldstrafen und bessere gesetzliche Regulierungen haben aber keinen wesentlichen Einfluss auf die Verbesserung der Situation gehabt, weil die einheimische Bevölkerung unter extremer Armut leidet und die

Waldressourcen zum Überleben benötigt (für das Heizen im extrem kalten Winter und den Verkauf des Holzes als einzige Einkommensquelle). Das Projekt hätte also in der wirtschaftlichen Dimension eingreifen und alternative Einkommensquellen für die Menschen vor Ort schaffen sollen, was aber nur begrenzt oder gar nicht gemacht wurde.

Ein weiterer schwerwiegender Mangel der Projekte war auch ihre fehlende Nachhaltigkeit. Die Meisten hatten lediglich eine Laufzeit von maximal ein bis drei Jahren. Innerhalb dieses Zeitraums wurde von der EU eine konkrete Region ausgewählt und bei der Lösung ökologischer Probleme unterstützt, z.B. beim Kampf gegen die illegale Abholzung der Waldgebiete oder beim Abfallmanagement. Nach Ablauf des Projekts wurde der Fokus auf eine andere Zielregion gerichtet und das bisherige Projekt ohne jede weitere Unterstützung sich selbst überlassen. Selbst wenn das Projekt während der Laufzeit einen positiven Einfluss auf die Situation gehabt hatte, wurde dieser ohne weitere Unterstützung schnell wieder nivelliert.

Nichtsdestotrotz wurden von der EU einige Projekte in diesem Bereich unterstützt, die ihre Ziele erreicht haben: "Die nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus" und „Javakheti National Park“ haben positiven Einfluss auf die ökologische Situation in beiden Regionen gehabt. Durch sie wurden bestimmte ökologische Probleme zumindest kurzfristig gelöst, aber die Anzahl solcher Projekte ist sehr gering und sie reichen auf lange Sicht bei weitem nicht aus, um alle Umweltprobleme von Lori und Samzke-Dschawakhetien zu lösen.

Die EU-Entwicklungspolitik hinsichtlich der ökologischen Dimension war in den zwei ausgewählten Zielregionen also nicht wirksam und hat keine wesentliche Verbesserung der Situation ergeben. Trotz einiger kleiner Erfolge, insgesamt zehn Jahren der Unterstützung und mehreren Millionen Euro an investierten Fördergeldern hat sich die ökologische Situation in Lori und Samzke-Dschawakhetien bis heute kaum verbessert. Dies bedeutet aber nicht, dass die Entwicklungspolitik überflüssig ist. Wenn die EU-Entwicklungspolitik mehr finanzielle Mittel erhält und die Projekte eine multidimensionale Perspektive gewinnen und dadurch nachhaltig werden, wird der Erfolg der Hilfen sicherlich wachsen.

VI. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

VI.1 Untersuchungsergebnisse und Handlungsansätze

In den bisherigen Ausführungen wurde gezeigt, dass die Europäische Gemeinschaft seit 2004 eine aktive Zusammenarbeit zur Entwicklung aller vier Größenordnungen in Lori und Samzke-Dschawakhetien offeriert. Für entsprechende Projekte und Programme wurden Millionen von Fördergeldern ausgegeben, die die politische, wirtschaftliche, sozio-kulturelle und ökologische Situation verbessern sollten. Die vorliegende Arbeit hat an verschiedenen Stellen verdeutlicht, dass die EU-Entwicklungspolitik jedoch zumindest in drei Dimensionen kaum wirksam war. Diese Tatsache bedeutet aber nicht, dass diese völlig nutzlos ist. Denn es wurden ja nicht nur Defizite, sondern auch Erfolge dieser Politik identifiziert. Es wurde gezeigt, dass die Entwicklungspolitik durch bestimmte Modernisierung bzw. Verbesserungen effektiver werden kann. Um einflussreicher zu werden, benötigt sie bestimmte Ergänzungsmaßnahmen.

Politische Dimension: Die empirische Untersuchung der politischen Dimension in den Provinzen hat gezeigt, dass in Lori und Samzke-Dschawakhetien entgegen der Meinung der EU-Kommission die Situation in politischer Hinsicht weiterhin sehr kompliziert ist. Von der Europäischen Union wurde in den vergangenen zehn Jahren nichts unternommen, um die finanzielle Unabhängigkeit der Regionen zu unterstützen. Die Regionalverwaltungen haben keine Entscheidungsvollmacht über die Verwendung der Finanzen und bleiben damit von der Zentralregierung abhängig. Um effektiver zu werden, sollte die EU-Entwicklungspolitik also in erster Linie die fiskalische Unabhängigkeit der Regionen fördern. Die Union sollte sowohl auf staatlicher Ebene – durch das Vorantreiben von Gesetzesänderungen – als auch auf regionaler Ebene – durch Unterstützung der Implementierung verabschiedener Gesetze – entsprechende Projekte finanzieren, um die lokalen Selbstverwaltungsorgane aus der finanziellen Abhängigkeit der Zentralregierung zu befreien.

Wie bereits erwähnt, besteht ein weiteres Problem der Regionen auch darin, dass diese keine reelle sektorale Unabhängigkeit haben. Die Feldforschung hat bestätigt, dass ungeachtet der offiziellen Zielsetzung der Aktionspläne in den letzten zehn Jahren von der EU keine Projekte unterstützt wurden, um eine Integration der fachlichen Kapazitäten in die lokalen Regierungen zu erreichen. Demzufolge fehlt den lokalen Verwaltungen in den Regionen die Kompetenz, situationsgerechte Lösungen zu finden und diese auf professionelle Weise umzusetzen. Die Europäische Union sollte dementsprechend eine klare Strategie zur Förderung der sektoralen Unabhängigkeit in den Regionen

erarbeiten und entsprechende Projekte auf allen Ebenen sowohl in Georgien als auch in Armenien durchführen. Vor allem sollten die Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, eine bessere Verteilung fachlicher Kompetenzen zwischen verschiedenen staatlichen Behörden zu ermöglichen. So würden diese in die Lage versetzt, ihren Aufgaben besser gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur effektiven Gestaltung der EU-Entwicklungspolitik in Bezug auf die politische Dimension ist die aktivere Unterstützung der Bürgerpartizipation im politischen Leben. Diese ist in beiden Regionen ebenfalls nicht vollständig gelungen. Zum einen hatten nur wenige Projekte der Union überhaupt diese Zielsetzung, zum anderen hatten die Projekte zur Stärkung der demokratischen Mitwirkung nur geringe Finanzmittel zur Verfügung. Wichtig ist es hier aber zu betonen, dass zur effektiven Gestaltung der Entwicklungspolitik keine Neukonzeption bereits bestehender Projekte notwendig ist. Diese sollten vielmehr in kürzeren Intervallen und an verschiedenen Orten langfristig durchgeführt werden, um eine Verbesserung der Gesamtsituation zu erreichen. Mehr finanzielle Mittel und Nachhaltigkeit sind die Schlüssel zu größerer Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in diesem Bereich.

Die fehlende finanzielle und sektorale Dezentralisierung sowie die fehlende Bürgerpartizipation machten also den Einsatz der konkreten Entwicklungsstrategien des multidimensionalen Ansatzes in den Regionen unmöglich. In den Regionen wurde kein konstruktiver, strategischer und durchführungsorientierter Entscheidungsprozess über die Erfüllung staatlicher Aufgaben auf lokaler Ebene gestaltet. Die staatlichen Behörden sind auch nicht in der Lage, situationsgerechte Problemlösungen zu finden. Zur effektiven Entwicklung der politisch-institutionellen Dimension ist es dementsprechend notwendig, die richtige, finanziell und technisch angemessene sowie nachhaltige Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses (siehe RAUCH 2001, S. 13 ff.) sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien zu leisten. In Kombination mit schon vorgestellten Zielen der EU wie der Förderung von Rechtstaatlichkeit, Good Governance und der Einhaltung der Menschenrechte wird dies die Möglichkeit bieten, eine nachhaltige Entwicklung dieser Dimension auf regionaler Ebene wirksamer zu fördern.

Ökonomische Dimension: In der ökonomischen Dimension hatten die EU-Projekte im Gegensatz zur politischen Größenordnung grundsätzlich positive Ergebnisse. Obwohl die Mehrheit der Interventionsstrategien erfolgreich durchgeführt wurde, benötigt die europäische Entwicklungspolitik auch in diesem Bereich gewisse Verbesserungsmaßnahmen. Das wichtigste systemische Problem der EU-Entwicklungspolitik in der wirtschaftlichen

Dimension besteht darin, dass die Europäische Kommission keine vollständige Analyse der neuen ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durchgeführt hat und sich ausschließlich auf die Information der lokalen Experten bezieht. Es ist also notwendig, eine vollständige Analyse der neuen ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durchzuführen. Besonders wichtig wäre es, dass von der Union eingesetzte, unabhängige Experten diese Analysen durchführen und nicht ausschließlich lokalen Organisationen überlassen werden. Die Europäische Kommission sollte selbst eine Evaluation der verhandelnden, nicht genutzten ökonomischen Möglichkeiten in den Regionen durchführen, um notwendige Informationen zum Einsatz wirksamer Strategien der Wirtschaftsförderung zu erhalten.

Trotz der fehlenden Identifizierung der ökonomischen Möglichkeiten in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien wurden die Projekte der EU zur Entwicklung bzw. zum Wiederaufbau der Infrastruktur in beiden Regionen grundsätzlich erfolgreich durchgeführt. Der Europäischen Gemeinschaft gelang es die Infrastruktur der Regionen wesentlich zu verbessern. Damit wurde eine gute Basis für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Dimension in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien geschaffen. In diesem Bereich sind also keine großen Änderungen notwendig und die Entwicklungspolitik sollte mit den gleichen Zielen und Maßnahmen weitergeführt werden.

Des Weiteren hat die Analyse der EU-Aktivitäten in beiden Regionen gezeigt, dass die Europäische Union keine geeignete Strategie zur Förderung der Marktentwicklung und neuen Wertschöpfungsketten gehabt hat. Von der Organisation wurde in den letzten Jahren kein einziges Projekt bzw. Programm durchgeführt, das direkt zur Marktentwicklung oder zur Entwicklung von neuen Wertschöpfungsketten in den Regionen beigetragen hätte. Trotzdem wurden von der EU im Rahmen unterschiedlicher Programme einige Maßnahmen unterstützt, um in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien neue Märkte zu schaffen sowie die Kleinproduzenten gezielt in die Wertschöpfungsketten einzugliedern. Das langsame Wirtschaftswachstum in beiden Regionen zeigt deutlich, dass die Maßnahmen in dieser Richtung weitergeführt und intensiviert werden sollten. Die lokalen Produzenten sollten durch die EU-Unterstützung den Zugang zu neuen externen und internen Märkten erhalten und in die neuen Wertschöpfungsketten eingegliedert werden. Die Arbeit erfordert also eine größere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft. Ohne aktive Unterstützung ist es kaum vorstellbar, dass sich die Situation in diesen Bereichen verbessert.

Die Europäische Gemeinschaft unterstützte auch in beiden Regionen die Bereitstellung von Produktionsmitteln auf Kreditbasis. Die Folgen der Unter-

stützung sind aber nicht eindeutig. Einige Experten betrachten sie als sehr positiv, andere teilen diese Meinung nicht. Die Wirtschaft zeigt aber trotz der EU-Unterstützung in den letzten zehn Jahren kaum Entwicklung. Diese Tatsache verdeutlicht, dass in diesem Bereich bestimmte Änderungen bzw. Verbesserungen der europäischen Entwicklungspolitik notwendig sind. In der vorliegenden Arbeit wurde dabei festgestellt, dass das System der Bereitstellung von günstigen Krediten zu kompliziert ist. Die lokalen Produzenten müssen zu viele Voraussetzungen erfüllen, um die Kredite zu erhalten. Diese sind dabei so streng, dass die Kredite die Mehrheit der einfachen Bauern nicht erreichen. Dementsprechend sollten die Kriterien vereinfacht werden. Selbstverständlich müssen nicht alle Voraussetzungen abgeschafft werden, sie sollten aber der wirtschaftlichen Realität in den Regionen entsprechen.

Laut dem multidimensionalen Ansatz leisten die Subventionen einen erheblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Im Rahmen der Entwicklungspolitik wurden aber von der EU keine direkten Subventionen an georgische oder armenische Regionen, Unternehmen oder Organisationen vergeben. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Regionen keine indirekten Subventionen der EU bekommen haben. Die Bewohner von Lori und Samzke-Dschawakhetien erhielten die europäischen Subventionen von ihren eigenen Regierungen und von unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen, welche das Geld von der Union im Rahmen unterschiedlicher Programme bekommen hatten. Das Problem solcher Unterstützung besteht aber darin, dass der EU ein Instrument der Kontrolle fehlt. Die Lösung des Problems ist naheliegend: Die Union sollte die Subventionen weiter ausgeben, dabei jedoch ein wirksames Instrument zur Kontrolle erarbeiten. Es wäre eine Option, die Subventionen der EU direkt an die Bewohner der Regionen zu verteilen, da indirekte Subventionen über staatliche Organisationen diese oft nicht erreichen. Eine effektive Kontrolle der Verwendung von Subventionen wird die Möglichkeit geben, die lokalen Bauern und Produzenten besser zu unterstützen.

Zusammenfassend betrachtet, hat die EU-Entwicklungspolitik in der wirtschaftlichen Dimension grundsätzlich positiven Einfluss gehabt: die meisten Strategien wurden erfolgreich eingesetzt. Jedoch können die rein ökonomischen Projekte die Massenarmut in der Region nicht reduzieren bzw. beseitigen. Man braucht dafür zusätzlich wirksame Interventionsstrategien in anderen Größenordnungen.

Gesellschaftliche Dimension: Die Europäische Gemeinschaft förderte in Georgien und Armenien in den letzten zehn Jahren mehrere Einzelprojekte, die der sozio-kulturellen Dimension zuzurechnen sind. Die Analyse der EU-Entwicklungspolitik in der gesellschaftlichen Größenordnung hat aber deutlich

gezeigt, dass die Interventionsstrategien der Europäischen Gemeinschaft in den Zielregionen den Strategien des multidimensionalen Ansatzes nur teilweise oder gar nicht entsprachen. Die Folgen der konkreten EU-Projekte waren auch nicht so eindeutig positiv, wie es die EU-Kommission darstellte. Trotz des Versuchs gelang es der Union nicht, die von der kulturellen und sozialen Situation verursachten Genderprobleme zu lösen, die Zivilgesellschaft zu stärken und eine aktive Partizipation der einfachen Bürger am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Das Problem bestand vor allem darin, dass die EU-Entwicklungspolitik nur wenig zum Aufbau bzw. zur Entwicklung der lokalen Zivilgesellschaft unternommen hat. Die meisten Projekte konzentrierten sich nur auf die Lösung konkreter sozialer oder kultureller Probleme und hatten nicht zum Ziel, die Bürgerpartizipation am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Zur besseren Unterstützung der Zivilgesellschaft sollte die EU die flächendeckende Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen und die Gestaltung von Dienstleistungen fördern sowie die Einrichtung von zielgruppen- und genderorientierten Dienstleistungen, Budgets, Gesetzen und Verwaltungsverfahren unterstützen. Um in diesem Bereich erfolgreich zu sein, sollte die EU-Entwicklungspolitik also Strategien zur Förderung der Zivilgesellschaft entwickeln und diese durch konkrete Projekte an den Zielorten durchsetzen.

Die Feldforschung hat auch die Problematik der schon durchgeführten EU-Projekte und Programme in der gesellschaftlichen Dimension deutlich gezeigt. Projekte wie z.B. "SOS Culture saving endangered cultural assets in remote regions of Armenia and Georgia by involving local youth in their preservation" bringen kurzfristig positive Ergebnisse und bilden eine gute Grundlage für die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Sie bieten jedoch keine langfristigen Perspektiven, da sie nicht nachhaltig sind. Oft wurde der positive Einfluss der Projekte nach Ende der Laufzeit sehr schnell nivelliert, da in der Folgezeit nichts weiter unternommen wurde, um den Erfolg zu stabilisieren und die Entwicklung fortzuführen. Die Lösung ist hier auch offensichtlich: Die EU-Entwicklungspolitik sollte nachhaltiger gestaltet werden, um die Situation auch langfristig beeinflussen zu können.

Ein weiteres Problem der Projekte war die nicht ausreichende Finanzierung während der Laufzeit. Wegen der unzureichenden finanziellen Unterstützung konnten die Projekte nur sehr kleine Teile der Gesellschaft in den Regionen beeinflussen. Die empirische Untersuchung hat bestätigt, dass die Projekte bei richtiger Zielsetzung und guter Planung nach vorheriger Analyse der Bedürfnisse der Zielgruppe auch ohne mehrjährige Finanzierung und ein

riesiges Budget erfolgreich sein können. Besonders wirkungsvoll zeigten sich Projekte wie z.B. „Lorva Orran“, die auf dem Prinzip des „Capacity building“ beruhen. Diese beeinflussen die gesellschaftliche Situation positiv und benötigen dabei aber keine mehrjährige Finanzierung. Wenn also die europäische Entwicklungspolitik die Bedürfnisse der lokalen Gesellschaft berücksichtigt und mehr auf dem Prinzip des „Capacity building“ beruhende Projekte durchführt, kann sie die eigene Entwicklungspolitik wirksamer machen.

„Capacity building“ ist aber nicht immer die Lösung. Es gibt Projekte z.B. bei der Unterstützung des Ausbildungssystems und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die auf jeden Fall mehr finanzielle Unterstützung benötigen. Die Ziele der schon durchgeführten Projekte in diesem Bereich wie z.B. „Social and economic empowerment of women in Armenia“ und „Cultural education for children living in rural communities“ sollten in weiteren Projekten weiterverfolgt werden. Diese sollten aber nicht nur mehr Finanzmittel erhalten, sondern auch häufiger durchgeführt werden. Nur so ist es möglich, die gesellschaftliche Situation in den Regionen nachhaltig zu beeinflussen.

Ökologische Dimension: In den Fortschrittsberichten für Georgien und Armenien wurde die EU-Entwicklungspolitik hinsichtlich der ökologischen Dimension auch positiv beurteilt. Die empirische Untersuchung in diesem Bereich zeigte jedoch andere Ergebnisse. Sie weist darauf hin, dass der Beitrag der EU-Entwicklungspolitik zur Identifizierung kontextgerechter Lösungen und der Bereitstellung von Dienstleistungen für nachhaltige Ressourcennutzung relativ gering war. Die Union hat auch nur wenig zur Entlastung degradierter Regionen durch die Schaffung standort- und sektorübergreifender Perspektiven unternommen. Dementsprechend sollte die EU in diesen Bereichen deutlich aktiver werden. Ihre Entwicklungspolitik soll vor allem in den Regionen angebotsorientierte Forschung und Beratung, subventionierte Inputs und Planungsunterstützung leisten sowie nicht ressourcenabhängige Sektoren, Ausweichregionen und „portable skills“ fördern (siehe Strategien zur Entwicklung der ökologischen Dimension, RAUCH 2009, S. 240 ff.).

Wie in der gesellschaftlichen Dimension war auch hier das Problem die nicht ausreichende Finanzierung. Pro Jahr wurde für die ökologischen Projekte maximal 300.000 Euro ausgegeben, wobei die Lösung der Probleme deutlich mehr Unterstützung erfordert. Der Kauf moderner Technik, die Ausbildungs- und Lohnkosten des Personals, die Schaffung neuer Deponien, die Sanierung bzw. Instandhaltung alter Deponien sowie andere Aspekte erfordern ohne Zweifel viel mehr finanzielle Mittel. So hat die Fallstudie des Abfallmanagements deutlich gezeigt, dass die Projekte mit den zugeteilten

finanziellen Mitteln ihre Ziele nicht erreichen können. Die Einrichtung neuer Deponien und der Müllabfuhr in ländlichen Gemeinden etc. erfordert ohne Zweifel viel mehr Geld. Dementsprechend soll die EU, um wirksamer zu werden, in diesem Bereich mehr investieren. Die Situation kann nur dann positiv beeinflusst werden, wenn die Projekte eine angemessene Finanzierung erhalten.

Den Projekten fehlte des Weiteren eine dimensionsübergreifende Perspektive, was in allen vier Dimensionen sichtbar ist. Die ökologischen Projekte konzentrierten sich nur auf die Umweltprobleme. Dabei wurde vergessen, dass die Probleme durch die schwierige Situation hinsichtlich der anderen Größenordnungen mitverursacht werden. So ist z.B. die Abholzung der Waldgebiete hauptsächlich eine Folge der schwierigen ökonomischen Situation in der Region. Von der EU wurde versucht, mit Projekten wie "European Neighbourhood and Partnership Instrument East Countries Forest Law Enforcement and Governance Program" durch bessere Kontrolle der Waldgebiete die illegale Abholzung zu bekämpfen. Hohe Geldstrafen und bessere gesetzliche Regulierungen hatten aber keinen wesentlichen Einfluss auf die Situation, weil die Bevölkerung in diesen Regionen unter extremer Armut leidet und die Waldressourcen zum Überleben benötigt. Das Projekt sollte also in der wirtschaftlichen Dimension eingreifen und alternative Einkommensquellen für die Bevölkerung schaffen, was aber nur begrenzt oder gar nicht stattfand. Nur durch Projekte, die dimensionenübergreifende Perspektiven bieten, also die Ursachen der Probleme in allen betroffenen Bereichen beeinflussen, kann die ökologische Situation langfristig verbessert werden.

Der bedeutendste Mangel der ökologischen Projekte lag in ihrer fehlenden Nachhaltigkeit. Die meisten Projekte hatten eine Laufzeit von ein bis drei Jahren. Innerhalb dieses Zeitraums wurde von der Europäischen Union eine konkrete Region ausgewählt und versucht, diese bei der Lösung der ökologischen Probleme zu unterstützen. Nach Ablauf des Projekts wurde der Fokus auf eine andere Zielregion gerichtet und die vorherige Projektzielregion völlig ohne Unterstützung sich selbst überlassen. Selbst wenn das Projekt einen positiven Einfluss auf die Situation gehabt hatte, wurden seine Erfolge auf diese Weise sehr schnell nivelliert. Wie bei der gesellschaftlichen Dimension sollte die EU-Entwicklungspolitik auch hier nachhaltiger gestaltet werden, um die Situation langfristig positiv beeinflussen zu können.

Allerdings wurden von der EU in diesem Bereich auch Projekte unterstützt, die die gesetzten Ziele erreicht haben. Projekte wie „Die nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus“ und „Javakheti National Park“ haben einen positiven Einfluss auf die ökologische Situation in den

beiden Regionen gehabt. Durch sie wurden bestimmte ökologische Probleme zumindest kurzfristig gelöst, aber die Anzahl solcher erfolgreichen Projekte war sehr niedrig. Die wenigen positiven Beispiele reichen bei Weitem nicht aus, um die Umweltprobleme von Lori und Samzkhe-Dschawakhetien auch langfristig zu lösen.

VI.2 Vorschläge zu systemischen Mängeln

Zu den oben genannten Defiziten der Entwicklungspolitik treten übergreifende systemische Mängel auf, welche in fast allen Projekten und Programmen sichtbar sind. Ohne eine Behebung dieser werden die EU-Maßnahmen nicht an Effektivität gewinnen. Die systemischen Mängel zu beheben sollte also für die Union die oberste Priorität darstellen, denn sonst wäre die bisher in die Entwicklungspolitik investierten Milliarden verloren.

Nicht ausreichende Finanzierung: Bei den meisten Projekten war das Finanzierungsproblem offensichtlich. Die zugeteilten Mittel waren nicht ausreichend, um die anvisierten Ziele der Projekte bzw. Programme vollständig zu erreichen. In den letzten zehn Jahren förderten die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und der östlichen Partnerschaft mehrere Projekte in allen vier Dimensionen in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien. Das Budget der Meisten überschritt 500.000 Euro nicht (vor allem in den ökologischen und sozio-kulturellen Dimensionen).

Durch diese Initiativen sollten, komplexe Probleme gelöst und die Gesamtsituation in den Regionen verbessern werden. Dies war aber schon rein theoretisch mit diesem geringen Budget nicht möglich. Der Erwerb moderner Technik, Wiederaufbau oder Modernisierung der Infrastruktur, die Schaffung neuer Institutionen, die Ausbildung des Personals sowie viele andere Aspekte benötigen eine umfangreiche finanzielle Unterstützung. All das kann ein Budget von 500.000 Euro nicht abdecken. Der Finanzierungsmangel wird auch sichtbar, wenn man recherchiert, welche Summen die Geldgeber für ähnliche Projekte in ihren eigenen Staaten ausgeben. In den europäischen Ländern kosten solche Projekte 10-50 Mal mehr.

Die EU-Staaten haben dabei im Jahr 2000 versprochen, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Die meisten Mitgliedstaaten sind aber bis heute noch weit von der Erreichung des Ziels entfernt. Die Flüchtlingskrise, Brexit, Eurokrise etc. lassen auch keine Hoffnung, dass in absehbarer Zeit die EU bereit wird, in der eigenen Entwicklungspolitik mehr zu investieren. 0,7 Prozent wäre eine Verdreifachung der jetzigen Hilfe, was in Anbetracht der oben genannten

Faktoren kaum vorstellbar ist. Sollte dies zukünftig trotz allem geschehen, wird ohne Zweifel die gemeinsame Entwicklungspolitik viel effektiver werden.

An der Stelle muss aber auch betont werden, dass mehr Finanzierung alleine die meisten Probleme nicht lösen kann. In bestimmten Fällen kann es sogar negative Folgen haben (z.B. einige Wirtschaftssektoren von den Subventionen abhängig machen). Durch den so genannten "Big Push"²⁸⁶ ist es daher nicht möglich, die Situation in den Entwicklungsländern zu verbessern. Dennoch soll die Europäische Gemeinschaft bereit sein, die eigene Entwicklungspolitik besser zu unterstützen. Gleichzeitig muss man aber neue Strukturen schaffen, um das durch die bisherige Finanzierung schon Erreichte zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die Entwicklungsprojekte sollen des Weiteren eine angemessene, besser überwachte und transparentere Finanzierung bekommen. Nur so können sie effektiver werden. Die durchgeführte empirische Untersuchung hat diese Tatsache bestätigt. Projekte mit einer richtigen Zielsetzung, guten Planung und angemessenem Budget waren fast immer wirksam.

Nachhaltigkeit: Ein bedeutsamer Mangel von Projekten, der direkt mit der nicht ausreichenden Finanzierung verbunden ist, war in allen vier Größenordnungen ihre fehlende Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit war und bleibt dabei ein wichtiges Prinzip der Entwicklungspolitik. Es zielt darauf ab, wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen, für sozialen Ausgleich zu sorgen und die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten. Ein Entwicklungsprogramm oder -projekt kann nur dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn es in der Lage ist, über einen längeren Zeitraum hinweg, ein angemessenes Niveau von Nutzen sicherzustellen, nachdem die finanzielle, organisatorische und technische Hilfe eines externen Gebers beendet ist.²⁸⁷

Die empirischen Untersuchungen in Samzkhe-Dschawakhetien und Lori haben aber deutlich gezeigt, dass die europäischen Entwicklungsprojekte genau an diesem zentralen Ziel scheitern. Die Europäische Gemeinschaft unterstützte die meisten Projekte nur während der kurzen Laufzeit. Nach Ablauf dieser Zeit erhielten die Zielorte, Personen oder Organisationen keine weitere Förderung. Die Ziele der Projekten waren dabei so bestimmt, dass diese ohne weitere

²⁸⁶ Schlüsselbegriff der Strategie des ausgewogenen Wachstums. Zur Erreichung eines selbsttragenden Wachstums ist ein kräftiger Investitionsimpuls notwendig, wobei gleichzeitig ein massiver Kapitaleinsatz in allen Sektoren erforderlich ist. Siehe auf: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/big-push.html> abgerufen am 16.06.2016

²⁸⁷ OECD/DAC (1988): Sustainability in Development Programs. Siehe auf: <https://www.oecd.org/dac/46717535.pdf> abgerufen am 16.06.2016

Finanzierung nicht erreicht werden konnten. Dies führte zu dem Ergebnis, dass die positiven Folgen des Projekts im Anschluss schnell nivelliert wurden.

Ein weiterer schwerwiegender Mangel der Projekte war also ihre fehlende Nachhaltigkeit. Das Projekt "We are the future of our country" war ein klares Beispiel dafür. Das Hauptziel war hier die Verbesserung der georgischen Sprachkenntnisse unter den Schülern der nicht georgischsprachigen Schulen in Samzke-Dschawakhetien. Es wurden kurze Sprachkurse in Georgisch mit interaktiven Lehrmethoden und gemeinsamen Aktivitäten angeboten. Das Projekt lief aber nur von Oktober bis Dezember 2009 und erhielt danach keine weitere Finanzierung. In so kurzer Laufzeit konnte selbstverständlich das oben genannte Ziel nicht erreicht werden. Die Notwendigkeit weiterer Unterstützung war offensichtlich. Dieser Fehler der europäischen Entwicklungspolitik war leider keine Ausnahme und wiederholte sich in vielen Projekten in allen vier Dimensionen.

Um diesen Fehler zu beheben, sollte also die Europäische Gemeinschaft bereit sein, erfolgreiche Projekte langfristig finanziell zu unterstützen. Wegen der unzureichenden Finanzierung der EU-Entwicklungspolitik allgemein ist es leider schwer vorstellbar, dass die europäischen Entwicklungsprojekte in Georgien und Armenien (sowie weltweit) in der Zukunft besser unterstützt werden (auch wenn diese während der Laufzeit positive Folgen haben). Eine weitere Option zur Verbesserung der Situation wäre, die Projekte von Anfang an nachhaltiger zu planen. Die Initiativen sollen ohne mehrjährige Unterstützung erfolgreich sein können, was beispielsweise durch "Capacity building" (Hilfe zur Selbsthilfe) sichergestellt werden kann.

Hilfe zur Selbsthilfe sollte ohne Zweifel ein wichtiger Grundsatz der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit werden. Hierbei wird die eigene Anstrengung der lokalen Bevölkerung unterstützt, ihre Armuts- und Entwicklungsprobleme zu lösen. Dies kann nur durch den verbesserten Zugang zu Wissen, Technologie und Ressourcen geschehen. Dazu ist es außerdem notwendig, die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der Vorhaben sorgfältig zu analysieren. Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort ist deshalb oberstes Gebot. Die EU sollte sich in den Regionen mit den Kommunen, Gemeinden und einfachen Menschen aktiver auseinandersetzen, um festzustellen, was für diese in der Realität wichtig und notwendig ist. In Abstimmung mit der lokalen Bevölkerung muss auch analysiert werden, wie man die Projekte so gestalten kann, dass sie nach dem Ablauf der Finanzierung die Situation vor Ort weiter positiv beeinflussen.

Hier muss man zudem betonen, dass sowohl in Lori als auch in Samzke-Dschawakhetien bereits erfolgreiche, nachhaltige Entwicklungsprojekte der EU

existieren: “Establishment Of Javakheti National Park in Georgia” und “Lorva Orran” entsprachen oben genannten Kriterien und waren auch nach Ablauf der Finanzierung erfolgreich. Man muss also diese positive Erfahrung nutzen und weitere Projekte ähnlich gestalten.

Selbstverständlich ist “Capacity building” kein Allheilmittel. Man kann nicht hoffen, dass alle zukünftigen Entwicklungsprojekte der EU durch die Hilfe zur Selbsthilfe erfolgreich werden. Es gibt tatsächlich bestimmte Probleme in den Entwicklungsländern, die man nur durch Projekte mit einer mehrjährigen Finanzierung lösen kann (z.B. den Wiederaufbau und die Entwicklung der Infrastruktur). Die Kombination aus einer angemessenen, besser überwachten, transparenteren Finanzierung und Entwicklungsprojekten, die auf “Capacity building” basieren, wird ohne Zweifel die Europäische Entwicklungspolitik viel nachhaltiger und wirksamer machen.

Multidimensionale Perspektive: Ein weiteres wichtiges Problem der EU-Entwicklungspolitik in Lori und Samzke-Dschawakhetien war die fehlende dimensionsübergreifende Perspektive bei der Planung und Durchsetzung der Politik, was sich in allen vier Größenordnungen spiegelte. Eine erfolgreiche Planung der modernen Entwicklungspolitik ist nur dann möglich, wenn ökonomische, politisch-institutionelle, soziokulturelle und ökologische Faktoren einbezogen sind. Die Entwicklungsgeber müssen multidimensional denken und ökologische, ökonomische, institutionelle und sozio-kulturelle Strategieansätze miteinander kombinieren. Bei der Erstellung von konkreten Maßnahmen vor Ort, müssen die Strategien und Instrumente nachhaltiger Entwicklung in kontextbezogenen Kombinationen unter Berücksichtigung aller Dimensionen angewendet werden. So z.B. muss ein regionales Programm zur Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten auf nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen basieren, neue institutionelle Einrichtungen für die Zusammenarbeit zwischen regionaler Politik bzw. Verwaltung und Privatwirtschaft aufbauen und stärkere Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in dem Programm ermöglichen.

Durch die empirische Untersuchung in beiden Regionen wurde die Tatsache zusätzlich bestätigt. Es ist klar geworden, dass nachhaltiger Naturschutz in Samzke-Dschawakhetien und Lori nur dann möglich ist, wenn die bisherigen Nutzer der zu schützenden Natur alternative ökonomische Möglichkeiten angeboten bekommen, wenn die Zuständigkeit dezentralisiert wird und wenn es allen Nutzergruppen gelingt, die Vereinbarungen bezüglich der Nutzungsregeln einzuhalten.

Leider fehlte fast allen europäischen Entwicklungsprojekten genau diese multidimensionale Perspektive. EU-Projekte konzentrierten sich normalerweise

nur auf eine Dimension. Dabei wurde vergessen, dass die Probleme oft durch die schwierige Situation in anderen Größenordnungen mit verursacht werden. Die meisten Probleme in den ländlichen Regionen sowie auf staatlicher und internationaler Ebene haben multidimensionale Ursachen. Demzufolge soll auch die europäische Entwicklungspolitik ganzheitlich und Dimensionen übergreifend denken, analysieren sowie fokussiert und kontextbezogen handeln.

Sie soll des Weiteren in der Lage sein, die Notwendigkeit einer ebenen- und dimensionenübergreifenden Koordination mit anderen relevanten Akteuren zu erkennen. Der multidimensionale Mehr-Ebenen-Ansatz kann dabei als Rahmen für die sinnvolle Verteilung von Zuständigkeiten dienen und die Abstimmung zwischen den Ebenen und Sektoren erleichtern. In diesem Sinne kann der Ansatz als ein Stützkonstrukt dienen, das hilft, die Komplexität des jeweiligen Problems strukturierend zu reduzieren, kontextbezogen den geeigneten strategischen Fokus zu bestimmen und sich dabei sinnvoll mit anderen abzustimmen. Zusammenfassend gesagt: Die EU-Entwicklungspolitik muss die multidimensionale Perspektive in den Fokus rücken und dabei den multidimensionalen Mehr-Ebenen-Ansatz nutzen.

VI.3 Fazit und Forschungsperspektiven

Abschließend betrachtet hat die Untersuchung der EU-Entwicklungspolitik durch den multidimensionalen Ansatz der geographischen Entwicklungsforschung die Möglichkeit gegeben, die Stärken und Schwächen dieser Politik zu identifizieren sowie konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Entwicklungspolitik zu erarbeiten. Es wurde festgestellt, dass die europäische Entwicklungspolitik in den meisten Dimensionen nicht wirksam war und die anvisierten Ziele nicht erreicht hat. Unzureichende Finanzierung, fehlende Nachhaltigkeit und fehlende dimensionsübergreifende Perspektiven sind die größten Mängel der europäischen Entwicklungspolitik. Es wurden bei fast allen Projekten in vier Größenordnungen Probleme identifiziert. Diese Mängel sind der Grund dafür, dass trotz Millionen an Fördergeldern, die für die Entwicklung der Zielregionen von der EU bereitgestellt wurden, die wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und ökologische Situation in Lori und Samzke-Dschawakhetien weiterhin sehr schwierig bleibt.

Die empirische Untersuchung hat aber auch klar gemacht, dass es viel zu früh ist, um über ein Ende der EU-Entwicklungspolitik zu reden. Bei einigen Fällen und zumindest in einer von vier Dimensionen, hat die Politik positiven Einfluss gehabt und eine gute Grundlage zur weiteren Entwicklung geschaffen.

Mittels geeigneter Modernisierungsmaßnahmen kann die Effizienz zweifelsohne gesteigert werden. Die Europäische Gemeinschaft muss dazu bereit sein, konkrete Schritte in allen Bereichen einzuleiten und ihre Entwicklungspolitik dem multidimensionalen Mehr-Ebenen-Ansatz anzupassen.

Unter Berücksichtigung der anfangs aufgestellten Haupthypothese kommt die Studie zu dem Schluss, dass trotz einiger Erfolge bei bestimmten Projekten die bisherige Entwicklungspolitik der EU in Lori und Samzke-Dschawakhetien in der politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Größenordnung nicht wirksam war. Nur in der ökonomischen Dimension hatte die Politik einen überwiegend positiven Einfluss. Dies ist aber nicht ausreichend, um eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung in den Zielregionen zu erreichen. Die Entwicklungspolitik kann bei entsprechender Verbesserung deutlich effektiver gestaltet werden.

Die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung der EU-Entwicklungspolitik auf regionaler Ebene eröffnen zudem neue Forschungsperspektiven. Warum wurde die europäische Entwicklungspolitik trotz der zweifelhaften Ergebnisse von der Kommission so eindeutig positiv beurteilt? Welche realen Interessen der unterschiedlichen Akteure stehen hinter der offensichtlich nur bedingt effizienten Entwicklungspolitik? Welchen Einfluss hatte die EU-Entwicklungspolitik auf lokaler, staatlicher und globaler Ebene? War sie auf diesen Ebenen wirksam? Wenn nicht, warum nicht? Nur weitere Untersuchungen können diese Fragen beantworten und Aufschluss darüber geben, ob es möglich ist, die EU-Entwicklungspolitik auf allen Ebenen effektiver zu gestalten.

VII. Literatur

- AMIN, SAMIR (1974): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Welt Gesellschaft. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Entwicklung. Frankfurt M. S. 71-97.
- BARTELT, SANDRA/DANN, PHILIPP (2008): Entwicklungszusammenarbeit im Recht der Europäischen Union. Baden-Baden.
- BECK, DANIEL/CONZELMANN, THOMAS (2003): Zwischen Sanktionierung und Dialog. Die Durchsetzung von Good Governance in der Entwicklungspartnerschaft von EU und AKP, in: Franz U. Pappi/Paul, Thurner/Roland, Vaubel (Hrsg.): Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Bd. 8; Frankfurt M./New York.
- BOHLE, HANS-GEORG (2001): Conceptual Approaches to Vulnerability: Searching for Common Ground. In: KASPERSON, J. X. & R.E. KASPERSON (eds): International Workshop on Vulnerability and Global Environmental Change. Stockholm Environment Institute. 14-17.
- BOHNET, MICHAEL (1982): Ökonomische Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5. Hamburg.
- BOECKH, ANDREAS (1982): Abhängigkeit, Unterentwicklung und Entwicklung. Zum Erklärungswert der Dependencia Ansätze, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, Hamburg.
- BRAND, ALEXANDER (2004): Alles akademische Spiegelfechtereier? Entwicklungstheorien zwischen Krise und Neubestimmung, in: Brand Alexander/Goltz, Nicolas (Hrsg.): Herausforderung Entwicklung. Bd. 4. Münster.
- BRAND, ALEXANDER/GOLTZ, NICOLAS (2003): Herausforderung Entwicklung. Band 4. Münster.
- BRÜNE, STEFAN (2005): Europas Aussenbeziehungen und die Zukunft der Entwicklungspolitik. Wiesbaden.
- BUENO BUENO, DE MESQUITA (2009): Principles of International Politics. Washington.
- Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2005): Die Kaukasusinitiative des BMZ – Verständigung ermutigen. Materialien Nr. 137. Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007a): Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik. Bonn.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007b): Entwicklungspolitik. Bonn.
- CIMOSZEWICZ, WŁODZIMIERZ (2002): Transatlantic relations today and in the future – A speech by Mr. Włodzimierz Cimoszewicz the Minister of Foreign Affairs of the Republic of Poland at Georgetown University. Washington.
- DANNENBERG, PETER (2012): Standards in internationalen Wertschöpfungsketten. Band 53. Berlin.
- DANNREUTHER, ROLAND (2006): Developing the Alternative to Enlargement: The European Neighbourhood Policy. *European Foreign Affairs Review* 11. S. 183-201.
- DICKEN, PETER (2002): Chains and networks, territories and scales: towards a relational framework for analysing the global economy, in: *Global Networks* 1, 2, S. 89-112.
- Die Regierung von Georgien (2008a): Das Gesetz über das Budget der Regionalverwaltungen. Tbilisi.
- Die Regierung von Georgien (2008b): Das Gesetz über das Budget der Lokalverwaltungen. Tbilisi.
- DOUCOULIAGOS, HRISTOS/PALDAM MARTIN (2005): Aid Effectiveness on Accumulation. A meta study. Working Paper No. 2005-12. Aarhus.
- DOUCOULIAGOS, HRISTOS/PALDAM, MARTIN (2005): The Aid Effectiveness Literature. The Sad Results of 40 Years of Research. Working Paper No. 2005-15. Aarhus.
- DOUCOULIAGOS, HRISTOS/PALDAM, MARTIN (2007): Conditional aid effectiveness. A metastudy. Working Paper 2005-14. Aarhus.
- DOUCOULIAGOS, HRISTOS/PALDAM, MARTIN (2008): The Effect of Aid on Growth: A Result Converging to Zero. Melbourne.
- ECKERT, ANDREAS/WIRZ, ALBERT (2002): Wir nicht, die Anderen auch. Deutschland und der Kolonialismus, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.) (2002): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt M. S. 372-392.
- ELWERT, GEORG (1985): Überlebensökonomie und Verflechtungsanalyse. - In: *Ztschr. f. Wirtschaftsgeographie* 29. N3. S. 83-94.

- Europäische Kommission (EC) (2007): European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia; Country Strategy Paper 2007-2013 and National Indicative Programme 2007-10. Brüssel.
- EC (2011): European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia; National Indicative Programme 2011-2013. Brüssel.
- EC (2013): Thematic Programme for the promotion of democracy and human rights worldwide under the future Financial Perspectives. Brüssel.
- EC (2014): The European Union's ENPI Programme for Georgia. Third Progress Report. Brüssel.
- Europäischer Rat (2005): Arbeitsprogramm – Südkaukasus. Brüssel.
- FAUST, JÖRG/LEIDERER, STEFAN (2006): Paradoxe Effekte. Befunde zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im statistischen Ländervergleich. Frankfurt M.
- FIEGE, KARIN/RAUCH, THEO (Hrsg.) (2012): Entwicklungszusammenarbeit gestalten: Inhalte und Methoden für ein erfolgreiches Wirken in einem komplexen Berufsfeld. Berlin.
- Financial Times Deutschland (2003): BP startet Bau der Baku-Ceyhan-Pipeline. Berlin.
- FLEURY, AFONSO/FLEURY, MARIA TEREZA (2001): Alternatives for industrial upgrading in global value chains. The case of the plastics industry in Brazil, in: IDS Bulletin, S. 116-126.
- GAEDTKE, J. CHRISTIAN (2009): Europäische Außenpolitik. Paderborn.
- GASSEN R. GLENN (2012): Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Brüssel.
- GAULT, JOHN (2004): EU energy security and the periphery, in: Roland Dannreuther (Hrsg.), European Union Foreign and Security Policy – Towards a neighbourhood strategy, London/New York.
- GEREFFI, GARY/KORZENIEWICZ, MIGUEL (Hrsg.) (1994): Commodity Chains and Global Capitalism, Greenwood Press: Westport/Conn.
- GILMAN, NILS (2003): Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America. Baltimore.
- GREENIDGE, CARL (1999): Return to Colonialism? The New Orientation of European Development Assistance; in: Marjorie, Lister (Hrsg.), New Perspectives on European Union Development Cooperation. Boulder. S. 103-124.

- HAASE, NADINE (2003): Globale Akteure in der Kaspischen Region: Staaten, Ölfirmen und Exportwege. Berlin.
- HALBACH, UWE (1999): Moskaus Südpolitik und der Westen im Kaspischen Raum, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln.
- HALBACH, UWE (2005): Der Kaukasus in neuem Licht. Die EU und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion. Berlin.
- HALBACH, UWE (2006): Säbelrasseln und Friedenspolitik in Europas neuer Nachbarschaft. Berlin.
- HALBACH, UWE/SMOLNIK, FRANZISKA (2014): Russlands Stellung im Südkaukasus, Berlin.
- HARTMUT, IHNE/JÜRGEN, WILHELM (Hrsg.) (2006): Einführung in die Entwicklungspolitik. Hamburg.
- HATAKOY, ARZU (2003): Der Wertschöpfungsketten-Ansatz und Anknüpfungspunkte für die Entwicklungszusammenarbeit. Literaturbericht für die GTZ, unveröffentlicht.
- HENNINGS, WERNER (2009): Entwicklungsforschung. Fünf Theorien über Entwicklung. Frankfurt M./New York.
- HILLEBRAND, ERNST/MAIHOLD, GÜMTHER (1999): Von der Entwicklungspolitik zur globalen Strukturpolitik. Zur Notwendigkeit der Reform eines Politikfeldes. In: Internationale Politik und Gesellschaft. Nr. 4. S. 339-351.
- HOLZ, ISABELLA (2003): Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Brüssel.
- HOLTZ, UWE (Hrsg.) (1997): Probleme der Entwicklungspolitik. Bonn.
- International Monetary Fund (2014): World Economic Outlook Database, April 2014. Georgia. Washington.
- JAWAD, PAMELA (2006): Europas neue Nachbarschaft an der Schwelle zum Krieg. Zur Rolle der EU in Georgien. Frankfurt M.
- KAISER, MARTIN/WAGNER, NORBERT (1988): Entwicklungspolitik. Grundlagen-Probleme-Aufgaben. Bonn.
- KAPPEL, ROBERT (1999): Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen des Kooperationsmodells von Lomé. In: Journal für Entwicklungspolitik. N.4. S. 247-256.
- KAUFMANN, WALTER (2005): Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) im Südkaukasus, in: Heinrich-Böll-Stiftung EU Regional Büro Brüssel

- (Hrsg.) (2005): Von außen betrachtet: Perzeption europäischen Außen und Sicherheitspolitik in Nachbarländern der EU. Brüssel. S. 13-14.
- KELLEY, JUDITH (2006): New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy, *Journal of Common Market Studies* 44, 1: S. 29 - 55.
- KHOROZYAN, IGOR (2009): Conservation strategy for Armenian mouflon in Armenia. In: Status and Protection of Globally Threatened Species in the Caucasus Tbilisi, CEPF, WWF: 37- 46.
- KORTEN, DAVID (1992): People-Centered Development. Alternative for a World in Crisis. In: BAUZON, KENNETH (Hrsg.): Development and Democratization in the Third World. Washington. S. 61-63.
- KUROWSKA, XYMENA (2006): Beyond the Balkans but Still in Civilian Uniform: EUJUST THEMIS to Georgia, in: CFSP Forum 4 (3), S. 8-11.
- LEONARD, MARK/CHARLES, GRANT (2005): Georgia and the EU: Can Europe's Neighbourhood Policy Deliver? London.
- LOSSAU, JULIA (2012): Postkoloniale Impulse für die deutschsprachige Geographische Entwicklungsforschung. In: *Geographica Helvetica* 67: S. 125 - 132.
- LOOSE, CARSTEN (2004): Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderungen. Berlin.
- LYNCH, DOV (2003): The EU: towards a strategy, in: Chaillot Paper, Nr. 65, S. 171-196. Paris.
- MACFARLANE, NEIL (2004): The Caucasus and Central Asia – Towards a nonstrategy, in: Dannreuther (Hrsg.) 2004, a.a.O. (Anm. 58), London. S. 119-134.
- MAYER, SEBASTIAN (1999): NATO und USA im Südkaukasus. Sicherheitspolitische Aspekte der Pipelineführung, in: SEBASTIAN MAYER/HEIKO PLEINES (Hrsg.), Wirtschaftstransformation in Osteuropa. Globalisierungstendenzen und Sonderwege. Köln. S. 47-52.
- MAYER, SEBASTIAN (2003): Tbilisi, Washington und die NATO nach dem 11. September. Perspektiven der georgischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2003, S. 706 -713.
- MARX, CHRISTOPH (2004): Geschichte Afrikas: Von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn.
- MAURER, MICHAEL (2008): Das Konzept der Globalen Commodity Chains (nach Gereffi et al.): Grundkonzeption und Bedeutung für die Wirtschaftsgeographie. Norderstedt.

- MENZEL, ULRICH (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt M.
- MENZEL, ULRICH (2005): Entwicklungszusammenarbeit versus Containment. Hamburg.
- MESSNER, DIRK/SCHOLZ, IMME (2006): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Baden-Baden.
- MEYER ZU NAPUTU, FRIEDHELM (2006): Die rechtlichen Grundlagen, Ziele und Prinzipien der EU – Entwicklungspolitik. Rostock.
- MORGAN, DAVID (1980): The Official History of Colonial Development. London.
- MÜLLER, RALF (2007): Europäische Entwicklungspolitik zwischen gemeinschaftlicher Handelspolitik, intergouvernementaler Aussenpolitik und ökonomischer Effizienz. Frankfurt M.
- DETLEF MÜLLER-MAHN/VERNE, JULIA (2010): Live Aid - Dead Aid - Better Aid? Die Neuerfindung der Entwicklungszusammenarbeit. In: Geographische Rundschau 10/2010. (mit Rauch, T.). S. 30 ff.
- NOHLEN, DIETER (1980): Modernization and Dependence. An Outline and Critique of Competing Theories, in: Intereconomics, March/April. S. 83.
- NOHLEN, DIETER (2000): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Entwicklungspolitik. Hamburg.
- NOHLEN, DIETER/NUSCHELER, FRANZ (1982): Was heißt Entwicklung? In: NOHLEN, DIETER/NUSCHELER, FRANZ (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5. Hamburg.
- NUSCHELER, FRANZ (2001): Warum brauchen wir Entwicklungstheorien? In: THIEL, REINOLD (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn.
- NUSCHELER, FRANZ (2005a): Entwicklungspolitik. Bonn.
- NUSCHELER, FRANZ (2005b): Entwicklungspolitik. Lern-und Arbeitsbuch. 6. Auflage. Bonn.
- NUSCHELER, FRANZ (2005c): Entwicklungspolitik. Lern- und Arbeitsbuch. 80er Jahre: Schuldenkrise und Strukturanpassung – ein „verlorenes Jahrzehnt“. Bonn.
- NUSCHELER, FRANZ (2007): Wie geht es weiter mit der Entwicklungspolitik? Bonn.
- NUSCHELER, FRANZ (2008): Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Duisburg-Essen.

- OSTERHAMMEL, JÜRGEN (1995): Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. Versailler Friedensvertrag vom 28.06.1919, Art. 22, Abs. 1. München.
- POWER, MARCUS (2003): Rethinking Development Geographies. New York.
- RAUCH, THEO (2001): Dezentralisierung ist kein Allheilmittel! - Zur Notwendigkeit einer kontext - spezifischen Dezentralisierungspolitik am Beispiel der Kommunalentwicklung in Südafrika. Pretoria.
- RAUCH, THEO (2009): Entwicklungspolitik. Braunschweig.
- REUL, GEBHARD (2006): Dezentralisation in Armenien, in: Geographische Rundschau 58 (2006). Westermann Verlag. Wien.
- RONDINELLI, DENNIS (1989): Analyzing Decentralisation Policies in Developing Countries – A Political-Economy Framework. In: D+C Development and Cooperation, No 20, S. 57-87.
- SATZINGER, WALTER/SCHWEFEL, DETLEF (1982): Entwicklung als soziale Entwicklung. Über Irrwege und Umwege entwicklungstheoretischer Strategiesuche. In: NOHLEN, DIETER/NUSCHELER, FRANZ (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5. Hamburg. S. 312-331.
- SCHMIDT, PETRA (2005): Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit der EU. Bonn.
- SCHOLZ, FRED (2004): Geographische Entwicklungsforschung: Methoden und Theorien. Stuttgart.
- SCHOLZ, FRED (2006): Entwicklungsländer: Entwicklungspolitische Grundlagen und regionale Beispiele: 1. Auflage 2006 (Das Geographische Seminar, Band 23)
- SEVERIN, ADRIAN (2006): The Future of the EU: A Need for a New Vision, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 1. S. 11-19.
- SIEBERG, HARWARD (1985): Colonial Development. Die Grundlegung moderner Entwicklungspolitik durch Großbritannien, 1919-1949. Stuttgart.
- STAMM, ANDREAS (2014): Wertschöpfungsketten entwicklungspolitisch gestalten. Anforderungen an Handelspolitik und Wirtschaftsförderung. Eschborn.
- STEINBACH, UDO (Hrsg.) (2010): Der Kaukasus: Geschichte, Kultur, Politik. Auflage: 2. München.
- STOCKMANN, RICHARD (1996): Die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe. Eine Evaluation der Nachhaltigkeit von Programmen und Projekten. Opladen.

- STOCKMANN, REINHARD (2002): Herausforderungen und Grenzen, Ansätze und Perspektiven der Evaluation in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Zeitschrift für Evaluation, 1 (1): S. 137-150.
- STOCKMANN, REINHARD/MENZEL, ULRICH/NUSCHELER, FRAZ (2010) Entwicklungspolitik. Theorien-Probleme-Strategien. München.
- STREB, SEBASTIAN (2008): Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Externe Europäisierung zwischen Anziehung, Zwang und Legitimität. Marburg.
- SUMBADZE, NANA (2008): Gender and Society: UND/SIDA. Zürich. S. 57.
- THIEL, REINOLD (Hrsg.) (1996): Entwicklungspolitiken. Hamburg.
- THIEL, REINOLD (Hrsg.) (1999): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn.
- WAGNER, HELMUT (1993): Wachstum und Entwicklung. Theorie der Entwicklungspolitik. Münster.
- WAGNER, JÜRGEN (2009): Europas Östliche Partnerschaft: Neoliberales Expansionsprojekt mit Energiedimension. Tübingen.
- WERTHER-PIETSCH, URSULA (2003). Die Entwicklungszusammenarbeit der europäischen Union, in: GOMES, FIALHO/HANAK, IRMI/SCHICHO, WALTER (Hrsg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien. S. 129-138.
- WILDER, GARY (2005): The French Imperial Nation-State. Negritude and Colonial Humanism between the Two World Wars. Chicago.
- WÄLDE, THOMAS (1996): Foreign Oil/Gas Investment in the C.I.S.: Implications for Foreign Investors, in: Internet Journal of the Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy 1/1996.
- ZAPOTOZKY, KLAUS/GRUBER, PETRA (Hrsg.) (1997): Entwicklungstheorien im Widerspruch, Plädoyer für eine Struktur in der Entwicklungspolitik. Wien.
- ZIAI, ARAM (2004): Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses. Deutsches Übersee-Institut: Hamburg.
- ZIAI, ARAM (2012): Post-Development: Fundamentalkritik der „Entwicklung“. Universität Bonn, Zentrum für Entwicklungsforschung/Center for Development Research. Bonn.
- ZOLL, JÜRGEN (2009): EU und Kaukasus. Berlin.

VII.1 Internetquellen

- Agency of protected Areas (2015): Javakheti Protected Areas. Auf: <http://apa.gov.ge/ge/protected-areas/cattestone/djavaxetis-daculi-teritoriebis-administracia> abgerufen am 16.06.2016
- Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (2014a): Armenien. Auf: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/schwarzmeerraumsuedkaukasus/armenien/> abgerufen am 16.06.2016
- Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (2014b): Armenien Landesstrategie 2012-2020. Entwicklungszusammenarbeit. Auf: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Landesstrategie_Armenien_20122020_01.pdf abgerufen am 16.06.2016
- Analytisches Zentrum „Ameria“ (2013): Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Armenien behindern Nachfragereduzierung und Migration. Auf: <http://www.regnum.ru/news/economy/1719998.html> abgerufen am 16.06.2016
- Advocates (2015): Violence against Women in Armenia. Auf: <http://www.stopvaw.org/armenia> abgerufen am 16.06.2016
- Arka News Agency (2015): Women in Armenia Forced Out From The Positions Of Top-Managers. Economy. Auf: <http://arka.am/en/news/economy/245-53/> abgerufen am 16.06.2016
- ASLANYAN, A. SVETLANA (2013): Women's right in Armenia. Auf: <http://www.socialwatch.org/node/11600> abgerufen am 16.06.2016
- ASLANYAN, HASMIK (2012): Das Interview. Auf: <http://ru.aravot.am/2012/11/0-2/163153/> abgerufen am 16.06.2016
- ATILGAN, CANAN (2012): Konrad-Adenauer-Stiftung. Sargsjans Wiederwahl wahrscheinlich. Auf: <http://www.kas.de/suedkaukasus/de/publications/-30994/> abgerufen am 16.06.2016
- Auswärtiges Amt (2014): Armenien – Beziehungen zu Deutschland. http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Bilateral_node.html abgerufen am 16.06.2016
- Auswärtiges Amt (2015a): Armenien, Wirtschaft. Auf: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Armenien/Wirtschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016
- Auswärtiges Amt (2015b): Georgien – Innenpolitik. Auf: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Georgien/Innenpolitik_node.html abgerufen am 16.06.2016

- Auswärtiges Amt (2015c): Georgien, Wirtschaft. Auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Georgien/Wirtschaft_node.html abgerufen am 16.06.2016
- BABUNASHVILI, BESO (2015). Interview. Auf: <http://liberali.ge/articles/view/315-5/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16.06.2016
- Bank of Georgia (2015): Preferential Agro Loan. Auf: <http://bankofgeorgia.ge/retail/en/business/agrocredit> abgerufen am 16.06.2016
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (2013a): Georgien. Auf: https://www.bmz.de/de/laender_regionen/Mittel-Ost-und-Suedosteuropa/georgien/zusammenarbeit/index.html abgerufen am 16.06.2016
- BMZ (2013b): Europäische Wege der Entwicklungszusammenarbeit. Auf: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/ez_eu/eu-wege/index.html abgerufen am 16.06.2016
- BMZ (2013c): Europäische Nachbarschaftspolitik. Auf: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/ez_eu/eu-wege/nachbarschaftspolitik/index.html abgerufen am 16.06.2016
- BOKUCHAVA, MANON (2012): Gorelovka. Auf: http://gardabaniherald.blogspot.de/2012/11/blog-post_23.html abgerufen am 16.06.2016
- Bq-portal.de (2015): Berufsbildungssystem. Armenien. Auf: <https://www.bq-portal.de/de/db/berufsbildungssysteme/5876> abgerufen am 16.06.2016
- BTI (Bertelsmann Transformation Index) (2014a): Armenia. Auf: http://www.bti-project.de/uploads/tx_itao_download/BTI_2014_Armenia.pdf abgerufen am 16.06.2016
- BTI (2014b): Georgien. Auf: <http://knoema.de/GSBTI2014/bertelsmann-transformation-index-2014?regionId=GE> abgerufen am 16.06.2016
- BTI Transformationsindex (2014c): Georgien und Armenien. Auf: <http://www.bti-project.de/index/status-index/> abgerufen am 16.06.2016
- BUESCHLL, HUBERTTUS (2012): Geschichte der Entwicklungspolitik. Auf: http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik abgerufen am 16.06.2016
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Armenien. Auf: http://www.bamf.de/SharedDocs/MILo-DB/DE/Rueckkehrfoerderung/Laenderinformationen/Informationsblaetter/cfs_armenien-dl_de.pdf?__blob=publicationFile abgerufen am 16.06.2016

- Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2002): Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik. Auf: <http://www.bpb.de/apuz/26925/aktuelle-aspekte-der-eu-entwicklungspolitik?p=all> abgerufen am 16.06.2016
- CHARKIEWICZ, PAWEL (2012): Armenia/Georgia: To the Rescue of Culture in the South Caucasus. Auf: <http://www.eastbook.eu/en/2012/04/materialen/information-material-en/armeniageorgia-to-the-rescue-of-culture-in-the-south-caucasus/> abgerufen am 16.06.2016
- CHIKHLADZE, GIGA (2005): Borjomi – Big Business and Nature. Auf: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=4661> abgerufen am 16.06.2016
- Center for Agribusiness and Rural Development (CARD) (2010): Product Promotion and Market Development. Auf: <http://card.am/agribusinessandmarketing/> abgerufen am 16.06.2016
- Center of Social Sciens (2016): Lia Tsuladze. Auf: http://css.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=88&info_id=977 abgerufen am 16.06.2016
- Civil.ge (2012): First International Reaction on Georgia's Polls. Auf: <http://civil.ge/eng/article.php?id=18359> abgerufen am 16.06.2016
- DAAD (2013a): Bildungsmarkt - Informationen. Armenien. Auf: https://www.daad.de/medien/bma_armenien.pdf abgerufen am 16.06.2016
- DAAD (2013b): Bildungsmarkt-Informationen. Georgien. Auf: https://www.daad.de/medien/bma_georgien.pdf abgerufen am 16.06.2016
- DANELIAN, KARINE (2016) Biografie. Auf: <http://www.arminfo.info/index.cfm?objectid=2C6E7170-C5DC-11E4-9C090EB7C0D21663> abgerufen am 16.06.2016
- Das Jüstizbüro (2015): Service. Auf: http://psh.gov.ge/index.php?sec_id=2&lang_id=ENG abgerufen am 16.06.2016
- Delegation of the European Union to Armenia (2014a): Approximation process of EU Acquis and Policies on Judicial Cooperation and Capacity Building of the Translation Centre on Judicial Sector Terminologies and Methodologies. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/294981_en.htm abgerufen am 16.06.2016
- Delegation of the European Union to Armenia (2014b): CAUCULT - Caucasus Cultural Initiatives Network. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/257644_en.htm abgerufen am 16.06.2016
- Delegation of the European Union to Armenia (2014c): Cultural education for children living in rural communities. Auf: <http://eucentre.am/projects/cultural-education-for-children-living-in-rural-communities/> abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Armenia (2014d): Lejan Community Capacity and Rural Development Promotion. Auf: <http://eucentre.am/projects/promoting-rural-development-in-the-lejan-community/> abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Armenia (2014e): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Armenia (2014f): Social and Economic Empowerment of Women in Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/301101_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Armenia (2014g): Transactional e-Governance Development in Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/armenia/projects/list_of_projects/297958_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014a): Agriculture and Rural Development. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/overview/agriculture_and_rural_development/index_ka.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014b): Enhancement of the border management capabilities at Bavra - Ninotsminda BCP Georgia and Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/303366_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014c): List of Projekts. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/projects_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014d): Promote human culture, tolerance and intercultural dialogue for youth. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/242116_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014e): Promoting fundamental labour rights in regions through Workers consultations and support centers (WCSC). Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/292221_en.htm abgerufen am 16.06.2016

Delegation of the European Union to Georgia (2014f): Support to regional development. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/projects/list_of_projects/278861_en.htm abgerufen am 16.06.2016

- Delegation of the European Union to Georgia (2014g): Supporting Georgia in its reforms of higher and vocational education. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/documents/virtual_library/35_union_6_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- Democracy&Freedom Watch (2015): Armenier, Georgier und Dschaborzen in Gori. Auf: <http://dfwatch.net/armenians-and-doukhobors-in-gorelovka-georgia-93868-27492> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Botschaft Tbilisi (2015): Zulassungsvoraussetzungen für georgische Studienbewerber an deutschen Universitäten. Auf: http://www.tiflis.diplo.de/Vertretung/tiflis/de/03/Lernen__und__Studieren__in__DEU/Stipendien.html abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2013): Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/downloads/giz2014-de-biodiversitaet-suedkaukasus.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2015a) Georgien. Wirtschaft. Auf: <http://liportal.giz.de/georgien/wirtschaft-entwicklung/> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2015b): Privatwirtschaftsentwicklung im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/weltweit/20324.html> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2016a): Georgien. Auf: <http://liportal.giz.de/georgien/ueberblick/> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (2016b): Integriertes Biodiversitätsmanagement im Südkaukasus. Auf: <https://www.giz.de/de/weltweit/20319.html> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien (2010): Gesundheitssektor. Auf: <http://dwvg.ge/wp-content/uploads/2010/06/georgien-kompakt-Gesundheitssektor.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien (2015): Wirtschaftswachstum in Georgien. Auf: <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-georgien.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Die Bundesregierung (2013): Die Europäische Entwicklungszusammenarbeit. Auf: http://www.bundesregierung.de/Webs/BReg/DE/Themen/Europa/EUPolitikfelder/entwicklungspolitik/_node.htm abgerufen am 16.06.2016

- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2005): Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Auf: <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/35023537.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Die Regierung von Georgien (2013): Die Strategie für die Entwicklung von Samtskhe-Dschawachetien Region 2014-2021. Auf: <http://static.mrdi.gov.ge/52f9bf630cf298a857ab7d58.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Die Stadtverwaltung von Akhalsikhe (2015): Akhalzikhe. Auf: http://www.akhaltsikhe.ge/portal/alias__Akhalsikhe/tabid__0/default.aspx abgerufen am 16.06.2016
- Eastern Partnership Culture Programme (2015): Strengthens regional cultural links and dialogue within the Eastern Partnership region, and between the EU and ENP Eastern countries' cultural networks and actors. Auf: http://www.enpi-info.eu/maineast.php?id=28&id_type=10 abgerufen am 16.06.2016
- EC (Europäische Kommission) (1999): The European Union and the Republic of Armenia Partnership and Cooperation Agreement. Auf: http://www.ces.am/images/stories/CESPDF/pca_armenia.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2003a): Council Joint Action 2003/496/CFSP of 8 July 2003 concerning the appointment of an EU Special Representative for the South Caucasus. Auf: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/L169-8.7.2003.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- EC (2003b): Größeres Europa - Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2003c): Tacis Regional Cooperation: Strategy Paper and Indicative Programme. Auf: http://www.developmentportal.eu/wcm/dmdocuments/acp-programming/tacis_RSP_RIP_2002_2004.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2004): Europäische Nachbarschaftspolitik Strategiepapier. Auf: http://www.enpi-info.eu/library/sites/default/files/strategy_paper_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2005): Europäische Nachbarschaftspolitik – Empfehlungen für Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie für Ägypten und Libanon. Auf: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV:r14103> abgerufen am 16.06.2016

- EC (2007a): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Länderstrategiepapier. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_armenia_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2007b): ENP-Aktionsplan Armenien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/armenia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2007c): ENP-Aktionsplan Georgien. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2007d): Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Auf: http://europa.eu/legislation_summaries/human_rights/human_rights_in_third_countries/r10110_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2007e): Programm TACIS. Auf: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17003_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2008a): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2007. Progress Report Armenia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2008/sec08_392_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2008b): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2007: Progress Report Georgia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2008/sec08_393_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2009a): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2008. Progress Report Armenia. Brussels: Commission of the European Communities. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2009/sec09_511_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2009b): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2008: Progress Report Georgia. Brussels: Commission of the European Communities. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2009/sec09_513_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2009c): Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2009d): Wie funktioniert die Europäische Nachbarschaftspolitik? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/howitworks_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2010a): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2009. Progress Report Armenia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2010/sec10_516_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2010b): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2009: Progress Report Georgia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2011/sec_11_639_en.pdf abgerufen am 16.06.2016

- EC (2011a): Armenien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2011b): Comprehensive Institution Building Programme 2011-2013. Auf: http://eu-integration.gov.ge/pao/downls/54_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2011c): Georgien – Europäische Gemeinschaft. Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 – 2013. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2011d): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2010. Progress Report Armenia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2010/sec10_516_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2011e): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2010: Progress Report Georgia. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2011/sec_11_649_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2012a): Mescherechte und demokratie in der Welt Bericht. Auf: http://eeas.europa.eu/human_rights/docs/2011_hr_report_de.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2012b): EU-Verträge. Auf: http://europa.eu/about-eu/basicinformation/decision-making/treaties/index_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2012c): EU, UNDP Continue Assistance to Electoral Processes in Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/delegations/georgia/documents/news/20120625_02_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2013a): Assessment of the Agriculture and Rural Development Sectors in the Eastern Partnership countries. Auf: <http://www.fao.org/3/a-aq670e.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- EC (2013b): Assessment of implementation of Action activities. Armenia. Final narrative report. Auf: http://armenianportal.com/Phone/FINAL_REPO_RT_2014_EU.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2013c): The Work of Domestic Election Observer Groups Around the World. Auf: http://eeas.europa.eu/eueom/pdf/promoting-and-defending-democracy_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2013d): Östliche Partnerschaft: Armenien, Georgien und Republik Moldau treten Partnerschaft für Energieeffizienz und Umweltschutz in Osteuropa bei. Auf: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13985_de.htm abgerufen am 16.06.2016

- EC (2014a): Armenien. Auf: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/armenia/armenia_en.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2014b): Georgia. Priority areas. Auf: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/georgia/georgia_en.htm abgerufen am 16.06.2016
- EC (2014c): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2013. Progress Report Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/armenia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2014d): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2013. Progress Report Georgia. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/georgia_en.pdf abgerufen am 16.06.2016
- EC (2015a): Enhancement of Border management capabilities an Ninotsminda-Bavra BCP between Georgia and Armenia (NBIBM). Auf: <http://scibm.org/project/> abgerufen am 16.06.2016
- EC (2015b): European Neighbourhood Programme for Agriculture and Rural Development in Ajara. Auf: http://www.ge.undp.org/content/georgia/en/home/operations/projects/poverty_reduction/agriculture-development-in-ajara.html abgerufen am 16.06.2016
- Eeas.europa.eu (2012): Armenia. Auf: http://eeas.europa.eu/armenia/index_en.htm abgerufen am 16.06.2016
- EIB (Europäische Investitionsbank) (2010a): EIB provides its first intermediated loan to support SMEs in Georgia. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2010/2010-243-eib-provides-the-first-intermediated-loan-to-support-smaller-projects-in-georgia-under-the-sme-eastern-partnership-initiative-launched-at-the-prague-eu-summit-in-may-2009.htm> abgerufen am 16.06.2016
- EIB (2010b): Nord-Süd-Straßenverbindung in Armenien. Auf: <http://www.eib.org/projects/pipeline/2010/20100130.htm?lang=de> abgerufen am 16.06.2016
- EIB (2012): EIB supports upgrade of road infrastructure in Georgia with EUR 170 million. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2012/2012-058-eib-supports-upgrade-of-road-infra-structure-in-georgia-with-eur-170-million.htm> abgerufen am 16.06.2016
- EIB (2014): Grenzüberschreitende Infrastruktur. Auf: <http://www.eib.org/projects/pipeline/2011/20110563.htm?lang=de> abgerufen am 16.06.2016

- EIB (2015): EIB supports SME and midcap sector in Georgia. Auf: <http://www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2015/2015-094-eib-sup-ports-sme-and-midcap-sector-in-georgia.htm> abgerufen am 16.06.2016
- Environmental Performance Index (2015a): Armenia. Auf: <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/armenia> abgerufen am 16.06.2016
- Environmental Performance Index (2015b): Georgia. Auf: <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/georgia> abgerufen am 16.06.2016
- ENPARD (2015): ENPARD near you. Auf: <http://enpard.ge/ge/adgilobrivi-ofisebi/> abgerufen am 16.06.2016
- EU in Armenia (2014a): Lori. Auf: <http://eucentre.am/eu-Lori/> abgerufen am 16.06.2016
- EU in Armenia (2014b): Armenian Cultural, Art and Culinary House opened in Lori with EU support. Auf: <http://eucentre.am/lorva-orrar-armenian-cultural-art-and-culinary-entertainment-house-with-the-eu-support/> abgerufen am 16.06.2016
- EU in Armenia (2014c): SOS Culture: Revival of forgotten cultural assets. Auf: <http://archive-am.com/page/3049884/2013-1020/http://eucentre.am/projects/sos-culture-revival-of-forgotten-cultural-assets-in-armenia/> abgerufen am 16.06.2016
- EU Neighbourhood Info Centre (2013a): EU and the Eastern Partners: Cooperation to face the environmental challenge. Auf: http://www.enpi-info.eu/maineast.php?id=435&id_type=3&lang_id=450 abgerufen am 16.06.2016
- EU Neighbourhood Info Center (2013b): Youth are a key to heritage preservation: the closing ceremony of SOS Culture project. Auf: <http://www.enpi-info.eu/eastportal/news/latest/34954/Youth-are-a-key-to-heritage-preservation:-the-closing-ceremony-of-SOS-Culture-project> abgerufen am 16.06.2016
- Europa.eu (2012): EU-Verträge. Auf: http://europa.eu/about-eu/basic-information/decision-making/treaties/index_de.htm abgerufen am 16.06.2016
- Euronews.com (2014): Lernen in Georgien: Geht die Gleichung auf? Auf: <http://de.euronews.com/2014/03/28/lernen-in-georgien-geht-die-gleichung-auf/> abgerufen am 16.06.2016
- Europeaid (2007): Ecoregional Nature Protection Program in the Southern Caucasus - Establishment Of Javakheti National Park In Georgia. Auf: <https://www.devex.com/projects/tenders/ecoregional-nature-protection->

- program-in-the-southern-caucasus-establishment-of-javakheti-national-park-in-georgia/1018 abgerufen am 16.06.2016
- EuropeAid (2014): Waste Governance – European neighbourhood and partnership instrument (ENPI) East. Lori Region. Auf: http://www.wastegovernance.org/armenia_eng.html abgerufen am 16.06.2016
- European Centre for Minority Issues (2009): JCF Mini-grant Projects. Auf: http://www.ecmicaucasus.org/menu/fora_jcf_mini.html abgerufen am 16.06.2016
- European Centre for Minority Issues (2014): Women Leaders and their Roles in a Democratic State. Auf: http://www.ecmicaucasus.org/menu/fora_jcf_mini.html abgerufen am 16.06.2016
- Filia-Frauenstiftung (2015): Länderbericht Georgien. Basisinformationen. Auf: <http://www.filia-frauenstiftung.de/inhalt/philanthropinnen-und-feminismus/warum-weltweit/bericht-georgien.html> abgerufen am 16.06.2016
- Focus.de (2010): Warum sind die Beziehungen zwischen USA und Georgien so eng. Auf: http://www.focus.de/politik/ausland/kaukasus/tid-11425/kaukasus-warum-sind-die-beziehungen-zwischen-usa-und-georgien-so-eng_aid_324013.html abgerufen am 16.06.2016
- Forbes (2011): The World's Worst Economies. Auf: <http://www.forbes.com/sites/danielfisher/2011/07/05/the-worlds-worst-economies/> abgerufen am 16.06.2016
- Forest-monitoring.am (2015): Waldflächen. Auf: <http://forest-monitoring.am/> abgerufen am 16.06.2016
- Fragilestatesindex (2014): Georgien-Armenien. Auf: <http://ffp.statesindex.org/rankings-2014> abgerufen am 16.06.2016
- Freedom House (2014a): Armenia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2014/armenia#.VOcI6-bF95E> abgerufen am 16.06.2016
- Freedom House (2014b): Georgia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nationstransit/2014/georgia#.VOcPvObF95E> abgerufen am 16.06.2016
- Georgische Regierung (2013): Samtskhe-Dschawachetien, Pass. Auf: http://www.government.gov.ge/old/files/53_74_736482_samckhe-javakheti.pdf abgerufen am 16.06.2016
- Georgische Regierung (2015): National Biodiversity Strategy and Action Plan. Auf: <https://matsne.gov.ge/ka/document/view/2342057> abgerufen am 16.06.2016
- Germany Trade and Invest (2014): Wirtschaftsentwicklung Armenien 2013/14. Auf: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaft>

- tsklia/wirtschaftsentwicklung,t=wirtschaftsentwicklung-armenien-201314 ,did=1084006.html abgerufen am 16.06.2016
- Gtai.de (2012a): Wirtschaftsdaten kompakt: Armenia. Auf: http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/-Fachdaten/PUB/2012/06/pub201206288002_17123.pdf abgerufen am 16.06.2016
- Gtai.de (2012b): Wirtschaftsdaten kompakt: Georgien. Auf: http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/-Fachdaten/PUB/2012/08/-pub201208238010_17124.pdf abgerufen am 16.06.2016
- INOGATE (2016): Internetseite. Auf: <http://www.inogate.org/> abgerufen am 16.06.2016
- Ibusiness.ge (2015): Im Naturschutzgebiet in Javakhetien wurde das Besucherzentrum geöffnet (übersetzung). Auf: <http://www.ibusiness.ge/javakhetis-dacul-teritoriebze-vizitorta-centri-gaikhsna/> abgerufen am 16.06.2016
- Information über die Regionen (2016) Auf: www.samtskhe-javakheti.gov.ge und www.lori.gov.am abgerufen am 16.06.2016
- KLEIN, MARTIN (2011): Brundtland-Bericht. Auf: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/brundtland-bericht.html> abgerufen am 16.06.2016
- KUZMITS, BERNARD (2012): BTI 2012 Regionalbericht. Postsowjetisches Eurasien. Auf: http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdwnloads/BTI_2012_Regionalbericht_PSE.pdf abgerufen am 16.06.2016
- Lejan Dorf (2015): Grundinformation. Auf: <http://lori.gov.am/about-communities/500/> abgerufen am 16.06.2016
- Lori (2015): Wahlbeteiligung in Lori seit 2007 auf: <http://www.elections.am/electionsview/type-4/> abgerufen am 16.06.2016
- Lori Orvan (2015): Events. Auf: <http://lorvaorran.am/index.php?lang=eng&page=home> abgerufen am 16.06.2016
- MANASERYAN, TATUL (2011): Retten die billigen Kredite die Landwirtschaft von Armenien? Auf: <http://www.regnum.ru/news/economy/1392055.html> abgerufen am 16.06.2016
- MATEVOSYAN, ANI (2009): Gender-Ungerechtigkeiten als Bedrohung der Demokratie. S. 1-3. Auf: <http://www.kas.de/wf/doc/603-1442-1-30.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Millenniumserklärung (2000): Millenniumserklärung der Vereinten Nationen Auf: <https://www.worldwewant.de/file/id/14556> abgerufen am 16.06.2016

- MINASSIAN, GAIDZ (2011): Der Südkaukasus, Russland und die USA Auf: <http://www.deutscharmenischegesellschaft.de/wpcontent/uploads/2010/05/Ga%C3%AFdz-Minassian-Der-S%C3%BCdkaukasus-Russland-und-dieUSA.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- MINASIAN, GARİK (2011): Die Bauer in Armenien erhalten landwirtschaftliche Krediten. Auf: <http://www.regnum.ru/news/armenia/1390299.html> abgerufen am 16.06.2016
- Ministerium für Umweltschutz von Armenien (2002): Nationale Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Wüsten in Armenien. Auf: <http://www.unccd.int/ActionProgrammes/armenia-rus2002.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien (2009): Nature Protection Program - Southern Caucasus - Establishment of Javakheti NP in Georgia. Auf: http://moe.gov.ge/index.php?sec_id=119&lang_id=ENG&project_id=9 abgerufen am 16.06.2016
- Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen von Georgien (2011): Social Project of Javakheti National Park. Auf: http://moe.gov.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=40&info_id=1597 abgerufen am 16.06.2016
- Ministry of Foreign Affairs of Georgia (MFA) (2013): Chronology of Basic Events in EU - Georgia Relations. Auf: http://www.mfa.gov.ge/index.php?lang_id=ENG&sec_id=462 abgerufen am 16.06.2016
- Ministry of Regional Development and Infrastructure of Georgia (2015): Support to Regional Development Program Implementation. Auf: <http://www.mrdi.gov.ge/en/news/press/548ed95c0cf27d40b7c2a73f> abgerufen am 16.06.2016
- National Democratic Institute (2014): Die Befragung der Bevölkerung. Auf: <http://newsport.ge/172959-NDIis-uakhlesi-kvleva-ra-achvena-gamokitkhvam> abgerufen am 16.06.2016
- National Forestry Agency (2015): Georgische Welder. Auf: <http://forestry.gov.ge/ge/about-us/georgias-forests/georgianforests> abgerufen am 16.06.2016
- National Statistical Service (NSS) of the Republic of Armenia (2013): Marzes of the Republic of Armenia in Figures, Ra Lori Marz. Auf: http://www.armstat.am/file/article/marz_07_e_28.pdf abgerufen am 16.06.2016
- National Statistics Office of Georgia (2014a): Education. Auf: http://www.geostat.ge/index.php?action=page&p_id=206&lang=eng abgerufen am 16.06.2016

- National Statistics Office of Georgia (2014b): Ethnic groups by major administrative-territorial units. Auf: http://www.geostat.ge/cms/site_images/_files/english/census/2002/03%20Ethnic%20Composition.pdf abgerufen am 16.06.2016
- National Statistics Office of Georgia (2015): Gross Domestic Product. Auf: http://geostat.ge/index.php?action=page&p_id=119&lang=eng abgerufen am 16.06.2016
- NRW.Europa (2010): Förderung der Medien-, Kultur-, und Kreativwirtschaft in der Europäischen Union. Auf: http://creative.nrw.de/fileadmin/files/downloads/Publikationen/Publikation_MKKW.pdf abgerufen am 16.06.2016
- PAREMUSYAN, LARISA (2015): Die journalistische Untersuchung. Auf: <http://hetq.am/rus/news/63522/v-lori-unichtozhayutsya-prigranichniye-lesa.html/> abgerufen am 16.06.2016
- QASRASCHVILI, IRAKLI (2015): Interview. Auf: <http://liberali.ge/articles/view/3155/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16.06.2016
- Samtskhe-Javakheti Regionalverwaltung (2014a): Die Region. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo> abgerufen am 16.06.2016
- Samtskhe-Javakheti Regionalverwaltung (2014b): Regionale Wirtschaft. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo> abgerufen am 16.06.2016
- Samtskhe-Javakheti Regionalverwaltung (2015): ENPARD. Auf: <http://samtskhe-javakheti.gov.ge/main.php?lang=geo&pid=1&view=1431517295> abgerufen am 16.06.2016
- SCHÜTZ, BIRGER (2013): Armenien sagt Nein zu EU. Auf: http://german.ruvr.ru/2013_11_18/Armenien-sagt-Nein-zu-EU-1129/ abgerufen am 16.06.2016
- SHETEKARI, SHAMIL (2013): Borjomi-Javakheti. Auf: http://www.endemicspecies-caucasus.info/?page_id=45 abgerufen am 16.06.2016
- SERGOYAN, ARMEN/PETEOTYAN, RAZMIK/JOVANOVIĆ, ZORAN/HAASE, HARTWIG/GERECKE, ARNHILD/PFEIFFER, DAGMAR (2011): Verwertung von Haushaltsabfällen in Armenien. Auf: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/beratungshilfe/long/58-1-A-DE.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- SOS Culture (2015): Veranstaltungen. Auf: http://sos.sunchild.am/index.php?id=4&tx_ttnews%5Bpointer%5D=4&cHash=b982b026dd7f6a59935586ee030a41a8 abgerufen am 16.06.2016

- STRIETHORST, ANNA (2012): Nachbarschaftspolitik und Östliche Partnerschaft. Auf: <http://www.europa-links.eu/fakten/nachbarschaftspolitik-und-ostliche-partnerschaft-wie-entwickelt-sich-die-osteuropa-politik-der-europaischen-union-356/> abgerufen am 16.06.2016
- Sustainable Society Index (2015): Ranking all countries. Auf: <http://www.ssfin dex.com/results-2014/ranking-all-countries/> abgerufen am 16.06.2016
- The Economist (2014): Georgien und Armenien. Auf: http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex12 abgerufen am 16.06.2016
- The European Policy Department of DNR (2014): Grundlagen der europäischen Umweltpolitik. Auf: <http://www.eu-koordination.de/bruessel/grundlagen-der-Europaeischen-umweltpolitik?start=3> abgerufen am 16.06.2016
- TRACECA (2003): Basic Documents. Auf: <http://www.traceca-org.org/en/traceca/basic-documents/> abgerufen am 16.06.2016
- Transparency International (2014): Corruption perceptions Index 2014. Auf: <http://www.transparency.org/cpi2014/results> abgerufen am 16.06.2016
- TOPURIA, TEA (2013): In Georgien, das aktuelle Problem ist die Abholzung für Brennholz (übersetzung). Auf: <https://iwpr.net/ru/global-voices> abgerufen am 16.06.2016
- UCHIDZE, TAMUNA (2015a): „Frauen sagen, dass sie Glücklich sind“ (übersetzung). Auf: <http://sknews.ge/index.php?newsid=2517#.VjnK79KrTIU> abgerufen am 16.06.2016
- UCHIDZE, TAMUNA (2015b): „Wie beurteilen die NGOs von Samzkhe-Dschawakhetien 2014“ (übersetzung). Auf: <http://sknews.ge/index.php?newsid=4788#.VknPdtKrTIU> abgerufen am 16.06.2016
- UN (2014): e-government survey 2014. Armenia. Auf: http://unpan3.un.org/egovkb/Portals/egovkb/Documents/un/2014-Survey/E-Gov_Complete_Survey-2014.pdf abgerufen am 16.06.2016
- UNDP (United Nations Development Programme) (2009): Fiscal Decentralization in Transition Economies: Case Studies from the Balkans and Caucasus. Auf: <http://www.cea.org.mk/documents/studii/FiscalDecentralization2005%20UNDP.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- UN-Women (2014): Die Bedürfnisse und Prioritäten der Frauen aus ethnischen Minderheiten in Georgien. Auf: http://www.ecmicaucasus.org/upload/Ethnic%20Minority%20Women_Geo.pdf abgerufen am 16.06.2016

- UNDP (2015): Trends in the Human Development Index, 1990-2014. Auf: <http://hdr.undp.org/en/content/table-2-human-development-index-trends-1980-2013> abgerufen am 16.06.2016
- UNDP in Armenia (2015): ENPARD Technical Assistance: Producer Group and Value Chain Development. Auf: http://www.am.undp.org/content/armenia/en/home/operations/projects/poverty_reduction/enpard-technical-assistance--producer-group-and-value-chain-deve.html abgerufen am 16.06.2016
- UNICEF (2015): Realizing Children's Rights in Armenia. Auf: <http://www.humanium.org/en/europe-caucasus/armenia/> abgerufen am 16.06.2016
- United Nations Regional Information Centre (2012): Erklärung über das Recht auf Entwicklung. Auf: http://www.unric.org/html/german/resolutions/A_RES_41_128.pdf abgerufen am 16.06.2016
- United Nations Statistics Division (2014): Millennium Development Goals. Auf: <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Default.aspx> abgerufen am 16.06.2016
- USAID (2011): Economic Prosperity Initiative (EPI). Value Chain Assessment. Auf: <http://greengeorgia.ge/sites/default/files/EPI%20Value%20Chain%20Assessment.pdf> abgerufen am 16.06.2016
- USAID (2015): Georgia. Auf: www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/countries/ge/index.html abgerufen am 16.06.2016
- Vertrag von Lissabon (2009): Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Auf: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2007:306:FULL&from=de> abgerufen am 16.06.2016
- VESER, REINHARD (2013): Wahl mit Begleitorscheinungen. Auf: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/armenien-wahl-mit-begleitorscheinungen-12085731.html> abgerufen am 16.06.2016
- Weltbank (2013): Worldwide Governance Indicators. Auf: www.govindicators.org abgerufen am 16.06.2016
- Weltbank (2014): Irrigation and Land Market Development Project. Auf: <http://www.worldbank.org/projects/P133828?lang=en> abgerufen am 16.06.2016
- Weltbank (2015a): Armenia. Poverty headcount ratio at national poverty lines. Auf: <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC/countries/AM?display=graph> abgerufen am 16.06.2016

-
- Weltbank (2015b). Armenia. Real GDP growth by economy, region, and income level. Auf: <http://www.worldbank.org/en/publication/global-economic-prospects/data?variable=NYGDPMKTPKDZ&region=ECA> abgerufen am 16.06.2016
- Weltbank (2015c): Georgia. Auf: <http://data.worldbank.org/country/georgia> abgerufen am 16.06.2016
- WEISS, CLARA (2012): Wachsende Kriegsgefahr im Kaukasus. Auf: <http://www.wsws.org/de/articles/2012/06/kauk-j14.html> abgerufen am 16.06.2016
- World Economic Forum (2014): The Global Gender Gap Report. Auf: http://www3.weforum.org/docs/GGGR14/GGGR_CompleteReport_2014.pdf abgerufen am 16.06.2016
- YOUNGS, RICHARD (Hg.) (2006): Survey of European Democracy Promotion Policies 2000-2006, Madrid Auf: www.fride.org/eng/Publications/publication.aspx?item=1049 abgerufen am 16.06.2016
- ZAMBAKHIDZE, NINO (2015) Interview. Auf: <http://liberali.ge/articles/view/3155/iafi-kreditebi--soflis-meurneobashi> abgerufen am 16.06.2016

Anhang II. Samzke-Dschawakhetien Region²⁸⁹

Allgemeine Daten

Fläche 6.412 Quadratkilometer

Klimazone Subtropen

Bevölkerung 208.888 (2013)

Städte 11

Armenier 55% (Georgier 43%)

Dörfer 258



²⁸⁹ Maßstab von 1:2.300.000. Quelle: http://www.georgiaadventure.entropi.pl/images/gal_01/65.jpg abgerufen am 12.03.2016

Anhang III. EU-Unterstützung nach Land, 1992 bis 2003 ²⁹⁰

EU-Unterstützung (Mio. Euro)	Armenien	Aserbaidshan	Georgien
Nationale TACIS-Zuwendungen	98,90	116,50	111,00
Nukleare Sicherheit	29,00		
Außerordentliche makro-finanzielle Unterstützung		30,00	31,50
Humanitäre Hilfe: ECHO	68,79	92,09	98,25
Ausrichtungs- und Garantiefond für die Landwirtschaft	50,20	65,70	62,55
Nahrungssicherungsprogramm	102,30	77,00	71,25
Wiederaufbau (Rehabilitation)		18,37	19,50
Außerordentliche humanitäre Hilfe	1,50	9,50	10,00
EIDMR			7,55
Andere Unterstützung			8,25
Gesamt	350,69	409,16	419,85

Anhang IV. Das Budget des nationalen Richtprogramms für Armenien 2011-2013²⁹¹

Schwerpunktbereich	Mio€	%
Die demokratischen Strukturen und der verantwortungsvollen Staatsführung	47-55	30-35

²⁹⁰ Quelle: "European Neighbourhood Policy", Country Reports Armenia, Aserbaidshan, and Georgia, EC (2005) 285/3, EC (2005) 286/3, EC (2005) 288/3.

²⁹¹ Quelle: EC, 2011, Armenien – Europäische Gemeinschaft Nationales Richtprogramm für den Zeitraum 2011 - 2013. Auf: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/2011_enpi_nip_armenia_en.pdf abgerufen am 14.03.2016

Handel und Investitionen, Regulierungsangleichung und Reformen	31-39	20-25
Sozio-ökonomische Reformen und nachhaltige Entwicklung	63-71	40-45
ENPI-Mittelzuweisung 2011-2013 insgesamt	157	100

Anhang V. Das Budget des nationalen Richtprogramms für Georgien 2011-2013²⁹²

Schwerpunktbereich	Mio€	%
Unterstützung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung	45-63	25-35
Handel und Investitionen	27-45	15-25
Regionale Entwicklung, nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Armutsbekämpfung	63-81	35-45
Unterstützung der friedlichen Beilegung interner Konflikte in Georgien	9-18	5-10
ENPI-Mittelzuweisung 2011-13 insgesamt	180,29	100

Anhang VI. Freedom House „Länderbericht Armenien 2014“²⁹³

Armenien										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Wahlprozess	5.75	5.75	5.75	5.50	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75

²⁹² Quelle: EC, 2007, European Neighbourhood and Partnership Instrument Georgia; Country Strategy Paper 2007-2013 and National Indicative Programme 2011-13. Seite 11. Brüssel.

²⁹³ Quelle: Freedom House, 2014, Armenia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2014/armenia#.VOcI6-bF95E> abgerufen am 23.03.2016

Zivilgesellschaft	3.50	3.50	3.50	3.50	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75
Unabhängige Medien	5.50	5.50	5.75	5.75	6.00	6.00	6.00	6.00	5.75	5.75
Zentrale demokratische Regierung	5.00	5.00	5.25	5.25	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75	5.75
Lokale demokratische Regierung	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.75	5.75	5.75	5.75
Richterliche Unabhängigkeit	5.25	5.00	5.00	5.25	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50
Korruption	5.75	5.75	5.75	5.75	5.50	5.50	5.50	5.25	5.25	5.25
Grad der Demokratie	5.18	5.14	5.21	5.21	5.39	5.39	5.43	5.39	5.36	5.36

Anhang VII. Freedom House „Länderbericht Georgien 2014“²⁹⁴

Georgien										
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Wahlprozess	4.75	4.75	4.50	4.75	5.25	5.25	5.00	5.00	4.75	4.50
Zivilgesellschaft	3.50	3.50	3.50	3.50	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75	3.75
Unabhängige Medien	4.25	4.25	4.00	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25	4.00
Zentrale demokratische Regierung	5.50	5.50	5.50	5.75	6.00	6.00	5.75	5.75	5.50	5.50
Lokale	6.00	5.75	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50

²⁹⁴ Quelle: Freedom House, 2014, Georgia. Auf: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2014/georgia#.VOcPvObF95E> abgerufen am 23.03.16

demokratische Regierung										
Richterliche Unabhängigkeit	5.00	4.75	4.75	4.75	4.75	4.75	5.00	5.00	5.00	5.00
Korruption	5.75	5.50	5.00	5.00	5.00	5.00	4.75	5.50	4.50	4.50
Grad der Demokratie	4.96	4.86	4.68	4.79	4.93	4.93	4.86	4.82	4.75	4.68

Anhang VIII. Wirtschaftswachstum in Georgien²⁹⁵

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von Georgien							
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BIP (nominell), Mio. USD	12800,5	10767,1	11636,5	14438,5	15846,8	16139,9	16528,5
BIP reales Wachstum in %	2,6	-3,7	6,2	7,2	6,4	3,3	4,8
BIP pro Kopf (nominell), USD	2921,1	2455,2	2623,0	3230,7	3523,4	3599,6	3680,8

Anhang IX. Wirtschaftswachstum in Armenien²⁹⁶

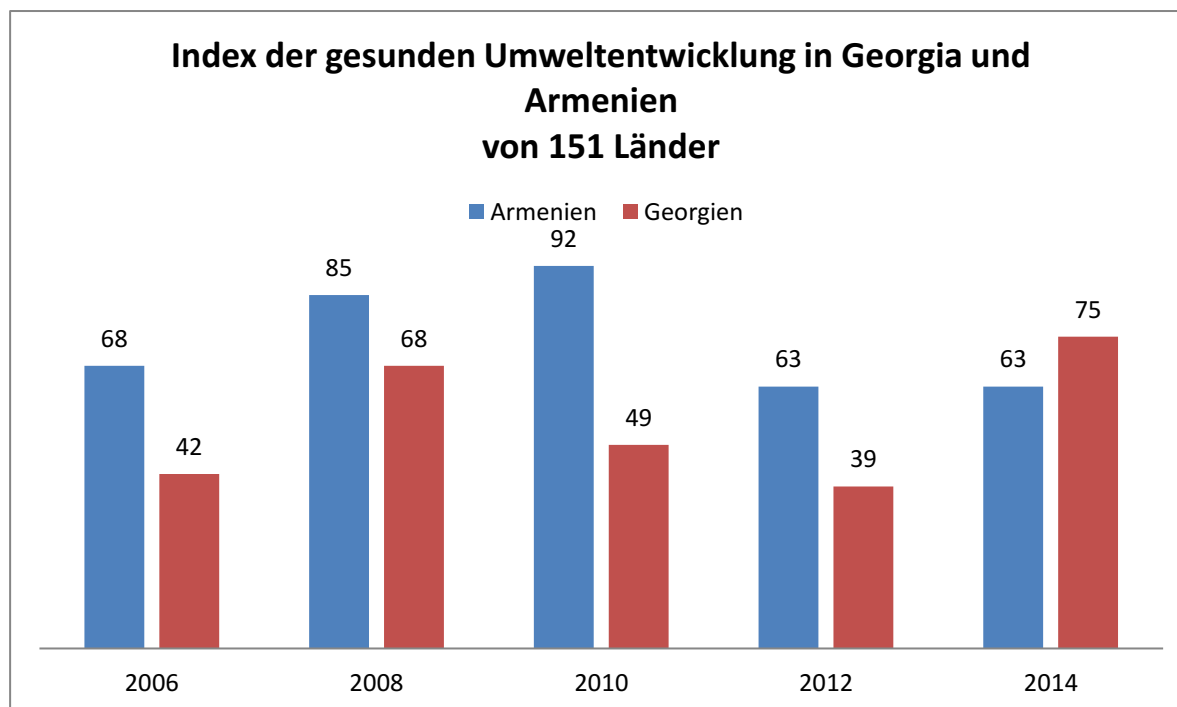
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von Armenien							
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BIP (nominell), Mio. USD	11662	86479	92603	101423	99528	104332	108352

²⁹⁵ Quelle: National Statistics Office of Georgia, 2015, Gross Domestic Product. Auf: http://geostat.ge/index.php?action=page&p_id=119&lang=eng abgerufen am 14.09.2015

²⁹⁶ Quelle: Weltbank, 2015, Armenia. Real GDP growth. Auf: <http://www.worldbank.org/en/publication/global-economic-prospects/data?variable=NYGDPMKTPKDZ&region=ECA> abgerufen am 16.06.2016

BIP reales Wachstum in %	6,9	-14,2	2,2	4,7	7,2	3,5	2,3
BIP pro Kopf (nominell), USD	3916,7	2913,5	3124,7	3230,7	3353,9	3505,7	3580,8

Anhang X. Sustainable Society Index 2015, Ranking²⁹⁷



Anhang XI. Deutschsprachige Version des Fragebogens für die Befragung in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien²⁹⁸

Persönliche Information:

Alter:		Wohnort:	
Beruf:			
Geschlecht:	männlich ☐	weiblich ☐	
Nationalität:	Armenier ☐	Georgier ☐	andere ☐

²⁹⁷ Quelle: Sustainable Society Index, 2015, Armenia and Georgia. Auf: <http://www.ssfindex.com/results-2014/ranking-all-countries/> abgerufen am 16.06.2016

²⁹⁸ Siehe Excel-Tabelle: „Die Ergebnisse der Befragungen in Lori und Samzkhe-Dschawakhetien“.

Familienstand:	verheiratet ☐ nicht verheiratet ☐ verwitwet ☐ ledig ☐
Ausbildungsart:	Schule ☐ Hochschule/Universität ☐ Berufliche Ausbildung ☐

Die Fragen:

Teil 1. EU-Entwicklungspolitik in der Region Bitte kreuzen Sie eine der vorgegebenen Antworten an	Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
1. Meine Kenntnisse über die Ziele, Instrumente und Maßnahmen der EU-Entwicklungspolitik sind gut.	☐	☐	☐
2. Schon seit 20 Jahren führt die EU aktive Entwicklungspolitik in meiner Region durch.	☐	☐	☐
3. Die EU-Entwicklungspolitik hat positiven Einfluss auf mein Leben gehabt.	☐	☐	☐
4. Ich kenne Menschen deren Leben von der EU-Entwicklungspolitik positiv beeinflusst wurde.	☐	☐	☐
5. Ohne die EU-Entwicklungspolitik ist die weitere Entwicklung meiner Region nicht möglich.	☐	☐	☐
6. Die EU-Entwicklungspolitik in meiner Region war wirksam.	☐	☐	☐
Teil 2. Einfluss auf die wirtschaftliche Situation Bitte kreuzen Sie eine der vorgegebenen Antworten an	Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
1. Die EU hat aktive Arbeit in meiner Region durchgeführt, um ökonomische Möglichkeiten zu identifizieren.	☐	☐	☐
2. Die EU-Aktivität war darauf ausgerichtet die neuen ökonomischen Möglichkeiten zu schaffen.	☐	☐	☐
3. Durch die EU-Entwicklungspolitik ist die regionale Infrastruktur (insbesondere die Transportinfrastruktur) neu gebaut/verbessert worden.	☐	☐	☐
4. Die EU baute die neuen Marktplätze. Die EU förderte auch Klein- und Mittelunternehmen.	☐	☐	☐

5. Die EU bietet günstige Kredite für die Produktion.	☐	☐	☐
6. Die EU bietet Subventionen für alle Bevölkerungsgruppen in der Region.	☐	☐	☐
7. Die EU-Entwicklungspolitik fördert Dienstleistungen, wie Schul- und Gesundheitswesen; Wasserversorgung; Straßenreinigung und Müllabfuhr.	☐	☐	☐
8. Die wirtschaftliche Situation in der Region infolge der EU-Entwicklungspolitik ist besser geworden.	☐	☐	☐
Teil 3. Einfluss auf die ökologische Situation Bitte kreuzen Sie eine der vorgegebenen Antworten an	Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
1. Die EU-Entwicklungspolitik sichert überlebenswichtige natürliche Ressourcen in der Region.	☐	☐	☐
2. Die EU-Entwicklungspolitik schützt die regionalen Ökosysteme und verhindert Konflikte um die Ressourcen.	☐	☐	☐
3. Die EU hat aktive Arbeit durchgeführt, um in der Region Lösungen zu den ökologischen Problemen zu finden.	☐	☐	☐
4. Die Entwicklungspolitik förderte nicht-naturegebundenen Einkommensquellen.	☐	☐	☐
5. Die EU-Entwicklungspolitik nimmt die Umweltprobleme in der Region ernst.	☐	☐	☐
6. Die ökologische Situation in der Region wurde infolge der EU-Entwicklungspolitik verbessert.	☐	☐	☐
Teil 4. Einfluss auf die politische Situation Bitte kreuzen Sie eine der vorgegebenen Antworten an	Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
1. Durch die EU-Entwicklungspolitik werden bürgernahe dezentrale staatliche Organe geschaffen.	☐	☐	☐
2. Die EU hat aktive Arbeit durchgeführt (Befragungen, Interviews, etc.), um die Effektivität der vorhandenen Dienstleistungsanbieter festzustellen	☐	☐	☐

und sie zu verbessern.			
3. Infolge der Entwicklungspolitik haben die Bürger die Möglichkeit erhalten, an den kommunalen Entscheidungen teilzunehmen, sowie eigene Interessen zu schützen.	☐	☐	☐
4. Durch die EU-Förderung sind dezentrale staatliche Organe der Region in die Lage versetzt worden ihren Aufgaben gerecht zu werden.	☐	☐	☐
5. Durch die EU-Entwicklungspolitik sind politisch-institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen worden, die allen Menschen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ermöglichen.	☐	☐	☐
6. Die politische Situation ist infolge der EU-Entwicklungspolitik in der Region besser geworden.	☐	☐	☐
Teil 5. Einfluss auf die gesellschaftliche Situation Bitte kreuzen Sie eine der vorgegebenen Antworten an	Trifft zu	Trifft nicht zu	Weiß nicht
1. Infolge der EU-Entwicklungspolitik ist in der Region die lokale Zivilgesellschaft aufgebaut worden.	☐	☐	☐
2. Die EU fördert die Bürgerbeteiligung an Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen.	☐	☐	☐
3. Die EU unterstützt den Aufbau der neuen kontextgerechten Partizipationsformen, welche kulturelle, politische und geographischen Besonderheiten der Region in Anspruch nehmen.	☐	☐	☐
4. Von der EU geförderte Dienstleistungen erreichen alle Bürgergruppen in der Region und orientieren sich an spezifischen Bedürfnissen. Sie fördern auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.	☐	☐	☐
5. Die gesellschaftliche Situation in der Region ist infolge der EU-Entwicklungspolitik besser geworden.	☐	☐	☐

Vielen Dank für ihre Mithilfe, Sie haben mir sehr geholfen!

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

-
- Band 1: HANS BECKER u. HORST KOPP [Hrsg.]
Resultate aktueller Jemen-Forschung - eine Zwischenbilanz. 1978. XII + 150 S.,
zahlr. Abb. u. (z.T. farbige) Photos.
Ladenpreis € 13,55
- Band 2: JOACHIM BURDACK
Entwicklungstendenzen der Raumstruktur in Metropolitan Areas der USA. 1985.
XII + 166 S., mit 45 Abb. und 54 Tab.
Ladenpreis € 17,28
- Band 3: JÖRG JANZEN
Die Nomaden Dhofars/Sultanat Oman. Traditionelle Lebensformen im Wandel.
1980. XXII + 314 S., 71 Abb., 35 Photos, 15 Tab.
Ladenpreis € 26,18
- Band 4: HANS BECKER [Hrsg.]
Kulturgeographische Prozeßforschung in Kanada - eine Bestandsaufnahme junger
Feldforschung. 1982. X + 329 S., reich illustriert.
Ladenpreis € 13,75
- Band 5: HELGA LIEBRICHT
Das Frostklima Islands seit dem Beginn der Instrumentenbeobachtung. 1983. XII
+ 110 S., 22 Tab., 47 Abb. im Text und als Beilage.
Ladenpreis € 15,65
- Band 6: RÜDIGER BEYER
Der ländliche Raum und seine Bewohner. Abgrenzung und Gliederung des
ländlichen Raumes, durchgeführt am Beispiel einer bevölkerungsgeographischen
Untersuchung des Umlandes von Bamberg und Bayreuth. 1986. XVIII + 182 S.,
21 Abb. und 37 Tab. im Text sowie 12 Karten als Beilage.
Ladenpreis € 20,96
- Band 7: K. GARLEFF; E.M.A. DE VAZQUEZ & H. WAHLE
Geomorphologische Karte 1: 100 000 'La Junta - Agua Nueva,
Mendoza/Argentinien'. Möglichkeiten und Ergebnisse geomorphologischer
Kartierungen und ihre einfarbige Darstellung. (Zweisprachige Ausgabe:
Deutsch/Spanisch). 1989. VII + 100 S., 9 Abb. im Text, 3 Karten als Beilage.
Ladenpreis € 19,22
- Band 8: FRANK SCHÄBITZ
Untersuchungen zum aktuellen Pollenniederschlag und zur holozänen Klima- und
Vegetationsentwicklung in den Anden Nord-Neuquéns, Argentinien. 1989. XII +
132 S., 40 Abb. im Text u. als Beilage, 2 Farbtafeln, 27 Tab.
Ladenpreis € 21,32
- Band 9: MANFRED GABRIEL
Boomstädte: ein prozessualer Stadttyp, erörtert an den Beispielen Fairbanks,
Whitehorse und Yellowknife. 1991. XIV + 208 S., mit 60 Abb. u. 29 Tab.
Ladenpreis € 18,41
- Band 10: HANS BECKER [Hrsg.]
Jüngere Fortschritte der regionalgeographischen Kenntnis über Albanien. Beiträge
des Herbert-Louis-Gedächtnissymposiums. 1991. VII + 184 S., 57 Abb. u. 36 Tab.
im Text u. einer Farbkarte Albanien (Beilage).
Ladenpreis € 13,50

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

- Band 11: KARSTEN GARLEFF u. HELMUT STINGL [Hrsg.]
Südamerika: Geomorphologie und Paläoökologie im jüngeren Quartär. 1991. VIII + 394 S., mit 110 Abb. im Text u. 5 Beilagen.
Ladenpreis € 22,24
- Band 12: JOACHIM BURDACK
Kleinstädte in den USA. Jüngere Entwicklungen, dargestellt am Beispiel der Upper Great Lakes Area. 1993. XII + 194 S., mit 70 Abb. und 14 Tab.
Ladenpreis € 15,29
- Band 13: THOMAS HÖFNER
Fluvialer Sedimenttransfer in der periglazialen Höhenstufe der Zentralalpen, südliche Hohe Tauern, Osttirol. Bestandsaufnahme und Versuch einer Rekonstruktion der mittel- bis jungholozänen Dynamik. 1993. XI + 125 S., mit 94 Abb. und 13 Tab.
Ladenpreis € 15,24
- Band 14: HARALD STANDL
Der Industrieraum Istanbul. Genese der Standortstrukturen und aktuelle Standortprobleme des verarbeitenden Gewerbes in der türkischen Wirtschaftsmetropole. 1994. XVI + 177 S., mit 37 Tab., 12 Abb. und 15 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 18,02
- Band 15: KARSTEN GARLEFF u. HELMUT STINGL [Hrsg.]
Landschaftsentwicklung, Paläoökologie und Klimageschichte der Ariden Diagonale Südamerikas im Jungquartär. 1998. VIII + 401 S., mit 129 Abb. und 19 Tab.
Ladenpreis € 23,20
- Band 16: CHRISTIAN KECK
Zeitschnitte durch die Stadtentwicklung von Halberstadt im 19. und 20. Jahrhundert. Fallstudie zur städtebaulichen Kontinuität einer traditionsreichen Mittelstadt des nordöstlichen Vorharzgebietes. 1997. X + 98 S., mit 12 Skizzen und 7 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 18,46
- Band 17: FRANK SCHÄBITZ
Paläoökologische Untersuchungen an geschlossenen Hohlformen in den Trockengebieten Patagoniens. 1999. XVI + 239 S., mit 51 Tab., 85 Abb. und 12 Kartenbeilagen.
Ladenpreis € 27,97
- Band 18: DANIEL GÖLER
Postsozialistische Segregationstendenzen: Sozial- und bevölkerungsgeographische Aspekte von Wanderungen in Mittelstädten der Neuen Länder. Untersucht an den Beispielen Halberstadt und Nordhausen. 1999. XIV + 155 S., mit 5 Tab., 19 Abb. und 41 Karten.
Ladenpreis € 13,91

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von H. Becker, A. Dix, K. Garleff, D. Göler und G. Schellmann

- Band 19: FRANK SCHÄBITZ u. HELGA LIEBRICHT [Hrsg.]
Beiträge zur quartären Landschaftsentwicklung Südamerikas. Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Karsten Garleff. 1999. XXXII + 255 S., mit 19 Tab., 75 Abb. und 22 Photos.
Ladenpreis € 24,54 (vergriffen)
- Band 20: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Von der Nordseeküste bis Neuseeland. Beiträge zur 19. Jahrestagung des Arbeitskreises „Geographie der Meere und Küsten“ vom 24. – 27. Mai 2001 in Bamberg. 2001. VIII + 299 S., mit 19 Tab., 136 Abb. und 15 Photos.
Ladenpreis € 21,88
- Band 21: CHRISTIAN FIEDLER
Telematik im ländlichen Raum Bayerns. Möglichkeiten und Grenzen zur Minderung von Standortnachteilen. 2002. XIV + 170 S., mit 29 Abb. und 18. Tab.
Ladenpreis € 17,60
- Band 22: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2002 – 2007, Teil I: Holozäne Meeresspiegelschwankungen – ESR-Datierungen aragonitischer Muschelschalen – Paläotsunamis. 2007. VIII + 199 S., mit 26 Tab., 56 Abb. und 10 Photos.
Ladenpreis € 22,50
- Band 23: CHRISTOPH BAUMANN
Die albanische „Transformationsregion“ Gjirokastra. Strukturwandel im 20. Jahrhundert, räumliche Trends und Handlungsmuster im ruralen Raum. 2008. XVI + 306 S., mit 45 Abb., 10 Tab., 60 Fotos und 24 Karten.
Ladenpreis € 25,40
- Band 24: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2002-2008, Teil II: Studien zur quartären Talgeschichte von Donau und Lech. 2010. VIII + 241 S., mit 22 Tab., 78 Abb. und 8 Photos.
Ladenpreis € 43,75
- Band 25: JASMIN KÜSPERT
Kunsteinrichtungen im ländlichen Raum. Geographische Aspekte künstlerischer Einrichtungen abseits ihrer kernstädtischen Traditionsstandorte. 2011. XIV + 316 S., mit 51 Abb. und 7 Tab.
Ladenpreis € 29,90

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

(ISSN 0344-6557)

Herausgegeben von A. Dix, D. Göler, M. Redepenning und G. Schellmann

Band 26: HOLGER LEHMEIER

Warum immer Tourismus? Isomorphe Strategien in der Regionalentwicklung. 2015. XVI + 310 S., mit 16 Tab., 25 Abb. ISBN 978-3-86309-306-8
Ladenpreis € 21,50

Band 27: MATTHIAS BICKERT

Welterbestädte Südosteuropas im Spannungsfeld von Cultural Governance und lokaler Zivilgesellschaft. Untersucht am Beispiel Gjirokastra (Albanien). 2015. XX + 363 S., mit 19 Tab., 84 Abb. und 5 Karten. ISBN 978-3-86309-300-6
Ladenpreis € 21,00

Band 28: ANDREAS WINKLER

Räumliche Differenzierung und lokale Entwicklung. Divergente Transformationspfade am Beispiel serbischer Kommunen. 2015. XV + 337 S., mit 36 Tab., 48 Abb. ISBN 978-3-86309-318-1
Ladenpreis € 23,50

Band 29: GIORGI DOINJASHVILI

Die Wirksamkeit der EU-Entwicklungspolitik in Georgien und Armenien. Vergleichende Fallstudie. 2018. XV + 281 S., mit 8 Tab., 29 Abb., 5 Diagramme und 6 Karten. ISBN 978-3-86309-621-2
Ladenpreis € 26,00

Verlag: University of Bamberg Press · Bamberg · Bezug durch den Buchhandel und direkt

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

SONDERFOLGE

(ISSN 0175-3894)

Herausgegeben von H. Becker, K. Garleff und W. Krings

Nr. 1: GÜNTER TIGGESBÄUMKER

Die Altkartenbestände der Staatlichen Bibliothek Ansbach - handgezeichnete und gedruckte Karten und Pläne des 16. bis 19. Jahrhunderts. 1983. VIII + 164 S., mit 35 z.T. farbigen Abb.

Ladenpreis € 15,03

Nr. 2: HANS BECKER u. JOACHIM BURDACK

Amerikaner in Bamberg. Eine ethnische Minorität zwischen Segregation und Integration. 1987. XVI + 190 S., mit 12 Karten und 19 Abb.

Ladenpreis € 19,74

Nr. 3: Vergangene jüdische Lebenswelten im Bamberger Raum: ländliche Armutsinseln - städtisches Villenviertel. Mit Beiträgen von KARL-HEINZ-MISTELE und VOLKMAR EIDLOTH. 1988. VIII + 154 S., mit 12 Kartenbeilagen und 65 Abb.

Ladenpreis € 14,57

Nr. 4: JÜRGEN KRIPPNER

Folgen des Verlustes von verordneter Zentralität in kleinen Versorgungsorten des ländlichen Raumes. Eine Bilanz der Kreisgebietsreform in Bayern an Beispielen aus Franken. 1993. XVI + 149 S., mit 10 Abb. und 39 Tab.

Ladenpreis € 15,29

Nr. 5: KARSTEN GARLEFF u. PETER KRISL

Beiträge zur fränkischen Reliefgeschichte. Auswertung kurzlebiger Großaufschlüsse im Rahmen von DFG-Projekten. 1997. XVI + 256 S., mit 80 Abb. und Kartenbeilagen.

Ladenpreis € 34,41

Nr. 6: HANS BECKER [Hrsg.]

Beiträge zur Landeskunde Oberfrankens. Festschrift zum 65. Geburtstag von Bezirkstagspräsidenten Edgar Sitzmann. 2000. XXVI + 263 S., mit 42 Abb. und 15 Tab.

Ladenpreis € 21,47

Nr. 7: HANS BECKER u. INGOLF ERICSSON [Hrsg.]

Mittelalterliche Wüstungen im Steigerwald. Bericht über ein Symposium des Zentrums für Mittelalterstudien der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 3. Februar 2001. 2004. VII + 140 S., mit 36 Abb. und 5 Tab.

Ladenpreis € 15,10

Nr. 8: TANJA ROPPELT

Innerstädtische Viertelbindungen in Mittelstädten. Das Beispiel Bamberg. 2002. XIV + 211 S., mit 32 Karten, 26 Abb. und 28 Tab.

Ladenpreis € 20,00

Selbstverlag des Instituts für Geographie an der Universität Bamberg · Bamberg
Bezug durch den Buchhandel

BAMBERGER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN
SONDERFOLGE

(ISSN 0175-3894)

Herausgegeben von A. Dix, D. Göler, M. Redepenning und G. Schellmann

- Nr. 9: PATRICK SCHIELEIN
Jungquartäre Flussgeschichte des Lechs unterhalb von Augsburg und der angrenzenden Donau. 2012. XI + 134 S., mit 44 Abb. und 9 Tab.
Ladenpreis € 21,00
- Nr. 10: BENJAMIN GESSLEIN
Zur Stratigraphie und Altersstellung der jungquartären Lechterrassen zwischen Hohenfurch und Kissing unter Verwendung hochauflösender Airborne-LiDAR-Daten. 2012. IX + 149 S., mit 69 Abb. und 8 Tab.
Ladenpreis € 27,50
- Nr. 11: JOCHEN HOFMANN
Obstlandschaften 1500 - 1800. Historische Geographie des Konsums, Anbaus und Handels von Obst in der Frühen Neuzeit. 2014. 569 S., mit 20 Abb. und 69 Tab.
Ladenpreis € 29,50
- Nr. 12: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2008 - 2015, Teil III: Geomorphologisch-quartärgeologische Kartierungen im bayerischen Lech-, Wertach- und Schmuttertal. 2016. VII + 356 S., mit 76 Abb., 28 Tab., 32 Fotos, 14 Karten, 9 Beilagen-Abb. und 6 Beilagen-Tab.
Ladenpreis € 36,00
- Nr. 13: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2012 - 2014, Teil IV: Geomorphologisch-quartärgeologische Kartierungen im bayerischen Donautal zwischen Sontheim und Dillingen. 2017. V + 237 S., mit 73 Abb., 14 Tab., 27 Fotos, 3 Karten, 13 Beilagen-Abb. und 6 Beilagen-Tab.
Ladenpreis € 34,00
- Nr. 14: GERHARD SCHELLMANN [Hrsg.]
Bamberger physisch-geographische Studien 2008 - 2017, Teil V: Geomorphologisch-quartärgeologische Kartierungen im bayerischen Isar- und Donautal sowie dem Großen und Kleinen Labertal. 2018. V + 252 S., mit 85 Abb., 11 Tab., 32 Fotos, 5 Karten, 23 Beilagen-Abb. und 5 Beilagen-Tab.
Ladenpreis € 36,50
-

Verlag: University of Bamberg Press · Bamberg · Bezug durch den Buchhandel und direkt



University
of Bamberg
Press

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, anhand der Fallstudien in den Regionen Samzke-Dschawachetien (Georgien) und Lori (Armenien) die EU-Entwicklungspolitik mithilfe des multidimensionalen Ansatzes von Theo Rauch (2009) zu untersuchen. Diese Untersuchungsstrategie kann später in jedem Zielland der EU-Entwicklungspolitik (auf allen Ebenen) angewendet werden. Die Dissertation liefert also einen Beitrag zur praktischen Unterfütterung der theoretischen Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik und versucht, diese Politik durch empirische Fallstudien zu bewerten.



eISBN: 978-3-86309-622-9



www.uni-bamberg.de/ubp/